

Stenografisches Protokoll
- Endgültige Fassung* -

der 58. Sitzung
des 1. Untersuchungsausschusses
am Donnerstag, dem 27. Oktober 2011, 10.00 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Berlin

Vorsitz: Dr. Maria Flachsbarth, MdB

Tagesordnung

	Seiten
Vernehmung von Zeugen, im Einzelnen	1 - 125
Herr Jürgen Schubert gemäß Beweisbeschluss 17-203 (neu)	
Herr Jörg Martini gemäß Beweisbeschluss 17-207	
Herr Dr. Adalbert Schlitt gemäß Beweisbeschluss 17-208	

* Hinweis:

Die Korrekturen des Zeugen Jürgen Schubert (siehe Schreiben vom 17. November 2011, Anlage 1), sowie die wesentlichen Korrekturen der Zeugen Jörg Martini (Anlage 2) und Dr. Adalbert Schlitt (Anlage 3) wurden in das Protokoll eingearbeitet.

(Beginn: 10.00 Uhr)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dann wollen wir mit der öffentlichen Sitzung beginnen.

Einziger Punkt der Tagesordnung:

Vernehmung von Zeugen, im Einzelnen:

Herr Jürgen Schubert
gemäß Beweisbeschluss 17-203 (neu)

Herr Jörg Martini
gemäß Beweisbeschluss 17-207

Herr Dr. Adalbert Schlitt
gemäß Beweisbeschluss 17-208

Ich bitte die Medien - die wieder nicht anwesend sind -, den Raum zu verlassen bzw. Ton- und Bildaufnahmen zu unterlassen. Genauso bitte ich die Besucher unserer Sitzung ebenfalls, während der Sitzung keine Fotoapparate, Filmkameras, Videokameras oder Ähnliches in diesen Sitzungssaal mitzunehmen und sie schon gar nicht zu benutzen. Zudem möchte ich Sie bitten, auch keine Mobiltelefone während der gesamten Sitzung zu nutzen.

Vernehmung des Zeugen Jürgen Schubert

Herr Schubert, noch mal: Herzlich willkommen in dieser Ausschusssitzung! Ich darf Sie darauf hinweisen, dass wir eine Tonbandaufnahme der Sitzung anfertigen, die ausschließlich dem Zweck dient, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird dann nach der Genehmigung des Protokolls auch wieder gelöscht.

Der Ausschuss hat Ihnen den Beweisbeschluss 17-203 (neu), den Untersuchungsauftrag und einen Auszug aus dem Untersuchungsausschussgesetz übersandt. Ihre Empfangsbestätigung liegt uns vor.

Eine Aussagegenehmigung liegt ebenfalls vor durch das Niedersächsische Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, das uns mit Schreiben vom 15. September zugegangen ist und dem Ausschuss als MAT A 187 vorliegt.

Ich muss Sie nun formal belehren. Sie sind als Zeuge verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen daher richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weg-

lassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, zum Beispiel einem dienstlichen Ordnungungsverfahren, ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nach der Geheimschutzordnung des Bundestages eingestuften Sitzung möglich sein, so bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann. Ich weise darauf hin, dass Vorhalte aus eingestuften Akten nur in einer ebenso eingestuften Sitzung zulässig sind.

Haben Sie hierzu zunächst Fragen, Herr Schubert?

Zeuge Jürgen Schubert: Nein, keine Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Danke schön. - Dann möchte ich nach diesen notwendigen Vorbemerkungen zur Person befragen und bitte Sie, sich dem Ausschuss mit Ihrem Namen, Ihrem Lebensalter vorzustellen, und frage Sie zugleich, ob Ihre Anschrift noch korrekt ist, mit der Sie geladen worden sind.

Zeuge Jürgen Schubert: Mein Name ist Jürgen Schubert. Ich wohne ■■■, und mein Alter ist 79 Jahre.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank, Herr Schubert. - Die Angaben zu Ihrer Anschrift werden wir dann aus dem Protokoll streichen - weil diese Protokolle

dann auch veröffentlicht werden -, damit Ihre Rechte entsprechend gewahrt bleiben.

Dann beginnen wir mit der Vernehmung zur Sache. Dem Ausschuss geht es ja darum zu klären, ob es auf dem Weg zu der zentralen Lenkungsentscheidung der Bundesregierung vom 13. Juli 1983, nämlich den Salzstock Gorleben untertägig und keinen weiteren Salzstock obertägig zu erkunden, irgendwelche Manipulationen gegeben hat. Um zu dieser Lenkungsentscheidung zu kommen, war ja Voraussetzung dafür, dass sich die niedersächsische Landesregierung 1977 dazu entschlossen hat, der Bundesregierung den Salzstock Gorleben als möglichen Standort - damals noch für ein nukleares Entsorgungszentrum mit Endlager - anzudienen.

Wenn Sie wünschen, dann haben Sie nach § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes die Gelegenheit, sich zunächst im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zu äußern, oder aber wir fangen direkt mit den Fragen an. Das dürfen Sie sich aussuchen.

Zeuge Jürgen Schubert: Vielleicht sollte ich erst mal meinen beruflichen Werdegang kurz schildern, damit man weiß, wie ich da eingebunden war in die Verfahren.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Prima.

Zeuge Jürgen Schubert: Nach dem Abitur und der vorgeschriebenen praktischen Tätigkeit unter Tage habe ich dann Bergbau studiert, Diplom-Examen in Clausthal, danach Referendarausbildung, die dreijährige Referendarausbildung, Assessorexamen und dann angefangen bei der niedersächsischen Bergbehörde. Ich war dann 14 Jahre an verschiedenen Bergämtern und bin im Mai 1975 an das Oberbergamt Clausthal - damalige Oberbergamt - versetzt worden und war unter anderem zuständig für das Dezernat Strahlenschutz, und in dem Zusammenhang ist auch dann die Planung für Gorleben zu sehen. Das heißt, von da ab, ab Mai 75, wurde ich betraut mit den Aufgaben, die im Zusammenhang standen mit der Standorterkundung Gorleben oder des Standorts, Entschuldigung, des nuklearen Entsorgungszentrums, was ja damals noch geplant war.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. Damit können wir tatsächlich Ihre Funktion noch besser einordnen. - Ich will

anfangen mit der Befragung bezüglich auch Ihrer Arbeit in Richtung Interministerieller Arbeitskreis. Die Landesregierung Albrecht hat ja am 17. August 1976 die Einsetzung eines solchen Interministeriellen Arbeitskreises initiiert. Da waren drin das niedersächsische Wirtschaftsministerium, das Sozialministerium, das Landwirtschaftsministerium, das Innenministerium und die Staatskanzlei. Federführung lag ja zunächst beim Wirtschaftsministerium; nach der Standortfestlegung am 22. Februar 1977 dann das niedersächsische Sozialministerium. Und dieser Interministerielle Arbeitskreis sollte ja die niedersächsische Standortsuche koordinieren. Die Aufgabe dabei war - ich zitiere -:

... alternative Standorte - unter Berücksichtigung der von der KEWA durchgeführten Untersuchungen - auszuwählen.

Das können wir finden unter MAT A 102, Band 8, Teil 2, Paginierung 118. Diese Angaben sollen Sie nicht verwirren, sondern sind allein für das Protokoll bestimmt, damit wir wissen, auf welche Unterlagen wir uns beziehen.

Vertreten waren auch das Landesamt für Bodenforschung und das Oberbergamt. Das ist zu finden oder nachzulesen unter MAT A 83, Band 6, Paginierung 658. Die Prüfung der einzelnen Bewertungskriterien hat der IMAK, der Interministerielle Arbeitskreis, dann auf verschiedene Ministerien verteilt. Das wiederum ist zu finden unter MAT A 102, Band 7, Paginierung 105 ff. Das ist ein Vermerk von Herrn Chojnacki vom 23. November 1976 über die Besprechung des IMAK am 22. November 1976. Das Ergebnis wies letztendlich Gorleben als den geeignetsten Standort aus - ich zitiere -:

Insgesamt ist jedoch dieser Standort - abgesehen von der Problematik DDR - als der günstigste anzusehen.

Das findet man ebenfalls unter dem genannten Vermerk von Herrn Chojnacki vom 6. Dezember 1976 über die Besprechung des IMAK am 1. Dezember 1976 unter MAT A 102, Band 7, Paginierung 85.

Sie, Herr Schubert, nahmen damals als Vertreter des Oberbergamtes am ersten Gespräch des IMAK am 26.10.1976 im Hause der RWE in Hannover teil. Das entnehmen wir aus einem Vermerk von Dr. Kossendey vom 28.10.1976 über das Gespräch vom

26.10.1976 unter MAT A 102, Band 1, Paginierung 00004 bis 00007. Jetzt meine Frage: Unter welchen Kriterien oder nach welchen Kriterien ging dieser Interministerielle Arbeitskreis eigentlich bei dem Auswahlverfahren vor?

Zeuge Jürgen Schubert: Sie sagten ja selbst „Interministerieller Arbeitskreis“. Zunächst gehörten wir ja als Oberbergamt nicht dazu, aber wir sind dann - - das NLfB - ich glaube, Vertreter war Herr Preul oder Dr. Hofrichter - und ich, wir sind dazugerufen worden. Und es hat ja vorher schon verschiedene Besprechungen gegeben. Es hat 1975, Ende 1975, auch schon eine Sitzung in Bonn der RSK - Unterausschuss Endlagerung oder KEWA - gegeben, an der ich teilgenommen habe, und dort wurden drei Standorte anonym vorgestellt - anonym. Es wurden nachher auch Gutachter dazu geladen; aber die Standortbenennung war noch anonym. Aber es handelte sich um die Standorte Wahn - ich nenne jetzt immer die Salzstöcke, nicht den Ort -, Weesen-Lutterloh und Lichtenhorst. Und es hat dann ja Schwierigkeiten gegeben mit der Untersuchung, mit der Voruntersuchung, sodass dieser Kreis der möglichen Standorte erweitert wurde. Und dann ist erstmalig irgendwann - - Im Sommer 1976 ist mir der Name Salzstock Gorleben bekannt geworden. Eine entscheidende Sitzung - Sie haben eben eine andere Sitzung genannt - hat stattgefunden am 1. Dezember 1976, wo die genannten Ministerien, also Vertreter der Ministerien vom ML, MS, MW, teilgenommen haben und ich auch, und da wurden 14 Standorte vorgestellt - 14. Neben den genannten waren das also auch Gorleben; es war Scharrel, Rhaude, Langenmoor, Odisheim - ich kann sie jetzt nicht alle nennen, aber jedenfalls 14 Standorte -, und da wurde - - Nach verschiedenen Kriterien wurden Punkte vergeben für die einzelnen Standorte. Die Kriterien richteten sich nach Bevölkerungsdichte, nach Ackerbau, also nach Land, nach Bahnverbindungen, nach Wasser-, Grundwasservorkommen, natürlich auch nach kerntechnischen Gesichtspunkten - sind kerntechnische Anlagen in der Nähe? -, aber, und das war für uns eben wichtig, für die Bergbehörde: Gibt es in Bezug auf den vorgesehenen Standort irgendwelche Hindernisse, weil Konzessionen auf Erdöl/Erdgas vergeben worden sind oder weil andere Rechte, zum Beispiel verliehene

Bergwerksfelder, dort gegeben worden sind? Das heißt also, es war auch darüber nachzudenken: Ist dieser Salzstock frei? Kann er also für diesen Standort benutzt werden? Und da sind dann also verschiedene ausgeschieden, verschiedene Standorte sind ausgeschieden, und es ist dann am Schluss - wie gesagt, am 01.12. war das - - sind dann mehrere Standorte als eignungshöflich, will ich sie bezeichnen - - Ich will den Begriff nicht überbewerten, aber er trifft es eigentlich: eignungshöflich. Das heißt, nach den damals bekannten Tatsachen könnte eine weitere Untersuchung verfolgt werden.

Und am nächsten Tag, am zweiten, sind Angehörige der Industrie, also der PWK, wie sie damals hieß, Projektgruppe Wiederaufbereitung - - von Bayer usw., es sind verschiedene - - Auch vom BMFT, vom Bund sind Teilnehmer dabei gewesen. Und dann sind - ich weiß jetzt aber nicht mehr genau, welche gemeldet worden sind - also Standorte an die niedersächsische Landesregierung gemeldet worden. Und bei dieser Punktwertung - da kann ich mich genau dran erinnern - war ganz eindeutig Gorleben vorne - er hatte also über 200 Punkte; die genaue Punktzahl weiß ich nicht mehr, aber er war eindeutig vorne -, und an zweiter Stelle war der Salzstock Wahn. Dort war aber - - Wegen der Erprobungsstelle der Bundeswehr waren Einschränkungen zu machen. Ob er dann auch gemeldet ist dem Ministerium, weiß ich nicht. Und auch Lichtenhorst war durchaus also als Standort denkbar. Von der Bergbehörde aus wäre auch Weesen-Lutterloh möglich gewesen, aber da hat, ich glaube, der Landwirtschaftsminister Einwendungen gehabt wegen der Grundwasservorkommen und wegen der Trinkwasserversorgung.

Also, um das festzustellen: Wir haben in dieser Sitzung den Salzstock Gorleben als nach bis dahin bekannten Tatsachen als geeignet angesehen, als besten Standort angesehen, wobei ich sagen muss: Die Umrisse waren ja bekannt. Es sind ja geophysikalische Untersuchungen dort schon gewesen durch die Erdölindustrie, und die Umrisse waren bekannt. Und von daher war also das durchaus möglich. Allerdings - ich hatte das vorhin schon gesagt - ging es damals um das nukleare Entsorgungszentrum. Das ist ja nachher irgendwann - - 79 ist das ja getrennt. Das ist zwar als technisch realisierbar, aber politisch nicht machbar dargestellt, sodass sich also Gorleben dann nur noch als Endlagerstandort anbot. Und unter diesem Um-

stand nukleares Entsorgungszentrum waren natürlich andere Gesichtspunkte wichtig. Die benötigte Grundstücksfläche wäre viel größer gewesen, und auch vom Ackerbau her - Milchwirtschaft - wegen möglicher Gase, Jod oder Krypton oder Tritium also wären jetzt Einschränkungen gewesen; aber das ist nachher weggefallen.

Zusammenfassend jedenfalls: Aus der Sitzung, die meines Erachtens mit entscheidend war für die Standortfestlegung, ist Gorleben als bester Standort hervorgegangen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Sie haben eben gesagt, dass es selbstverständlich auch eine Zusammenarbeit mit dem Bund gab. Waren die Kriterien, die die Bundesebene und die Landesebene - also der Interministerielle Arbeitskreis - gewählt haben, voneinander unterschiedlich? Wie war diese Zusammenarbeit? Hat der Bund versucht, Einfluss auf den Interministeriellen Arbeitskreis und dessen Arbeit zu nehmen? Oder war die Standortfindung auf Landesebene unabhängig vom Bund zu sehen? Also, wie würden Sie das beschreiben?

Zeuge Jürgen Schubert: In der Sitzung nicht. Ich meine, es war ein Dr. Randl vom BMFT dabei. In der Sitzung nicht. Und die, na ja, ich will mal sagen, Differenzen, die es möglicherweise gegeben hat zwischen Land und Bund - Gorleben, wie gesagt, an der damaligen Zonengrenze gelegen -, da hat es natürlich verteidigungspolitische, deutschlandpolitische Vorbehalte gegeben. Das ist aber in der Sitzung weniger bewertet worden. Also, das ist dann interministeriell oder zwischen Bund und Land verhandelt worden, und darüber habe ich keine Kenntnis.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Hat der Bund irgendwie versucht, einen bestimmten Standort zu präferieren oder Ihnen irgendwas nahezulegen möglicherweise? Oder wie war das mit den Kriterien sozusagen? Also, welche Wichtung hat es gegeben, insbesondere bezüglich des Aspektes von Sicherheit und Umwelt? Da finden wir im Entwurf der Kabinettsvorlage vom 9. Dezember 1976 - das ist MAT A 102, Band 8, Teil 1, Paginierung 3 ff. -, dass der Aspekt von Sicherheit und Umwelt mit 72,8 Prozent den entscheidenden Anteil an der Bewertung hat. Wie ist das aus Ihrer Erinnerung? Also, welche Relevanz haben die unterschiedlichen Kriterien, die Sie eben genannt haben? Oder welche

Wichtung haben diese unterschiedlichen Kriterien gehabt?

Zeuge Jürgen Schubert: Es war eine Punktwertung von null bis vier. Null war also schlecht, vier war besser. Und dann wurden bestimmte Kriterien auch noch malgenommen, entweder mit zwei oder mit vier. Und da haben - - Also, natürlich hatte der Salzstock - - Also die Geeignetheit des Salzstockes als Endlager hat natürlich eine hohe Bewertung gehabt. Weniger - - Auch die landwirtschaftlichen Trinkwasserbelange haben natürlich eine hohe Wertigkeit gehabt. Weniger wichtig waren Verkehrsverhältnisse. Es war auch, da zu dem Zeitpunkt ja auch noch Kavernen im Raum standen, dass man also Kavernen - zumindest für schwach- und mittelaktiv - für die Einlagerung vorsieht - - Es musste ja auch ein Vorfluter da sein, um die Sole, die also dann aus der Aushöhlung dieser Kavernen entstand, abzuleiten. Und von daher war natürlich die Elbe in der Nähe - - war auch geeignet.

Aber um jetzt Ihre Frage konkret zu beantworten: Wichtig waren vor allen Dingen die Voraussetzungen, dort ein Endlager zu errichten - also die bergtechnischen -, und auch einige landwirtschaftliche und Trinkwasser Aspekte; die waren besonders wichtig. Also die Punktwertung Null sowieso - ich selbst weiß nicht - 250 oder 260 wären möglich gewesen, wenn alles immer vollständig - - also alle Punktzahlen bekommen hätten, und da war Gorleben also mit über 200 vorne. An zweiter Stelle war übrigens Wahn, auch so knapp 200, wenn ich mich erinnere. Alle anderen waren etwas weniger. Aber es war, um das noch mal zu sagen, eine Vorauswahl. Das hatte mit einer Eignung an sich noch nichts zu tun. Wir haben also immer deutlich gemacht: Es geht nicht, ohne dass also die Geologen und die Bergleute dort untersuchen jedes in Bezug auf das Endlager wirklich.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Sind denn aus Ihrer Erinnerung alle relevanten und auch aus dem damaligen Kenntnisstand relevanten Kriterien tatsächlich in diese Auswahl eingeflossen? Oder gab es Kriterien, die man nicht beachtet hat oder die man aus Ihrer Sicht noch hätte beachten müssen, aus Ihrer fachlichen Kenntnis?

Zeuge Jürgen Schubert: Nein. Ich sagte ja: Es gab, um das Rechtliche noch mal dar-

zustellen - - Die Gewerkschaft Brigitta hatte dort eine Konzession, hat da auch Untersuchungen durchgeführt, und von daher kannte man, wie gesagt, den Salzstock. Einschränkungen - - Es war ein Nachbarsalzstock - Wustrow. Dort ist Bergbau umgegangen. Ob der nun vergleichbar war, wusste man natürlich nicht genau. Deswegen mussten ja Bohrungen niedergebracht werden.

Was vielleicht noch erwähnenswert ist: Auf damaliger DDR-Seite war der Salzstock Rambow an der anderen Elbseite, und da waren auch einige Bohrungen. Die hatten wir auch verzeichnet im Oberbergamt, und da ist eine Bohrung - - Bei Lenzen hat es mal eine Explosion gegeben. Dort muss also Gas ausgetreten sein, das dann explodiert ist. Aber nach meiner Kenntnis ist dort durch die DDR nachher kein Gas gefördert worden.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Schubert, Sie hatten eben bereits über Ihre Mitarbeit, Zusammenarbeit auf Grundlage des Sicherheitsberichtes der DWK, dann vorgelegten Berichts der SSK und der RSK berichtet. Der wurde am 20.10.1977 vorgelegt. Letztendlich war das ja eine von der Bundesregierung in Auftrag gegebene Beurteilung und Empfehlung zur grundsätzlichen sicherheitstechnischen Realisierbarkeit des Entsorgungszentrums. Daran haben Sie als Sachverständiger mitgewirkt und nahmen auch an den Sitzungen des Untersuchungsausschusses Entsorgungszentrum teil. Das können wir nachvollziehen in der Stellungnahme des Oberbergamtes vom 05.04.1978 durch den Berichtersteller Schubert zum Teilprojekt 6 - das finden wir unter MAT A 102/1, Band 147, Paginierung 000029 -, und Sie schlossen sich in dieser Stellungnahme grundsätzlich positiv der Gesamtstellungnahme und dem Urteil der RSK bzw. SSK über die grundsätzliche technische Realisierbarkeit des Endlagerbergwerks an. Wie wurde denn - - In Ihrer Stellungnahme kritisierten Sie darüber hinaus aber den im Sicherheitsbericht der DWK vorgelegten Planungsstand als unvollständig. Ich darf mal zitieren:

Erst nach Vorliegen gesicherter geologischer, hydrogeologischer und gesteinsphysikalischer Daten kann mit einer konkreten und detaillierten, standortbezogenen Berwerksplanung begonnen werden.

Die mit dem Sicherheitsbericht der DWK Band 6 (gleichzeitig auch Sicherheitsbericht für den Antrag der PTB auf Planfeststellung) vorgelegte Planung reicht zur Beurteilung noch nicht aus; sie ist unvollständig, in einzelnen Bereichen so nicht durchführbar und durch neuere Planungen bereits jetzt zum Teil überholt.

Das findet man unter MAT A 102/1, Band 147, Paginierung 00005. Das ist, glaube ich, auch das, was Sie eben bereits angeführt haben. Wurden denn diese von Ihnen angesprochenen unvollständigen Planungen im Sicherheitsbericht später noch ausreichend ergänzt? Haben Sie darüber Kenntnis? Wie ist man dann weiter vorgegangen? War das aus Ihrer Sicht fachlich so in Ordnung?

Zeuge Jürgen Schubert: Also, ich kann mich erinnern, dass die DWK im Jahre 1977 einen sogenannten Sicherheitsbericht vorgelegt hat über das ganze Entsorgungszentrum, und ein Kapitel war dabei oder ein Abschnitt betraf dabei auch die Endlagerung. Und zu diesem Kapitel bin ich - und ich glaube, auch das NLfB; ich glaube, das war damals der Professor Hofrichter - aufgefordert worden Stellung zu nehmen. Wir haben das auch in einem längeren Bericht an das MW, unsere vorgesetzte Dienststelle, dann getan, und da sind diese Vorbehalte aufgeführt. Es ist also gesagt worden, dass für eine Planfeststellung - - Es war ja inzwischen die vierte Novelle zum Atomgesetz in Kraft getreten. Wobei also für ein Endlager ein Planfeststellungsverfahren vorgeschrieben war, und für diese Planfeststellung reichten die Unterlagen natürlich in keiner Weise aus. Und irgendwie habe ich in Erinnerung, dass wir dann auch vorgeschlagen haben, vielleicht sich zunächst auf schwach- und mittelaktive Abfälle zu konzentrieren und die HAW-Einlagerung oder die HAW-Abfälle zurückzustellen. Und diese Dinge sind dann auch in der RSK beraten worden. Es sind Arbeitsaufträge erteilt worden, sind Arbeitsgruppen gebildet worden. Wir haben gesagt: „Als Behörde können wir an keiner Arbeitsgruppe teilnehmen. Wir nehmen Stellung zu den eingereichten Berichten dazu“ und haben das auch gemacht. Jedenfalls war zu diesem Zeitpunkt ja noch nichts Näheres über Gorleben bekannt, sodass wir eine irgendwie auch geartete Stellungnahme in Hinsicht Eignung

oder Nichteignung natürlich noch nicht abgeben konnten. Aber es sind -- Wie gesagt, es hat -- Bei der PTB in Karlsruhe waren mal Sitzungen; bei MW waren Sitzungen, in Bonn. Es ging immer um diese Frage: Erstellung eines Sicherheitsberichtes und Einreichung eines Planfeststellungsverfahrens. Aber das ist dann alles zurückgestellt, und dieser Sicherheitsbericht ist auch nicht irgendwie bisher in ein Verfahren eingeflossen. Also, es stimmt jedenfalls, was Sie gesagt haben: Wir haben diesen Bericht als noch nicht vollständig angesehen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Man kann das auch an anderer Stelle noch mal nachlesen, dass Sie damals auch bereits gesagt haben - ich zitiere -:

Nach heutiger Schätzung kann überhaupt erst ca. 8 - 10 Jahre nach Beginn der obertägigen Explorationsarbeiten entschieden werden, ob und wo im Salzstock Gorleben HAW-Abfälle eingelagert werden können.

Das findet man ebenfalls in der Stellungnahme des Oberbergamtes vom 05.04.1978 unter MAT A 102/1, Band 147, Paginierung 000019. - Haben Sie während Ihrer Dienstzeit - also die Ungewissheit, klar - denn Kenntnisse erlangt, die gegen eine untertägige Untersuchung des Salzstocks Gorleben sprachen?

Zeuge Jürgen Schubert: Nein. Wie gesagt, über die Zeit -- Sie sagten da was von Zeitvorstellungen, vier Jahre. Also die Zeitvorstellungen waren etwas abenteuerlich. Irgendwie war ja ein Vertrag der Bundesrepublik mit Sellafield und La Hague über die Wiederaufarbeitung -- lief irgendwann aus, und bis dahin musste man also ein Entsorgungsproblem lösen - Schließung des Brennstoffkreislaufs -, und von daher kamen dann diese Terminvorstellungen. Aber wir haben gesagt: Vor einer untertägigen Erkundung muss erst mal über Tage festgestellt werden: Lohnt es sich? - Das ist ja dann auch ausführlich geschehen. Das können Sie sicher überall nachlesen, wie viel Hundert Salzspiegelbohrungen dort vorgenommen worden sind, vier Tiefbohrungen. Und die untertägige Erkundung hat ja erst begonnen, nachdem also festgestellt war aufgrund der übertägigen Erkundung: Es lohnt sich, untertägig zu erkunden. Es ist von uns -- Wir

sind als Behörde -- Wir sollen keine Vorschläge machen, auch keine Pläne. Wir haben Anträge entgegenzunehmen, Vorstellungen, um die zu prüfen: Ist das so machbar? Die Vorstellung, wann was beginnen soll, das ist nicht unsere Aufgabe als Behörde.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Jetzt mal unabhängig von der Terminierung und von der zeitlichen Schiene: Habe ich Sie jetzt richtig verstanden, dass Ihnen keine Erkenntnisse zu Ohren gekommen sind, die gegen eine untertägige Erkundung des Salzstocks sprechen würden?

Zeuge Jürgen Schubert: Ja. Es hat natürlich Kritiker gegeben; das ist klar. Also mir sind in Erinnerung Professor Duphorn vor allen Dingen, Professor Herrmann, Professor Grimm. Bei solchen Vorhaben werden Sie immer Kritiker finden, die anderer Ansicht sind oder die Bedenken erheben, wenn ich das mal so formulieren darf - vielleicht auch in Anlehnung an den Genius Loci, und das ist auch gut so. Denn diese Kritiker sollen oder die kritischen Bemerkungen sollen immer dazu dienen, auch die eigene Auffassung kritisch zu überprüfen. Und es gibt ja für diese Dinge auch Anhörungen. In den Anhörungen werden ja auch kritische Punkte geäußert, und die muss man selbstverständlich beachten. Und es sind in dieser Zeit auch kritische Anmerkungen gemacht worden - ich weiß nicht, ob Sie vielleicht auf das Deckgebirge hinauswollen; Stichwort „Gorleben-Rinne“, da könnte man natürlich auch manches dazu sagen -, selbstverständlich sind die gemacht worden, ob man diesen Standort überhaupt näher erkunden soll.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wie ist man denn mit solchen kritischen Anmerkungen, solchen kritischen Befunden, solcher Hinterfragung umgegangen?

Zeuge Jürgen Schubert: Na ja, wenn ich zum Beispiel jetzt mal das Deckgebirge oder die Gorleben-Rinne nehme: Deckgebirge: Es gibt ja die sogenannten Sicherheitskriterien für die Endlagerung radioaktiver Abfälle in Bergwerken, und da ist ein Barrierenkonzept auch drin fixiert. Die Barrieren, also Abfallform, Verpackung, Versatz, Wirtsgestein, also Lagerstätte und Deckgebirge. Und es steht ja drin in diesen Richtlinien: Eine Kombination davon muss eben ausreichen, den

Biozyklus zu schützen vor radioaktiven Schäden.

Jedenfalls ist das Deckgebirge irgendwann als nicht - na ja, sagen wir mal - ausreichende Barriere für die Einlagerung festgestellt worden. Die Gorleben-Rinne, die stammt aus der Elster-Eiszeit, also aus Quartär oder Altpleistozän genauer gesagt. Die hat also - - In der Eiszeit sind also die oberen, die Deckschichten bis auf das Hutgestein und bis auf das Salzgestein abgeräumt worden, sodass also jetzt praktisch das Grundwasser am Salzspiegel entlangfließt. Und da sind natürlich Untersuchungen angestellt worden: Wie ist das mit der Ablaugung, wie ist das mit der Aufstiegs geschwindigkeit des Salzstockes? Also, das hat man dann untersucht. Die Ablaugungsrate - die Zahl ist mir in Erinnerung - liegt so im 0,0-Millimeter-Bereich, also 0,03, 0,04 Millimeter pro Jahr. Und wenn Sie das umrechnen: also 0,01 sind 10 Meter in 1 Million Jahre; 0,03 eben 30. Also, die Ablaugung, die Subrosionsrate ist als sehr gering festgestellt worden.

Wesentlich für eine Ablaugung ist aber auch die Aufstiegs geschwindigkeit des Salzstockes. Er hebt sich ja weiter - natürlich ganz langsam in geologischen Zeiträumen -, und da sind - lassen Sie mich mal über den Begriff nachdenken -, ich glaube, kapazitive Randanalysen gemacht worden. Und da ist festgestellt worden, dass auch die Aufstiegs geschwindigkeit dieses Salzstockes - die Auftriebsgeschwindigkeit - - also in dieser Größenordnung - 0,0 Millimeter, also 0,01, 02, 03 - pro Jahr bewegt. Also, man hat das natürlich ernst genommen.

Im Übrigen darf ich dazusagen: Die Gorleben-Rinne war auch schon vor Festlegung von Gorleben bekannt. Das ist schon vorher da. Das hat man also auch - - In Kenntnis dieser Gorleben-Rinne ist Gorleben benannt worden. Das war also ein Kritikpunkt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Also, unsere Frage ist - -

Zeuge Jürgen Schubert: Es hat andere Kritikpunkte nachher gegeben, der quartäre Ton, der tertiäre Ton, aber das spielt im Moment wohl noch keine Rolle.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Unsere Frage ist schon: Wie ist man denn umgegangen mit solchen kritischen Hinterfragungen der Geeignetheit von Gorleben? Hat

man die ernst genommen? Oder hat man möglicherweise sogar versucht, die zu unterdrücken? Hat man sie unter den Tisch gefegt? Hat man Kritiker mundtot gemacht? Also, wie war einfach der Umgang mit solchen Befunden aus fachlicher Sicht?

Zeuge Jürgen Schubert: Es ist ja nicht alles zu uns, zum Oberbergamt, gekommen. Sehen Sie, die Ablagerungen, das ist in erster Linie Sache der Hydrogeologen.

Umgegangen ist man damit, dass man ein sehr, sehr umfangreiches Untersuchungsprogramm gestartet hat. Das hat also - - Ich glaube, 300 Quadratkilometer sind untersucht, später - das ist aber erst nach der Wende gewesen - auch nördlich der Elbe noch mal. Man hat also diese Dinge sehr ernst genommen und hat versucht festzustellen auch die tektonische Tätigkeit, also Erdbeben. Es gibt eine Stelle, die seismische Untersuchungen, seismische Messungen durchführt, um die Erdbeben tätigkeit festzustellen. Also, es ist durch Fachleute sehr intensiv versucht worden, festzustellen, inwieweit diese kritischen Bemerkungen hier oder die kritischen Tatsachen, die ja durchaus da sind, zu beachten sind oder inwieweit sie überhaupt die Eignung negativ oder positiv beeinflussen können.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Haben Sie Kenntnis davon erhalten, dass die Wahrnehmung von Ergebnissen selektiv war, also dass man nur die Erkenntnisse sozusagen wahrgenommen hat und ernst genommen hat, die dazu passten, dass Gorleben ein geeigneter Standort sein könnte, und dass man möglicherweise eben negative Erkenntnisse nicht entsprechend gewürdigt hat?

Zeuge Jürgen Schubert: Also, zumindest nicht bei uns, bei der Bergbehörde. Ich bin sicher, es ist nicht alles zu uns gekommen. Ich habe ja unsere Aufgabe geschildert. Wir hatten dafür zu sorgen oder hatten darauf zu achten, dass vom Bergrecht her die Dinge beachtet wurden und dass überhaupt auch später, wenn ein Bergwerk errichtet wurde, das möglich war, aber nicht jede Einzelheit. Und es ist auch nicht alles zu uns gedrungen. Selbstverständlich hat es Veröffentlichungen in der Presse gegeben; das ist klar. Die haben wir natürlich auch diskutiert, haben darüber gesprochen. Aber es ist also nichts Offizielles in der Form. Also, es ist von uns jedenfalls niemals gesagt worden: Diese

kritische Bemerkung, die nehmen wir nicht ernst. - Das ist nie gesagt worden.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gehen wir noch mal, Herr Schubert, auf die Bedenken, die sich bezogen hinsichtlich des Teils des Salzstocks, der sich auf dem Gebiet der ehemaligen DDR befindet, jetzt abgesehen von politischen Fragestellungen. In einem Anruf an das niedersächsische Wirtschaftsministerium im Dezember 1976 haben Sie mitgeteilt - ich zitiere -:

... daß sich 1 km nordöstlich der Elbe im Bereich der Gemeinde Lenzen (DDR-Gebiet) eine Gasbohrung befindet. Aus Unterlagen geht hervor, daß diese Bohrung fündig ist. ... Es besteht die Möglichkeit, daß durch diese Bohrung der Salzstock Gorleben berührt wird.

Das ist zu finden unter MAT A 102, Band 8, Teil 1, Paginierung 122. Das ist der Vermerk von Herrn Chojnacki vom 15. Dezember 1976 über ein Telefonat mit Ihnen am 7. Dezember 1976.

Und aus einem Sprechzettel für den damaligen niedersächsischen Wirtschaftsminister Kiep geht hervor, dass weitere Prüfungen als erforderlich gesehen werden oder wurden - ich zitiere wieder -:

Gorleben: Nach Informationen des BGS befindet sich auf der DDR-Seite am Rand des Salzstockes Gorleben eine fündige Gasbohrung. Gemeinsam mit dem Landesamt für Bodenforschung, dem Oberbergamt, dem Bergamt und evtl. dem BGS ist zu prüfen, ob durch diese Bohrung der Salzstock Gorleben betroffen ist und ob evtl. Gasvorkommen auch auf niedersächsischer Seite zu erwarten sind.

Das finden wir unter MAT E 1, Band 3, Paginierung 285 in dem entsprechenden Sprechzettel vom 13.12.76 für Minister Kiep für die Kabinettsitzung am 14.12.76, betreffend Entsorgungszentrum.

Wie wurde denn mit diesen Informationen, die Sie weitergegeben haben, umgegangen? Und welche weiteren Prüfungen wurden möglicherweise veranlasst? Oder was können Sie uns dazu berichten?

Zeuge Jürgen Schubert: Ich hatte ja vorhin, glaube ich, schon erwähnt, dass - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja.

Zeuge Jürgen Schubert: Die Markscheide-rei hatte also diese Bohrungen dort vermerkt und auch, dass also da bei Lenzen eine hochgegangen ist, wie ich mal sage, also dass es eine Explosion gegeben hat. Das ist weitergemeldet worden, aber das ist ja nun mal auf dem Gebiet der DDR gewesen, die dort keinerlei Gasförderung betrieben hat - nach unserer Kenntnis jedenfalls. Sie ist in den Salzwedeler Raum gegangen - Wustrow. Das heißt, das könnte man als Zeichen deuten, dass sie dort nicht viel Gas vermuten.

Aber Sie haben in Salzstöcken natürlich immer Gas. Das ist ja auch bei den Schachtvorbahrungen - also 5001, 5002 waren, glaube ich, die beiden Schächte - - In geringem Maße sind ja Kondensate, also Gas in Kondensatform, angetroffen worden. Ob diese Tatsache, dass in Lenzen dort also eine Gasbohrung, eine fündige Gasbohrung, offensichtlich da war, irgendeine Rolle später gespielt hat, weiß ich nicht. Das ist auch nicht von uns zu entscheiden.

Wir haben darauf hingewiesen: „Das ist so“, und haben - - In dem Zusammenhang ist ja auch immer gesagt worden: Wir müssen natürlich diesen Salzstock - Gorleben - erkunden durch Tiefbohrungen, ob dort auch irgendwelche Dinge vorhanden sind, die die Eignung infrage stellen. Aber das ist - um das noch mal zu sagen - bei den randständigen Bohrungen - die vier - und auch bei den Schachtbohrungen nicht der Fall gewesen.

Also, Sie haben ja gefragt, was wir dazu gesagt haben. Wir haben das mitgeteilt, haben aber nicht zu entscheiden, wie das zu bewerten ist.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wissen Sie, wie man denn dann weiter mit diesen Informationen umgegangen ist vonseiten des Ministeriums, zum Beispiel vonseiten der Landesregierung?

Zeuge Jürgen Schubert: Wie die Landesregierung damit umgegangen ist, weiß ich nicht, kann ich nicht sagen. Ich sage ja: Es ist dort keine Gasförderung betrieben worden. Die ist im ... (akustisch unverständlich) - - Wir haben ja auch im Wustrower Raum - - ist ja auch Gas gefördert - - und haben eben gesagt: Man muss das untersuchen durch eine Bohrung. - Es ist ja damit nicht - - Die Eignung war ja noch in keiner Weise festgestellt und nicht die Entscheidung

darüber: Geeignet oder nicht? Wir haben gesagt: Diese Tatsache, dass dort Gas ist, zwingt natürlich dazu, auch den Salzstock Gorleben zu untersuchen daraufhin.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gehen wir noch mal auf Ihre Mitarbeit im IMAK ein, also im Interministeriellen Arbeitskreis. Da standen Sie auch als Vertreter des Oberbergamtes in engem Kontakt mit dem für Industrieansiedlung zuständigen Referat des niedersächsischen Wirtschaftsministeriums, das sich mit strukturpolitischen Fragen beschäftigt hat. Bereits am 10. Juni 1975 wurden erforderliche Investitionen in einem Gespräch zwischen dem Oberbergamt und dem niedersächsischen Wirtschaftsministerium thematisiert - ich zitiere -:

Die erforderlichen Investitionen werden auf 3 Milliarden DM veranschlagt, es werden ca. 1 500 Arbeitsplätze geschaffen.

Das finden wir in einem Vermerk von Ihnen vom 10. Juni 1975 über ein Gespräch des niedersächsischen Wirtschaftsministeriums mit dem Oberbergamt am 10. Juni 1975 unter MAT A 102, Band 2, Teil 1, Paginierung 15.

Deshalb möchte ich gerne von Ihnen wissen: Waren denn die Gründe der niedersächsischen Landesregierung, sich für Gorleben auszusprechen, aus Ihrer Sicht vor allen Dingen auch strukturpolitisch?

Zeuge Jürgen Schubert: Also, Sie hatten eben einmal, glaube ich, „74“ gesagt. Also, das ist am 10.06.75 wohl gewesen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: 75 war das, ja.

Zeuge Jürgen Schubert: Da war eine Besprechung, und ich habe wohl auch einen Besprechungsvermerk darüber gemacht, und da waren diese Daten genannt worden, wobei ich noch mal sage: Es ging natürlich immer von dem Entsorgungszentrum aus, nuklearen Entsorgungszentrum. Warum das Ministerium also Wert darauf legte, das festzustellen, wie viele Arbeitskräfte dort sind, wie die Kosten sind, ist auch nicht unsere Entscheidung. Wir haben dazu Stellung genommen, aber es ist nicht, was wir zu beurteilen oder zu entscheiden haben.

Welche Gründe waren es? Es kann sicher sein - - Der Landkreis Lüchow-Dannenberg

war ja dicht an der Zonengrenze, sicher ja nicht mit Arbeitsplätzen gesegnet. Ich weiß es nicht, ob die Überlegungen eine Rolle gespielt haben, dort Arbeitskräfte hinzubringen. Aber in unserer Verantwortung lagen diese Dinge nicht, und es ist lediglich festgehalten. Das sind ja auch nicht Zahlen, die von uns genannt worden sind, sondern die habe ich nur im Vermerk festgehalten, weil sie dort genannt worden sind.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das ist so, ohne Zweifel. Aber meine Frage jetzt an Sie als Fachmann, der was von Geologie und Bergbau versteht: Haben nach Ihrer Erinnerung diese strukturpolitischen Gründe möglicherweise eine wichtigere Bedeutung gehabt als die Fragen der Geologie und die Fragen der Endlagersicherheit, oder wie ist Ihrer Erinnerung nach die Gewichtung zwischen diesen unterschiedlichen Gründen sozusagen gewesen?

Zeuge Jürgen Schubert: Die Frage kann ich so nicht beantworten. Ich hatte ja schon gesagt: Uns ging es darum, die Interessen des Bergbaus zu wahren, einmal die Rechte, die vorhanden waren an verschiedenen Standorten, und zu bedenken: Wenn dort mal bergbauliche Anlagen entstehen, wie sicher kann das sein? Also ob dort Arbeitskräfte geschaffen werden sollen oder so, das ist nicht unsere Verantwortung, und das ist auch nicht von uns, sagen wir mal, ins Spiel gebracht worden.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann versuche ich noch mal, Sie zu einem anderen Komplex zu befragen, nämlich zu unterschiedlichen Gesprächen, an denen Sie teilgenommen haben, und wo offensichtlich unterschiedliche Standorte als günstig benannt worden sind für einen möglichen Endlagerstandort.

Zum einen möchte ich mich beziehen auf ein Gespräch am 26. Oktober 1976 in Essen, in der RWE-Hauptverwaltung, zum Thema: Entsorgungszentrum - Standort und Genehmigungsverfahren. In diesem Gespräch wurde Gorleben nicht erwähnt. Anwesend waren unter anderem Vertreter der KEWA, der PWK, der PTB, des Bundeswirtschaftsministeriums, des Bundesinnenministeriums, Bundesforschungsministeriums, niedersächsischen Ministeriums für Soziales und auch der BGR und Sie auch. Sie haben einen Vermerk angefertigt, in dem Sie schreiben:

Als Nachtrag zu einer (dem Bearbeiter im übrigen nicht bekannten) Sitzung am 30.9.1976 in Hannover wurde bemerkt, daß nach Auffassung des Nds. ML von den drei bisher genannten Standorten nur der Salzstock Wahn in Frage käme, da bei Stüdtlohn und Lichtenmoor die vorgesehene Trinkwassergewinnung die Errichtung einer Wiederaufarbeitungsanlage ausschließe.

Das finden wir unter MAT A 102, Band 2, Teil 2, Paginierung 158. Also dieses Gespräch in Essen, da wurde eben vor allen Dingen der Salzstock Wahn benannt.

Dann haben Sie teilgenommen am 1. Dezember 1976 - davon haben Sie eben bereits berichtet -, also knapp anderthalb Monate später, zum Thema „Entsorgungszentrum für bestrahlte Kernbrennstoffe“ im niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft. Dabei ging es im Wesentlichen um die Vorbereitung der Kabinettsvorlage vom 14.12.1976. Und da wurden anhand aller Ressortvorarbeiten die einzelnen Standorte noch mal näher betrachtet. Teilnehmer an dieser Besprechung waren unter anderem die niedersächsische Staatskanzlei, das Landwirtschaftsministerium, das Sozialministerium und das Innenministerium, und hierbei wurden einzelne Bewertungsergebnisse zu den Standorten vorgestellt, auch Gorleben. Und da zitiere ich wieder:

1. Gorleben

Die sicherheitstechnische Beurteilung des Standortes geht von der Annahme aus, daß die PREAG auf den KKW-Standort Langendorf verzichtet. Andernfalls müssen in der Bewertung Abschlüsse gemacht werden. Insgesamt ist jedoch dieser Standort - abgesehen von der Problematik DDR - als der günstigste anzusehen.

Also hier Gorleben als günstigster. Das finden wir unter MAT A 102, Band 7, Paginierung 85. Das ist ein Vermerk von Herrn Chojnacki vom 06.12.76 über eine Besprechung am 01.12.76 zum Entsorgungszentrum für bestrahlte Kernbrennstoffe.

Und dann gab es noch eine dritte Sitzung. Kurz darauf trafen Sie zur ersten Sitzung des Arbeitsausschusses Planfeststellungsverfahren in der PTB Braunschweig am 17. Dezember 76 unter anderem mit Vertretern der PTB, der KEWA, des niedersächsischen Wirtschaftsministeriums, des Sozialministe-

riums, der PWK, des BMFT und des BMWi zusammen. Und in dieser Sitzung teilt nun Herr Dr. Kossendey vom niedersächsischen Wirtschaftsministerium mit - ich zitiere -:

... daß die Entscheidung über den Standort noch offen sei. Man erwarte eine Entscheidung des Kabinetts nicht vor dem Frühjahr 77. Im Gespräch seien vor allem folgende Standorte: Lichtenmoor, Wahn, Lutterloh. Außerdem sei in letzter Zeit ... Mariagluck in den Vordergrund gerückt.

Das ist jetzt MAT A 102, Band 2, zweiter Teil, Paginierung 302. Das ist ein Vermerk von Herrn Schulz-Kühner (?)¹ vom 23.12.1976 über eine Besprechung am 17.12.1976 bei der PTB in Braunschweig zu Planfeststellungsverfahren für die Sicherstellung und Endlagerung radioaktiver Abfälle in dem geplanten Entsorgungszentrum.

Also wurden in relativ kurzer Abfolge, innerhalb von acht Wochen ungefähr, in drei verschiedenen Sitzungen eigentlich unterschiedliche Standorte jeweils als in den Blick zu nehmen benannt. Können Sie sagen, warum das so war?

Zeuge Jürgen Schubert: Ja, also das ist sicherlich alles richtig, was Sie zitiert haben. Ich weiß das natürlich nicht mehr alles so genau; das ist schließlich 35 Jahre her. Aber ich hatte schon am Anfang erwähnt: In der RSK-Sitzung im Dezember 75 waren die drei Standorte Wahn, Weesen-Lutterloh und Lichtenhorst im Gespräch oder wurden dort betrachtet.

In Weesen-Lutterloh ist auch schon eine Bohrung niedergebracht worden, eine Tiefbohrung und auch ein paar Salzspiegelbohrungen. Die haben aber kein besonders gutes Ergebnis gebracht.

Und in Wahn, da hat es, meine ich, Ärger gegeben mit einer Bohrung, die von der ... (akustisch unverständlich) - Schachtbau Tiefbohr Lingen² - beantragt worden war, aber unter dem, na, Mantel - also Aufsuchen von Erdöl, Erdgas -, und es kam dann aber heraus, will ich mal sagen, dass das einem anderen Zweck diente, und da hat es also - ich will nicht sagen „Aufstand gegeben“ - -

¹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Kühner“, setze „Kuhnt“, Anlage 1

² Richtigstellung des Zeugen: streiche „die von der ... (akustisch unverständlich) - Schachtbau Tiefbohr Lingen“, setze „die von der DST – Deutsche Gesellschaft für Schachtbau- und Tiebohrtechnik, Lingen“, Anlage 1

aber doch die örtlichen Stellen haben sich dort sehr beschwert darüber.

Ich kann dazu sagen: Ich war damit nicht offiziell befasst. Das war eine Angelegenheit zwischen dem Bergamt Meppen und den Juristen des Oberbergamts. Ich habe aber mal dazu irgendwann einen Vermerk gemacht und geschrieben: Also ich halte es nicht für richtig, diese Bohrung mit Gewalt durchzusetzen - - und im Übrigen aber die Öffentlichkeit besser zu unterrichten.

Was dann folgte, war, dass man sagte: Um jetzt den Druck von Wahn ein bisschen wegzunehmen, machen wir Untersuchungen an allen drei Standorten. Das ist aber irgendwann dann - - Wie gesagt, es hat sich Widerstand geregt. In Lichtenhorst kam überhaupt nichts zustande; da hat sich eine Bürgerinitiative gebildet. In Weesen-Lutterloh, die Bohrung war nichts, und in Wahn wurde auch nicht gebohrt. Es wurde also irgendwann - - Im Sommer 76 wurden die Arbeiten erst mal komplett eingestellt. Und dann ist irgendwann der Salzstock Gorleben dazugekommen.

Und offiziell von dem Salzstock Gorleben habe ich erst gehört in der Sitzung am 01.12., als 14, komplett, also denkbare Standorte aufgelistet wurden. Und da war an hinterer Stelle, letzter Stelle eben auch Gorleben genannt. Vorher waren diese drei anderen Standorte. Es sind auch natürlich das NLFb und auch Bundesamt ... (akustisch unverständlich) - -³ die haben ja schon andere Untersuchungen durchgeführt, auch in Schleswig-Holstein zum Beispiel. Es waren auch Standorte in Schleswig-Holstein vorgesehen. Dort ist also das Doppelsalinar - das ist also ein Salinar, das sich aus Zechstein und Rotliegend zusammensetzt - nicht so sehr geeignet dafür; es waren auch einige andere Gesichtspunkte noch. Jedenfalls sind die schleswig-holsteinischen Standorte weggefallen; es blieben diese drei.

Und Gorleben, zu Gorleben kann ich sagen: Ich habe das jedenfalls erfahren - und ich weiß nicht, ob das so stimmt -, dass die KEWA ursprünglich zwar Gorleben auch kannte, aber herausgelassen hat, weil der Landkreis Lüchow-Dannenberg als Naturpark und Ferien- und Erholungszentrum ausgewiesen war - - und sie deswegen Gorleben

gar nicht erwähnt haben. Aber nachdem diese drei Standorte - - nachdem das nun also doch nicht so einwandfrei oder einfach über die Bühne ging, ist ja die Palette erweitert worden, und dann ist Gorleben dazugekommen.

So weit, wie gesagt, kann ich mich erinnern - nicht an jede einzelne Sitzung, was in jeder einzelnen Sitzung vereinbart war; aber was dabei herausgekommen ist, kann ich also in dieser Weise schildern.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Muss ich jetzt Ihren Worten entnehmen, Herr Schubert, dass andere Standorte aus politischen Gründen nicht weiter beachtet worden sind, weil es da eben Bürgerinitiativen gab, wie Sie gesagt haben, und man letztendlich dann sich auf Gorleben kapriziert hat, dass also möglicherweise gar nicht die geologische Eignung den Ausschlag gegeben hat, sondern letztendlich die Frage: „Wo kann ich so einen Standort durchsetzen?“?

Zeuge Jürgen Schubert: Nein, das kann ich so nicht bestätigen. Ich sage noch mal: Wir sind nicht dazu da am Oberbergamt, politische Erwägungen anzustellen, sondern festzustellen: Ist ein Standort von der Lagerstätte her, von der Größe, von der Ausdehnung her geeignet? Liegen dort keine anderen bergbaulichen Rechte vor, und kann man in vertretbarer Tiefe ein Bergwerk errichten? Denn Sie können keine 1 500 Meter tief - - Das ist dann schwierig, der Salzstock geht ja sehr tief, aber beginnt ja schon bei 240 Metern. Sie haben also sehr viel Salz auch in der Tiefe, die bergbautechnisch gut beherrschbar ist. Und von daher habe ich, hatten wir eigentlich keinen Anlass, aus unserer Sicht Gorleben infrage zu stellen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank, Herr Schubert. - Damit sind meine Fragen zunächst beendet, und ich gebe das Fragerecht jetzt an die CDU/CSU-Fraktion, bitte schön, an Herrn Kollegen Monstadt.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Danke, Frau Vorsitzende. - Herr Schubert, ich darf Sie auch im Namen meiner Fraktion herzlich begrüßen und mich bedanken, dass Sie hier für Fragen zur Verfügung stehen. Ich kann jetzt nicht ganz ausschließen aufgrund der Abläufe, dass sich die eine oder andere Fra-

³ Richtigstellung des Zeugen: streiche „...“ (akustisch unverständlich) - -, setze „für Bodenforschung beteiligt (Anm.: Vorgänger der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe)“, Anlage 1

ge wiederholt, aber das sehen Sie mir bitte nach.

Vielleicht darf ich damit mal anfangen: Die interministerielle Arbeitsgruppe, können Sie sich erinnern, warum Sie Mitglied dieser Arbeitsgruppe geworden sind? Gab es da irgendwelche Begründungen?

Zeuge Jürgen Schubert: Warum ich Mitglied geworden bin?

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Jürgen Schubert: Ja, ich hatte ja am Anfang gesagt: Ich war am Oberbergamt der Bearbeiter für Strahlenschutz. Eben weil es sich ja um eine zukünftige Anlage mit Radioaktivität handeln würde, fiel das in meinen Bereich. Natürlich hatte ich auch Vorgesetzte; ich war ja nicht alleine. Aber bei den Sitzungen habe ich eben teilgenommen.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Das war jetzt allein dieser Zuständigkeitsregelung geschuldet; so will ich das mal bewerten, so habe ich Sie jetzt verstanden. Also weil Sie zuständig waren, sind Sie dort Mitglied geworden.

Was mich nicht so richtig überzeugt: Es muss doch irgendeine Aufforderung gegeben haben. Also: Wer hat das angeordnet? Oder: Wer hat aufgefordert, dass Sie dort Mitglied werden? Oder: Wer hat Sie angefordert? Gab es da irgendwelche Anweisungen oder Teilnahmewünsche?

Zeuge Jürgen Schubert: Ja, natürlich. Die betreffenden Stellen - die RSK oder KEWA oder MW oder PTB; das war ja damals PTB, was heute Bundesamt für Strahlenschutz ist - haben natürlich das Oberbergamt gebeten, einen Vertreter zu schicken. Und vom Oberbergamt wurde ich dann benannt, weil das in meinem Fachbereich lag.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Können Sie sich noch erinnern, aus welchem Referat das kam und welcher Mitarbeiter der Landesregierung das auf den Weg gebracht hat?

Zeuge Jürgen Schubert: Also unser Referat - - Das war damals ein Abteilungsleiter Schulz-Kuhnt, das war aber nicht der für Wirtschaft, das für Wirtschaftsfragen zuständige Referat. Also, ich hatte bei der Sitzung IMAK einen Herrn Stuhr kennengelernt,

der also diese Fragen wohl vom MW betreiben musste. Aber ich gehe davon aus, dass unser Dezernat im MW dann auch mich benannt hat.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Meinen Sie mit Herrn Stuhr den Referatsleiter Referat 23, Ministerialrat Klaus Stuhr?

Zeuge Jürgen Schubert: Ja.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Okay.

Zeuge Jürgen Schubert: Er war der Leiter dieser Arbeitsgruppe.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Welche Aufgabe hatten Sie im IMAK ganz konkret persönlich?

Zeuge Jürgen Schubert: Wo? In der Sitzung oder am Oberbergamt? Oder wo?

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Diese interministerielle Arbeitsgruppe hat ja sicher auch eine Aufgabenverteilung vorgenommen.

Zeuge Jürgen Schubert: Ja.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): So stelle ich mir das vor. Und da werden ja Aufgaben gewissen Institutionen, auch Personen oder dem Oberbergamt - also damit Ihnen persönlich - zugeordnet worden sein.

Zeuge Jürgen Schubert: Ja, die Aufgabe, festzustellen, ob aus Sicht der Bergbehörde dieser oder jener Standort infrage kommt oder nicht infrage kommt. Ich hatte schon gesagt: Es gibt ja verliehene Konzessionen. Es gibt Rechte, die Unternehmen an der Ausbeutung von Bodenschätzen hatten. Und das spielte natürlich auch eine Rolle: Sind Bodenschätze da? Zum Beispiel der Salzstock Dethlingen, der auch mal in der Untersuchung war: Da war eine fördernde Bohrung; Munster Z1, hieß sie, glaube ich. Die hat dazu geführt, dass man sagt: Hier hat die Mineralgewinnung Vorrang, den scheiden wir aus.

Und deswegen sind verschiedene Standorte eben noch mal in die Diskussion gekommen, und unsere Aufgabe war es, neben der Feststellung - - also: Welche bergrechtlichen Dinge stehen einem Standort für die Wiederaufarbeitungsanlage und dem Endla-

ger entgegen, und welche Standorte sind geeignet, dort entweder Kavernen - zu Anfang waren ja auch mal Kavernen im Gespräch - oder ein Bergwerk herzustellen? Ist das aus bergtechnischer Sicht machbar? Und das war meine Aufgabe, nicht die anderen Dinge, wie gesagt: Was ist mit der Zonengrenze, und was ist mit Trinkwasser? Das war nicht unsere Aufgabe. Dafür waren in der - -

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Das habe ich so weit verstanden. - Jetzt haben Sie uns vorhin berichtet, welche Mitglieder diese Arbeitsgruppe hatte. Waren die anderen Arbeitsfelder, an die Sie sich vielleicht noch erinnern, auch fachlich gewissen Institutionen und Ministerien zugeordnet? Haben Sie das in Erinnerung und können uns darüber berichten, wie die Zuordnung vorgenommen wurde?

Zeuge Jürgen Schubert: Meinen Sie jetzt - - Bei welcher Sitzung meinen Sie? Meinen Sie jetzt - -

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Ich meine jetzt erst mal für ein großes Ganzes betrachtet aufgrund des Arbeitsfeldes, des Arbeitskreises dieser interministeriellen Arbeitsgruppe, nicht bezogen auf die einzelne Sitzung; da kommen wir vielleicht noch später zu.

Zeuge Jürgen Schubert: Nein, also, wer dort welche Aufgabe hatte, daran kann ich mich nicht erinnern.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Daran können Sie nicht erinnern. - Wie war denn die Arbeitsatmosphäre im IMAK? Wie würden Sie die bezeichnen? Wie liefen die Diskussionen? Waren die überwiegend fachlich motiviert, oder hatten Sie den Eindruck, dass da auch politische Argumentationen, Entscheidungen, Ausrichtungen eine Rolle gespielt haben?

Zeuge Jürgen Schubert: Also: An den eigentlichen Sitzungen waren fachliche Gesichtspunkte nicht nur ausschlaggebend, sie waren fast ausschließlich also das Thema. Irgendwelche Fragen - - Ist das politisch machbar? Ist das aus Sicht, hier bei der DDR, Gorleben - - also sind da andere Dinge zu betrachten? Das war also bei den Sitzun-

gen, an denen ich teilgenommen habe, nicht der Fall. Das ist natürlich erwähnt mal, aber das ist nicht weiter diskutiert worden, und ich sage noch mal: Da ich eine andere Aufgabe habe, habe ich mich an dieser Diskussion auch dann nicht beteiligt.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Wenn dann diese Sitzungen ein Ergebnis produziert haben - ich gehe davon aus, dass da Ergebnisse produziert wurden -, wurden die dann von allen Teilnehmern mitgetragen, oder gab es da Minderheitenvoten oder andere Möglichkeiten, oder wurde tatsächlich auch eine andere Meinung festgehalten?

Zeuge Jürgen Schubert: Ja, also, es gab natürlich schon gewisse Unterschiede, je nachdem, welche Seite der betreffende Mitarbeiter vertrat. Also dass der Landwirtschaftsminister Dinge, die den Ackerbau, also die Milcherzeugung, Getreide oder auch Wasserversorgung, Trinkwasser - - natürlich mehr beachtete als der Vertreter des Wirtschaftsministeriums, ist klar; aber Sie müssen ja zu einer Einigung kommen. Und dann wurde eben darüber auch in gewisser Weise abgestimmt, wie die Sache zu beurteilen war. Aber dass unterschiedliche Auffassungen waren, das ist klar; sonst brauchen Sie ja keine Gruppe, sonst kann das ja einer.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Sie haben jetzt gesagt „in gewisser Weise abgestimmt“. Dass es unterschiedliche Auffassungen gab, haben wir jetzt herausgearbeitet. Aber: Wurden diesen Auffassungen dann auch zu einem Gesamtergebnis formuliert, das dann von allen mitgetragen wurde?

Zeuge Jürgen Schubert: Ja, ja.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Gab es denn da - wie stelle ich mir das vor? - ein Mehrheitsprinzip, dass da abgestimmt wurde? Fünf waren dagegen und drei dafür - - fünf waren dafür und drei dagegen? Oder wie stelle ich mir das vor?

Zeuge Jürgen Schubert: Nein, nein, so war das nicht, sondern es wurde der Abteilung - - Oder: Der Leiter des IMAK war ja Herr Stuhr. Das wurde dann noch mal dargestellt. Es wurden die verschiedenen Gesichtspunkte erwogen, und es war ja - - Wie gesagt: Es war ja eine Festlegung, wie viel

Punkte in bestimmten Bereichen einzelne Standorte bekommen. Und das war ja überhaupt noch keine Feststellung, also: Ist der Salzstock geeignet? Von daher hat es dann eine Einigkeit gegeben. Aber die hat sich im Gespräch, in der Diskussion ergeben, nicht durch Abstimmung, also womöglich durch Zettel oder so.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Hatten Sie den Eindruck, dass diese Abläufe dort ausgewogen waren, dass also auch die Sitzungsleitung durch Herrn Stuhr, wie Sie uns das gerade berichtet haben, ob die fachlich fundiert, ausgewogen war und auf ein fachlich fundiertes Ergebnis ausgerichtet war? Oder hatten Sie den Eindruck, dass das interessengeleitet in eine Richtung gedrängt wurde?

Zeuge Jürgen Schubert: Nein, den Eindruck hatte ich nicht. Also, ich muss sagen - -

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Das war jetzt eine zweiteilige Frage. Hatten Sie eher den ersten Eindruck oder eher den zweiten?

Zeuge Jürgen Schubert: Ich wollte das gerade zu Ende führen.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Entschuldigung.

Zeuge Jürgen Schubert: Also, was Sie zuerst gesagt haben: Den Eindruck hatte ich, dass man durchaus versucht hat, alle Fachrichtungen dort einzubinden, nicht also, dass andere Gesichtspunkte eine Rolle gespielt haben.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Daraus darf ich weiter schließen - auch aus den Ausführungen, die Sie gerade schon gemacht haben -, dass es eine politische Einflussnahme auf diese Sitzungen, auf dieses Verfahren nach Ihrer Wahrnehmung nicht gegeben hat?

Zeuge Jürgen Schubert: Nach meiner Wahrnehmung nicht, nein.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Ich darf mal jetzt zu einem anderen Komplex kommen, der bei uns unter dem Stichwort „KEWA-Studien“ behandelt wird. Auf welche Vorarbeiten hat der Arbeitskreis „Entsorgungszent-

rum“ zurückgegriffen? Können Sie uns hierzu etwas sagen?

Zeuge Jürgen Schubert: Ich habe das nicht ganz verstanden. Was haben Sie zuerst gesagt?

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Also, ich möchte jetzt zu einem anderen Komplex kommen, -

Zeuge Jürgen Schubert: Ja.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): - den Komplex, den wir gerade hatten, verlassen. Wir bewerten hier unter dem Stichwort „KEWA-Studien“ gewisse Vorarbeiten, Vorleistungen. Die Frage ist: Haben in den Beratungen Ihres Arbeitskreises Vorarbeiten eine Rolle gespielt? Konnten Sie auf Vorarbeiten zurückgreifen? Und was können Sie uns hierzu zu Vorarbeiten, Vorberichten, Voruntersuchungen hier im Ausschuss berichten?

Zeuge Jürgen Schubert: Ich weiß nicht, ob ich das konkret beantworten kann. Aber die KEWA ist ja eben auch von einem nuklearen Entsorgungszentrum ausgegangen, und die hatte ihren Schwerpunkt, meine ich, anfangs mehr auf den Standort, also über die Standorte: „Kann ich dort die Anlagen errichten?“, usw., und weniger auf die untertägigen Möglichkeiten eines Endlagers abgestellt. Das heißt, sie haben ja auch keine Salzstöcke genannt, sondern Orte, die zum Teil weit entfernt lagen.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Vielleicht darf ich da konkreter werden? - Ist Ihnen der Jahresbericht aus dem Jahr 74, der unter KWA 1224 läuft, bekannt und auch die KEWA-Nachbewertung aus dem Herbst 76? Haben Sie davon schon mal gehört?

Zeuge Jürgen Schubert: Also, 74 war ich noch nicht da. Da hatte ich auch noch nichts damit zu tun. Aber ich kann nur sagen: Die KEWA hatte anfangs das mit einer anderen Zielrichtung dargestellt - „andere Zielrichtung“ ist vielleicht falsch -, aber andere Schwerpunkte gesetzt. Und das hat sich dann geändert. Nachdem klar wurde, welche Probleme es gibt und welche Dinge noch zu lösen waren, ist das dann auch mehr noch auf Standorte - also: Wie sehen die untertägigen Verhältnisse aus? - ausgedehnt wor-

den. Das war auch unsere Aufgabe. Wie gesagt, die anderen Dinge waren nicht in unserer Zuständigkeit.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Der Zeuge Dr. Röhler, der damals zuständiger Staatssekretär im niedersächsischen Wirtschaftsministerium war, hat uns hier in seiner Vernehmung im Ausschuss am 8. September 2011 über eine KEWA-Nachbewertung aus dem Jahr 76 berichtet, in welcher der Standort Gorleben die beste Wertung bekommen hat. Ich darf Ihnen so weit aus dem Vorläufigen Stenografischen Protokoll Nr. 51, Seite 10 zitieren:

Die KEWA-Studie, in der Gorleben auf Platz eins stand, das muss die Nachbewertung gewesen sein, in der die ursprünglichen drei und acht weitere Standorte untersucht worden sind nach den Kriterien der KEWA.

Diese Studie war eine der Grundlagen für die Arbeit des IMAK. Ich darf Ihnen - -

Zeuge Jürgen Schubert: Was ist jetzt die konkrete - -

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Warten Sie mal, das kommt ja. - Die Fragmente der KEWA-Nachbewertung, die wir in den Akten gefunden haben, darf ich Ihnen zur Verfügung stellen. Fürs Protokoll: MAT A 102, Band 7, Blatt 94 bis 95 und 7 bis 13. - Nehmen Sie sich bitte ausreichend Zeit, sich das anzuschauen. Und wenn Sie sich das anschauen: Können Sie sich dann an diese Nachbewertung erinnern? Was können Sie uns hierzu - -

Zeuge Jürgen Schubert: Darf ich das mal eben schnell durchlesen?

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Ja, gerne.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Lassen Sie sich Zeit!)

Zeuge Jürgen Schubert: Ja, also Schleswig-Holstein - das hatte ich schon gesagt - -

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Können Sie sich, wenn Sie das sehen, an diese Nachbewertung erinnern?

Zeuge Jürgen Schubert: Ich kann mich daran erinnern, dass es Überlegungen gegeben hat, mehr Salzstöcke oder verschiedene andere Salzstöcke noch mit in die Untersuchung einzubeziehen, dass man aber Salzstöcke, Teufenlage unter 800 Meter, lese ich gerade, ausscheidet; da waren auch welche dabei. Ich hatte schon gesagt, dass es also schwierig ist, wenn Sie einen Salzspiegel bei 800 Meter haben. Sie müssen ja einige Hundert Meter tiefer gehen, um dort ein Bergwerk zu machen. Das war also auch unser Petitum: keine zu tief liegenden Salzstöcke zu nehmen, natürlich auch keine zu hohen, zu dicht an der Erdoberfläche, aber diese nicht.

Und dann mit den Großstädten, das war nicht von uns zu entscheiden. Also, ich kann mich zum Beispiel erinnern: Ich glaube, Langenmoor, das liegt also relativ dicht bei Oldenburg, Zwischenahn. Der ist ausgeschieden, meine ich, weil er zu dicht an einer Großstadt liegt. Diese Überlegungen sind dann angestellt worden. Das war aber nicht unsere Verantwortung; das hatten wir nicht zu entscheiden. Ich bin hier - - Also, was Salzstöcke, Teufenlage unter 800 Meter, ist klar, und Salzstöcke, die bereits für Speicherezwecke von Erdgas, Erdöl usw. zur Salzgewinnung genutzt werden, diese Salzstöcke sollten nach unserer Ansicht damals nicht in Betracht gezogen werden. Die anderen Gesichtspunkte hier, wie gesagt - - kann ich nicht mehr drauf antworten.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Meine Frage - wenn ich Sie erinnern darf, ein paar Fragen zurück - war ja: War dies, was wir Ihnen da jetzt vorgelegt haben, Grundlage für die Bewertung im IMAK? Kannten Sie das damals, und haben Sie das in die Bewertung mit einfließen lassen?

Zeuge Jürgen Schubert: Was meinen Sie? Was hier steht?

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Jürgen Schubert: Ja, ja. Ich sagte ja unter anderem: Meine Aufgabe in dem IMAK war es, dafür zu sorgen, dass die Belange des Bergbaus beachtet wurden: einmal keine

bestehenden Rechte, wo also Konzessionen oder Gewinnung, verliehene Bergwerksfelder vorlagen, wo Speicherung vorgesehen war und wo also Salzstöcke in einer Teufenlage liegen, die nach vernünftigen Gesichtspunkten die Anlage eines Bergwerks erlauben. Das war in dem IMAK meine Aufgabe, und danach habe ich auch meine Stellungnahme abgegeben.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Das heißt, diese Dinge, die wir Ihnen da jetzt vorhalten, die hier im Ausschuss unter dem Stichwort „KEWA-Nachbewertung“ laufen, waren Ihnen damals bekannt und sind dann auch in die Bewertung des IMAK eingeflossen?

(Kirsten Lühmann (SPD): Also, das geht hier jetzt nicht, dass Sie noch Unterstellungen nachbewerten im Ausschuss! - Kornelia Möller (DIE LINKE): Das ist falsch! - Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja!)

- Bewerten Sie das, wie Sie wollen. Lassen Sie mich in Ruhe fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Also, Herr Monstadt hat gefragt zu dem - -

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Frau Vorsitzende!

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, wenn ich was sagen darf, dann sage ich sofort was.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Gerne.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Also, einen kleinen Moment Ruhe! - Herr Monstadt hat den Zeugen gefragt, ob ihm dieses Dokument bekannt sei bzw. ob ihm bekannt sei, dass das, was hier bei uns als KEWA-Nachbewertungsstudie läuft, in die Arbeit des - -

(Kornelia Möller (DIE LINKE): Das läuft aber nicht unter KEWA-Nachbewertungsstudie!)

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Lassen Sie doch mal die Vorsitzende ausreden. Wo sind wir denn hier?

(Kornelia Möller (DIE LINKE): Darunter fallen nicht alle, weil es nicht nachweisbar ist!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut. Dann würden Sie, liebe Frau Möller, oder andere Kolleginnen aus der Opposition das in Ihrer Fragerunde sozusagen mit dem Zeugen dann noch mal erneut aufgreifen. Davon gehe ich ohnehin aus. Aber im Moment sehe ich nichts, was jetzt hier nicht zulässig wäre, dem Zeuge so vorzuhalten oder den Zeugen zu befragen.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Frau Vorsitzende, da lege ich noch mal gesteigerten Wert drauf, dass, wenn ich frage und die Vorsitzende der Meinung ist, dass die Frage unangemessen ist, dann lasse ich mich da gerne rügen. Aber dass ich dann permanent durch diese unqualifizierten Einwürfe unterbrochen werde, da möchte ich dann die Vorsitzende bitten, dass sie das entsprechend unterbindet und dass ich meine Fragen in Ruhe fortsetzen kann. Sonst müssen wir mal in eine Beratungssitzung eintreten.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist im Ausschuss falsch wiedergegeben!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Kollege Monstadt - -

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Deswegen ist das ein qualifizierter Einwurf!)

Herr Kollege Monstadt, wenn ich der Meinung bin, dass Sie hilfsbedürftig sein könnten, dann würde ich Ihnen sofort zur Seite springen.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Das ist nett, Frau Vorsitzende.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Im Moment habe ich diesen Eindruck noch nicht. Von daher bitte ich, mit der Befragung fortzufahren.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Jedes Mal das Gleiche: Wenn es nicht nach deren Gusto läuft, wird hier gestört!)

- Dann müssen wir eine Beratungssitzung machen. Das können wir natürlich auch sofort machen.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Herr Schubert, Sie können sich an meine Frage erinnern. Ich darf Sie bitten, dieses Geplänkel

außen vor zu lassen - das haben die häufiger; damit müssen wir leider leben - und meine Frage zu beantworten, wie ich Sie Ihnen gerade gestellt habe.

Zeuge Jürgen Schubert: Die Frage, ob diese hier dargestellten Gesichtspunkte in dem IMAK behandelt worden sind?

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Jürgen Schubert: Also, die schleswig-holsteinischen Standorte waren nicht mehr vorhanden. Die waren bei den 14 Standorten, die wir in dem IMAK am 1. Dezember betrachtet haben, nicht mehr dabei; die waren ausgeschieden. Warum, weiß ich nicht. - Das heißt, ich weiß es schon: Die wurden wegen der ungünstigen Salzverhältnisse ausgeschieden. Aber alles andere - Teufenlage, Umkreis von Großstädten usw. -, das ist durchaus dabei gewesen. Bunde, Rhaude, Gorleben, Börger, die waren dabei, die Salzstöcke. Im Salzstock Bunde sind meines Erachtens Speicher erstellt worden für Öl und Gas. Das ist dann dadurch vielleicht ausgeschieden. Rhaude, einige waren zu tief gelegen. Also, die Standorte, was hier steht, ist in dem IMAK am 01.12. mit betrachtet worden mit Ausnahme der schleswig-holsteinischen.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Man kann das also insoweit zusammenfassen, dass das auch Grundlage Ihrer Arbeit im IMAK war?

Zeuge Jürgen Schubert: Ja, ja.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Danke. - Herr Schubert, ein weiterer Punkt, der uns interessiert, ist auch, dass der Standort Gorleben in das Verfahren des IMAK, also das Verfahren der niedersächsischen Landesregierung, aufgenommen wurde. Vielfach wird behauptet, dass der Standort erst später im Verfahren aus rein regionalpolitischen Erwägungen betrachtet wurde. Der für den IMAK zuständige Staatssekretär Dr. Röhler hat im Asse-Untersuchungsausschuss am 10.09.2009 hierzu gesagt - ich zitiere MAT B 26, Seite 42 -:

Nach meiner Erinnerung war Gorleben immer in dem Korb, der zur Diskussion stand.

Können Sie uns hierzu den Sachverhalt berichten? Wie war das damals?

Zeuge Jürgen Schubert: Es mag so sein, dass das so war. Ich sagte: Ich habe von Gorleben, dem Standort Gorleben erst gehört Ende 1976 und konkret dann in dieser IMAK-Sitzung. Und ich habe dann erfahren, dass er vorher - obwohl die KEWA ihn also auch irgendwie wohl untersucht hat oder das NLFb; es sind ja vorher Untersuchungen gewesen, alle Salzstöcke -, dass auch natürlich untersucht war, dass er deswegen zunächst rausgenommen wurde wegen der Randlage zur DDR und auch wegen der Anordnung des Landkreises Lüchow-Dannenberg als Ferien- und Erholungsort. Und nachdem diese wohl keine so große Rolle mehr spielten, ist der dann aufgenommen worden, weil von Anfang an von der Geologie her der Standort geeignet erschien. Und diese Auffassung, wie gesagt, die hat sich dann auch in vielen Besprechungen bestätigt, und soweit ich mich erinnere, sind alle Beteiligten nachher auch zu der Auffassung gelangt: Gorleben ist von allen, die jetzt noch in Rede stehen, wohl der eignungshöufigste. Es ging darum - um das noch mal zu sagen -, festzustellen: Wo werden mit einiger Aussicht auf Erfolg Untersuchungen durchgeführt? - Und das ist, meine ich, am Schluss unstrittig Gorleben gewesen.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Wenn ich Sie jetzt so richtig verstanden habe, haben Sie gesagt: Sie persönlich haben Gorleben erst Ende 76 in der Diskussion.

Zeuge Jürgen Schubert: Ja. Mitte oder Ende, irgendwann im Sommer, ja.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Aber Sie haben dann in dem weiteren Prozess zur Kenntnis genommen, dass aufgrund der Dinge, die Sie beschrieben haben, Gorleben auch schon vorher im Gespräch war und auch Bewertungen zu dem Standort vorgenommen worden sind, also sowohl geologische als auch andere Bewertungen, die Sie gerade skizziert haben: Nähe zur DDR-Grenze und auch Lage in einem Erholungsgebiet. - Habe ich das so richtig verstanden?

Zeuge Jürgen Schubert: Ja, das haben Sie so richtig verstanden; das ist so.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Gut. - In unseren Akten befindet sich ein Vermerk von dem Ministerialrat Stuhr an Staatssekretär Röhler vom 9. März 1977, MAT A 102, Band 8, Blatt 186 bis 188. In diesem Vermerk wird der niedersächsische Standortauswahlprozess beschrieben. Unter Punkt 2 heißt es zum Verfahren der KEWA - ich zitiere MAT A 102, Band 8, Blatt 186 -:

Nachdem sich Mitte 1975 nach intensiveren Recherchen herausgestellt hatte, daß bei den bekannten Standorten mit Restriktionen (Wasservorkommen, Naturschutzgebiete u. a.) zu rechnen war, wurden im MW intern weitere Möglichkeiten geprüft.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Dabei stellte sich heraus, dass die Zahl der möglichen Standorte größer war als ursprünglich von der KEWA angenommen. Die KEWA wurde auf diese Möglichkeiten (rd. 25) aufmerksam gemacht. Unter den genannten Standorten befand sich auch Gorleben.

Hieraus ist abzuleiten, dass der Standort Gorleben bereits weit vor der Einsetzung des IMAK vom niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft und Verkehr - der KEWA-Standort-Vorschlag für ein nukleares Entsorgungszentrum - vorgeschlagen wurde. Können Sie sich an diese Prüfung des Ministeriums erinnern? Und was können Sie uns hierzu berichten? Oder ist das irgendwie Ihnen anders bekannt geworden und eingeflossen?

Zeuge Jürgen Schubert: Nein. Also, da kann ich mich nicht konkret dran erinnern. Ich habe ja gesagt, dass Gorleben von anderen Stellen durchaus auch vorher mit betrachtet war; aber ich persönlich oder auch das Oberbergamt, meine ich, hat erst Mitte 76 von dem Standort Gorleben Kenntnis erhalten oder davon erfahren, dass er eventuell in die Untersuchung einbezogen wird. Und konkret ist das eben in der Sitzung am 01.12. geschehen. Wenn es also ministerielle oder Hinweise - oder hier steht: Dr. Röhler, der Staatssekretär - - Diese Dinge sind mir nicht im Einzelnen bekannt. Ich glaube auch nicht, dass sie generell am Oberbergamt bekannt waren. Ich muss dazu sagen: Ich war ja nicht der Präsident. Ich war auch nicht

der Abteilungsleiter zu dem Zeitpunkt. Ich war ja nur Sachbearbeiter für Bereich Strahlenschutz. Es ist möglich, dass andere Dinge noch gelaufen sind; aber mir ist davon nichts bekannt.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Danke sehr.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank, Herr Schubert. - Damit geht das Fragerecht jetzt an die SPD-Fraktion. - Frau Kollegin Vogt, bitte schön.

Ute Vogt (SPD): Danke schön. - Herr Schubert, ich wollte auch noch mal auf die KEWA-Studie zurück. Die KEWA hat ja ein langes Verfahren - von 1974 bis 1976 - durchgeführt, bei dem, wie Sie vorhin auch gesagt haben, die drei Standorte Wahn, Weesen-Lutterloh -

Zeuge Jürgen Schubert: Das waren Wahn und Lichtenhorst, ja.

Ute Vogt (SPD): - und Lichtenhorst rauskamen. Der Streitpunkt in diesem Ausschuss ist nun, ob es noch mal eine weitere KEWA-Studie gab, bei der am Ende Gorleben oben stand, also ob Sie Kenntnis haben von einer - so wie diese Studie, die es bis 76 für die drei gab - Studie der KEWA, die dann praktisch eine Betrachtung anstellt, bei der am Ende Gorleben vorne stand? Also, es geht nicht darum, ob das Ergebnis so war, sondern ob es diese Studie als solche in der Form gab.

Zeuge Jürgen Schubert: Nein. Von einer Studie zu diesen drei Standorten, die, wie ich ja vorhin gesagt habe, auch in der RSK im Dezember 75 schon erörtert waren, also von einer KEWA-Studie, die jetzt also sich auf andere Standorte bezog, ist mir nichts bekannt. Ich glaube, im Februar 77 hat die niedersächsische Landesregierung, also in persona Ministerpräsident Albrecht, ja Gorleben benannt. Da machte es natürlich zunächst auch keinen Sinn mehr, über andere Standorte nachzudenken. Was dann anstand, war ja jetzt, die Probleme, die ja überhaupt noch nicht gelöst waren und die angesprochen wurden, zu lösen und die Untersuchungen darauf abzustellen. Also, um Ihre Frage konkret zu beantworten: Nach dieser Sitzung oder nachdem diese drei Standorte aus verschiedenen Gründen nicht mehr infrage ka-

men für die KEWA, ist mir keine weitere Studie bekannt.

Ute Vogt (SPD): Sie haben jetzt vorhin gesprochen auch von den Kriterien, die als Bewertungskriterien - Sicherheitskriterien - für die Endlager bestanden haben, und auch in dem Zusammenhang über das Barrierekonzept. Wissen Sie, ab wann es diese Sicherheitskriterien gab?

Zeuge Jürgen Schubert: Die Sicherheitskriterien wurden festgeschrieben. Ich glaube, 73⁴ hat der BMI sie veröffentlicht, aber im Gespräch waren sie natürlich schon vorher; das ist klar. Wir, die Bergbehörde und ich, waren auch bei der Erarbeitung dabei. Welche Barrieren infrage kommen, das war schon klar. Es hat ja auch vorher schon Abfalleinlagerungen, Radioaktiver-Abfall-Einlagerungen gegeben, und da hat man natürlich darüber nachgedacht, und deswegen war klar, dass einmal die Verpackung eine Rolle spielt.

Ich will dazu sagen: Salz war ja - damals jedenfalls - bei allen Wissenschaftlern das Wirtsgestein; das ist also klar. Die Vorteile liegen auf der Hand, also die gute Wärmeleitfähigkeit, die Möglichkeit, große Abbaue zu errichten, die Dichtigkeit gegen Gas und Wasser.

Es waren natürlich auch Nachteile bekannt. Die Nachteile: Manche Salzstöcke sind inhomogen. Sie müssen also große homogene Partien finden, wenn das als Barriere gelten soll. Die leichte Löslichkeit des Salzes ist ein Negativum, und auch die Korrosivität, also das korrosive Verhalten gegen zum Beispiel Blechfässer ist ein Nachteil, und auch die geringe Rückhaltung von Radionukliden ist ein Nachteil.

Deswegen musste man Barrieren finden oder Barrieren jedenfalls festlegen, die diese Nachteile möglichst ausgleichen. Und deswegen haben natürlich diese Überlegungen, die Barrieren, hier einfach eine Rolle gespielt. Festgeschrieben sind sie meines Erachtens dann endgültig in dieser BMI-Veröffentlichung; ich glaube, 83 war das. Die nannten sich „Sicherheitskriterien für die Endlagerung radioaktiver Abfälle in Bergwerken“. Und da sind die ganz klar - - Ich glaube, diese fünf waren es, also Abfallform, Verpackung, Versatz, also wie ich die Hohlräume verfülle, das

Wirtsgestein selber, die Lagerstätte und Deckgebirge, Nebengestein. Und in der Richtlinie - oder in den Kriterien - steht eben auch eine Kombination dieser Barrieren. Die muss geeignet sein, radioaktive Stoffe auf Dauer, auf ewige Zeiten von der Biosphäre fernzuhalten.

Ute Vogt (SPD): Jetzt gibt es ja in Bezug auf das Deckgebirge des Salzstocks Gorleben Zweifel an der Dichtigkeit bzw. an der tatsächlichen Deckfähigkeit dieses Deckgebirges und an der Stabilität. Hat das eine Rolle gespielt damals, dass man gesagt hat: Das wird durch andere Punkte kompensiert? Oder wie waren Ihre Ergebnisse in Bezug auf das Deckgebirge?

Zeuge Jürgen Schubert: Meinen Sie jetzt also das Deckgebirge, oder? Ich habe das jetzt nicht ganz verstanden.

Ute Vogt (SPD): Es gibt ja Ausführungen, dass das Deckgebirge nicht im Sinne des Barrierenkonzepts ausreichend ist.

Zeuge Jürgen Schubert: Ja, das ist richtig, das Deckgebirge nicht. Und abgesehen mal von Verpackung hängt ja davon ab, welche Abfälle Sie haben - HRW in Glas - oder ob Sie direkte Endlagerung haben, die heute ja gemacht werden soll, also komplette, abgebrannte Brennelemente; früher waren also Spaltprodukte hauptsächlich in Glas. Das hängt davon ab, wie Sie also die verpacken, wie Sie die Hohlräume verfüllen, aber vor allem natürlich das Deckgebirge⁵. Und in Gorleben liegt die Erkundungssohle, glaube ich, auf 840 Meter Teufe, die Einlagerungssohle würde wahrscheinlich noch etwas tiefer. Sie haben dann bis zum Salzspiegel über 500 Meter Salz, und zwar - das ist ja auch festgestellt - im Wesentlichen eben homogenes Salz, älteres oder jüngerer Steinsalz, also Staßfurt- oder Leine-Serie, die für diese Art Einlagerung eben besonders geeignet sind; das ist ja festgestellt worden. Das heißt, man geht natürlich davon aus - es ist ja noch nicht endgültig entschieden, um Gottes willen -, dass die Barriere Salzstock Gorleben mit großen, mächtigen Partien homogenem Steinsalz als Barriere, also die Hauptbarriere bilden wird.

⁴ Richtigstellung des Zeugen: streiche „7“, setze „8“, Anlage 1

⁵ Richtigstellung des Zeugen: streiche „das Deckgebirge“, setze „der Salzstock“, Anlage 1

Ute Vogt (SPD): Also nicht das Deckgebirge, sondern weil es so viel Salz ist, kommt es dann auf das Deckgebirge nicht mehr so an.

Zeuge Jürgen Schubert: Bitte?

Ute Vogt (SPD): Das heißt, das Salz ist im Grunde die Hauptbarriere?

Zeuge Jürgen Schubert: Ja, ja. Was natürlich nicht ausschließt die anderen, also Verpackung, wie man die Abfälle je nach Art verpackt und wie man sie fixiert. Und wie man sie einbringt in Strecken, in Bohrlöcher, wie man die Hohlräume dann verfüllt, das spielt natürlich auch eine Rolle; aber die langfristige Hauptbarriere ist natürlich eindeutig der Salzstock.

Ute Vogt (SPD): Jetzt haben Sie vorhin gesagt, Sie waren als Bergamt verantwortlich für die Prüfung von den Nutzungsrechten der Standorte und haben geprüft, ob da zum Beispiel Firmen Abbaurechte und Ähnliches haben. Haben die Salzrechte bei Ihnen keine Rolle gespielt?

Zeuge Jürgen Schubert: Nein, Salzrechte hat es eigentlich nur - also die - - Meinen Sie jetzt Rechte in Bergwerken, also wo verliehene Bergwerksfelder sind oder wo Bergrechte also vorhanden sind, auch Salz?

Ute Vogt (SPD): Sie haben selbst ausgeführt, Ihre Aufgabe war es, zu prüfen, ob ein Standort frei von Rechten ist.

Zeuge Jürgen Schubert: Ja, ja.

Ute Vogt (SPD): Und jetzt haben wir ja in Gorleben das Problem, dass es Salzrechte gibt, die eben Privaten gehören, und der Staat deshalb gar keinen Zugriff hat auf die Erkundung von bestimmten Teilen.

Zeuge Jürgen Schubert: Ja, das ist im alten Königreich Hannover so.

Ute Vogt (SPD): Genau.

Zeuge Jürgen Schubert: Hannover ist zu Preußen gekommen, hat das preußische Bergrecht übernommen, aber mit der Abweichung eben - es gibt einige Abweichungen; das Bergrecht war sehr kompliziert -, dass eben im alten Königreich Hannover die Salz-

rechte, also überhaupt das Salz bis zur ewigen Teufe dem Grundeigentümer gehört.

Ute Vogt (SPD): Genau.

Zeuge Jürgen Schubert: Wie gesagt, nur im Königreich Hannover. Hat auch das Bundesberggesetz nicht geändert. Nur, das ist natürlich so: Da muss der Antragsteller sich ein Grundeigentum nehmen; da muss er sich natürlich einigen. Das ist nicht Aufgabe der Bergbehörde, zu prüfen: Kriegt er die Rechte? - Das ist auch beim Erdöl so. Überall müssen Sie an den Grundbesitzer heran und hier, wo das Salz dem Grundeigentümer gehört, an den Grundeigentümer gehen, ob Sie die Salzrechte bekommen. Das ist nicht unsere Aufgabe. Wir haben darauf hingewiesen - ich meine, das muss irgendwo in der Akte auch stehen -, ich habe mehrfach vorgeschlagen, sie sollten - die Betreffenden, die also das planen, durchführen sollten - sich rechtzeitig um die Rechte bemühen, sowohl um Grundstücks- als auch um die Salzrechte, weil ja auch viele Salzstöcke für die Speicherung vorgesehen waren. Es wird ja alles Mögliche heute auch in Salzstöcken gespeichert, nicht nur Öl und Gas, und von daher war es natürlich wichtig, dass sie sich diese Rechte sicherten. Aber es hat jetzt keine Rolle gespielt für uns, wem die Salzrechte da gehören. Das muss also der Antragsteller selber regeln.

Ute Vogt (SPD): Aber spielen bei der Frage der Erkundung eines Salzbergwerks die Salzrechte nicht auch eine entscheidende Rolle?

Zeuge Jürgen Schubert: Da spielen die eine entscheidende Rolle. Also, das ist ganz klar: Wenn da so ein Antrag vorgelegt wird, dass ich in einen Salzstockbereich fahre, wo ich nicht die Rechte habe, dann wird er natürlich abgelehnt; das ist ganz klar. Aber der jetzige Bereich liegt, meine ich, noch in dem dem Antragsteller zur Verfügung stehenden.

Ute Vogt (SPD): Aber wenn man jetzt - Sie haben ja Bergbau studiert - ein Bergwerk erkunden möchte und aufgrund der Salzrechte nur bestimmte Teile erkunden darf, ist dann überhaupt gewährleistet, dass es ausreichend sicher erkundet werden kann, also zum Beispiel in Bezug auf mögliche Störungen, Gasvorkommen und Ähnliches?

Zeuge Jürgen Schubert: Ja, also, wie gesagt, das ist ja zunächst - die Salzrechte habe ich schon gesagt - nicht unsere Aufgabe. Unsere Aufgabe ist, ob die Rechte - ganz egal, wem sie gehören, ob einem anderen Bergwerksunternehmer oder einem Grundeigentümer - gewahrt werden. Und die Auffahrung eines Untersuchungsbergwerks in einem Teil des Salzstocks, der dem Unternehmer zur Verfügung steht, da haben wir keine Handhabe, das zu unterbinden. Wir haben unsere Dienstpläne, zu prüfen: Sind die Voraussetzungen erfüllt? - Das steht im Berggesetz. Dann haben wir die zuzulassen. Da ist also kein Ermessensspielraum. Wir können natürlich darauf hinweisen: Da ist das und das zu beachten, wenn man da hinfährt. - Aber wir können nicht verhindern, dass in einem Salzstock ein Untersuchungsbergwerk aufgefahren wird, unbeschadet davon, ob ich in dem gesamten Salzstock die Rechte habe.

Ute Vogt (SPD): Aber ich meine jetzt Ihr Fachwissen als Bergbaufachmann. Halten Sie einen Salzstock für erkundbar, wenn wesentliche Teile des Salzstocks quasi der Erkundung nicht zugänglich sind, weil Sie die Salzrechte am Ende nicht haben?

Zeuge Jürgen Schubert: Ja, das ist natürlich die Frage. Der ist ja sehr groß. Ich meine, der ist 14 Kilometer lang, 4 Kilometer breit. Das heißt, er wird in Gänze gar nicht gebraucht werden. Aber das stand damals - ich sagte ja, ich bin ja seit vielen Jahren auch raus, und dies war vor 35 Jahren - nicht zur Debatte.

Ich will mal Folgendes sagen: Es ist ja denkbar, dass der zur Verfügung stehende Teil, wenn ich nur HAW einlagere und HAW durch die Änderung infolge der Energiewende ja noch viel geringer werden wird, als ursprünglich mal geplant, ausreichen wird. Ich kann mich erinnern. Das nukleare Entsorgungszentrum war für 1 400 Jahrestonnen ausgelegt. Das entspricht der Kapazität von damals 50 Kernkraftwerken der 1 000-MW-Klasse. Die haben wir gar nicht mehr. Das heißt, es wird ja viel weniger hochaktiver Abfall anfallen. Das ist jetzt nur meine Überlegung. Ich habe darüber nicht zu entscheiden. Nur, es könnte ja sein, dass der zur Verfügung stehende Salzstock auch ausreicht, der Teil, für den deutlich geringer werdenden HAW-Anteil.

Ute Vogt (SPD): Herr Schubert, waren Sie, als es einige Jahre später - ich glaube, 83 oder 84 - den Schachtunfall gab, damals noch im Bergamt?

Zeuge Jürgen Schubert: Nein, nein. Ich bin am Bergamt Celle nie gewesen. Ich habe mit der Betriebsplanzulassung nichts zu tun. Wir haben den Unfall natürlich ... (akustisch unverständlich) ⁶. Der ist übrigens am 12. Mai 1987 passiert, ein sehr bedauerlicher Unfall.

Ute Vogt (SPD): Aber waren Sie damit befasst?

Zeuge Jürgen Schubert: Am Oberbergamt war ich. Zuständig zwar generell, aber nicht für die Betriebsplanzulassungen. Die Überwachung geschieht durch das Bergamt. Wir haben ja ganz klare Zuständigkeiten. Inzwischen ist natürlich die Bergverwaltung geändert worden. Wir haben also nur noch ein Landesbergamt, kein Oberbergamt mehr, also keine drei Instanzen mehr. Aber damals war die untere Instanz das Bergamt, und das Bergamt ist zuständig für die Prüfung der Betriebspläne und die Überwachung der Arbeiten. Da war ich also nicht am Bergamt Celle, sondern - - Aber das ist ja viel später gewesen.

Ute Vogt (SPD): Ja. Danke. Meine Fragezeit ist leider schon zu Ende.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Genau. Es kommt ja eine neue Fragezeit, liebe Frau Vogt. - Jetzt geht das Fragerecht zunächst an die FDP-Fraktion. Bitte schön, Frau Kollegin Brunkhorst.

Angelika Brunkhorst (FDP): Ja, vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Schubert, es ist jetzt viel über Ihre Rolle im IMAK ja schon recherchiert worden. Mich würde aber trotzdem noch mal ganz besonders interessieren: Sie sind ja 76/77 sozusagen im Oberbergamt in dieser Rolle gewesen, dass Sie im IMAK mitgearbeitet haben. Ich stelle mir das jetzt mal so vor - Sie widersprechen mir bitte vehement, wenn es nicht so war -, dass Sie ja sich sicherlich vorbereitet haben auf Ihre Rolle im IMAK, und Sie haben ja dann sicherlich diese KEWA-Studie 1224 aus dem

⁶ Richtigstellung des Zeugen: streiche „... (akustisch unverständlich).“, setze „auch am Oberbergamt behandelt“, Anlage 1

Jahre 74 auch zu Ihrer Grundlage gemacht. Oder waren Sie unabhängig davon? Haben Sie gesagt: „Wir gucken nicht so sehr auf die Studie, sondern wir sind ganz frei; wir gehen anders an das Problem heran“?

Zeuge Jürgen Schubert: Das Letztere. Natürlich liest man sie; aber es ist kein Entscheidungskriterium gewesen. Ich sagte ja, noch mal: Es hat sich ja nachher auch insoweit geändert, dass es auch um ein Bergwerk ging und dass es weniger auf den Standort ankam, sondern auf die Lagerstätte, die dafür geeignet ist. Von daher haben wir natürlich darauf Wert gelegt.

Es ist also so: Die Bergbehörde war bis - ich glaube - 75 überhaupt nicht eingeschaltet, in die ganzen Überlegungen überhaupt nicht eingeschaltet, und irgendwann - ich glaube, in der ersten Hälfte 75 - ist vom Oberbergamt mal das Ministerium angeschrieben worden mit dem Tenor, wir wüssten, dass da inzwischen Überlegungen angestellt werden, notwendige Überlegungen, durch die KEWA, Standorte für ein nukleares Entsorgungszentrum zu finden, und dass dabei natürlich auch bergbehördliche Belange berührt würden; deswegen würden wir es begrüßen, wenn wir eingeschaltet würden. Und das ist dann ja auch geschehen.

Das Erste war - das ist, glaube ich, schon erwähnt - in der Besprechung am 10.06.75. Ich war gerade drei Wochen im Oberbergamt zu der Zeit. Da sind uns diese Dinge vorgebracht worden und später dann in der RSK-Sitzung 75. Und von da an haben wir praktisch ganz neu, unabhängig von den KEWA-Untersuchungen, unsere Vorstellungen eingebracht, was aus unserer Sicht notwendig wäre.

Angelika Brunkhorst (FDP): Können Sie da mal vielleicht konkret werden, was so aus bergtechnischer Sicht andere Überlegungen sind als die, die vorher schon da waren? Es wird ja hier auch immer behauptet - - Es gab ja mehrere Kriteriengruppen. Es gab die Kriteriengruppe Wirtschaftlichkeit eines Standortes, strukturpolitische Kriterien und dann den Komplex Sicherheitskriterien und Umweltkriterien. Da wird ja immer behauptet, dass man mit nur knapp 13 Prozent Anteil geologische Kriterien zu gering bewertet hat. Sie haben gesagt, das ist nur ein Part. Welche Sicherheitskriterien spielen denn aus bergtechnischer Sicht eine große Rolle?

Zeuge Jürgen Schubert: Ich habe ja gesagt, es hat natürlich viele Gespräche gegeben. Es hat auch viel politischen Streit im Übrigen gegeben, nicht nur zwischen den Parteien, auch zwischen Land und Bund. Aber diese hatten uns ja nicht zu interessieren. Ich kann noch mal darauf hinweisen: Wir haben darauf zu achten, dass die Rechte des Bergbaus, also die Rechte, aber auch die technische Sicherheit für zukünftige bergtechnische Anlagen gewahrt bleiben. Das war unsere Aufgabe, und danach haben wir auch unsere Stellungnahmen abgegeben. Das bezog sich natürlich auch auf strahlenschutztechnische Fragen. Das war ganz klar. Das war nicht die reine Bergtechnik nur. Von der Bergtechnik allein hätten wir das ja auch nicht lösen können. Aber diese Überlegung - politisch oder wirtschaftlich oder Arbeitskräfte -, das war nicht unsere Aufgabe, und daran haben wir uns auch nie beteiligt.

Angelika Brunkhorst (FDP): Ich würde trotzdem den Stellenwert des IMAK ganz gerne noch mal etwas hinterfragen, und zwar: Es ist ja so gewesen - Sie haben das ja selbst vorhin berichtet -, dass an den ersten drei Standorten, die man sozusagen in die Voruntersuchung, in die oberirdische Untersuchung, genommen hat, aufgrund der Widerstände der Bevölkerung im Sommer 76 diese Arbeiten eingestellt wurden, und direkt, just dahinter, also im August 76, wurde der IMAK eingerichtet. Das ist jetzt vielleicht nicht so eine ganz bergtechnische Frage, aber hatten Sie nicht als Mitglied des IMAK die Einschätzung, das ist jetzt auch so eine Art Krisenmanagementgremium, wo neue zusätzliche Aspekte zusammengetragen werden sollten oder konnten? Deswegen habe ich Sie auch gefragt, inwieweit man an diesen KEWA-Kriterien weitergearbeitet hat. Oder war es einfach nur eine Verfeinerung der Dinge, die vorher auch schon untersucht worden waren?

Zeuge Jürgen Schubert: Ich würde sagen, das Letztere. Zum IMAK bin ich ja auch relativ spät gekommen. Den hat es ja vorher schon gegeben, und ich war auch nicht überall dabei. Ich sagte ja, das „M“ bedeutet ja schon Ministeriumsarbeitskreis, interministerieller. Das heißt, wir sind sozusagen als Fachbehörde immer dann dazugezogen worden, wenn es um bergtechnische Fragen ging. Da ist diese Überlegung - - Sie sprachen ja die anderen drei Standorte an. Ich

weiß, dass die Untersuchungen dann wegen politischer, glaube ich, Schwierigkeiten eingestellt worden sind, zunächst mal. Man hatte zunächst in Wahn es versucht. Das ging nicht. Dann wurden Weesen-Lutterloh und Lichtenhorst dazugenommen. Es hat dort auch Proteste gegeben. Und dann hat, glaube ich - - War das Einvernehmen von Niedersachsen und dem damaligen Forschungsminister Matthöfer? Der war damals Forschungsminister. Im Einvernehmen wurden die Arbeiten eingestellt, die Untersuchungsarbeiten.

Es haben also keine Untersuchungsarbeiten dann mehr stattgefunden. Die wurden erst dann später aufgenommen, eben am Standort Gorleben, als er im Februar 77 von der niedersächsischen Landesregierung, sprich: MP Albrecht, benannt wurde, und wurden dann eben im Gorlebener Raum verstärkt durchgeführt.

Angelika Brunkhorst (FDP): Herr Schubert, ich komme jetzt zu einem anderen Themenkomplex - da geht es wirklich um bergbautechnische Fragen -, und zwar zu dieser ganzen Gasproblematik. Sie haben ja vorhin schon angedeutet, Gasvorkommen wurden vermutet. Ich würde Sie gern fragen wollen: Inwiefern ist denn aus bergbautechnischer Sicht Gas ein Problem?

Zeuge Jürgen Schubert: Ich hatte, glaube ich, ganz zu Anfang schon erwähnt: Es ist bei den Schachtvorbahrungen - - Wenn Sie einen Schacht teufen, machen Sie eine Vorbohrung, und glücklicherweise waren beide so gesetzt, dass man dort auch Schächte errichten konnte. Also man brauchte keine zusätzlichen. In der ersten Bohrung, also 5001 für Schacht 1, ist, aber erst ziemlich weit unten, Kondensat - das ist also Gas, das unter Druck eben flüssig ist - festgestellt worden. Und in Schacht 2 ist in geringem Maße über die ganze Bohrstrecke, praktisch von oben her, Gas zugeflossen. Es sind aber nur geringe Mengen. Sie müssen da natürlich berücksichtigen, also aus bergtechnischer Sicherheit, sage ich mal, welche elektrischen Einrichtungen Sie da haben. Die müssen da einen gewissen - na, ich hätte fast gesagt, wie in der Kohle: Schlagwetter-schutz - Explosionsschutz haben.

Aber es ist durchaus im Bergbau bekannt, dass sie so was haben. Das ist eben auch die Eigenschaft des Salzes, dass es solche Dinge einschließt, dass die nicht weggehen,

weil es eben dicht ist. Und Sie müssen das dann an Ort und Stelle lösen. Die Mengen waren nicht sehr groß. Ich will da überlegen. Ich meine, in Schacht 1 sind das 2 Kubikmeter wohl insgesamt gewesen.

Es ist auch festgestellt, dass das Gas nicht - wie soll ich mich ausdrücken? - Präzechstein ist. Das heißt, es ist älter. Das ist also fossil. Es hat keine Verbindung mit oben. Man sagt ja auch bei Wässern juvenil oder fossil. Das ist also altes Gas, das von Alters her - - Es muss irgendwie entstanden sein, es können organische Substanzen sein usw. Jedenfalls sind diese Dinge im Bergbau durchaus bekannt, und man muss sich bei der Erstellung des untertägigen Bergwerks darauf einstellen, was man beim Schacht-abteufen ja auch getan hat. Und es hat auch zu keinen Schwierigkeiten geführt, darf ich noch mal sagen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. Damit ist das Fragerecht zunächst erschöpft und geht jetzt über an die Fraktion Die Linke, Frau Kollegin Möller.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Herr Schubert, wir möchten hier ja unter anderem auch die Frage klären, der wir vorhin auch hier schon durch andere Kollegen nachgegangen sind, ob der Bund an einer Standortauswahl beteiligt war, aus der Gorleben eben hervorging, oder ob die Standortauswahl, die zu Gorleben führte, allein durch Niedersachsen und eben auch aus politischen Motivationen erfolgte. Wir, die Fraktion Die Linke, haben schwerwiegende Hinweise darauf, dass der Bund eben nicht beteiligt war und der Standort Gorleben, der ja erst am 11.11.76 ins Spiel gebracht wurde durch Albrecht, eben aufgrund einer politischen Entscheidung durch Niedersachsen gesetzt wurde.

Wir haben hier einen Vorhalt. So schreibt eben der Historiker Dr. Anselm Tiggemann, der Ihnen vorhin auch schon Unterlagen gebracht hat, in seiner Dissertation über Gorleben zum Auftrag des IMAK - ich zitiere das jetzt:

Ihr Ziel war es, „[...] unabhängig und losgelöst von den bis dahin gelauteten Voruntersuchungen des Bundes und der Industrie Kriterien und Grundlagen für eine vorläufige Standortuntersuchung der Landesregierung zu erarbeiten“. Neben dem Wirtschaftsressort waren das Sozial-, das Innen- und das Land-

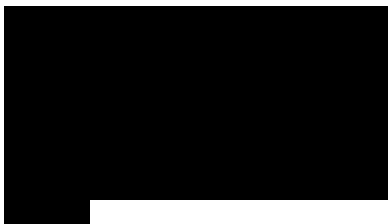
wirtschaftsministerium Niedersachsen beteiligt. Außerdem waren aus dem Landesamt für Bodenforschung und aus dem zuständigen Oberbergamt Fachleute vertreten.

So weit Tiggemann; das ist MAT A 188, Seite 391 f.

Der Fachmann aus dem Oberbergamt waren Sie. Diese Darstellung, die ich gerade zitiert habe, deckt sich mit einem Dokument aus dem niedersächsischen Wirtschaftsministerium, dem ebenfalls zu entnehmen ist, dass Niedersachsen die Standortsuche und -auswahl in Gorleben allein, ohne Hinzuziehung des Bundes, gemacht hat. Und zwar ist das ein Schreiben vom 24. Oktober 79. Darin wird dem Oberbergamt folgende Mitteilung gemacht - ich zitiere -:



Auf Seite 2 des Vermerks steht dann:*



Das heißt, es steht hier drin, Niedersachsen hat alleine entschieden, und die Entscheidung war politisch. Für das Protokoll: Der Vermerk hat die MAT-Nummer A 102/1, Band 37, Paginierung 92 und 93. Dieser Vermerk ist übrigens von einem Herrn Klaproth (?) unterschrieben. Er muss der zuständige Minister im niedersächsischen Wirtschaftsministerium sein, der zu dieser Zeit für den Bereich Bergverwaltung/Bodenforschung zuständig war; denn das Schreiben stammt aus diesem Bereich. Ich vermute, das ist die Abteilung, mit der Sie am intensivsten zusammengearbeitet haben im Oberbergamt? Das ist meine eine Frage.

Und vor diesem Hintergrund auch noch mal die Frage: Ist Ihnen dieses Vorgehen bekannt, dass das Land Niedersachsen allein und aus einer politischen Entscheidung

heraus die Standortfrage Gorleben getroffen hat?

Zeuge Jürgen Schubert: Ja, dazu ist zunächst mal zu sagen: Der Bund hat sich ja im Atomgesetz die Aufgabe zuerteilt, für die Endlagerung radioaktiver Abfälle zu sorgen, für ein Endlager. Der Begriff „Endlagerung“ ist ja erst durch die vierte Novelle Ende 1976 ins Atomgesetz gekommen. Das heißt, der Bund ist sozusagen Antragsteller. Er ist Antragsteller für ein - damals war es das noch - nukleares Entsorgungszentrum, aber bleiben wir mal beim Endlager. Er ist Antragsteller. Er kann sich Dritter bedienen. Der Dritte war damals die PTB. Die betreffende Abteilung der PTB ist dann das Bundesamt für Strahlenschutz geworden, ich glaube, 1998.⁷

Das Land ist aber Genehmigungsbehörde für diese Anlage. Man hat sich zwar noch gestritten: Wird es der MW, wird es der MI, wird es der ML, der MS usw.? Aber gehen wir mal davon aus, der Sozialminister hätte einen Antrag entscheiden müssen. Und danach hat Niedersachsen, das Land, wenn im Land Niedersachsen eine Einrichtung, eine sensible Einrichtung errichtet werden soll, natürlich auch das Prä, zu bestimmen, wo wird das gemacht.

Unabhängig davon hat es immer Gespräche mit dem Bund gegeben. Ich kann ja nur meine Meinung von damals wiedergeben. Ich bin natürlich in diesen politischen Gesprächen nicht beteiligt gewesen. Unabhängig davon waren die Hauptbedenken des Bundes für Gorleben, das im Gespräch auch schon vorher irgendwie war, die Nähe zur Zonengrenze: einmal, ob man die DDR nicht ärgert. Zum anderen: Was ist, wenn mal - na, wie soll ich sagen? - die Russen kommen, die haben die Anlage dann gleich, Plutonium? - Diese Überlegungen hatte der Bund.

Ich weiß auch, dass nach der Nennung von Gorleben der Bund nicht gleich begeistert „Hurra!“ geschrien hat. Es hat also durchaus hin und her Gespräche gegeben, die mir aber im Einzelnen nicht bekannt sind. Im Nachhinein hat der Bund aber zugestimmt. Und wenn Sie das heute sehen, ist natürlich dieser Grund, also Zonengrenze, heute völlig hinfällig. Den kann man nicht mehr - - Ob er damals eine Rolle gespielt hat, ist in dem Fall unerheblich.

* Das nachfolgende Zitat stammt aus einem VS-Vertraulich gemäß § 2 a Abs. 2 der Geheimschutzordnung des Deutschen Bundestages eingestuftes Dokument.

⁷ Richtigstellung des Zeugen: streiche „98“, setze „89“, Anlage 1

Von daher ist es aus meiner Sicht denkbar. Ich habe so Dinge auch gelesen, dass es da Hinweise gegeben hat. Aber Ihre Frage war ja: Hat das Land Niedersachsen? Und da muss ich sagen: Das Land Niedersachsen ist zuständig für die Genehmigung. Der Antrag muss in Niedersachsen eingereicht werden. Und wenn ein Standort benannt wird, mit dem Niedersachsen nicht einverstanden ist, wird es nichts.

Ich weiß nicht, ob das Ihre Frage beantwortet. Aber so ist eben die Rechtslage.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Ja. Ich danke Ihnen. Sie haben meine Frage beantwortet. Bei mir ging es darum: Wer hat den Standort eingebracht? Sie haben ja dann gesagt, der Bund hat dann zugestimmt, wenn auch mit Bauchschmerzen aufgrund der Zonenrandlage. Aber das deckt sich mit dem, was wir in den Unterlagen gefunden haben, und eben mit der Befürchtung, dass es sich um eine landeseigene politische Entscheidung gehandelt hat.

Vielen Dank. Meine Redezeit ist leider im Moment abgelaufen. Wir sehen uns aber gleich wieder.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: So ist das, Frau Möller. Die Redezeit geht jetzt an die Grünen. Bitte schön, Frau Steiner.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Guten Tag, Herr Schubert! Ich wollte auch noch mal auf das Auftauchen von Gorleben und auf die Diskussion über die geologischen Aspekte der Eignung von Gorleben zurückkommen.

Sie haben ja vorhin gesagt, dass Sie Ende 1976 zum ersten Mal dann umfassend von Gorleben als Vorschlag für das Endlager gehört haben, und haben in dem Zusammenhang vorhin auch gesagt, die KEWA hätte ja das wohl alles bearbeitet, aber die eigentlichen Untersuchungen hätte das NLFb gemacht. Das ist auch unser Eindruck.

Sie haben dann aber auch angeführt, auf Gorleben ist es deshalb dann hinausgelaufen, weil von der Geologie her der Ort geeignet schien. Jetzt haben wir etwas Interessantes in den Akten gefunden, und zwar muss ich jetzt erst mal die Quelle angeben. Das ist so, dass wir das in den Greenpeace-Akten über Gorleben gefunden haben und Ihnen keine MAT-Nummer angeben können, weil wir es in unseren Akten, obwohl es da drin sein muss - -

(Ute Vogt (SPD): Das ist MAT B 21!)

- MAT B 21. Danke. - Dann können wir darauf verweisen. Wir haben aber jetzt vorsichtshalber noch ein paar Kopien mitgebracht. Ich gebe Ihnen jetzt auch gleich eine.

Und zwar haben wir einen internen Bericht gefunden. Den hat 1978, im Juli, ein Herr Erich Hofrichter gemacht vom NLFb, der beteiligt war. Der gibt einen Überblick und nennt das „Endlagerung radioaktiver Abfälle - Kurze chronologische Zusammenstellung der Beteiligung der BGR und des NLFb an diesem Projekt“. Da möchte ich jetzt auf eine bestimmte Stelle zurückkommen. Er beschreibt den fraglichen Herbst 1976 und sagt:

Im November 1976 hatte die Niedersächsische Landesregierung der Bundesregierung zugesagt, nunmehr eine zur Endlagerung geeignete Salzstruktur benennen zu wollen. Die Auswahl erfolgte unter Beteiligung des NLFb unter erheblichem Terminzwang.

Er erwähnt dann die Kabinettsitzung, die kurzfristig anberaumt worden war, und ganz kurzfristig musste dann die Vorlage ausgearbeitet werden. Da nennt er als engere Auswahl sogar 24 Salzstöcke, die als mögliche Endlagerstandorte in Betracht gezogen werden könnten, und spricht dieses Punkteschema vom Wirtschaftsministerium an, das Sie auch schon genannt haben. Er nennt dann diese ganzen Kriterien wie Besiedlungsdichte, Verkehrslage etc.

Jetzt lese ich mal eine Stelle vor, und da würde ich gerne wissen, wie Sie die bewerten.

Auf die daraus resultierende Unterbewertung der geologischen Kriterien wurde von uns

- er nennt Professor Dr. Preul und sich selber, Erich Hofrichter -

hingewiesen, jedoch die diesbezüglichen Einwände mit der Begründung zurückgewiesen, die Auswahl eines geeigneten Standortes sei eilig.

Können Sie sich daran erinnern, an diese Debatte?

Zeuge Jürgen Schubert: Ich war bei der Debatte nicht dabei. Ich kenne aber die Vorbehalte, die Professor Preul hatte, was Sie

da vorgelesen haben. Wenn ich mich recht erinnere, hat das NLfB aber später auch durchaus positive Aspekte gesehen. Es hat also nicht durchgehend den Salzstock Gorleben schlecht beurteilt.

Aber ich muss dazusagen: Es war ja damals noch nichts bekannt darüber. Es war bekannt, wie groß er ist, die Ausmaße, und es war bekannt, dass er völlig unverritz ist, kein Bergbau, dass auch keine Ansprüche bestanden. Und von daher ist er dann - ich sage diesen Begriff noch mal - als eignungs-
höffig, als einer der Standorte, die untersucht werden konnten, benannt worden.

Wir haben - ich meine, im IMAK; ich kann mich nicht mehr genau erinnern, welche - zwei oder drei durchaus benannt, nicht nur Gorleben. Von Niedersachsen ist dann im Februar 77 Gorleben alleine benannt worden. Aus meiner Sicht wären zum Beispiel Lichtenhorst - ich weiß nicht - und Langenmoor - aber da waren eben Zwischenahn und Oldenburg in der Nähe - oder auch Wahn vor allen Dingen, also aus unserer Sicht, von der Geologie her, durchaus geeignet gewesen. Die alleinige Festlegung auf Gorleben ist dann erfolgt in der Auswahl, die Niedersachsen - der MP oder das Land - getroffen hat.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau dieses kommentiert Herr Hofrichter nämlich ähnlich. Ich wollte nämlich fortfahren genau da, wo ich vorhin aufgehört habe. Wo er den Termindruck anspricht und die Zurückweisung der Einwände, sagt er unter Bezug auf diese genannten Bewertungen - ich zitiere noch mal wörtlich -:

Aus diesem kuriosen Bewertungsschema ging der Salzstock Gorleben als Sieger hervor, und zwar vor allem der günstigen Voraussetzungen im Gelände wegen - dünn besiedelte Fläche, günstige Verkehrslage, keine Ansprüche auf Wassergewinnung, strukturschwacher Raum.

Und er sagt dann - und das würde zu dem passen, was Sie gerade gesagt haben -:

Selbstverständlich wurde von uns

- damit meint er sicherlich dann das NLfB -

diese Struktur, deren Innenausbau durch Bohrung nicht bekannt ist, nicht als einzig geeigneter Salzstock bezeichnet, wie kurze Zeit später, das heißt im Februar 1977,

immer wieder von Politikern behauptet wurde.

Das stimmt doch dann offensichtlich mit dem überein, wie Sie sich auch erinnern haben.

Zeuge Jürgen Schubert: Ja. Ja. Das mag so sein. Aber, wie gesagt, das ist nicht - - Nachdem der benannt war, sind Arbeiten angelaufen, die die Bergbehörde zu genehmigen hatte. Wenn die Voraussetzungen des Bergrechts stimmen, muss der Betriebsplan zugelassen werden. Also, wir haben ja darüber nicht zu diskutieren, sondern wir haben unsere Aufgabe als Behörde, als Genehmigungs- und Überwachungsbehörde, zu erfüllen. Und das ist eben da geschehen.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Das heißt, ich muss das schon so verstehen, dass die Fachleute mehrere Salzstöcke durchaus für geeignet hielten für eine weitere Überprüfung, und eindeutig sagen: Das ist die Politik, die das zu verantworten hat. - Das ist ja durchaus distanziert, wenn er sagt: „deren Innenausbau ... nicht als einzig geeigneter Salzstock bezeichnet, wie kurze Zeit später, das heißt im Februar 1977“ - das war der Kabinettsbeschluss, Februar 77? - „immer wieder von Politikern behauptet wurde.“ Das heißt, er schiebt die Verantwortung ganz klar vom NLfB und von den fachlichen Argumenten weg und sagt: Das haben die Politiker zu verantworten. - Die Aussage kann man doch, glaube ich, so stehen lassen.

Da ich ja noch ein kleines Quäntchen Zeit habe, möchte ich noch mal aus einem anderen Blickwinkel zu dem Komplex Geologie des Salzstockes kommen. Sie haben ja auch im Asse-Untersuchungsausschuss in Niedersachsen vorgetragen oder sind als Zeuge befragt worden. Jetzt sind uns da die Protokolle unglücklicherweise nicht zugänglich. Aber ich habe die Kollegen der Grünen befragt, die dort auch gefragt haben, und die haben mir übermittelt, dass Sie sich dahin gehend geäußert hätten, dass das Schacht-
abteufen in Gorleben sehr schwierig gewesen sei. Worauf haben Sie sich da bezogen?

Zeuge Jürgen Schubert: Ja, das Schacht-
abteufen - - Ich sagte ja, die Zuständigkeit für die Zulassung der Betriebspläne lag beim Bergamt, aber selbstverständlich war das Oberbergamt immer unterrichtet, konnte

auch beratend tätig werden. Wir mussten ja auch dem Ministerium berichten.

Es ist also schwierig gewesen, weil - - Das muss ich jetzt auch mal klarstellen. Es hat ja Streit gegeben über die Erstellung oder Planfeststellung für ein Endlager und die Frage: Wie ist das mit den Schächten?

Wir haben ja von Anfang an gesagt: Schächte sind für eine spätere Sicherheitsbetrachtung immer ein Problem, weil sie eine Verbindung zwischen dem Biozyklus und der Lagerstätte und dem Einlagerungsort herstellen. Deswegen minimieren, deswegen also nicht erst Erkundungsschächte und dann irgendwo die Einlagerschächte, sondern das sollen, wenn die an der richtigen Stelle sind, gleich die Schächte werden. Aber die müssen natürlich auch einem späteren Planfeststellungsverfahren genügen.

Wir haben immer gesagt: Das, was ihr jetzt macht, muss, wenn es zu einer Planfeststellung kommen sollte, immer eingebracht werden. Sind die Schächte ausreichend? Von daher ist also allergrößte Sorgfalt darauf gelegt worden bei den Schächten, dass sie wirklich endlagerfähig dastehen, dass man sie hinterher auch in die Planfeststellung einbringen kann.

Wir haben zum Beispiel - das war auch mit meine Aufgabe - vier Gutachter bestellt. Wir haben den Gutachter Dr. Neuber vom Landesamt für Bodenforschung in Krefeld, Rheinland-Pfalz⁸ [sic!], für Gefrierverfahren; der hat da Erfahrung. Wir haben den Professor Wittke für die Lastannahmen im Schacht. Wir haben ja verschiedene schwierige Schichten, den quartären Ton, den tertiären Ton, die auch Schwierigkeiten gemacht haben. Wir haben das Materialprüfamt Dortmund für Materialfragen, Qualitätssicherungsfragen, und wir haben das Statistische Prüfamt [sic!], Pühl in Essen, für die Statik des ersten Ausbaus. Das heißt, wir haben selber gewusst: Es wird sehr schwierig, aber wir müssen den Schacht so hinstellen, dass er später den Ansprüchen genügt.

Es ist sehr lange gefroren worden. Eine so lange Gefrierperiode hat es bisher nicht gegeben. Das ist auch ein großer Querschnitt. Der lichte Durchmesser war 7 oder 7,5 Meter, der Ausbruchsquerschnitt war so bei 11 Metern. Es sind Tiefkälteverfahren,

das ist CA TI.2⁹, das ist der Kälteträger, bis minus 40 Grad. Also es war ein sehr aufwendiges und in Teilen - vor allen Dingen im Deckgebirge, nicht mehr im Salz; da war es problemlos - sehr schwieriges Verfahren des Abteufens.

Der Unfall ist ja vorhin erwähnt worden. Das hat ja zu einer Unterbrechung geführt. Die Stelle, an der der Unfall war, hat man nach über zwei Jahren erst wieder erreicht. Der ist ja dann teilverfüllt worden. Man hat eine andere Ausbauform gewählt usw. Aber es ist nachher im Salz - - Das Niederbringen im Salz war bei dem Schacht problemlos. Die Erfahrungen von Schacht 1 hat man natürlich in Schacht 2 berücksichtigt, und das ist dort auch über die Bühne gegangen. Aber Ihre Frage war ja: sehr schwierig? Und das ist auch der Fall gewesen. Sehr schwierig und aufwendig.

Und das musste auch so sein. Es hat ja auch Rechtsstreit darüber gegeben: Kann man hier schon Teile des Endlagers erstellen in der Erkundung? Da hat es ja ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts gegeben - ich glaube, 1990 ist das ergangen -, dass das also geht, aber immer unter dem Aspekt: Ein Schacht, wie er jetzt erstellt wird, soll auch der Einlagerung dienen und soll auch Teil des Endlagers werden und muss diesen dann in der Planfeststellung zu erbringenden Unterlagen gerecht werden.

Ich weiß nicht, ob das - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank, Herr Schubert. - Damit ist das Fragerecht der Grünen auch schon wieder erschöpft. - Frau Steiner, Herr Batruch hat uns eben gesagt, es seien jetzt doch nicht diese Greenpeace-Unterlagen, also dieser Vorhalt, den Sie gemacht haben, sei noch nicht eingebracht worden. Sie müssten uns freundlicherweise dann wirklich noch mal die Quelle sagen, weil das ja auch nicht unmittelbar aus diesem Schriftstück hervorgeht. Wenn Sie die Quelle bitte noch mal konkretisieren könnten, das wäre sehr gut.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Ich habe Ihnen
doch die Kopien gegeben!)

- Ja, die Kopien haben wir schon vorliegen. Das ist schon in Ordnung. Aber es wäre

⁸ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Rheinland-Pfalz“, setze „Nordrhein-Westfalen“, Anlage 1

⁹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „CA TI.2“, setze „CaCl₂“, Anlage 1

trotzdem schön zu wissen, woher das denn kommt.

(Zuruf eines Mitarbeiters der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Aus den Unterlagen, die Greenpeace bei der Staatskanzlei gefunden hat!)

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn ich das noch beantworten darf: Greenpeace hat das in den Akten des NLFb, die sich im Staatsarchiv Niedersachsen befinden, gefunden.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann ist das so, und wir würden das jetzt als MAT B letztendlich hier in unsere Akten einführen. Prima.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind jetzt am Ende der ersten Berliner Runde. Ich würde vorschlagen, dass wir jetzt unsere zehn Minuten Pause einlegen, die wir vereinbart hatten, jeweils nach zwei Stunden. Das ist jetzt so weit.

Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass der Zeuge Martini bereits da ist.

Ich schließe jetzt die Sitzung und eröffne sie wieder um 12.15 Uhr.

(Unterbrechung
von 12.02 bis 12.17 Uhr)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich eröffne die Sitzung wieder. Herr Schubert, ich hoffe, Sie gehen frisch gestärkt in die nächste Runde.

Ich eröffne die nächste Berliner Runde und gebe das Fragerecht an die CDU/CSU-Fraktion. Herr Kollege Monstadt.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Danke, Frau Vorsitzende. - Herr Schubert, wir waren vorhin bei dem Papier, bei dem Vermerk, der für den Staatssekretär Dr. Röhler geschrieben wurde. Wenn Sie sich erinnern; das hatten wir Ihnen vorgelegt. Noch mal fürs Protokoll: Das war MAT A 102, Band 8, Blatt 186 bis 188.

Zeuge Jürgen Schubert: Vom 09.03.77, ja? Oder was?

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Vom 09.03.77, genau. Da müsste „Anlage 16“ oben auch stehen. Wenn Sie das haben.

Zeuge Jürgen Schubert: Ja.

(Der Zeuge blättert und liest in ihm zuvor vorgelegten Unterlagen)

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Da darf ich Ihnen noch mal vorhalten - wir haben vorhin uns über den Punkt 2 unterhalten auf der ersten Seite - den Punkt 3 auf der ersten Seite. Da steht - ich zitiere:

In der 2. Hälfte 1976 wurden von der KEWA ergänzende Standortuntersuchungen angestellt. In diese Untersuchungen wurden neben den drei bis dahin bekannten Standorten 8 zusätzliche Standorte einbezogen. Aufgrund der von der KEWA zugrunde gelegten Bewertungskriterien stellte sich heraus, daß von den 11 untersuchten Standorten auch bei Anlegung unterschiedlicher Gewichtungen Gorleben der Standort mit den günstigsten Eigenschaften war. Es folgten in einigem Abstand die Standorte Wahn, Lichtenhorst und Lutterloh.

Das haben Sie uns im Wesentlichen ja auch berichtet. Waren Ihnen diese ergänzenden Standortuntersuchungen der KEWA bekannt im IMAK?

Zeuge Jürgen Schubert: Ja. Ich meine, die drei Standorte Wahn, Lichtenhorst und Lutterloh waren ja schon Gegenstand - das hatte ich ja erwähnt am Anfang - 1975, Ende 75, bei der RSK. Also, diese waren mir schon bekannt, die Standorte.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Herr Schubert, ich habe nicht danach gefragt, ob Ihnen die Standorte bekannt waren - das haben wir ja schon mehrfach gehört heute -, sondern mir kommt es entscheidend auf diese ergänzenden Standortuntersuchungen durch die KEWA an. Waren Ihnen diese Untersuchungen bekannt?

Zeuge Jürgen Schubert: Nein.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Nein.

Zeuge Jürgen Schubert: Nein, nein. Also, ich habe von der KEWA hinsichtlich Gorleben nichts gehört. Das habe ich erst durch MW erfahren, als dann der IMAK anfang, also als wir dann tagten. Also, die KEWA-

Untersuchungen für Gorleben waren mir nicht bekannt.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Aber sind die denn in die Ergebnisse des IMAK eingeflossen? Haben Sie im Zuge der Diskussionen und der Beratungen dort davon gehört -

Zeuge Jürgen Schubert: Nein.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): - oder vom Hörsagen davon Kenntnis erlangt?

Zeuge Jürgen Schubert: Wenn sie also den anderen Teilnehmern, zum Beispiel Herrn Stuhr oder auch dem NLF-Vertreter, bekannt gewesen sind, sind die sicher in die Diskussion eingeflossen, ohne dass das aber erwähnt wurde. Ich weiß natürlich nicht mehr ganz alles genau, vor 35 Jahren. Aber dass die KEWA nun Gorleben auch mit - - Also, das ist da nicht erwähnt.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Aber wenn wir uns jetzt mal von dem Begriff dieser Standortuntersuchung lösen, die Tatsache als solche, die ich Ihnen gerade vorgetragen habe, die Sie da nachlesen können, die war Ihnen bekannt auch im Rahmen der Arbeit des IMAK?

Zeuge Jürgen Schubert: Ja, ja. Ich hatte, glaube ich, auch anfangs schon gesagt, dass die KEWA den zunächst ausgelassen hatte, einmal wegen der DDR-Nähe, aber auch wegen der Ausweisung als Ferien- und Erholungsort. Das sind aber auch die Schleswig-Holsteiner, da wären ja auch welche. Da hat man das auch nicht berücksichtigt. Und als das klar war, hat man also auch diesen Aspekt, Gorleben läge in einem Ferien- und Erholungsort, dann nicht mehr als so gravierend angesehen und hat also dann das dazu genommen. Aber, wie gesagt, ich kenne diese zusätzlichen Unterlagen der KEWA nicht.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Gut. - Herr Schubert, haben Sie mal im Rahmen der Standortauswahl nukleares Entsorgungszentrum ein mögliches Standortgelände körperlich in Augenschein genommen? Waren Sie mal vor Ort? Und wenn ja, welches?

Zeuge Jürgen Schubert: Ich kenne einige Salzstöcke, aber nicht diese Standorte. Die kenne ich an sich nicht, sondern nur Standorte, wo also Bergbau war.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Anders gefragt: Waren Sie mal in Gorleben in der Phase?

Zeuge Jürgen Schubert: Ich war irgendwann im - - ich glaube, Sommer oder Spätherbst bin ich mal in Gorleben gewesen. Das war ein Gebiet, da waren ein Jahr vorher Waldbrände gewesen, auch in dem Gelände da. Das gehörte ja dem Grafen Bernstorff. Ich bin also da mal, und zwar - - Wir haben in der Nähe eine Aufbereitung gehabt, Clenze, einen Ort Clenze, der unter Bergaufsicht stand. Da war eine Erdölgewinnungs- oder Erdgasgewinnungsanlage Clenze. Und in dem Zusammenhang, als ich von Gorleben gehört hatte, bin ich mal dort gewesen, in der Gegend, aber ohne große Erkenntnisse zu gewinnen. Ich habe mir nur die Gegend mal angesehen, übertägig.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Das heißt, Sie sind da nicht auf Veranlassung irgendeiner Behörde, aufgrund einer Anfrage dorthin gereist, sondern quasi aufgrund einer privaten Motivation, aus Interesse, um sich das mal anzuschauen.

Zeuge Jürgen Schubert: Ja, ich meine, wie gesagt, der Standort Gorleben war mir dann schon bekannt geworden. Das muss dann irgendwann 76, später, gewesen sein - was ich vorhin sagte -, als ich davon hörte. Aber es war jetzt nicht konkret, um den Standort zu erkunden. Das ging ja auch gar nicht. Wie sollte ich das machen?

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Mich würde jetzt noch weiter interessieren, dass ich Ihnen Fragen stellen darf zu den Phasen und Kriterien des Auswahlverfahrens. Wie viele Salzstöcke wurden insgesamt im niedersächsischen Auswahlverfahren betrachtet? Haben Sie das in Erinnerung?

Zeuge Jürgen Schubert: Also, ich habe mal gehört - ob das so stimmt, weiß ich nicht - - Das war ja Professor Lüttig - aber der war ja NLF, und das war ja insofern schwierig, weil er später Prüfgutachter werden würde -, der hat das gemacht. Und insgesamt sollen es

wohl ursprünglich mal 200 gewesen sein. Also, es gibt sehr viele Salzstöcke in Niedersachsen. Da sind viele natürlich sehr schnell ausgeschieden, und irgendwann waren es - weiß ich nicht, da habe ich eine Zahl gelesen - 26 noch. Und dann kam eben das Auswahlverfahren. Es wurden etliche ausgeschieden - ich hatte vorhin schon Dethlingen genannt, der Bergbau, die Gasindustrie hatte dort fördernde Bohrungen, und verschiedene andere -, weil zu tief liegend.

Konkret weiß ich also nur diese drei in der RSK-Sitzung im Dezember 75 und eben diese besagte Sitzung am 1. Dezember mit den 14 Standorten.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Jürgen Schubert: Aber ausgegangen ist es wohl von mehr, das ist klar.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Jetzt darf ich mal zur Arbeit des IMAK zurückkommen. Nach welchen Kriterien haben Sie die Arbeit dort organisiert? Gab es beispielsweise international vergleichbare Verfahren, die Sie dort einbezogen hätten, um die Bewertungskriterien oder was auch immer zu erarbeiten? Haben Sie das in Erinnerung?

Zeuge Jürgen Schubert: In dem Stadium wohl noch nicht. Ich sagte ja: Die KEWA ging ja auch vom Standort - - welche Dinge am Standort, vom Baugrund her, geeignet waren. Es wurde ein großes Gelände gebraucht. Es sollten auch möglichst wenige Leute in der Umgebung wohnen. Eine menschenleere Gegend in Deutschland haben Sie natürlich überhaupt nicht. Es sollte mit der Landwirtschaft stimmen, weil eben auch Gase da waren. Bei Krypton hatte man, glaube ich, auch mal Auffang in Flaschen, eine Lagerung in Flaschen vorgesehen.

Es hat natürlich Verbindungen mit USA gegeben; das weiß ich. Auch Niedersachsen hatte wohl da mit USA Verbindungen. Aber bei der Standortauswahl, meine ich, hat es keine konkreten Verhandlungen mit anderen Ländern gegeben. Ich weiß auch gar nicht, wo im Ausland schon - -

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Herr Schubert, es geht mir nicht um Verhandlungen. Es geht ja um Kriterien, die angewandt wurden, und ob es da international ausgearbeitete vergleichbare Kriterien gab, die Sie herange-

zogen haben, um diesen Prozess dort zu begleiten. Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Jürgen Schubert: Nein. Die waren mir nicht bekannt. Die sind mir nicht bekannt.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Gut. - Dann darf ich Ihnen mal eine Tabelle überreichen, für das Protokoll: MAT A 102, Band 25, Blatt 210 bis 214. Das ist eine Kopie, die Ihnen gleich vorliegt, wo die Kriterien - - Es kommt noch. Warten Sie! Es ist gerade auf dem Weg zu Ihnen.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Ein Kriterienkatalog mit Tabelle für die jeweiligen Standortbewertungen des IMAK.

Zeuge Jürgen Schubert: Das kenne ich. Ich sehe das wieder vor mir.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Was können Sie uns denn, wenn Sie das kennen, dazu berichten? Wie wurden die entsprechenden Kriterien aufgestellt, wie wurden sie festgelegt, und mit wem wurden diese Kriterien abgestimmt?

Zeuge Jürgen Schubert: Das Muster wurde uns, den Teilnehmern, vorgelegt. Das war also schon vorbereitet. Und dann wurden die einzelnen Punkte durchgesprochen, und es wurde darüber diskutiert, wie das zu bewerten ist. Und dann gab es Punkte, und das wurde - -

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): War das gleich in der Sitzung am 1. Dezember?

Zeuge Jürgen Schubert: Am 1. Dezember, ja, ja. Am 2. wurde das dann auch dem BMFT und der PWK - - Ich glaube, ein Herr Scheuten war da - ich kann mich nicht mehr an alle erinnern -, Herr Dr. Randl - - Da wurde das denen vorgestellt. Aber das ist genau die - -

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Wurden diese Kriterien dann auch so, wie sie da Ihnen vorgelegt wurden und jetzt Ihnen vorliegen, auch festgestellt und festgelegt als Arbeitsgrundlage?

Zeuge Jürgen Schubert: Das weiß ich nicht. Das kann ich nicht sagen. Das wurde

also - - Es gibt auch, glaube ich - - Ich weiß es nicht. Ich habe am Oberbergamt, überhaupt in unseren Akten, keinen Hinweis gefunden, dass das also - -

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Nein, nein. Mir geht es jetzt - - Wir sind jetzt da auf einem falschen Weg. Ich will jetzt keine generelle Erörterung.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Zeuge gibt einfach die falschen Antworten!)

- Lassen Sie mich doch mal in Ruhe fragen! Wenn der Zeuge einen Komplex bewertet, der für mich nicht interessant ist, darf ich doch meine Frage präzisieren, Frau Kollegin. Dazu müssen Sie doch gar keine Bemerkung machen. Das steht Ihnen weder zu, noch ist es angemessen, und es führt wieder zu Theater. Es hilft uns jetzt hier, indem der Zeuge sich sortieren kann, aber es ist doch völlig unnötig. Sie wissen, dass wir da entgegen können. Sie provozieren doch nur eines: dass wir das bei Ihrer Befragung genauso machen, und dann haben Sie den gleichen Spaß, den ich jetzt habe. Muss das sein? Das sollte doch unter Ihrer Würde sein.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Lieber Herr Kollege Monstadt!

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Ja, ist doch so.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Entschuldigung.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Der Zeuge hatte jetzt mal die Möglichkeit, dieses Papier anzusehen, und jetzt könnten wir dann die Befragung fortsetzen. Bitte.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Mir geht es um die Sitzung am 01.12.1976. Da haben Sie uns gerade erklärt, dass Ihnen dieser Kriterienkatalog vorgelegt wurde.

Zeuge Jürgen Schubert: Ja.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Wurde dann auch festgelegt und beschlossen, dass nach diesem Kriterienkatalog die weitere Arbeit und die weiteren Bewertungen vorzunehmen

waren, in dieser Sitzung konkret? Haben Sie daran eine Erinnerung?

Zeuge Jürgen Schubert: Es wurde eben - - Wie gesagt, am nächsten Tag wurden diese Ergebnisse auch den anderen Beteiligten - ich habe das ja schon genannt: BMFT und PWK und einigen anderen; ich weiß nicht, wer noch dabei war - vorgelegt. Es wurde in der Sitzung nicht festgelegt, was dem MP oder der Landesregierung vorgelegt wurde; aber es wurde als Ergebnis dieser Aussprache oder dieser Einschätzung dann wahrscheinlich aufgrund dessen der Standort entschieden.

Ich nehme mal an - der Leiter war ja Herr Stuhr -, dass Herr Stuhr das also der Regierung dann oder dem zuständigen Minister vorgelegt hat. Für uns war die Sache erledigt. Wir haben die Sachen abgegeben. Und dann war also - -

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): „Erledigt“ heißt, das ist dann auch im Konsens so abgearbeitet worden.

Zeuge Jürgen Schubert: Ja, ja.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Oder die Kriterien sind im Konsens so akzeptiert worden und so besprochen worden.

Zeuge Jürgen Schubert: Ja, ja. Und ich sagte ja: Ich sehe hier keine Punktzahlen, stehen hier nicht drin. Aber das war also das. Und ich kann mich eben erinnern, dass Gorleben hier - ein paar sind hier drin, aber nicht alle -, dass der Standort Gorleben eben über 200 Punkte hatte und an erster Stelle stand, Wahn an zweiter, nach diesem Formular.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Herr Schubert, in der dritten Phase des Auswahlverfahrens wurden drei Kriteriengruppen definiert: wirtschaftliche Kriterien, Strukturpolitik und Sicherheit und Umwelt. Die Kriteriengruppe Sicherheit und Umwelt nimmt hierbei den größten prozentualen Anteil von 72,8 Prozent ein. Die Kriteriengruppe Sicherheit und Umwelt beinhaltet auch die Kriterien Endlagergeologie, die insgesamt einen prozentualen Gesamtanteil an der Bewertung von 12,8 Prozent einnehmen.

Nun wird von der Opposition und insbesondere von Greenpeace mehrfach der Vorwurf erhoben, dass die Endlagergeologie bei

dem Auswahlverfahren des IMAK nur mit 12,8 Prozent eingegangen ist und deshalb unzureichend war. Wie würden Sie einen solchen Vorwurf bewerten?

Zeuge Jürgen Schubert: Ja, ich meine, Endlagergeologie, das ist natürlich auch noch - - In dem Kriterienkatalog sind ja auch noch andere Punkte. Nur Endlagergeologie alleine waren ja 12. Und, was Sie eben gesagt haben, darunter sind ja viele Aspekte zusammengefasst.

Ich muss also dazu sagen, dass ja bis zu dem Zeitpunkt über die Endlagergeologie noch nicht allzu viel bekannt war. Es war nur bekannt, wie groß der Salzstock ungefähr ist, dass er unverritz ist. Von daher konnten sie ihn ja nicht ganz hoch bewerten. Also, Gorbleben hat die Punkte auch in anderen Bereichen bekommen, nicht nur hier. Der Punkt Endlagergeologie - das haben wir ja gesagt -, das muss natürlich festgestellt werden in Untersuchungen.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Die Frage war ja - -

Zeuge Jürgen Schubert: Um das noch mal zu sagen: Es wäre ja nicht richtig gewesen, einen Standort, den man geologisch noch gar nicht genau kennt, so überzubewerten, dass allein von daher er geeignet ist. Das geht ja auch nicht.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Das heißt, diese Bewertung mit 12,8 Prozent, von der Gewichtung her - so habe ich Sie jetzt verstanden -, ist aus Ihrer fachlichen Bewertung der Tatsache geschuldet, dass man geologische Daten aufgrund einer nicht vorhandenen Erkundung noch gar nicht hatte. Deswegen konnte sie nur zu einem relativ geringen Prozentsatz in diese Gesamtbewertung einfließen. Oder Sie müssten mir das jetzt noch mal erläutern, wenn ich das falsch verstanden habe.

Zeuge Jürgen Schubert: Ich meine, diese Zahl 12,8 Prozent ist mir natürlich nicht mehr genau in Erinnerung, wie viel Prozent da auf die einzelnen Kriterienarten gefallen sind. Aber wenn Sie das sagen, nehme ich an, dass das stimmen wird. Und von daher ist es tatsächlich so, dass die Endlagergeologie erst untersucht werden musste und man sie nicht zu hoch bewerten konnte. Das ist

durchaus möglich. Aber es sind ja hier auch noch andere Punkte - Bergbau, Lagerstätten usw. -, die auch Punkte gebracht haben, dass also eben dort kein Bergbau vorhanden war. Die schutzwürdigen Einrichtungen usw., das sind ja auch Punkte, die sich auch darauf beziehen.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Das heißt, den Vorwurf, der beispielsweise von Greenpeace erhoben wurde, dass mit 12,8 Prozent - unterstellen wir mal, der Wert ist richtig - das unzureichend abgebildet wurde, würden Sie nicht teilen und sagen, aufgrund der Dinge, die Sie uns erklärt haben, ist das in dieser Art und Weise richtig eingespeist worden.

Zeuge Jürgen Schubert: Allein schon deswegen. Ich sagte ja schon: Es stand das nukleare Entsorgungszentrum zur Debatte. Und da gibt es natürlich Punkte, die in dem Fall wichtiger sind: die Landwirtschaft, die Ausgasung usw. Da sind ja Dinge - - Da kann ich ja nicht die Endlagergeologie, die ich überhaupt noch nicht kenne, überbewerten und die anderen Punkte, die sich daraus ergeben, dass ich dort ein Brennelementlager habe und dass ich da eine Aufbereitung habe, wo ich Uran, Plutonium entziehe, wo ich die Spaltprodukte dann behandle, verfestige - - Das sind ja alles Dinge, die natürlich auch zu Buche schlagen. Und ich kann nicht in dem Stadium - - Wenn wir uns unterhalten hätten nur über ein Endlager, dann wäre die Punktzahl sicherlich höher gewesen in dem Bereich.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Das heißt, den Vorwurf „ist unzureichend“ würden Sie zurückweisen?

Zeuge Jürgen Schubert: Ich würde den Vorwurf jedenfalls zu diesem Zeitpunkt, als die Untersuchung gemacht wurde, für unzulässig halten, weil es eben um ein nukleares Entsorgungszentrum ging und die Geologie auch noch wenig bekannt war.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Gut. - Können Sie sich erinnern, welche geologischen Kriterien angewendet wurden in dem Zusammenhang? Zum Beispiel Zentralität, Lager der Betriebsstätte, Tiefenlage und ähnliche Dinge.

Zeuge Jürgen Schubert: Ich sagte ja, dass bekannt waren die Ausmaße, auch die Teufe bis 3 000, bis 3 500 Meter, die Salzflanken. Es hat durch die Erdölindustrie umfangreiche geophysikalische Messungen gegeben. Auch die Gorleben-Rinne kannte man ja schon. Es sind Tatsachen schon bekannt gewesen. Auch die Hoffnungen, ein großes Feld homogenen Steinsalzes zu finden, die waren durchaus auch da. Wenn Sie also einen Salzstock haben - - Wir haben Salzstöcke, die sind so verfaltet, da finden Sie nirgends 100 oder 200 Meter homogenes Salz. Das ist eben so. Dieses war hier insoweit schon bekannt oder zu erwarten.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Aus den Akten ergibt sich weiter, Herr Schubert, dass dieses Bewertungsschema zur Auswahl von sieben möglichen Standorten geführt hat: Gorleben, Langenmoor, Lichtenhorst, Lutterloh, Mariagluck, Wahn und Westervesede. Ist Ihnen das noch in Erinnerung?

Zeuge Jürgen Schubert: Ja, nicht in allen Einzelheiten. Das weiß ich nicht. Aber das könnte schon in etwa hinkommen. Einige, wie gesagt, sind gleich ausgeschieden, weil der Salzspiegel zu tief war, und einige, weil die Lage doch nicht so ideal war, dass man der hätte nähertreten können.

Wegen Lutterloh hatte natürlich der Landwirtschaftsminister Bedenken wegen - - Da ist eine Trinkwassergewinnung. Und bei Lichtenhorst war zwar keine Trinkwassergewinnung, aber es war wohl angedacht - es gab ein Grundwasservorkommen -, dass die Stadt Hannover da irgendwas machen wollte. Aber inwieweit das dann eingegangen ist bei dem, was aufgrund dieser Sitzung dann gemeldet wurde, das weiß ich ja nicht. In welcher Form das dem Ministerium oder in letzter Instanz dem Ministerpräsidenten gemeldet wurde, das weiß ich nicht. Aber ich kann bestätigen: Die Standorte, die Sie genannt haben, wären aus bergtechnischer Sicht machbar gewesen.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Kann man davon ausgehen, dass mit diesem Bewertungsschema nur eine Vorauswahl getroffen wurde und für eine abschließende Bewertung weitere Prüfungen erforderlich waren?

Zeuge Jürgen Schubert: Ja, davon könnte man vielleicht ausgehen, aber ich kenne sie

nicht, ich war nicht dabei. Ich habe also diese Art Auswahl hier erst, am 1. Dezember, erstmalig gemacht. Und dann hat es ja zwei, drei Monate gedauert, bis der Standort bekannt wurde, und dann war unsere Aktivität auf Gorleben gerichtet.

Eines wollte ich vielleicht noch erwähnen: Wir hatten natürlich im Vorfeld die Bergämter angeschrieben und mit den Standorten, die infrage kamen in Niedersachsen, bekannt gemacht und gebeten, uns anzugeben, welche bergbaulichen Tätigkeiten dort sind. Das ist auch geschehen. Die Bergämter Celle, Hannover und Meppen sind angeschrieben worden. Sie sollten angeben, welche bergbaulichen Tätigkeiten, Konzessionen vor allen Dingen, da vergeben wurden. Das ist natürlich auch berücksichtigt worden.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Bergbauliche Tätigkeiten - da ist die Frage: War der Salzstock verritzt oder nicht verritzt? War schon abgebaut worden?

Zeuge Jürgen Schubert: Ja, ja. Es liegt eben doch massiv schon Mineralgewinnung vor usw. Die haben ja auch Rechte. Eine Erdölgesellschaft wie Brigitta Elwerath hat eine Konzession bekommen, dann haben die auch Rechte. Das können Sie auch nicht so ohne Weiteres beiseite schieben. Das ist uns gemeldet worden und ist natürlich auch berücksichtigt worden. Ich hatte, glaube ich, schon erwähnt: In Gorleben hatte die Brigitta Elwerath eine Konzession. Die hat auch seismische Messungen durchgeführt. Die hätte auch weiter Messungen machen müssen, hat aber darauf verzichtet, als dieses Projekt anstand.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Herr Schubert, die Kriteriengruppe Sicherheit und Umwelt - ich habe das vorhin schon angesprochen - nimmt mit 72,8 Prozent den weitest größten Anteil an den Bewertungen ein. Das heißt für mich - ich weiß nicht, ob Sie mir das bestätigen können -, dass Sicherheit und Umwelt bei der Arbeit des IMAK die höchste Priorität hatten. War das Ihr damaliges Verständnis?

Zeuge Jürgen Schubert: Ja, so würde ich das sehen. Ja.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Können Sie mal den Stellenwert und die Kriteriengruppe

für Sicherheit und Umwelt beschreiben?
Haben Sie das in Erinnerung?

Zeuge Jürgen Schubert: Ich meine, es ist hier ja auch aufgezeichnet: Landespflege, Erholung, Naturdenkmal, Naturpark, Erholungsgebiet usw. - die sind ja hier aufgeführt. Landwirtschaft ... (akustisch unverständlich) - die Punkte sind ja hier aufgeführt.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Wurden aus Ihrer Sicht im Zusammenhang mit der Bewertung dieser Kriterien sicherheitsrelevante Aspekte vernachlässigt? Oder meinen Sie, dass auch mit der Gewichtung da eine sehr große Priorität war und das auch in der Arbeitsgruppe eine entsprechend intensive Bewertung erfahren hat?

Zeuge Jürgen Schubert: Also, es war natürlich nicht immer von Anfang an alles einheitlich. Das ist klar. Aber man hat ja schließlich diskutiert. Es wurden die Dinge dargelegt. Und ich muss noch mal sagen: Es ging um das nukleare Entsorgungszentrum. Dass man heute manches anders sehen würde, ist natürlich auch klar. Aber es ging darum, und da sind die Dinge - ich will nicht sagen: kontrovers - durchaus natürlich verschieden diskutiert worden.

Ich sagte ja schon: Der Landwirtschaftsminister, der Vertreter, hatte natürlich besonders die Landwirtschaft, die Milchwirtschaft, die Trinkwassergewinnung und solche Dinge im Auge, während beim MW mehr die wirtschaftlichen Dinge im Vordergrund standen und bei uns die bergtechnischen und beim NLfB-Vertreter die Geologie. Da hatte schon jeder seine Aufgabe. Es haben nicht alle von Anfang an alles einheitlich gesehen. Aber es wurde diskutiert, und dann wurde dieses Papier hier mit Punkten versehen. Wie gesagt, die fehlen mir hier, es steht nur an einer Stelle was. Und das ist dann - ich nehme an, vom Leiter des IMAK - der Landesregierung übergeben worden.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Herzlichen Dank.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. Damit ist die Fragezeit der Union zunächst erschöpft, und das Fragerecht geht jetzt an die SPD-Fraktion. Frau Kollegin Lühmann.

Kirsten Lühmann (SPD): Herr Schubert, Sie haben vorhin ausgeführt, dass in der ersten Runde drei mögliche Standorte angeguckt wurden, nämlich Wahn, Lutterloh und Lichtenhorst, und an zwei dieser Standorte gab es auch eine Probebohrung, nämlich in Wahn und Lutterloh. Dann wurde das eingestellt - das haben Sie uns hier dargelegt - auf Wunsch der Landesregierung. Es gab einen neuen Topf - darüber haben wir eben geredet -, und aus diesem Topf wurde dann aus den dann vorhandenen Kriterien - das haben Sie eben auch noch mal deutlich gesagt: Sie konnten nur die Kriterien bewerten, die Sie hatten -, also aus dem, was Sie hatten, eine Liste hergestellt.

Ich hatte Sie so verstanden, dass Sie gesagt haben: Diese Siebener-Liste, das waren sieben Standorte, die aus bergtechnischer Sicht machbar gewesen wären.

Zeuge Jürgen Schubert: Ja.

Kirsten Lühmann (SPD): Anschließend wurden aber nur an *einem* Standort, nämlich Gorleben, dann Bohrungen und des Weiteren gemacht. Meine Frage ist: Können Sie sich erklären, wie es zu diesem Wandel kam? Erst hat man gesagt: Wir haben zu wenig geologische Erkenntnisse. Das heißt, an diesen drei möglichen Standorten machen wir Probebohrungen, um nähere Erkenntnisse zu kriegen. Dann habe ich sieben mögliche Standorte, aber von diesen sieben möglichen Standorten gucke ich nur bei einem näher nach, um weitere Erkenntnisse über die Geologie zu kriegen. - Wie ist das zu erklären?

Zeuge Jürgen Schubert: Ich meine, warum dann schließlich dieser eine Standort nur benannt wurde, das kann ich nicht sagen. Das war ja nicht das Ergebnis unserer Sitzung. Das Ergebnis war: Das ist der bestgeeignete nach den damals bekannten Kriterien. - Aber es war ja nicht der Vorschlag aus dem IMAK oder das Ergebnis der Besprechung, nur den einen - - Und die drei Standorte sind für mich in der RSK-Sitzung zum ersten Mal dargestellt, anonym zunächst noch für die Gutachter. Aber sie sind ja weiter im Rennen geblieben. Es sind nur die Untersuchungsarbeiten eingestellt worden. Sie sagten vorhin Wahn. In Wahn ist keine Bohrung, Untersuchung durchgeführt worden. Ich hatte ja gesagt: Die Schwierigkeiten, die sich ergeben haben, haben dazu geführt,

dass die nicht durchgeführt wurde. - Und in Lutterloh ist eine - - die aber keine guten Ergebnisse brachte.

Dann hat man wohl zu Recht angenommen, man muss den Kreis etwas erweitern, und dann kam das. Dieser eine Standort ist von Niedersachsen an den Bund gemeldet worden. Wir hatten vorher andere auch noch. Es ist Wahn auch nicht völlig ausgeschieden. Da war zwar diese Erprobungsstelle der Bundeswehr, aber es hieß ja: Vielleicht kann man mit dem Verteidigungsministerium verhandeln, ob das so wichtig ist.

Das war ja auch alles nur im Zeichen des Entsorgungszentrums. Wenn Sie sensible übertägige Anlagen haben, wenn da eine fehlgeleitete Granate in so ein Brennelementbecken oder wo herein - - ist das ja nicht schön. Also, das war kein - - ein Negativkriterium. Aber der Standort Wahn war nicht ausgeschieden. Der ist also auch gemeldet worden. Warum dann nur Gorleben alleine festgelegt wurde, entzieht sich meiner Kenntnis. Weiß ich nicht.

Kirsten Lühmann (SPD): Danke schön. - Ich habe noch eine zweite Frage. Vorhin ist die Kollegin Vogt darauf eingegangen, dass es in Gorleben Rechte gibt, Salzrechte, und dann haben Sie gesagt: Na ja, der Salzstock ist so groß. Für die Lagerkapazitäten, die wir benötigten, würde der Salzstock ausreichen, bei dem die Rechte bestanden. - Das heißt, diese anderen brauchen wir nicht.

Jetzt meine Frage an Sie als Geologen. Für die Einlagerung verstehe ich das auch, aber die Frage ist: Um die Geeignetheit des Standortes festzustellen, ist das dann auch nicht erforderlich, zumindest diesen Teil des Salzstockes sich anzugucken, um festzustellen: Ist denn der Teil, den wir nutzen wollen, überhaupt geeignet, oder gibt es von dem anderen Teil eventuell Einflüsse, die die Einlagerung infrage stellen können?

Zeuge Jürgen Schubert: Das hängt natürlich davon ab, wie weit - - oder welche Salzstockmengen oder welche Kapazitäten da dann nicht untersucht werden. Aber im Prinzip würde ich Ihnen recht geben. Es wäre sicher besser, wenn man mehr untersuchen könnte, auch über den eigentlichen Einlagerbereich hinaus. Das wäre sicher besser. Aber das ist, wie gesagt, nicht unsere Verantwortung. Wir kriegen Anträge und lassen die Anträge zu, die nach Recht, auch nach

Recht des Eigentümers, zulassbar sind. Das andere müssen sich andere überlegen.

Dass es besser wäre - - Es ist ja nachher auch, wie ich schon sagte, nördlich der Elbe in Rambow auch untersucht worden. Da sollte man ja auch nicht einlagern. Wenn man den Erkundungsbereich möglichst weit ziehen kann, wäre schon besser.

Kirsten Lühmann (SPD): Danke schön. Ich habe keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Keine weiteren Fragen bei der SPD-Fraktion. - Dann geht das Fragerecht jetzt zur FDP. Bitte schön, Frau Kollegin Brunkhorst.

Angelika Brunkhorst (FDP): Vielen Dank. - Herr Schubert, ich möchte jetzt mit Ihnen in eine Zeit gehen, in die 80er-Jahre, und zwar aus dem Grunde: Wir werden gleich nach Ihnen noch einen weiteren Zeugen hören.

Herr Schubert, Sie haben ja vorhin einen Schachtunfall erwähnt. Es hat ja am 12. Mai 87 einen Schachtunfall gegeben. Wir werden gleich noch einen Zeugen hören, der auch insbesondere hierzu dann vernommen wird. Mich interessiert dieser Unfall - ob Sie uns den gleich noch mal beschreiben können - und bei diesem Unfall die konkrete Frage: Ist dieser Unfall wirklich als gorlebenspezifisch zu betrachten? Hätte der an einem anderen Standort so nicht passieren können? Oder wie beurteilen Sie das?

Zeuge Jürgen Schubert: Also, „gorlebensspezifisch“ würde ich nicht sagen. Wir haben ja leider im Bergbau, wie in den übrigen Industriebereichen übrigens auch - - Jeder Unfall ist einer zu viel; das ist klar. Aber es ist nicht so - - Es müssen natürlich bestimmte geologische Verhältnisse da sein. Das ist im tertiären Ton gewesen. Da waren die Belastungen, die Verformungen verschieden. Das drückte sich nicht mehr gleichmäßig zusammen, was ja auch stattfinden soll, sondern es war ungleichförmig an einzelnen Stellen. Es wurden also Erscheinungen festgestellt, dass sich unter Umständen der Querschnitt an bestimmten Dingen zu sehr einengt.

Ich muss dazu sagen: Es ist ja ein erster Ausbau im Gefrierschacht gewesen, ein Ausbau mit Betonformsteinen mit dazwischen gelegten Spanplatten. Die geben nach. Also: Der Frostkörper und dieser Formsteinausbau müssen einmal den Druck aushalten, aber auch das Wasser natürlich

weghalten; das macht ja der Frostkörper auch. Und dann misst man natürlich die Konvergenzen, das heißt: Inwieweit wandert der Stoß in den offenen Raum hinein, der Schachtstoß?

Dort unten waren also Schwierigkeiten, indem es zu ungleichförmigen Belastungen und Verformungen kam und man deshalb zusätzlich zu den Formsteinen Stahlringe einbrachte, die das halten sollten. Und bei dem Einbau dieser Stahlringe - das ist natürlich auch staatsanwaltschaftlich alles untersucht - ist es zu dem Unfall gekommen. Einer der Ringe ist abgestürzt und hat leider einen dort tödlich getroffen. Ich kann Ihnen sagen: Die Bergleute sind wie die Seeleute in der Natur. Die müssen sich mit Natur rumschlagen. Die bilden eine Gemeinschaft, und ein solcher Unfall trifft gerade die Bergleute immer besonders hart. Die gehen dann nicht zur Tagesordnung über. Aber es ist auch festgestellt: Es sind auch Einbaufehler - ich will nicht das ganze Verfahren wiederholen -: die Schweißnähte, ob innen oder außen. Das können Sie sicherlich alles nachlesen. Aber es ist ein Unfall gewesen, der auf die örtlichen Verhältnisse im tertiären Ton, die ungleichförmigen Verschiebungen in den Schachtbereich hinein, zurückzuführen war, die zu einer Verstärkung des Ausbaus durch Stahlringe geführt haben, und einer dieser Stahlringe ist, auch durch einen Einbaufehler, abgestürzt.

Man hat ja dann den unteren Bereich mit Beton verfüllt. Dann ist lange überlegt worden: Was machen wir? Wie bauen wir weiter? - Es hat fast zwei Jahre gedauert, bis die Schachtteufarbeiten wieder aufgenommen wurden, und fast zweieinhalb Jahre, bis man wieder an der Stelle war, ich weiß nicht, bei 239 Metern oder so. Es war schon ein schwerer Unfall, aber er ist nicht allein gorlebentypisch. Er ist geologietypisch durch diesen tertiären Ton, der hier besonders stark hineingeschoben hat. Das ist also die Schicht, die über dem Hutgestein lag, also oberhalb des Salzspiegels.

Ich weiß nicht, ob die Frage damit beantwortet ist.

Angelika Brunkhorst (FDP): Ich würde ganz gern noch ein bisschen weiterfragen. Es hat ja von Herrn Professor Duphorn den Vorwurf gegeben, man hätte sehr wohl feststellen können, dass da sowieso eine sogenannte Bruchstelle vorliegt, und man hätte von vorn-

herein an dieser Stelle nicht hineingehen dürfen. Teilen Sie diese Auffassung?

Zeuge Jürgen Schubert: Ja, ich weiß natürlich, dass es da diese Einlassungen gegeben hat. Und es ist sicher richtig, dass dies ein Bereich war, der besonders kritisch war. Ich kann jetzt nicht mehr genau erinnern, ob man dort vorher untersucht hat. Es wurden ja Bohrkern entnommen, und diese Bohrkern wurden untersucht. Das ist eben das Problem. Sie haben die Bohrkern nicht immer fest, wo sie wirklich Festigkeitsmessungen machen können, sondern das zerbröselt manchmal, und dann können Sie das nicht feststellen.

Ich weiß, die Vorwürfe sind erhoben worden, man hätte in dem Bereich nicht genügend vorher Untersuchungen angestellt; denn dann hätte man das merken müssen. Ich weiß es nicht. Ich kann das nicht beurteilen. Der Unfall ist letzten Endes, wie gesagt, sehr bedauerlich, aber es ist ein typischer Bergbauunfall, der um Gottes Willen nicht bagatellisiert werden soll, so nach dem Motto: Das passiert eben. - So ist es nicht. Aber er ist bergbautypisch. Ob er zu verhindern gewesen wäre, wenn man das, was Professor Duphorn - - Ich will auch sagen: Das hat er natürlich hinterher gesagt. Ich weiß nicht, ob das vorher auch alles schon die Forderung war, dort mehr Proben zu nehmen. Ob es dann zu vermeiden gewesen wäre? Ich weiß es nicht.

Jedenfalls ist es so: Danach ist das weitere Schachtateufen völlig problemlos gewesen, auch das Salzgestein. Der Salzspiegel wurde erreicht. Es ist ja nachher im Salz, im jüngeren Steinsalz, das Fundament gesetzt worden. Es ist der normale, der endgültige Ausbau eingebracht worden, Stahlblech mit Stahlbeton, mit Bitumenhinterfüllung. Da ist also nichts mehr passiert. Das war der einzige gravierende Vorfall während des Schachtateufens.

Angelika Brunkhorst (FDP): Gut. Dann konstatiere ich noch mal: Das war ein bergtechnisches und ein geologisches Ereignis, was da zusammenkam, aber es hatte keinerlei Aussage darüber, ob Gorleben nun eignungsheftig ist oder nicht. Also, die Geeignetheit des Salzstockes stand damit nicht infrage.

Zeuge Jürgen Schubert: Meinen Sie jetzt den Unfall?

Angelika Brunkhorst (FDP): Ja.

Zeuge Jürgen Schubert: Also, da würde ich natürlich noch mal - - Ich hatte gesagt, wie sehr gerade Bergleute solche Unfälle treffen. Ich fand es nicht schön, wie hinterher - das muss ich ganz deutlich sagen; das war auch in der Presse - teilweise versucht worden ist, aus diesem Unfall die Eignungshöflichkeit des Salzstockes abzuleiten. Ich will mal sagen: Das ist direkt missbraucht worden. Daraufhin zu sagen: „Er ist nicht geeignet“, das habe ich persönlich nicht schön gefunden. Das kann man auch so nicht sagen. Das Schacht-abeufen ist ja normal verlaufen. Wesentlich ist für die Planfeststellung für das Endlager: Wie ist der Schacht? Wie steht er? Wie sicher ist er?

Angelika Brunkhorst (FDP): Vielen Dank, Herr Schubert. Ich habe keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann bedanke ich mich auch und gebe das Frage-recht jetzt an die Fraktion Die Linke. Bitte schön.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Schubert, ich würde Sie gern befragen: Ist Ihnen die TÜV-Studie bekannt, die ja ebenfalls einen Standortvergleich durchgeführt hat? Die TÜV-Studie wurde im Dezember 1976 dem niedersächsischen Ministerpräsidenten übergeben, und zwar ist das MAT A 102, Band 8, Paginierung 136 ff.

Diese Studie kommt zu dem Ergebnis, dass ein Standort in Schleswig-Holstein, Nieby, am geeignetsten sei. Die Studie hatte etwas andere Kriterien zugrunde gelegt. Kennen Sie die Studie? Können Sie sich erinnern - wenn ja -, ob darüber diskutiert wurde und - wenn ja - warum diese Studie dann keine Rolle mehr gespielt hat?

Zeuge Jürgen Schubert: Also, die Studie ist mir nicht bekannt. Ich weiß aber, dass Nieby als Standort - wie gesagt: als Standort; der Salzstock ist davon entfernt, der ist nicht bei Nieby - im Gespräch war und auch am Anfang eine sehr gute Wertung hatte. Ich hatte aber auch gesagt: Wegen des Doppelsalinars Zechstein/Rotliegendes - da haben Sie häufig Toneinlagerungen - ist das für die Herstellung eines Endlagers nicht sehr ge-

eignet. Ob es deswegen ausgeschieden wurde, weiß ich nicht.

Ich sage: Wir haben dann ja nur niedersächsische Standorte betrachtet. Ich weiß aber, dass Nieby im Gespräch war. Wie gesagt, Nieby, nicht der Salzstock. Ich weiß jetzt nicht mehr, wie der Salzstock hieß. Der ist etwas davon entfernt. Das war, glaube ich, sehr dicht an der Küste. Ich weiß nicht, ob man da nicht auch Schwierigkeiten gehabt hätte. Der ist jedenfalls vom IMAK dann nicht mehr betrachtet worden, der Standort.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Vielen Dank, Herr Schubert. Ich habe noch eine andere Frage. Wir haben in dem Zusammenhang jetzt mehrfach auch über den Salzstock Gorleben-Rambow gesprochen. Können Sie aus dem Kopf sagen, wie weit Rambow sich auf DDR-Seite erstreckt?

Zeuge Jürgen Schubert: Nein, das kann ich nicht. Er ist wesentlich kleiner als Gorleben. Ich weiß auch nicht, ob die verbunden sind oder wie viel Zwischenraum da ist. Ich kann nicht sagen, wie groß er ist, aber wesentlich kleiner als Gorleben.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Ich frage deswegen, weil wir zwei unterschiedliche Karten haben. Und zwar haben wir aus dem Jahr 1973 eine Karte der BGR, die die gesamte Größe des Salzstocks auf etwa 15 Kilometer bemisst, die in die DDR hineinragen. Das ist korrekt, wie man heute weiß. Und aus dem Jahr 1977 gibt es in einer Kabinettsvorlage, erstellt vom niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, eine Karte, die den Salzstock Gorleben völlig falsch einzeichnet, nämlich nur 1 Kilometer in die ehemalige DDR hineinreichend. Das ist für uns sehr seltsam, vor allen Dingen vor dem Hintergrund, dass das Oberbergamt ja auch erklärt hat, Gorleben sei nur dann geeignet, wenn dort kein Gas gefördert würde. Das konnte man ja für die BRD-Seite ausschließen, aber für die DDR-Seite wohl nicht. Dann hätte es ja auch ein Abkommen geben müssen. Dieses Abkommen mit der DDR haben wir aber bislang nicht gefunden. Im Zusammenhang mit dieser Karte - ich kann die Ihnen auch gern geben, dass Sie es sich ansehen - die Frage: Ist Ihnen ein Abkommen mit der DDR bekannt?

Zeuge Jürgen Schubert: Ein Abkommen nicht, aber ich weiß natürlich, dass nach der

Nennung von Gorleben mit der DDR verhandelt worden ist. Es hat da wohl irgendwie eine ganz lapidare Stellungnahme der DDR gegeben - die ist mir nicht mehr genau in Erinnerung -; so nach dem Motto: Das ist nicht schön. Wir stellen fest, die DDR, die Grenze wird betroffen usw. - Aber man hat dann nichts weiter gemacht. Ich muss dazu sagen: Die hatte ja auch ihr Endlager Morsleben. Wissen Sie, das ist auch dicht an Helmstedt. In dem Salzstock in Morsleben baut zum Beispiel die Schachtanlage Grasleben auch Steinsalz ab. Das ist der gleiche Salzstock. Von daher ist mir das Abkommen konkret nicht bekannt - - ob es ein solches gibt. Ich weiß aber, dass die DDR angesprochen wurde und eine - ich will mal so sagen - im Kern nichtssagende Aussage gemacht, sie also nicht dagegen protestiert hat, aber sich natürlich Vorbehalte irgendwie vorbehalten hat. So will ich mich mal ausdrücken.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Kann Frau Möller mal sagen, in welcher Kabinettsvorlage sich dieser angeblich unrichtige Plan befunden hat?

(Zuruf eines Mitarbeiters der Fraktion Die Linke: Das ist MAT A 72, Band 17! Die Zeichnung ist von Lüttig! Und das andere ist MAT A 138, Band 29!)

- Sie haben doch gerade gesagt: „Kabinettsvorlage“. Können Sie mal sagen, was für eine Kabinettsvorlage das ist?

Zeuge Jürgen Schubert: Nach dieser Vorlage - - Jaritz steht darunter. Das war ja der Salzgeologe, der auch die Schachtansatzpunkte festgelegt hat.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Frau Möller, Sie haben gesagt: „Kabinettsvorlage“. Ich bestreite, dass es das gibt. Wir kennen den Vorgang. Es handelt es sich dabei aber um keine Kabinettsvorlage. Entweder reichen Sie das nach, oder Sie korrigieren bitte Ihre Frage, weil es ein falscher Vorhalt ist.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Ich reiche es gerne nach. Aber in dem Zusammenhang ist meine Frage eben auch noch nicht beantwortet, Herr Schubert, wie es dazu kommen kann, dass die ältere Karte die richtige Größe zeigt und die jüngere Karte eine falsche Größe.

(Der Abg. Kornelia Möller (DIE LINKE) werden von einer Mitarbeiterin der Fraktion DIE LINKE Unterlagen gereicht)

- Hier kommt die Kabinettsvorlage. MAT E 1, Band 3.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das ist keine Zeichnung!)

Hier ist die Aussage:

Der Salzstock Gorleben erstreckt sich mit einem kleinen Zipfel (knapp 1 km)

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wo ist denn da die Karte?)

in das Gebiet der DDR. Die Bundesressorts befürchten zwar keine absichtliche Gefährdung des Endlagers im Salzstock Gorleben durch die DDR. Eine garantierte Unversehrtheit des in der DDR liegenden Zipfels sei jedoch notwendig, um gezielte vorherige Maßnahmen der DDR zur Verhinderung des Endlagers auszuschließen.

Ich korrigiere also meine Aussage dahin gehend und entschuldige mich herzlich, dass nicht die Zeichnung - das haben wir falsch vorgetragen - in der Kabinettsvorlage ist, sehr wohl aber die Beschreibung des gleichen Sachverhalts. Diese Zeichnung können wir Ihnen gerne geben. Es veranschaulicht das Ganze nur. Wesentlich ist dieses Zitat, das von einem Kilometer spricht, und diese Frage möchte ich nach wie vor sehr gern von Herrn Schubert noch beantwortet haben, ob er sich erklären kann, wie es zu solchen sehr unterschiedlichen Bewertungen kommen kann.

Zeuge Jürgen Schubert: Ich kann also ganz klar sagen: Ich kann es mir nicht erklären. Ich sehe hier auch:

(Der Zeuge weist auf eine ihm zuvor vorgelegte Karte)

Das ist ja in einem gezeichnet. Der Salzstock Rambow ist ja hier praktisch verbunden, als ein Salzstock dargestellt worden. Das geht also Neunzehnhundert sowieso, 73, weiß ich nicht; 1965 steht da was. Diese Zeichnung ist mir nicht bekannt, wohl, dass Rambow natürlich sehr nahe an dem Salzstock liegt. Aber wenn Sie jetzt diese Karte sehen, dann sehen Sie ja das Feld. Sie sind weit davon weg.

Für die Behörde - ich muss jetzt mal wieder etwas sagen für die Behörde - ist das, wenn der Standort hier benannt ist, zu berücksichtigen.

(Der Zeuge weist erneut auf die ihm zuvor vorgelegte Karte)

Was ist hier? Kann hier etwas passieren, was dahinten ist?

Aber Ihre Frage war ja, ob ich mir das erklären kann. Ich kann es mir nicht erklären. Wenn es wirklich so sein sollte, dann müsste man den Herrn Jaritz fragen. Herr Jaritz ist ja sehr tätig gewesen. Der hat ja unter anderem auch die Schachtbohrungsstandorte festgelegt, wofür er sehr gelobt worden ist, weil das wirklich gute Standorte waren. Wieso diese Karte - - Den müsste man fragen.

Ich kann es mir nicht erklären, und ich habe die auch in unseren Akten nie gesehen. Ich muss aber sagen: Selbst wenn ich sie kennen würde - - Gut, dann würde man vielleicht fragen: Was ist damit los? Aber konkrete Anträge beziehen sich auf diesen Bereich.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Das Fragerecht geht jetzt an die Grünen. Bitte schön, Frau Kollegin Steiner.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben im Moment keinen weiteren Fragebedarf.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Keine weiteren Fragen. Damit ist die zweite Berliner Runde vorbei, und ich frage die Union, ob sie weitere Fragen hat. - Kollege Monstadt, bitte schön.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Ich darf mal fortsetzen. Herr Schubert, in der Sitzung am 2. Dezember 1976 wurden die am Tag zuvor in der Vorauswahl besonders geeigneten Standorte abgestimmt, zum einen mit dem Bund - da war wohl ein Beamter, Herr Rolf-Peter Randl, aus dem Bundesforschungsministerium angereist -, zum anderen mit der PWK - hier waren die Geschäftsführer Günter H. Scheuten und Carsten Salander anwesend. Da wurde dieses Ergebnis besprochen. Im Ergebnisprotokoll findet sich folgender Satz zu Gorleben - für das Protokoll: MAT A 102, Band 7, Blatt 101 bis 103 -, Zitat:

Dieser Standort ist nach Auffassung der PWK und des Bundes der geeignetste Standort. Es werden jedoch Probleme wegen der Grenz-nähe zur DDR vor allem vom Bund gesehen.

Sie hatten das ja schon angesprochen. Entspricht dieses Gesprächsergebnis Ihrer Erinnerung?

Zeuge Jürgen Schubert: Wo ist das festgelegt, das Gesprächsergebnis?

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): In einem Ergebnisprotokoll.

Zeuge Jürgen Schubert: Ich sagte ja: Wir haben kein Ergebnisprotokoll über diese Sitzung bekommen.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Na gut. Unabhängig davon, ob Sie es bekommen haben: Entspricht denn dieser Satz, der da festgehalten wurde, Ihrer Erinnerung?

Zeuge Jürgen Schubert: Würde ich sagen. Das ist so. Ja, das ist so gewesen. Aber ob das schriftlich festgehalten wurde, habe ich nicht gesehen.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Na ja, ein Ergebnisprotokoll kann ja jeder für sich machen. Aber Sie haben da keine andere Wahrnehmung gehabt. Also aus dieser Besprechung heraus - ich lese Ihnen das gern noch mal vor - kann man das so formulieren?

Zeuge Jürgen Schubert: Ja.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Eine weitere Frage wäre: Der für die interministerielle Arbeitsgruppe zuständige Staatssekretär Dr. Röhler hat hier im Ausschuss gesagt - ich zitiere das Vorläufige Stenografische Protokoll Nr. 51, Seite 9 - Zitat:

Zusammenfassend kann ich sagen, dass die vorläufige Standortauswahl von Gorleben für ein nukleares Entsorgungszentrum ausschließlich auf fachlichen Erwägungen beruhte und frei von sachfremden Erwägungen getroffen wurde. Gorleben hatte im internen Ranking des IMAK die höchste Punktzahl. Bei der KEWA stand Gorleben auf Platz eins, und der Salzstock selbst hatte

beim IMAK die höchste Bewertungsziffer.

Zitat Ende. - Wie stehen Sie zu dieser Aussage? Können Sie das so, wie das hier wiedergegeben wurde, bestätigen?

Zeuge Jürgen Schubert: Das kann ich so bestätigen. Ich habe das zwar nicht gelesen, weiß das nicht, aber ich kann das so bestätigen.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Dann heißt es in der Broschüre des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie „Endlagerung hochradioaktiver Abfälle in Deutschland - Das Endlagerprojekt Gorleben“ vom Oktober 2008 auf Seite 19 - das ist MAT A 179 - Zitat:

Entgegen vielfältigen und ständig wiederholten Behauptungen ist die Entscheidung von Februar 1977, ein NEZ einschließlich Endlager am Standort Gorleben im Land Niedersachsen einzurichten, konsequent auf der Grundlage eines auf sachlichen Kriterien gestützten Auswahlverfahrens getroffen worden. Der Vorwurf der politischen Einflussnahme auf das Auswahlverfahren, die zu einer „Vorfestlegung“ auf Gorleben geführt haben könnte, ist nicht gerechtfertigt.

Zitat Ende. - Sind auch diese Feststellungen aus Ihrer Sicht richtig?

Zeuge Jürgen Schubert: Ja, wie gesagt, 2008 - - Es ist natürlich viel in dem Zusammenhang gesagt worden. Aber ich kann das jedenfalls so nicht bestätigen. In der Sitzung, an der ich teilgenommen habe, haben ausschließlich fachliche Gesichtspunkte eine Rolle gespielt. Die DDR ist natürlich erwähnt worden, aber die Auswahl oder - sagen wir mal - die Einstufung der einzelnen Standorte ist nach bekannten fachlichen Erwägungen getroffen worden.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Ja. Dann darf ich noch mal ein bisschen zu Kritik in dem Bereich kommen. Von Gorleben-Gegnern wird im Zusammenhang mit der Benennung des Standorts Gorleben immer wieder der Vorwurf erhoben, der Standort sei rein politisch festgelegt worden, und er sei sozusagen aus dem Hut gezaubert worden. Wie können Sie sich dazu äußern?

Zeuge Jürgen Schubert: „Aus dem Hut gezaubert“: Ich sagte ja: Ich habe relativ spät davon erfahren, Gorleben. Aber ich hatte auch gesagt, dass nach meiner Kenntnis die KEWA, die ja am Anfang damit auch verbunden war, beauftragt worden ist, Standorte auszusuchen, Gorleben nicht genommen hatte wegen der Einstufung als Ferien- und Erholungsstandort und wegen der Grenze zur DDR, nicht wegen möglicher Mängel an der Eignung des Salzstockes oder sonstiger Dinge. Und von daher mag er zunächst - also für die Öffentlichkeit, auch für mich - ein wenig überraschend gekommen sein, aber so, wie das da in der Pressemitteilung steht, kann ich das eigentlich nicht teilen. Obwohl, ich bin ja längst in Pension, es geht mich eigentlich nicht mehr an; aber so sehe ich das jedenfalls nicht.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Gut. Herzlichen Dank. - Ich darf jetzt an meinen Kollegen Herrn Pöls weitergeben.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Vielen Dank. - Herr Schubert, ich möchte noch mal darauf zurückkommen: Sie haben vorhin erwähnt, auf Nachfrage meines Kollegen Monstadt, dass Sie auch schon mal vor Ort gewesen sind, in Gorleben.

Zeuge Jürgen Schubert: Ja.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Nun hat es ja 1975 - das sagten Sie ja auch - einen verheerenden Waldbrand gegeben in Nordost-niedersachsen.

Zeuge Jürgen Schubert: Ja, in mehreren Gegenden.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Ja, in mehreren Gegenden, auch im Kreis Gifhorn und auch im Kreis Uelzen und im Kreis Lüneburg und unter anderem auch in Lüchow-Dannenberg. Im Sommer 76 wären Sie dann da gewesen, vor Ort.

Zeuge Jürgen Schubert: Ja, etwa so. Ich weiß es jetzt nicht mehr genau, ob es im Sommer oder im Herbst war. Das weiß ich nicht. Jedenfalls vor dieser Sitzung da, aber nachdem ich von Gorleben gehört hatte.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Ja, das ist jetzt auch meine Frage. Am 17.08.76 wurde der

IMAK ja eingesetzt. Können Sie sich noch erinnern? Sie sagten ja, Sie waren in Clenze wegen Erdölbohrungen.

Zeuge Jürgen Schubert: Ja, ich bin in Clenze gewesen. Wegen der Erdgasvorkommen.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Und dann sind Sie bei der Gelegenheit in Gorleben herumgefahren. Das war aber vor Ihrer Zeit beim IMAK?

Zeuge Jürgen Schubert: Ja. Das war - - Jedenfalls wusste ich noch nicht, dass ich da zum IMAK kommen sollte und dass Gorleben auch in der Überlegung war. Das wusste ich noch nicht.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Ja, aber warum sind Sie dann nach Gorleben gefahren? Das ist jetzt meine Frage. Haben Sie schon vorher gehört, dass Gorleben eventuell geeignet wäre, mal zu untersuchen, ob man da ein NEZ bzw. auch eine Endlagerung machen könnte? War das der Grund, dass Sie da auch nach Gorleben gefahren sind?

Zeuge Jürgen Schubert: Ich will sagen: Er war noch nicht offiziell benannt, aber Gorleben - - Ich sagte ja eben: Im Gespräch sind die Dinge natürlich alle gewesen, und das kriegen wir ja bei der Bergbehörde natürlich auch mit. Aber es war noch nicht konkret festgelegt, dass Gorleben bei dieser Sitzung im Dezember mit berücksichtigt werden sollte.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Meine Frage geht dahin: Waren Sie vor Ihrer Berufung in den IMAK in Gorleben, weil Sie gehört hatten, eventuell könnte man dort - -

Zeuge Jürgen Schubert: Berufen bin ich - - Ich sagte ja: Ich habe erstmalig teilgenommen im Dezember, vorher nicht. Und da bin ich vorher gewesen. Das ist klar.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Woher wussten Sie denn, dass Gorleben eventuell geeignet wäre, da mal zu suchen?

Zeuge Jürgen Schubert: Bei irgendeinem Gespräch - ich weiß nicht mehr, ob es PTB war oder NLF - ist gesagt worden: Da ist ein großer Salzstock in Gorleben.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Den sollte man mal untersuchen, oder den könnte man mal untersuchen?

Zeuge Jürgen Schubert: Ja, ja. Es war nicht offiziell. Es war mehr am Rande. Wissen Sie, Sie erfahren ja manches auch am Rande. Es war nicht offiziell.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Ja, das ist richtig. Mir geht es nur darum: „Wie frühzeitig hat man sich auch mit Gorleben beschäftigt?“, weil ja - eben sagte das der Kollege auch - immer dieser Satz kam: Er wurde dann irgendwann mal aus dem Hut gezaubert und politisch benutzt dafür, etwas zu benennen. Deswegen ist für mich die Frage: Wie frühzeitig hat man sich schon mit Gorleben beschäftigt? Danach müsste man sich ja schon vor Sommer 76 in irgendeiner Weise, bei der KEWA zum Beispiel, mit Gorleben beschäftigt haben.

Zeuge Jürgen Schubert: Ja, also bei der KEWA war er sicherlich schon länger im Gespräch. Ich sagte ja - ich kann mich nur wiederholen -: Er ist nicht in diese RSK-Sitzung eingebracht worden, weil man ihn als Ferien- und Erholungsstandort betrachtete. Deswegen die anderen drei. Aber die KEWA hatte ihn untersucht. Sicherlich, über manche Dinge spricht man ja auch inoffiziell. Also, dass Gorleben ein Salzstock ist, ein großer Salzstock, ein unverritzter, das war mir bekannt, aber nicht, dass er hier offiziell - - Ich war noch nicht im IMAK.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Hatten Sie damals eigentlich auch Kontakte zum Grafen Bernstorff?

Zeuge Jürgen Schubert: Ich habe das nicht verstanden.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Hatten Sie Kontakte zu der Zeit zum Grafen Bernstorff in Gatow?

Zeuge Jürgen Schubert: Nein, überhaupt nicht. Nein.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Haben Sie ihn mal kennengelernt?

Zeuge Jürgen Schubert: Nein.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Sie haben ihn gar nicht kennengelernt, persönlich?

Zeuge Jürgen Schubert: Nein.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Gut.

Zeuge Jürgen Schubert: Klar, bei irgendwelchen - - Es hat ja Veranstaltungen gegeben, auch in Hitzacker usw. Aber nicht persönlich. Ich habe ihn natürlich schon gesehen, so ist es nicht, aber nicht persönlich oder mit ihm gesprochen. Nein.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Gut. - Hat es denn nach Ihrer Kenntnis - weil Sie sagen: Es war ein unverritzter Salzstock - irgendwelche Bergbautätigkeiten in Gorleben gegeben? Das heißt, hat man da jemals nach Gas gesucht, in den 50er-Jahren zum Beispiel, nach dem Krieg oder auch vor dem Zweiten Weltkrieg?

Zeuge Jürgen Schubert: Ich hatte ja gesagt: Die Gewerkschaft Brigitta hatte ein verliehenes Feld, nicht ein verliehenes Feld, sondern eine Konzession, eine erteilte Konzession zur Aufsuchung von Öl und Gas und hat dort auch geoseismische Messungen gemacht. Ich glaube, der Vertrag ging bis 78.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Können Sie ein bisschen näher ans Mikrofon gehen? Ich kann Sie schlecht verstehen.

Zeuge Jürgen Schubert: Entschuldigung. - Sie hat auch dort geophysikalische Messungen gemacht. Sie hatte einen Vertrag. Ich meine, der lief bis 78. Sie hätte also in der Zeit wieder Messungen machen müssen. Es ist wohl mit ihr gesprochen worden. Sie hat es nicht als zweckmäßig angesehen, in dieser Zeit eine Untersuchung durchzuführen, und dann ist auch nie mehr davon die Rede gewesen. Das heißt, von der Konzession, die die Brigitta hatte, ist dann wohl kein Gebrauch mehr gemacht worden. Es sind auch keine Bohrungen direkt auf Erdöl, also keine Tiefbohrungen gemacht worden, sondern es sind nur geophysikalische Untersuchungen angestellt worden.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Heißt das, dass ein mögliches Erdgas- oder Erdölvorkommen relativ gering sein muss, dass sich die Ausbeutung nicht gelohnt hat?

Zeuge Jürgen Schubert: Davon gehe ich aus. Ich meine, auch bei der DDR, Rambow, das ist ja - - Das muss Anfang der 70er-Jahre, 1970 oder wann, gewesen sein. Die haben ja auch keine Anstalten gemacht, dort zu bohren. Das heißt, die DDR hat wohl auch im Salzstock Rambow keine nutzbare Lagerstätte gesehen. Sonst hätten die ja wahrscheinlich auch - - Die sind dann in den Raum Salzwedel - - Das ist südlich Wustrow. In Wustrow ist ja früher auch ein Kalibergwerk gewesen. Und da sind auch Bohrungen - - aber im Gorlebener Raum eben nicht.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Wustrow liegt ja in Lüchow-Dannenberg, an der Grenze zu Sachsen-Anhalt, zur Altmark, der Ort Wustrow.

Zeuge Jürgen Schubert: Ja, ja. Gartow liegt an der Elbe da drüben.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Ja, ja. Genau. Manch einer weiß ja nicht, wo genau Wustrow liegt. Wustrow liegt ja ungefähr drei Kilometer vor der ehemaligen Zonengrenze im Süden von Lüchow-Dannenberg.

Sind diese beiden Salzstöcke Wustrow und Gorleben eigentlich zusammenhängend, oder gibt es da eine Trennung?

Zeuge Jürgen Schubert: Kein Zusammenhang. Nein, nein.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Bitte?

Zeuge Jürgen Schubert: Da ist kein Zusammenhang. Wustrow meinen Sie, ja?

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Wustrow und Gorleben, ist das ein - -

Zeuge Jürgen Schubert: Nein, nein.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): So wie Rambow und Gorleben? Oder - -

Zeuge Jürgen Schubert: Nein, nein. Ich glaube - ich kann es jetzt nicht hundertprozentig sagen -, Rambow liegt sicherlich dichter an Gorleben als Wustrow.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Aber das ist nicht *ein* Salzstock, Gorleben und Rambow. Da ist auch eine Trennung.

Zeuge Jürgen Schubert: Das weiß ich nicht, ob man die - - Der wird als eigener Salzstock Rambow geführt.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Der wird als eigener Salzstock geführt.

Zeuge Jürgen Schubert: Ja, ja.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Es könnte auch eine Trennung zwischen den beiden Salzstöcken vorhanden sein.

Zeuge Jürgen Schubert: Ich weiß nicht, ob das jemals untersucht worden ist. Aber es ist möglich. Ich weiß es nicht. Kann ich nicht beantworten.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Ja, weil diese Salzstöcke Wustrow, Gorleben und Rambow ja immer in einem Zusammenhang gesehen werden, als ob das ein gemeinsamer Salzstock wäre. Das ist jetzt meine Frage: Ist das alles ein gemeinsamer Salzstock?

Zeuge Jürgen Schubert: Nein, nein. Sie haben ja einen Salzstock da, im Zentrum einen Sattel, Sie haben dann Flanken, die abfallen, usw. Bei einem Salzstock ist das dann schon mehr zusammen.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Gut. - Dann will ich noch mal zurückkommen auf die möglichen Gasvorkommen. Da hatte ich Sie ja eben gefragt, ob die gewinnungswürdig wären. Das haben Sie ja verneint. Hat das eine Rolle gespielt bei Ihren Untersuchungen beim IMAK?

Zeuge Jürgen Schubert: Ob was eine Rolle gespielt hat?

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Ob Salzvorkommen dort vorhanden sind. - Entschuldigung, Gasvorkommen, nicht Salzvorkommen.

Zeuge Jürgen Schubert: Es wurde davon ausgegangen, dass sie nicht da sind, jedenfalls keine größeren, also wirtschaftlich abbaubaren.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Ja. Gut. Nun hat es ja - das haben Sie eben schon gesagt - auf dem Gebiet der DDR in der Nähe von Lenzen ja mal eine Explosion gegeben in

den 60er-Jahren. Hat das Einfluss genommen auf Ihre Arbeit im IMAK bei der Untersuchung des Salzstockes?

Zeuge Jürgen Schubert: Nein. Das ist natürlich gesagt worden zur Kenntnis. Die IMAK-Mitglieder wussten das auch. Das war kein Geheimnis. Wie gesagt, das war ja schon etliche Jahre her. Aber ich sagte ja, der Salzstock ist so groß. Ein Einlagerungsbetrieb, ein benötigtes Einlagerungsfeld, hätte bei Weitem nicht dorthin gereicht. Ich habe ja gesagt: 200 Salzstöcke liegen sich natürlich alle irgendwie ein bisschen nahe in Norddeutschland. Das ist eben hier auch.

Ihre Frage ging dahin: Hat das eine Rolle gespielt? - Es war bekannt, aber es hat keine Rolle gespielt.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Kann das auch dadurch keine Rolle gespielt haben - es gab ja auch, glaube ich, drei Todesopfer zu beklagen dort auf DDR-Seite -, dass diese Explosion - - und dieses anschließende Feuer nach zwei Tagen von alleine erlosch? Das könnte bedeuten - so würde ich das jetzt deuten; vielleicht können Sie da noch was zu sagen -, dass sich damit die Gasblase erledigt hat, also dass das Vorkommen doch nicht so umfangreich gewesen ist, wie es vielfach dargestellt wurde oder dargestellt wird. Die DDR hat ja dann auch nicht weitergemacht, dort nach Gas zu suchen.

Zeuge Jürgen Schubert: Das Letztere eben, das würde ich annehmen. Wenn man dort richtig Gas gefunden hätte, hätte man sicherlich gebohrt. Ob das von selbst erloschen ist oder ob da Bekämpfungsmaßnahmen gewesen sind, weiß ich nicht. Aber wenn es eine größere Gaslagerstätte gewesen wäre, hätte die DDR gebohrt, wie sie das im Raum südlich Wustrow, im Raum Salzwedel, ja gemacht hat. Die brauchten ja auch Energie. Das ist ja klar.

Deswegen: Was Sie zuletzt gesagt haben, das sehe ich so. Es wurde keine wirtschaftlich verwertbare Lagerstätte dort angenommen.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Sie waren ja bis 1996, glaube ich, tätig. Oder bis 95 waren Sie tätig, sind 96 in Rente gegangen.

Zeuge Jürgen Schubert: 96 bin ich in den Ruhestand gegangen.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Haben Sie dann nach der Wiedervereinigung von ehemaligen DDR-Behörden Unterlagen über dieses Unglück bekommen -

Zeuge Jürgen Schubert: Nein, nein.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): - oder über mögliche Gasvorkommen?

Zeuge Jürgen Schubert: Nein.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Wissen Sie, ob man sich damit noch - -

Zeuge Jürgen Schubert: Mir sind keine bekannt. Nein.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Haben Sie damals damit noch zu tun gehabt, oder war das schon außerhalb Ihrer Tätigkeit?

Zeuge Jürgen Schubert: Nein, nein. Ich sagte ja, ich bin 96 - - Bis zum Schluss war ich ja für Gorleben auch tätig - das ist klar -, am Oberbergamt, wie gesagt, nicht vor Ort, aber am Oberbergamt. Aber es sind keine Unterlagen, jedenfalls nach meiner Kenntnis, von der Bergbehörde angefordert worden.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Wird eigentlich noch Gas oder Erdöl gefördert in Lüchow-Dannenberg?

Zeuge Jürgen Schubert: In Niedersachsen oder wo?

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Ja, in Niedersachsen, in Lüchow-Dannenberg.

Zeuge Jürgen Schubert: Niedersachsen hat einen sehr hohen Anteil, also - -

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Entschuldigung. In Lüchow-Dannenberg in Niedersachsen, also im Landkreis Lüchow-Dannenberg.

Zeuge Jürgen Schubert: Weiß ich nicht. Kann ich im Moment nicht sagen. Das müsste jemand, der noch im Dienst ist, besser wissen. Das weiß ich jetzt nicht.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Also jedenfalls zu Ihrer aktiven Tätigkeit, bis zum Ende Ihrer aktiven Tätigkeit, 1995/96.

Zeuge Jürgen Schubert: Ich sagte ja, in Clenze. Das war aber ein Gas mit einem sehr hohen Stickstoffanteil.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Das bedeutet?

Zeuge Jürgen Schubert: Das heißt, das hatte nicht den nötigen Brennwert, und deswegen war da eine Trennanlage. Es wurde also der Stickstoff abgetrennt von den Kohlenwasserstoffen. Der Stickstoff ist noch gasförmig, wenn die Kohlenwasserstoffe schon flüssig sind. Deswegen hat es dort eine Abtrennung gegeben. Aber die ist irgendwann auch stillgelegt worden.

Die DDR hatte auch dieses Gas mit hohem Stickstoffgehalt, aber die hat das gefördert. Das ist in dem Bereich eben gewesen.

Also, in Clenze war diese Erdgasaufbereitungsanlage, die die Kohlenwasserstoffe vom Stickstoff trennte, weil sonst der nötige Brennwert nicht erreicht worden wäre.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Okay. Alles klar.

Zeuge Jürgen Schubert: Das hätte man nicht als Gas verkaufen können. Das ist aber, glaube ich, längst weg.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Alles klar.

Zeuge Jürgen Schubert: Ich weiß es nicht. Aber da müssten Sie wirklich - -

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Nein, das war nur am Rande gefragt.

Zeuge Jürgen Schubert: Da müssten Sie jemand fragen, der noch im Dienst ist.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Ja, ja. - Ich möchte jetzt noch mal zu dem Schachtunfall 1987 kommen. Da hatte auch schon die Kollegin Brunkhorst sehr tief gefragt. Sie sagten, dass es ein bergbautechnisches Problem war und dass da letztendlich wohl auch ein Einbaufehler vorlag. Sie haben da ja auch ganz eindeutig Stellung bezogen, dass damit ja auch ein Missbrauch getrieben wurde, um eben das Projekt auch kaputt zu machen, auch vonseiten der Schröder-Regierung in Niedersachsen.

Zeuge Jürgen Schubert: So habe ich das persönlich empfunden, will ich mal sagen.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Ja, ja, so haben Sie das empfunden.

Zeuge Jürgen Schubert: Ich persönlich.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Nun werden wir nachher ja auch noch einen Zeugen hören, Jörg Martini. Kennen Sie Herrn Martini?

Zeuge Jürgen Schubert: Nein.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Sagt Ihnen gar nichts?

Zeuge Jürgen Schubert: Ja, den Namen kenne ich irgendwo. Aber ich kann ihn im Moment nirgends hinstecken. Ich kenne ihn nicht. Weiß ich nicht. Vielleicht kennt er mich. Ich weiß nicht. Ich habe so viele Leute kennengelernt, und das liegt alles weit zurück. Ich weiß es nicht.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Herr Martini hat ja nach unseren Unterlagen ein Interview dem *Spiegel* damals gegeben zu diesem Unfall beim Schachtabteufen. Sie werden in dem *Spiegel*-Artikel ja auch zitiert.

Zeuge Jürgen Schubert: Ja, ja. Ich weiß. Bergdirektor Moritz, ich auch. Aber natürlich, wie das immer bei Zitaten ist, nur mit einem Satz, was man sich raussucht, nicht in dem ganzen Zusammenhang. Meine Einlassung war, wenn ich mich erinnere - - Da ging es um Professor Duphorn, glaube ich.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Ja, ja. Das sagten Sie ja schon.

Zeuge Jürgen Schubert: Der ist für das Quartär zuständig gewesen.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Genau.

Zeuge Jürgen Schubert: Und er hat sich natürlich auch da verpflichtet gefühlt. Aber die Sache war eben ein bedauerlicher Unfall. Ich weiß, aber ich bin nicht vollständig zitiert. Wenn Sie auf den *Spiegel* - - Also, ich weiß - -

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Ja, ich will Ihnen da mal ein Zitat vorlesen aus dem *Spiegel* vom 25. Mai 1987. Da werden Sie und der damalige Amtsleiter Moritz des Bergamtes Celle, den Sie eben schon erwähnt haben - -

Ich lese mal vor. Das ist MAT A 102-2, Band 63, Blatt 59 bis 62. Ich zitiere:

Amtsleiter Moritz hatte Duphorns Einwände seinerzeit als „gebirgsmechanischen Unsinn“ bezeichnet. Auch sein Vorgesetzter, Bergdirektor Jürgen Schubert, hält noch immer an dieser Ansicht fest. Dazu, so Schubert, hätte der Kieler Professor „gar nichts zu sagen gehabt“.

Können Sie das näher - - Oder erinnern Sie sich noch daran? Können Sie das erläutern?

Zeuge Jürgen Schubert: Also, die Aussage von Herrn Moritz würde ich nicht so teilen, „gebirgsmechanischer Unsinn“. Die habe ich auch nicht geteilt. Ich habe aber gesagt - - Er ist ja von der PTB beauftragt, das Quartär zu beurteilen. Das war der. Der Lauenburger Ton ist Quartär, auch die Gorlebener Rinne usw. Und nach dem Unfall hat er sich zu dem Unfall geäußert. Gebirgsmechanischer Unsinn ist es zwar nicht, aber es ist ja nicht vorher gewesen. Ich sagte ja, es ist nach dem Unfall gewesen. Und in der Weise habe ich das auch dargestellt, dass es auch für einen anerkannten Fachmann immer leichter ist, wenn etwas passiert ist, etwas darzulegen. Ob das immer richtig ist, weiß ich nicht. Aber das Zitat, was Sie da vorlesen, das kenne ich. Da steht, glaube ich, drüber: „Wie Schmierseife“ oder irgend so was. Steht das da?

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Hm.

Zeuge Jürgen Schubert: Das kenne ich natürlich. Nur, ich will das noch mal sagen: Wie das oft ist, wenn man zitiert wird, wird nur das rausgesucht, was dem Zitierer gefällt, und nicht der ganze Abschnitt.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ist für den *Spiegel* ja völlig ungewöhnlich!)

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Ich habe noch mal eine Frage - -

Zeuge Jürgen Schubert: Die Begutachtung durch die PTB bezog sich auf das Quartär, von Professor Duphorn.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Ich habe noch mal eine Frage. Der Herr Martini war ja

Fahrsteiger. Ich kann jetzt mit dem Begriff im Moment nichts anfangen.

Zeuge Jürgen Schubert: Fahrsteiger ist eine Aufsichtsperson im Bergbau.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Da gibt es ja eine gewisse Hierarchie sicherlich. Fahrsteiger, dann hat er ja auch noch einen Vorgesetzten, und ganz oben standen ja Sie.

Zeuge Jürgen Schubert: Das ist mehr als Steiger, liegen zwischen - - Es gibt auch noch manchmal einen Obersteiger, und darüber ist der Betriebsführer. Der Fahrsteiger hat in der Regel, jedenfalls in Betrieben, in fördernden Bergwerken, meistens mehrere Reviere unter sich. Er ist also schon eine etwas herausgehobene Tätigkeit.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Der Fahrsteiger?

Zeuge Jürgen Schubert: Der Fahrsteiger. Höher als der Steiger, der normale Steiger.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Aber darüber gibt es dann noch einen.

Zeuge Jürgen Schubert: Darüber gibt es Obersteiger und vielleicht auch noch - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nein, nein. Jetzt ist das Fragerecht zunächst erschöpft.

(Eckhard Pols (CDU/CSU): Ich mache das jetzt mal wie die Grünen und - -)

- Nein, Herr Kollege Pols, ich leite diese Sitzung. Das Fragerecht der Union ist im Moment erschöpft. Herr Schubert hat freundlicherweise geantwortet. - Das Fragerecht geht jetzt an die SPD-Fraktion. Bitte schön.

Ute Vogt (SPD): Ich habe keine weiteren Fragen und möchte, auch im Namen der Opposition, beantragen, dass wir die Zeugenvernehmung hier beenden. Wir haben sonst auch Probleme, weil wir tatsächlich unser Recht gefährdet sehen, auch unseren von uns benannten Zeugen heute noch entsprechend zu hören. Wir wollen deshalb, dass die Zeugenvernehmung beendet wird.

Ich denke, wir haben jetzt alles gefragt. Vielleicht außer, was der Herr Schubert zu Weihnachten geschenkt bekam, wissen wir nun fast alles. Insofern, denke ich, ist der

Fragebedarf erschöpft, und wir sollten tatsächlich jetzt den nächsten Zeugen aufrufen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank, Frau Kollegin Vogt. - Ich frage die FDP-Fraktion: Haben Sie weitere Fragen? - Keine weiteren Fragen. Ich frage Die Linke: Haben Sie weitere Fragen? - Auch keine weiteren Fragen. Und Bündnis 90/Die Grünen? - Auch keine weiteren Fragen.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aber ich! Darf ich das?)

- Dann ist das so. Dann eröffnen wir die nächste Berliner Runde. Das machen wir immer so, bis die letzte Fraktion keine Fragen mehr hat.

(Johanna Voß (DIE LINKE): Das war ein Antrag!)

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, aber Sie können mich doch noch ein, zwei Fragen stellen lassen. Dann ist es ja in Ordnung. Sonst lehnen wir es ab. Die Mehrheitsverhältnisse - - ich meine. Bitte, wir können auch abstimmen.

Aber ich hätte gern ein, zwei Fragen, die den - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann stimmen wir über den Antrag der Frau Kollegin Vogt ab, die Befragung des Zeugen Schubert nun zu beenden. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das sind die Kolleginnen der Opposition. Ist jemand dagegen? - Das sind die Kollegen der Koalition. Es hat sich niemand enthalten. Der Antrag ist damit zurückgewiesen.

Bitte schön, Herr Kollege Grindel.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Vielen Dank. - Ich wollte auf den Zeugen Martini vorbereiten mit meinen Fragen, weil ich gerne wissen wollte: Wann wird man denn Fahrsteiger? Welche beruflichen erfahrungsmäßigen Voraussetzungen muss man für so eine Aufgabe denn haben?

Zeuge Jürgen Schubert: Also, Bergbau hat ja auch eine ganz klare Führungsstruktur.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Würden Sie bitte ein bisschen näher ins Mikrofon sprechen.

Zeuge Jürgen Schubert: Ach ja, Entschuldigung. - Normalerweise wird man Aufsichtsperson, also Steiger, im unteren Bereich, nicht im höheren - Direktoren oder Betriebsführer -, wenn man die Bergschule absolviert hat. Man muss also eine Praxis haben im Bergbau. Das gilt übrigens generell. Ich darf sagen: Ehe ich Bergbau studieren durfte, musste ich ein Jahr, genau 300 Schichten, in vier verschiedenen Bergbauzweigen absolvieren, um die Arbeitswelt, die Sprache des Bergmanns kennenzulernen. Das gilt natürlich für die Steiger noch mehr; die gehen zur Bergschule. Zunächst eine Vorschule: Da haben sie drei Tage Unterricht - so war das früher. Wie das heute ist, weiß ich nicht; es gibt ja nicht mehr so viele Bergschulen. Wir hatten in Clausthal auch eine: drei Tage Arbeit in der Grube, drei Tage Unterricht in der Bergschule.

In der Regel werden die Absolventen von dem Betrieb gestellt. Wenn Sie also Bergleute haben, die besonders gut, tüchtig sind - also Hauer in der Regel -, dann werden die vorgeschlagen, werden dahin geschickt, und es wird in der Regel die Ausbildung auch mitgetragen von den Bergbauunternehmen. Dann Vorsteiger, dann arbeiten sie wieder.¹⁰ Und die richtige Ausbildung an der Bergschule dauert drei Jahre. Sie sind dann drei Jahre allein auf der Schule und müssen dann natürlich eine Prüfung machen und werden dann Steiger. Das ist die Aufsichtsperson im Bergbau, der Steiger, der dann auch von der Bergbehörde anerkannt werden muss. Wenn also ein Bergwerksbesitzer jemand meldet, der selber Aufsicht führen soll, dann wird das Bergamt die Ausbildungsvoraussetzungen erfragen und wird ihn danach dann anerkennen. Eingesetzt wird er von der Bergbehörde.

Dann gibt es natürlich die Beförderungsmöglichkeiten: einfacher Steiger, also ein Schichtsteiger, oder ein Reviersteiger, der ein Revier führt, und darüber steht der Fahrsteiger, der mehrere Reviere hat. Und dann gibt es in größeren Gruben auch einen Obersteiger, das ist der Vertreter vom Betriebsführer, und den Betriebsführer.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Gut. - Also, Fahrsteiger - -

Zeuge Jürgen Schubert: Und damit endet die betriebliche Ebene. Aber die Ausbildung geht aus der Grube heraus. Das sind erfahrene Bergleute, die zur Bergschule gehen und eine Prüfung machen und dann eingesetzt werden.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aber - das war der Hintergrund meiner Frage - Fahrsteiger setzt eigentlich normalerweise eine mehrjährige Erfahrung in diesem Beruf voraus, auch als Steiger.

Zeuge Jürgen Schubert: Ja, selbstverständlich.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Gut. - Ja, das ist eben nicht so selbstverständlich. Deswegen frage ich Sie, weil - und das wird man mal untersuchen müssen - bei dem Herrn Martini das sehr schnell ging.

Es ist viel bereits gefragt worden zu dem *Spiegel*-Artikel und zu der Untersuchung von Herrn Duphorn. Herr Duphorn hat die Untersuchung gemacht, und zwar weil er von der damaligen niedersächsischen SPD-Landtagsfraktion, deren Vorsitzender ein gewisser Gerhard Schröder war - - dieser Schachtunfall untersucht werden sollte. Sie haben gesagt: Also, „gebirgsmechanischen Unsinn“ würden Sie das nicht nennen, was Herr Duphorn da geliefert hat. Aber: Um diesen Schachtunfall zu untersuchen, hätte es nahegelegen oder liegt es da nahe - wenn ich jetzt als Politiker mal das unabhängig untersuchen möchte -, Herrn Duphorn dafür auszuwählen? Oder hätten Sie gesagt: „Da hätte es eigentlich nahegelegen, jemand anderen auszuwählen, der sich mit diesen Fragen etwas intensiver schon beschäftigt hat und auskennt“?

Zeuge Jürgen Schubert: Ja, ich möchte Herrn Professor Duphorn nicht zu nahe treten, aber er hat durchaus - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nein, Sie sollen ihm nicht zu nahe treten.

Zeuge Jürgen Schubert: Das ist ein anerkannter Fachmann. Deckgebirge, also Quartär und Tertiär, ist nicht so unterschiedlich. Aber, wie gesagt, er hat ja dann auch, glaube ich, später gesagt: „Der Schacht ist falsch an der Stelle“, hat sich aber, glaube ich, dann auch korrigiert. Ich meine, dass er

¹⁰ Anmerkung des Zeugen: „Den Begriff „Vorsteiger“ gibt es nicht. Sinngemäß sollte es heißen: „Dann, nach der Vorschule, arbeiten sie wieder voll.“, Anlage 1

dann gesagt hat: Der Schacht steht doch an der richtigen Stelle. - Aber sein Hauptvorwurf war - wenn ich das in Erinnerung habe -, dass an dieser Stelle keine genügenden Proben genommen worden sind, dass man das hätte erkennen müssen, wenn man vorher dort mehr geprobt hätte. Da spielte auch die PTB oder die DBE, die das ja durchgeführt hat - - Die PTB hatte den Professor Jessberger als Gutachter - also der Gutachter des Antragstellers, des Ausführenden. Und ich glaube, so ganz in Abrede hat er das auch nicht gestellt, dass es so war. Aber es ist eben so gewesen. Und von daher - mein Zitat bezog sich darauf: An der Stelle war er eben nicht für das Tertiär, sondern für das Quartär zuständig.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Herr Schubert, meine Frage zielt natürlich auf folgende Überlegung ab: Das war ja im Jahre 87/88. Da war Herr Duphorn ja bekannt als einer der führenden Gorleben-Kritiker. Und wenn Sie sich jetzt mal in die Lage versetzen - also, Sie sind der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, haben Steuergelder, mit denen Sie operieren -, da ist natürlich die Frage, wenn Sie dann ein solches Gutachten in Auftrag geben: Was wollen Sie erreichen? Dass Herr Duphorn Gorleben-Gegner ist, das wusste man.

Und meine Frage ist jetzt - ohne dass ich Sie in eine Spekulation dort bringe -: Aber ist jetzt fachlich naheliegend, sofort Herrn Duphorn damit zu beauftragen, oder wäre es nicht jemand, der sich viel intensiver mit diesen geologischen Fragen auskennt und dann die Unfallgründe auch dementsprechend feststellen kann, oder muss man das so bewerten, dass man natürlich auch schon in etwa geahnt hat, angesichts der Karriere ja von Herrn Duphorn als Gorleben-Gegner, was man da wohl für ein Gutachten herausbekommt?

Zeuge Jürgen Schubert: Ja, ich glaube, das Letztere.

Also, ich will mich mal vorsichtig ausdrücken. Ich habe festgestellt, dass Gutachter häufig nach der Richtung hin bestellt werden, welches Ergebnis der Betreffende, der das Gutachten in Auftrag gibt, haben will.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das gilt für alle!)

Das habe ich häufig festgestellt, also dass nicht immer von vornherein die Neutralität gewährt ist. Wir haben viele Rechtsgutachten auch da in Gorleben gehabt. Also, das Land Niedersachsen hat fast immer verloren, hat Dinge in Abrede gestellt. Und so ist es auch, meine ich, hier. Es wäre vielleicht zweckmäßiger - -

Wie gesagt, ich will Herrn Professor Duphorn nicht zu nahe treten, aber man hätte vielleicht mehrere hören sollen, auch mal die anderen - „audiatur et altera pars“, wie der Lateiner sagt. Das wäre vielleicht besser gewesen. Aber dieser Unfall ist nun, wie gesagt, lange her, spielt heute, meine ich, überhaupt keine Rolle mehr. Der Schacht ist niedergebracht. Der ist abgearbeitet, auch staatsanwaltlich. Es bringt meines Erachtens nicht viel.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Danke schön.

Zeuge Jürgen Schubert: Ich will, wie gesagt, die fachliche Qualität von Herrn Professor Duphorn überhaupt nicht infrage stellen; will ich nicht. Aber natürlich hatte er zu dem Zeitpunkt eine Meinung, und das mag auch dazu beitragen haben, dass er dann den Gutachtenauftrag erhielt. Ich weiß nicht, ob Ihre Frage dahin zielte.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, natürlich! - Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ganz eindeutig zielte die dahin!)

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Zielte, und ich bin auch mit der Antwort zufrieden, obwohl es nicht danach geht. - Herzlichen Dank.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, vielen Dank. - Gibt es weitere Fragen aus der Unionsfraktion? - Das ist nicht der Fall. Zur SPD? - Nein. FDP? - Nein. Und die Grünen und die Linken haben ebenfalls keine Fragen.

Herr Schubert, dann sind wir fertig mit der Befragung. Ich darf jetzt noch ein paar abschließende Bemerkungen machen. Das Sekretariat wird Ihnen das Protokoll dann zusenden, und Sie haben die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen etwaige Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen.

Nach § 26 Abs. 3 des Untersuchungsausschussgesetzes bin ich gehalten, Sie darauf hinzuweisen, dass die Vernehmung eines Zeugen erst dann abgeschlossen ist, wenn der Untersuchungsausschuss dies durch Beschluss feststellt. Die Entscheidung hierzu darf aber erst ergehen, wenn nach Zustellung des Vernehmungsprotokolls an den Zeugen zwei Wochen verstrichen sind oder auf die Einhaltung dieser Frist verzichtet worden ist.

Haben Sie dazu jetzt noch Fragen?

Zeuge Jürgen Schubert: Nein, habe ich nicht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wunderbar.

Zeuge Jürgen Schubert: Ich warte auf Post.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Schubert, genauso wird das sein. Vielen herzlichen Dank, dass Sie sich dem Ausschuss zur Verfügung gestellt haben, und gute Heimreise wünsche ich Ihnen. Danke schön.

Dann unterbreche ich jetzt die Sitzung, um einen unmittelbaren Wechsel zum Zeugen Martini zu ermöglichen. Wir wollen sehen, dass wir das aber innerhalb von zehn Minuten hinkriegen, also dass ich um zehn vor zwei die Sitzung wieder eröffne. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen, sich nicht zu weit hier aus dem Raum zu entfernen. - Danke schön.

(Unterbrechung
von 13.38 bis 13.47 Uhr)

**Vernehmung des Zeugen
Jörg Martini**

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dann darf ich die unterbrochene Sitzung wieder eröffnen und begrüße sehr herzlich in unserer Runde Herrn Jörg Martini als unseren nächsten Zeugen.

Ich darf Ihnen sagen, Herr Martini, dass wir eine Tonbandaufzeichnung der Sitzung anfertigen, die allein dem Grund dient, dass die stenografische Aufzeichnung der Sitzung erleichtert werden soll. Die Aufnahme wird dann nach Erstellung des Protokolls selbstverständlich gelöscht.

Der Ausschuss hat Ihnen den Beweisbeschluss 17-207, den Untersuchungsauftrag und einen Auszug aus dem Untersuchungsausschussgesetz übersandt. Ihre Empfangsbestätigung liegt uns vor.

Ich muss Sie nun formal belehren. Sie sind als Zeuge verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen daher richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, zum Beispiel einem dienstlichen Ordnungsverfahren, ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nach der Geheimschutzordnung des Bundestages eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann. Ich weise darauf hin, dass Vorhalte aus eingestuften Akten nur in

einer ebenso eingestuften Sitzung zulässig sind.

Haben Sie dazu noch Fragen?

Zeuge Jörg Martini: Nein, keine Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut. - Dann möchte ich Sie noch redaktionell darauf hinweisen, dass der Ausschuss beschlossen hat, Ihre Vernehmung jetzt zunächst bis um 15 Uhr vorzunehmen, dann Ihre Vernehmung - sollte noch weiterer Fragebedarf des Ausschusses da sein - zu unterbrechen, da der Ausschuss dann zunächst den Zeugen Herrn Dr. Schlitt hören möchte.

Dann möchte ich Sie jetzt nach diesen notwendigen Vorbemerkungen bitten, sich dem Ausschuss mit Ihrem vollständigen Namen und Ihrem Alter vorzustellen, und darf zugleich fragen, ob die für die Ladung verwandte Adresse noch korrekt ist.

Zeuge Jörg Martini: Mein Name ist Jörg Martini. Mein Alter ist 61 Jahre, also geboren 1950, und die Adresse - ■■■ - ist noch korrekt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Diese Adresse würden wir dann im Protokoll schwärzen, alldieweil dieses Protokoll ja veröffentlicht wird und wir Ihre Rechte wahren wollen. Dann können wir mit der Vernehmung zur Sache beginnen.

Dem Ausschuss geht es ja darum, zu klären, ob es auf dem Wege zu der zentralen Lenkungsentscheidung der Bundesregierung vom 13. Juli 1983, nämlich den Salzstock Gorleben untätig und keinen weiteren Standort obertätig zu erkunden, irgendwelche Manipulationen gegeben hat. In diesem Zusammenhang beschäftigen wir uns auch mit der Entscheidung der niedersächsischen Landesregierung, den Standort Gorleben der Bundesregierung als zu erkundenden Standort anzubieten. Wenn Sie wünschen, dann haben Sie nach § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes die Gelegenheit, sich im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zu äußern. Andernfalls würden wir gleich mit der Befragung beginnen.

Zeuge Jörg Martini: Ja, ich möchte gern zur Erläuterung des gesamten Vorganges und meiner Beschäftigung damit kurz ausführen, wieso ich überhaupt in Gorleben gearbeitet

habe und welche Erkenntnisse ich daraus gewonnen habe.

Voranschicken möchte ich: Ich bin studierter Bauingenieur, bin also kein echter Bergmann in dem Sinne, sondern bin nach meinem Studium, weil die Konjunktur es nicht hergab, im Bauingenieurwesen zu arbeiten, erst mal in den Bergbau gerutscht - Spezialgebiete Tiefbau, erst mal U-Bahn-Bau. Dann kam jedoch die Erkenntnis, dass im Schachtbaubereich Kapazitäten, die aus Bauingenieurwissen gedeckt werden können, gut abgedeckt sind. Ich wechselte also dann innerhalb der Firma zum Bereich „Vertikale Ausrichtung“, das heißt Schachtbauten, hatte auch die Spezialbereiche Frostwandberechnung - das waren so die ersten Tiefenschächte, die mit Frostwand gegründet wurden, wie Schacht Hünxe mit 1 400 Meter Endteufe -, und dann oblag mir die Aufgabe, auch schließlich für Gorleben die Frostwand und den Schachtausbau zu berechnen.

Interessant in dem Zusammenhang ist eigentlich, dass eine Studie existiert, existieren muss - ich weiß nicht, ob sie inzwischen öffentlich ist -, die von der Firma Thyssen Schachtbau angefertigt wurde. Da bin ich dabei gewesen mit meinem damaligen Vorgesetzten, Herrn Hornemann - ausgewiesener Salzexperte. Und diese Studie lautet: „Vergleichende Stabilitätsbeurteilung von Schächten im Steinsalz“. Hintergrund des Ganzen waren natürlich das Abteufen der Schächte Gorleben und aus bergmännischer Sicht herauszufinden, welches der optimale Schachtansatzpunkt ist. Diese Studie wurde dann 1982 übergeben an die DBE als unseren Auftraggeber. Und es sind viele Details, die sich mir erst im Nachhinein erschließen, weil ich zu Anfang sehr, muss ich sagen, naiv rangegangen bin - wirklich als Ingenieur -, nach dem Motto: „Machen wir wissenschaftlich-technisch das Beste draus“, nicht wissend, dass uns bewusst Informationen vorenthalten wurden.

Ich habe so eine kleine Liste mal aufgestellt, was mir so aufgefallen ist in der Erinnerung. Was in der Studie gestanden hat, ist zum Beispiel, dass Bohrproben aus dem Salz, die uns übergeben wurden - ganz offensichtlich für meinen Vorgesetzten -, nicht repräsentativ für die gesamte Bohrstrecke waren. Ich habe die Proben gesehen und war eigentlich ganz begeistert. Sind schöne Bohrkerne, da kann man auch technisch was mit machen; da kann man Stabilitätsversuche, das heißt Triaxial- und Spaltversuche,

mit durchführen. Und Herr Hornemann hat gesagt: Es ist eine Katastrophe; die repräsentieren vielleicht 10 Prozent von der gesamten Bohrstrecke. Das andere sind Bohrkerne, die Carnallit enthalten, die Verschmutzungen enthalten. Die Proben brauchen wir eigentlich für die Voruntersuchung. - Denn es war geplant, für diese Stabilitätsuntersuchung, für den Vergleich sowohl Bohrkerne von Gorleben aus „in situ“, das heißt von den Flanken - - Es waren noch zwei - - 1982 gab es die Schachtvorbahrungen ja noch nicht, die 5 000er-Bohrungen. Das heißt, aus den 1 000er-Bohrungen standen uns die Bohrkerne zur Verfügung, und es sollten Vergleiche angestellt werden mit Konvergenzmessungen in existierenden Salzschnächten, um einfach zu sehen: Wo liegt eventuell ein Schwachpunkt für das Abteufen der Schnächte? Auf Rückfragen wurde uns dann gesagt: „Das sind die Proben, die sind euch zugeteilt. Seid froh, dass ihr überhaupt welche bekommt“; denn es haben sich viele, viele Institute darauf gestürzt, mal derart qualifiziert erbohrte Proben zu bekommen. - Dass die Proben, die wir bekommen haben, eigentlich gar nicht dem entsprachen, was wir brauchten, steht auf einem anderen Blatt.

Die nächste Anmerkung ist: Es existiert, für die PTB damals in Auftrag gegeben, eine Literaturzusammenstellung, auch aus internen Berichten der Bergämter, wo Schachtdaten von sämtlichen deutschen Schachtanlagen verzeichnet sind. Auch dieses Verzeichnis wurde uns für die Bearbeitung dieser Studie nicht zur Verfügung gestellt, obwohl wir wissen, dass die DBE auf Grundlage dieser Vorlage Schnächte oder Schachtanlagen ausgewählt hat und uns gesagt hat: Mit denen macht ihr bitte schön vergleichende Stabilitätsbeurteilungen. - Im Nachhinein scheint mir das sehr plausibel. Damals habe ich gesagt: „Warum können wir nicht selber irgendwelche Schachtanlagen, wo wir als Firma ja auch tätig waren, auswählen, wo wir gute Beziehungen zu haben? Da können wir bestimmt aus dem Schachtstoß oder aus dem Ort Proben entnehmen. - Aber es wurde uns definitiv vorgegeben, aus welchen Bereichen, aus welchen Schachtanlagen wir vergleichende Bohrproben nehmen sollten. Und auf unsere Anfrage erhielten wir dann eigentlich durchweg die Antwort von den Bergwerksbesitzern: Aus grundsätzlichen Überlegungen wird die Probennahme abgelehnt. - Das heißt, da war für uns erst mal ein Riegel davor. Es war dann eigentlich nur den guten

Verbindungen meines Vorgesetzten zu den Bergwerksbesitzern zu verdanken, dass wir dennoch einige wenige Proben und auch einige Grundlagen für Konvergenzmessungen in Schächten überhaupt bekamen. Auf dieser Basis wurde dann diese Stabilitätsbeurteilung erstellt, immer mit dem Hintergrund: Wir wissen noch nicht, wo die Schächte hinkommen. Wir sollen eigentlich den optimalen Schachtansatzpunkt herausfinden. Und nachdem dann feststand, das jüngere Steinsalz Na_2 ¹¹ [sic!] ist eigentlich günstiger für den Schachtansatzpunkt, und wir das in einer ersten Trendmeldung vorstellten, hieß es gleich: Da gibt es Probleme. - Jetzt, im Nachhinein, kann ich es natürlich interpretieren. Na_2 ¹² steht nicht unter dem Grundbesitz der DBE oder stand nicht an. Es war also irgendwie ein Problem, dass unsere Studie nicht dem entsprach, was letztendlich gewünscht war.

Weiterhin habe ich noch aus der Erinnerung notiert: Es waren Laugezuflüsse in der Bohrung 1002 in 660 Meter Tiefe bekannt - nicht unerheblich. Es waren um die 20 bis 25 Kubikmeter innerhalb von einer Schicht - acht Stunden, zwölf Stunden. Das ist für einen Salzstock sehr viel und kann eigentlich schon tödlich sein. Also, wir haben es ja selber erlebt. Ronnenberg ist 1975 abgesoffen aufgrund von Laugezuflüssen, die sich zu Anfang wirklich im Literbereich hielten und dann mit einem Mal 75 hochgeschneit sind auf etliche Kubikmeter, bis dann der Einbruch gewesen ist. Also, gerade diese Carnallitführungen sind äußerst gefährlich. Da ist auch mehrfach in der Studie darauf hingewiesen worden, dass Klüftigkeit und Carnallitführung speziell im Salzstock Gorleben zu befürchten und zu beachten sind. Dieses Carnallit ist einmal ein Salz, was sehr hohe Löslichkeit hat, und auf der anderen Seite auch gegenüber dem normalen Steinsalz von der Stabilität her, das heißt von der Druckfestigkeit, erheblich niedriger zu belasten ist. Das war zur Vorstudie, die wir 82 abgegeben haben.

Dann hat die Arbeitsgemeinschaft Schächte Gorleben, in der dann die Deilmann-Haniel und Thyssen Schachtbau

sich zusammengeschlossen haben, den Auftrag bekommen, die Schächte abzuteufen, und im Rahmen dessen war dann eben mit Deilmann-Haniel zusammen die Bemessung durchzuführen, das heißt Frostwandberechnung und Schachtausbauberechnung. Und mein Part später war dann - auch als Bauingenieur noch -, Fundamente zu errichten, den Frostkeller zu errichten, also reine Bauingenieurmaßnahmen.

Ich habe dann zwischendurch auch Arbeiten auf anderen Schachtanlagen im Salz, das heißt in der flachen Lagerung bei Fulda, ausgeführt. Das waren dann Sanierungsarbeiten in Schächten mit Vorbausäulen, Schachtarbeiten in der Nähe von Lehrte, wo ich dann auch vom Salz her mal ein bisschen Gefühl dafür bekommen habe, was Temperatur und Wasser mit dem Salz alles machen können.

Dann kam ich wieder zurück nach Gorleben mit einigen Zwischenspielen - ich bin dann noch mal in Helmstedt gewesen für eine Schachtsanierung -, das heißt, es war kein durchgängiges Vor-Ort-Sein in Gorleben. Es waren immer so Abschnitte, zum Beispiel Fundamente errichten, dann Gefrierbohrungen herstellen, Bemessung der Frostwand bzw. die Temperaturmessungen in der Tiefe. Und nachdem dann die Abteufarbeiten begonnen hatten und wir wirklich in den Frostkörper reinkamen, bin ich mehr oder weniger konstant vor Ort gewesen und habe ständig die Beobachtungen und Messungen durchgeführt im Schacht, Konvergenzmessung, Temperaturmessung in den Temperaturmesslöchern.

Und so ein einschneidendes Erlebnis, was mich als Techniker ja gewurmt hat, geärgert hat, war dann in einer Besprechung - - muss so Ende Oktober, Anfang November 86 gewesen sein. Da habe ich darauf hingewiesen, dass die Frostwand nicht die Stärke hat und nicht die Temperatur, die vorausberechnet waren, um die Stabilität im Schacht zu gewährleisten. Und da wurde mir dann in der Besprechung von Herrn Grübler, seinerzeit Geschäftsführer oder Betriebsleiter von der DBE, wortwörtlich gesagt: Herr Martini, wie wir teufen und wie schnell wir teufen, das ist eine politische Entscheidung; da sind Sie als Techniker gar nicht gefragt. - Das war für mich so der erste Schnitt, wo ich gesagt habe: Ich bin nach Gorleben gegangen, um es optimal zu machen. - Ich bin kein großer Befürworter gewesen von der gesamten Sache, und unsere Familie ist auch am Zaun

¹¹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „2“, setze „2“, Anlage 2

¹² Richtigstellung des Zeugen: streiche „2“, setze „2“, Anlage 2

außen vor gewesen. Aber dass einem dann gesagt wird: „Das, was Sie hier optimal machen wollen, das wollen wir ja gar nicht“, sondern es einfach politisch entschieden worden ist, das trifft einen.

Dann ging es weiter mit Problemen im Schacht. Es gab immer wieder Steinfall, und letztendlich war dann für mich der Auslöser mein eigener Unfall im März 87. Wir hatten also gesprengt und sind dann wieder runtergefahren. Dann mussten die Frostwand, mussten Brocken, die lose waren, noch runtergerissen werden, damit den Leuten unten auf der Sohle nichts passiert. Und ich kann mich sehr gut erinnern, dass ich gesagt habe: „Ach, den Brocken, der hängt noch fest, der ist angefroren“, und als ich dann selber auf der Sohle war, so 8 Meter tiefer, hat es mich genau mit dem Brocken erwischt. Ich hatte eine schwere Lungenverletzung, bin dann auch auf der Intensivstation gewesen, längere Zeit krankgeschrieben. Und während der Zeit, als ich krankgeschrieben war, passierte dann der schwere Unfall im Schacht, wo ein Kollege tödlich verunglückt ist, mehrere schwer verletzt.

Danach gab es dann die Situation, dass ich nach Mülheim einbestellt wurde und gefragt wurde: Was sollen wir denn machen? Wir haben Schachtausbauringe vor den Betonausbau gebracht, und die haben nicht gehalten. - Und dann habe ich gesagt: „Die einzige Möglichkeit, die ich noch sehe, ist, die Schachtabteufarbeiten ruhen zu lassen, den Schacht aufzufüllen mit Magerbeton“ - Magerbeton, damit nicht große Wärme entsteht -, „und erst mal das Ganze abzuwarten; die Frostwand muss vernünftig aufgebaut werden, und erst danach können wir wieder mit dem Teufen beginnen, was sicherlich ein halbes Jahr dauert.“ Und da sitzt mir aus dem Vorstand jemand gegenüber. Erst wird er rot, und platzt er raus: Das können Sie nicht sagen; das geht nicht, das ist Verrat. - Da habe ich noch gesagt: Ich kann es nicht verantworten, noch irgendeinen Mann hier auf die Sohle zu lassen; ich kündige. - Und das war dann mein Abschied davon.

Danach habe ich auch nicht mehr viel insgesamt mit dem Schacht Gorleben oder überhaupt mit der Problematik zu tun gehabt. Ich musste mich erst mal um meinen eigenen Job kümmern. Weil ich selber gekündigt hatte, gab es natürlich auch keine Unterstützung. Danach habe ich dann nach einem Vierteljahr eine Arbeit gefunden als Bauingenieur in Hamburg und hatte dann noch mal

im *Spiegel* ein Interview gegeben. Und, ich denke mal, aufgrund dessen bin ich dann auch ausfindig gemacht worden als der Schachtarbeiter, der einen Unfall hatte und danach Gorleben verlassen hat.

Das, denke ich mal, ist eigentlich so meine Vorgeschichte, und ich stehe Ihnen gerne für Fragen zur Verfügung.

Amtierender Vorsitzender Franz Obermeier: Vielen Dank, Herr Martini. - Ich glaube, wir starten gleich in die Fragerunde und erteile das Wort der CDU/CSU-Fraktion.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Herr Zeuge, Sie haben gesagt, dass Sie keine Erfahrung im Bergbau hatten, als Sie dort angefangen haben. Sie sind aber, wenn ich das richtig weiß, Fahrsteiger in Gorleben gewesen. Ist das zutreffend?

Zeuge Jörg Martini: Das ist richtig; das ist korrekt. Ich bin befördert worden zum Fahrsteiger.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nun ist es so, dass wir gerade den Zeugen Schubert hier hatten, der uns gesagt hat: Also, um so eine vertrauensvolle, wichtige Aufgabe zu haben, muss man mehrere Jahre Erfahrung haben in dieser Arbeit im Bergbau. - Die hatten Sie also nicht?

Zeuge Jörg Martini: Insofern hatte ich Sie schon, als ich Jahre im Salz in Schachtarbeiten gearbeitet habe.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wo haben Sie denn mit Schachtabteufungen Erfahrung gesammelt vor Gorleben?

Zeuge Jörg Martini: Schachtabteufen keine.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das ist aber doch wohl bei einem Fahrsteiger eine der wesentlichen Aufgaben.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Doch nicht
Schachtabteufen allein!)

Zeuge Jörg Martini: Muss jeder mal anfangen. Und, ich denke mal, es war eine Beförderung. Ich konnte nicht als Bauingenieur in einer Firma, die sich „Thyssen Schachtbau“ nennt, rumlaufen. Das heißt, es

war eine adäquate Benennung eines Bauingenieurs.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Hat die Benennung der Geschäftsführer Tonscheidt vorgenommen?

Zeuge Jörg Martini: Ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Den kannten Sie?

Zeuge Jörg Martini: Das war mein Vorgesetzter.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): War das nur Ihr Vorgesetzter?

Zeuge Jörg Martini: Ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Also, es gab keine andere Beziehung zu ihm?

Zeuge Jörg Martini: Nein.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Auch keine verwandtschaftliche?

Zeuge Jörg Martini: Nein.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das ist so?

Zeuge Jörg Martini: Das ist so. Wenn Sie auf den Betriebsdirektor Haccius ansprechen wollen: Das ist mein Schwiegervater gewesen. Der hat aber mit dem gesamten Bereich Schachtbau überhaupt nichts zu tun. Der war in der Vorrichtung, das heißt in der Kohle, im horizontalen Bereich, und hat sich auch überhaupt nicht in den Schachtbaubereich irgendwie eingemischt. Das waren absolut getrennte Bereiche.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Und hatte auch keine Beziehung zu Herrn Tonscheidt, dienstlich?

Zeuge Jörg Martini: Sie waren beide Betriebsdirektoren. Klar, dass man da Berührungspunkte hat.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aber Sie sind dann - - Also, das ist Ihr Schwiegervater gewesen, der andere Herr, der andere Betriebsdirektor. Über den sind Sie auch in die Firma reingekommen?

Zeuge Jörg Martini: Das würde ich so nicht behaupten.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das war reiner Zufall, dass Sie da angefangen haben?

Zeuge Jörg Martini: Zufall nicht; aber wenn eine Firma einen Bauingenieur sucht und braucht und ich den Tipp bekomme - - Ich habe mich regulär beworben bei der Firma und habe dann erst mal im Bereich U-Bahn-Bau eine Stelle bekommen. Wobei sich dann sehr schnell rausstellte, dass der U-Bahn-Bau eigentlich schon gut bestückt war in der ARGE in Bochum mit Bauingenieuren und dass meine spezielle Kenntnis aus dem Erdbau und Tiefbau der vertikalen Ausrichtung doch sehr zugutekommt.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Also, wenn ich sagen würde: „Sie haben den Posten des Fahrsteigers vor allen Dingen deshalb bekommen, weil einer der Betriebsdirektoren Ihr Schwiegervater war“, würden Sie sagen: „Das ist falsch“?

Zeuge Jörg Martini: Das ist absolut falsch.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Gut. - Sie haben ja erwähnt, Sie haben ein *Spiegel*-Interview gegeben. In den Akten haben wir auch einen Artikel aus dem *Spiegel* gefunden vom 17. August 1987. Das ist MAT A 102, Band 63, Seite 30 bis 32. Da gibt es einen Artikel, wie gesagt, „Tod im Halbgefrorenen“. Kennen Sie den Artikel?

Zeuge Jörg Martini: Selbstverständlich.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): In diesem Artikel berichtet ein Ingenieur von der Firma Thyssen Schachtbau über den Unfall und erhebt dabei schwere Vorwürfe. Dieser Ingenieur trägt den Namen Dirk Meinert. Kennen Sie den Herrn Meinert?

Zeuge Jörg Martini: Das ist ein fiktiver Name, der mir von dem Journalisten angehängt wurde.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Also, es ist nicht ein anderer, sondern Sie waren das selber?

Zeuge Jörg Martini: Das Interview habe ich gegeben.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das ist das, was Sie als Interview bezeichnet haben?

Zeuge Jörg Martini: Ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Denn das ist ja kein Interview, sondern es wird dort jemand zitiert im Rahmen des Artikels. Interview stelle ich mir so vor: Frage und Antwort, und man weiß, wer es ist.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Waren Sie nicht irgendwie Journalist oder so was?)

- Ja, deswegen - -

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann haben Sie nie einen Artikel gemacht als Interview?)

- Verzeihen Sie, Frau Steiner. Jetzt lassen Sie mich doch meine Fragen stellen. Es hat hier auch schon andere Befragungen gegeben - ich will keine Namen nennen -, wo man sich über den Zeugen ein persönliches Bild gemacht hat, und das möchte ich gerne tun, zumal es ja auch mit der Sache, was den Artikel angeht, unmittelbar zu tun hat.

Also, Sie haben sich in dem Artikel unter Pseudonym geäußert. Warum denn nicht mit Ihrem richtigen Namen? Das liegt doch nahe. Warum muss man da ein Pseudonym haben?

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender, ich frage Sie: Muss der Zeuge das beantworten?)

Zeuge Jörg Martini: Dazu möchte ich mich nicht äußern.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Bitte?

Zeuge Jörg Martini: Dazu möchte ich mich nicht äußern.

(Ute Vogt (SPD): Das muss er nicht!)

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Verzeihen Sie, Herr Zeuge, Sie haben hier sehr eindrucksvoll Ihre Beziehung zu bestimmten Vorgängen geäußert. Und es gehört dazu, dass sich der Ausschuss über die Glaubwür-

digkeit eines Zeugen ein Bild macht. Wenn ich bewerten möchte, ob das, was in einem Artikel steht, richtig ist oder falsch, gehört natürlich auch die Frage dazu: Steht man mit seinem Namen ein? Und deswegen möchte ich gerne von Ihnen wissen, warum es notwendig war, bei so einem Artikel sich ein Pseudonym zu geben und nicht sozusagen mit seinem Klarnamen einzustehen, was man an Beobachtungen und Einschätzung dort gibt. Also, können Sie mir doch noch mal die Frage beantworten, warum das unter Pseudonym geschehen ist?

(Ute Vogt (SPD): Das ist eine Unverschämtheit, so was!)

- Verzeihen Sie, also - -

Zeuge Jörg Martini: Weil ich damit mit Sicherheit in der Familie ziemlichen Ärger verursacht hätte.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Warum?

Zeuge Jörg Martini: Ich bin ausgeschieden aus der Firma nicht im Frieden, habe aber einen Schwiegervater, der in der Firma drin ist und an dem so etwas mit Sicherheit nicht vorbeigeht, das heißt, von seinen Mitarbeitern - sprich: Herrn Tonscheidt oder Ähnlichen - oder vom Vorstand, ihm vorgehalten wird, wenn ich in einem *Spiegel*-Interview die Firma derart bloßstelle.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das heißt, Sie haben gerade gesagt: Herr Tonscheidt, ein Mitarbeiter. Ich denke, das war ein anderer Betriebsdirektor, der mit Ihrem Schwiegervater gar nichts zu tun hatte?

Zeuge Jörg Martini: Ist ein Betriebsdirektor kein Mitarbeiter einer Firma?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nein. Wenn Sie sagen: „Der war in einem ganz anderen Bereich tätig“, Ihr Schwiegervater, würde ich den Ausdruck „Mitarbeiter“ nicht naheliegend finden; denn Mitarbeiter ist jemand, der *mit* einem in dem Bereich arbeitet.

(Ute Vogt (SPD): Mitarbeiter der Firma!)

Zeuge Jörg Martini: Nein, da missverstehen wir uns irgendwie, was Mitarbeiter heißt. Jeder Angestellte in einer Firma ist Mitarbeiter.

(Ute Vogt (SPD): Genau!)

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Können Sie mir noch mal nachhelfen: Wann sind Sie denn ausgeschieden aus der Firma?

Zeuge Jörg Martini: Zum 01.06.87.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Zum 01.06.87.

Zeuge Jörg Martini: Bzw. es kann auch 15.05. gewesen sein. Auf jeden Fall war es Spontankündigung in einer Besprechung -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Und der Unfall - -

Zeuge Jörg Martini: - nach dem Unfall vom 13.05.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, aber der Unfall war am 12. Mai.

Zeuge Jörg Martini: Ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Und Sie haben gesagt, Sie waren schwer verletzt, hatten Lungenschäden und anderes. Sie waren zu dem Zeitpunkt ja im Krankenhaus.

Zeuge Jörg Martini: Darf ich Ihnen noch mal helfen?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich will mir die Abfolge einfach vorstellen.

Zeuge Jörg Martini: Ja, wollte ich Ihnen gerade helfen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Jörg Martini: Ich hatte am 20. März einen Unfall, bin im Krankenhaus gewesen, bin anschließend zu Hause krankgeschrieben gewesen, bin nicht mehr angefahren; seit dem 20. März bin ich in Gorleben nicht mehr angefahren. Ich bin noch einmal auf der Betriebsstelle gewesen, um meine Sachen abzuholen, und habe dann zu Hause von dem Unfall erfahren, der am 12.05. geschah. Zu dem Zeitpunkt war ich mobil und bin auch anschließend - ich weiß den Wochentag im Augenblick nicht; ich meine, es wäre der Freitag danach gewesen - zur Firma nach Mülheim - ich habe damals in

Hitzacker gewohnt - zitiert worden, um die Umstände zu klären oder zu versuchen, das zu klären, warum der Schacht in dem Bereich aus meiner Sicht schon eingebrochen ist. Ich hatte vorher darauf hingewiesen. Das ging eigentlich von Oktober 86, dass ich gesagt habe: Es stimmen die Messungen und die Vorausberechnungen nicht überein; wir müssen was unternehmen. - Und das war genau der Punkt, wo mir gesagt wurde: Da halten Sie mal still. Das ist eine politische Entscheidung. Als Techniker brauchen wir Sie nicht.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wann war denn das Gespräch in Mülheim? Das war also wenige Tage dann nach dem Unfall?

Zeuge Jörg Martini: Richtig.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Der *Spiegel*-Artikel ist vom 17. August, und Sie werden dort zitiert - also unter dem Pseudonym Dirk Meinert -:

„Der Ausbau des Salz-Bergwerks Gorleben ... ist nach dem bisherigen Konzept unverantwortlich.“

Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft am Landgericht in Lüneburg - MAT E 10, Band 18, Blatt 121 - sagen aber:

Wenn der Stützringeinbau entsprechend der Konstruktionszeichnung des Technikers Wahle ausgeführt worden wäre, wäre der Unfall sicherlich nicht geschehen.

Können Sie sich den Widerspruch erklären?

Zeuge Jörg Martini: Ja, sicher. Dass ein Staatsanwalt eine Schachtstatik oder eine Hilfsstatik zu einer Schachtstatik nicht nachvollziehen kann, dürften Sie auch einsehen. Dass ein zweisteiniger Betonsteinausbau - - Müssen Sie sich mal auf der Zunge zergehen lassen: Das sind zwei Steine, 30 Zentimeter tief, hintereinander. Das sind 60 Zentimeter Beton nach der alten Norm B 55. Das war damals so der hochwertigste Beton, den es gab. Wenn die Steine so zusammengedrückt werden, dass Ecken abplatzen, dann hilft es aus meiner Sicht, wo ich auch mal Statik studiert habe, wenig, wenn ich da irgend so ein Blech - entschuldigen Sie, aber - - einen Stahlring davorsetze, der das Ganze aufhalten soll. Und dann noch dem Fahrsteiger,

dem Maschinensteiger die Schuld in die Schuhe zu schieben, weil er tot ist, er hätte falsch geschweißt und hätte das nicht richtig beaufsichtigt, finde ich, da ist irgendwo ein Maß erreicht, da sträubt sich bei mir alles.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Also, Sie sagen: Das, was die Staatsanwaltschaft beim Landgericht da ermittelt hat, ist unzutreffend und - -

Zeuge Jörg Martini: Absolut unzutreffend.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Also, haben sie falsch gemacht, die Staatsanwälte. Also glatte Fehlentscheidung.

Zeuge Jörg Martini: Die Bemessung der Sicherungsringe war unzureichend. Ich habe die Schachstatik berechnet. Ich weiß, was zwei Lagen Betonformsteine aushalten. Und wenn ich dann anfangen, da mit Stahlringen zu hantieren, ist das irgendwie - da kann ich auch Streichhölzer nehmen - lächerlich.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sie haben in dem Artikel dann auch gesagt:

 Noch gefährlicher sei jedoch die geplante Aushebung des zweiten Schachtes, mit der schon im nächsten Monat begonnen werden soll.

 Ist das zutreffend? Können Sie sich an das Zitat erinnern?

Zeuge Jörg Martini: Das habe ich gesagt aufgrund meiner Kenntnis von den Carnallitlagen im Anhydrit.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das Abteufen des Schachtes 2 in Gorleben ist aber ohne jede technische Schwierigkeit und irgendwelche Unfälle geschehen. Würden Sie sagen: „Da habe ich also mich geirrt“?

Zeuge Jörg Martini: Nein.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Es irren sich alle, aber Sie nicht, oder wie?

Zeuge Jörg Martini: Kennen Sie die Unterschiede zwischen der Schachtausbau-berechnung und dem - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Es ist doch nichts passiert. Sie haben gesagt: „Das ist

unverantwortlich“, und es nichts passiert. Erklären Sie mir den Widerspruch.

 (Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Würde der Vorsitzende mal darauf hinweisen, dass man den Zeugen ausreden lässt?)

 Amtierender Vorsitzender Franz Obermeier: Warum denn?

 (Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir werden darauf auch immer hingewiesen!)

Zeuge Jörg Martini: Es gibt Unterschiede zwischen einer Vorstatik und einer Ausführungsstatik. Und wenn ich die Statik zwischendrin ändere aufgrund besseren Wissens, weil ich nämlich einen Unfall hatte im Schacht 1, dann kann ich den Schacht 2 mit veränderten Annahmen oder veränderter Ausbaukonfiguration durchführen, aber nicht so, wie er geplant war.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, aber dann ist doch - -

Zeuge Jörg Martini: Dass Journalisten ein Interview nicht korrekt wiedergeben, -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ach, gucken Sie mal an, das haben wir immer wieder, dass uns das gesagt wird.

Zeuge Jörg Martini: - das haben wir immer wieder. Und wenn ich gesagt habe - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja. Also, mit anderen Worten - - Also, ich wiederhole - -

 (Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, darf der Zeuge jetzt endlich mal ausreden?)

 - Nein. - Wir ergänzen Sie gerne.

Zeuge Jörg Martini: Ich kann auch später reden.

Amtierender Vorsitzender Franz Obermeier: ... (akustisch unverständlich) Fragen, ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Also, erstens - -

 (Johanna Voß (DIE LINKE): Ausreden lassen!)

Darf ich mal kurz wiederholen: Das Landgericht Lüneburg - -

(Zuruf der Abg. Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- Darf ich mal eines sagen: Wenn ich, Frau Kotting-Uhl, bei Ihrer Vernehmung von Herrn Grill mit den gleichen Maßstäben - - dann hätte ich hier nur Schreikrämpfe haben müssen.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Tun Sie ständig!
Tun Sie ständig!)

- Also, nun seien Sie doch mal entspannt. Ich stelle hier ganz normale Fragen zur Glaubwürdigkeit des Zeugen.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Lassen Sie ihn
ganz normal antworten!)

Er sagt: Die Staatsanwaltschaft hat sich geirrt. Jetzt sagt er: Der *Spiegel* hat sich also geirrt. Das heißt, Sie sind im *Spiegel* falsch zitiert worden. Das haben Sie doch gerade gesagt?

(Zuruf der Abg. Dorothea Steiner
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Zeuge Jörg Martini: Unvollständig.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Der zitiert doch
schon wieder falsch!

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, eben haben Sie noch gesagt „falsch“. Also, was gilt jetzt? „Falsch“? „Unvollständig“?

Zeuge Jörg Martini: Unvollständig ist für mich falsch.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Gut. - Sehen Sie, das ist doch schon mal was. Also, die Staatsanwälte haben es falsch gemacht, der *Spiegel* auch.

Im „Bericht der Bundesregierung zur Entsorgung der Kernkraftwerke und anderer kerntechnischer Einrichtungen“ vom 13. Januar 1988 - das liegt nicht als MAT vor; aber es ist die Drucksache 1632 der 11. Legislaturperiode auf den Seiten 34 ff. - wird auch über den Schachtunfall berichtet. Und dort steht drin:

Die aufgetretenen Schwierigkeiten sind bergbaulicher Natur und betreffen das Abteufen; sie stellen die Eignungshöflichkeit des Salzstockes Gorbleben nicht in Frage.

Ebenso hat sich der Zeuge Schubert heute Morgen eingelassen.

Können Sie sich daran erinnern, dass es diese Diskussion gegeben hat, ob der Unfall ausschließlich bergbaulicher Natur war?

Zeuge Jörg Martini: Da gab es keine Diskussion. Von wem sollte die Diskussion geführt worden sein? Nach dem Unfall bin ich einmal noch in der Firma gewesen, danach nicht mehr. Ich bin auch nicht weiter konsultiert worden, weil das Thema in der Firma durch war.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Na ja, also das Thema war ja nicht nur für die Firma durch, sondern wenn ich hier mir das anschau in der Pressemitteilung der Staatsanwaltschaft Lüneburg vom 16. August 1988 zum Teilabschluss der Ermittlungen - - Das ist MAT A 33, Blatt 130169 bis 72. Da steht drin:

Dass beim Durchteufen des Tertiärtons mit Schwierigkeiten gerechnet werden mußte, war allen am Schachtbau beteiligten Firmen und Behörden aufgrund der vorangegangenen Erkundung und deren Auswertung durch Sachverständige im voraus bekannt. Dem ist durch besondere Maßnahmen bei der Schachtbauplanung und -ausführung Rechnung getragen worden, wobei die statischen Berechnungen zusätzlich von einem anerkannten und unabhängigen Sachverständigen überprüft worden sind.

- und -

Der Stützringbau hätte bei ordnungsgemäßer Ausführung nach der Konstruktionszeichnung nicht versagt.

Sie sagen noch mal: „Das ist alles falsch; die Staatsanwaltschaft hat das nicht richtig bewertet“?

Zeuge Jörg Martini: Aus meiner Sicht liegt Folgendes vor: Es ist eine Schachtausbaustatik, es ist eine Frostwandberechnung durchgeführt worden. Wenn die Frostwand korrekt aufgebaut wäre, das heißt, wenn man

dem genug Zeit gegeben hätte und nicht den Schacht auf Deubel komm raus runtergeprügelt hätte, hätte es aus meiner Sicht den Unfall gar nicht geben müssen.

Dass der Schacht derartige Konvergenzen aufweist, dass der Betonformsteinausbau dem nicht standhält und man zusätzliche Sicherungen einbauen muss, war einfach und allein dem geschuldet, dass der Zeitdruck so enorm vorgegeben war. Er war ja nicht in Wirklichkeit vorhanden. Sie haben ja hinterher ein Jahr gewartet, und dann ging es auch weiter. Das heißt, es war nicht ein Problem der Statik, sondern es war ein Problem der Ausführung. Die Verantwortlichkeit bei der Ausführung wurde missachtet.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das hätte aber auch in einem anderen Bergwerk genauso passieren können.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn man sich genauso falsch verhält, natürlich!)

Zeuge Jörg Martini: Der Unfall hätte unter vergleichbaren Umständen in anderen Schächten genauso sein können. Das muss nicht mal ein Salzschant sein, das hätte auch ein Schacht in der Kohle sein können. Wir waren ja mal gerade im Salzhut drin. Das heißt, wenn ich einen Schacht unter Missachtung der Schachtstatik oder der Frostwandstatik runterbringe, schneller als die Frostwand sich aufbaut, kann ich das immer wieder erleben.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nun haben Sie Ihre Studie erwähnt. Sind denn tatsächlich am Ende die Schächte nicht doch dort niedergebracht worden im Ergebnis, so wie es die Studie auch verlangt hat?

Zeuge Jörg Martini: Das entzieht sich meiner Kenntnis. Ich bin nicht mehr im Schacht drin gewesen. Ich habe auch keine weiterführenden Informationen dazu, dass die Schächte runtergebracht worden sind. Ich weiß nicht mal, wie sie ausgebaut worden sind. Es gab bestimmte Vorgaben, wenn das Salz sich so gestaltet wie in dem deutschen Normalprofil. Mehr konnte die Studie nicht aussagen, weil die Schachtvorbohrungen nicht vorlagen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das heißt, Sie würden auch nicht sagen: „Die Schächte

stehen nicht sicher“, weil Sie das gar nicht mehr beurteilen können?

Zeuge Jörg Martini: Das kann ich im Augenblick nicht beurteilen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Okay. - Vielen Dank.

Amtierender Vorsitzender Franz Obermeier: Gibt es noch weitere Fragen?

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Im Moment nicht.

Amtierender Vorsitzender Franz Obermeier: Im Moment nicht. - Dann erteile ich das Wort der SPD-Fraktion.

Ute Vogt (SPD): Ja, Herr Martini, ich wollte einfach, dass uns die Abfolge noch mal klarer wird. Sie waren im Vorfeld der Meinung, dass der Schachtabbau gefährlich sein könnte in der Form, wie er vorgenommen worden ist, und haben dann in dem *Spiegel*-Gespräch darauf hingewiesen, dass auch bei dem zweiten Schacht, wenn er nach dem gleichen Verfahren abgeteuft wird, ähnliche Probleme auftreten würden. Ist das so richtig? Vielleicht stellen Sie es noch mal dar, weil das vorhin durch die Befragung des Kollegen Grindel etwas zerfasert wurde in der Darstellung.

Zeuge Jörg Martini: Im Vorfeld der gesamten Schachtabteufung habe ich nicht unbedingt die Probleme gesehen; denn als Ingenieur war ich einfach bestrebt, das zusammenzubringen - und deswegen bin ich auch vor Ort gewesen -, was in der Statik vorgegeben wird, und das, was vor Ort tatsächlich an Teufarbeiten durchgeführt wird. Und meine Kritik bezieht sich darauf, dass, wenn der zweite Schacht so runtergeknüppelt wird wie er erste, mit gleichen Vorgaben, dann wird es da genauso schiefgehen.

Ute Vogt (SPD): „Runtergeknüppelt“ bezieht sich auf die Geschwindigkeit, mit der vorgegangen worden ist?

Zeuge Jörg Martini: Ja.

Ute Vogt (SPD): Hatten Sie den Eindruck, dass ein besonderer Zeitdruck entwickelt worden ist?

Zeuge Jörg Martini: Es waren Zeitvorgaben, wann der Schacht fertig sein soll, damit die Erkundungsstrecken aufgefahren werden; und dieser Zeitplan ist mit aller Vehemenz durchgeführt worden.

Ute Vogt (SPD): Hatten Sie den Eindruck, dass Zeitplan vor Sicherheit ging?

Zeuge Jörg Martini: Das besagt eigentlich die Aussage von Herrn Grübler. Meine Warnung, dass der Frostwandaufbau nicht in dem Umfang stattfindet, wie es erforderlich ist, das heißt, die Frostwand erheblich schwächer ist und nicht die tiefen Temperaturen aufweist, wie es in der Berechnung vorgegeben ist, und mir wird dann gesagt: „Da haben Sie als Techniker nicht mitzureden, das ist eine politische Entscheidung“ - - ist für mich das eigentlich ganz klar: Die Sicherheit steht hinten an.

Ute Vogt (SPD): Gab es im Vorfeld auch innerhalb Ihrer Gruppe Diskussionen, zum Beispiel über die Feststellungen von Herrn Duphorn über die mangelnde Festigkeit zum Beispiel des Deckgebirges?

Zeuge Jörg Martini: Das war eigentlich Diskussionsstoff zwischen meinen Vorgesetzten, wo ich auch teilweise mit dabei war, dass also da erhebliche Probleme zu sehen waren. Aber es sind ja auch extrem niedrige Temperaturen gefahren worden - mit minus 42 Grad im Vorlauf von der Lauge -, die eigentlich in anderen Gefrierschächten vorher noch nicht gefahren wurden. Das war einfach dem geschuldet, dass gesagt wurde: Wir erwarten gesättigte Salzlaugen im Übergang zum Salz.

Ute Vogt (SPD): Das heißt, man war sich schon bewusst, dass es schwieriger werden könnte als bei bisher bekannten Auffahrungen von Salzstöcken?

Zeuge Jörg Martini: Genau. Aber dem sollte eben durch entsprechende Messungen und eventuell auch vorsichtiges Auffahren des Schachtes begegnet werden.

Ute Vogt (SPD): Nun taucht im Zusammenhang mit dem Schachtunfall immer wieder auch nicht nur der Name von Herrn Duphorn auf, der im Vorfeld gewarnt hat, sondern auch der Name des Professors

Jessberger von der Universität Bochum. Können Sie uns zu Professor Jessberger was sagen? Ist der Ihnen bekannt?

Zeuge Jörg Martini: Ja, ist sehr gut bekannt. Ich habe auch späterhin noch häufiger mit ihm zusammengearbeitet. Ich halte ihn für eine Kapazität auf dem Gebiet, vor allen Dingen auch sein Labor. Es sind einige Versuche, auch für das Gutachten, bei Jessberger durchgeführt worden. Dass er sich bestimmter Kritik da nicht anschließen konnte, denke ich mal, resultiert daraus, dass Jessberger aus dem Bauingenieurbereich kommt. Er ist, soweit ich weiß, kein Geologe, und auch aus dem Ruhrgebiet hat er natürlich eine andere Vorkenntnis und ist nicht so tief in dem Bereich der Salzproblematik.

Ute Vogt (SPD): Nun ist uns von Professor Jessberger über die *taz* vom 17.08.87 folgende Aussage bekannt. Er sagte - ich zitiere -:

Zu meinem Leidwesen habe ich keinen Einfluß darauf, wie der Auftraggeber mit den Ergebnissen meines Gutachtens umgeht.

Das spricht doch dafür, dass Herr Jessberger den Eindruck hatte, dass seine Ergebnisse aus dem Gutachten jedenfalls nicht so befolgt worden sind, wie er sich das gewünscht hätte.

Zeuge Jörg Martini: Ja. Es sind nur sehr wenige Informationen überhaupt zu uns vorgehdrungen. Ich denke mal, dass da auch ein entsprechender Filter vorgeschaltet war.

Ute Vogt (SPD): Also, das Gutachten war ja bereits aus dem Jahr 82, also schon sehr viel länger, und bezog sich auf die Frage der Bohrkerne und ihre Festigkeit; das war wohl der Hauptgegenstand der Untersuchung. Das heißt, Sie hatten, obwohl Sie quasi aktiv am Schacht tätig waren, nicht das komplette Gutachten als Grundlage Ihrer Arbeit?

Zeuge Jörg Martini: Nein.

Ute Vogt (SPD): Wer hat denn vorgefiltert? Also, irgendjemand muss ja die Gutachten gelesen und bewertet haben.

Zeuge Jörg Martini: Wer war Auftraggeber von Jessberger?

Ute Vogt (SPD): DBE.

Zeuge Jörg Martini: Ja, da schlummert, glaube ich, noch so manches.

Ute Vogt (SPD): Das heißt, die Studie, an der Sie selbst auch bei der Erstellung mit Herrn Hornemann beteiligt waren, zu der vergleichenden Stabilitätsbetrachtung des Salzes, haben Sie, haben Sie auch gesagt, ebenfalls 82 an die DBE übergeben.

Zeuge Jörg Martini: Genau.

Ute Vogt (SPD): Heißt das, dass - - Also, ist Ihnen bekannt, ob da in dem Zeitraum - - weil - das ist ein Zufall - auch Jessberger zu der Zeit hier Studien erstellt hat. Wissen Sie, ob es da mehrere Studien insgesamt gab zu dem Sachverhalt, bzw. können Sie eine Anzahl nennen, wie viel es da gab, was es da gab?

Zeuge Jörg Martini: Ist mir nicht bekannt. Also, es sind damals im Rahmen unserer vergleichenden Stabilitätsstudie noch Untersuchungen in Karlsruhe ausgeführt worden, und mehr Studien kenne ich eigentlich nicht in dem Zusammenhang.

Ute Vogt (SPD): Aber, also, ich bin jetzt keine Wissenschaftlerin, jedenfalls nicht Naturwissenschaftlerin, sondern Juristin. Ich hätte mir jetzt aber so vorgestellt, wenn ich einen Auftrag habe, bei dem ich Berechnungen anzustellen habe, wie Sie ihn hatten, dass man da doch eigentlich Zugang haben muss zu allen Informationen, bei denen man möglicherweise nachschlagen kann. Also, gab es nicht eine Stelle, wo man hätte die Studien einsehen können als Fachmann? Ich meine, Sie waren ja ein fachlich eng mit dem Thema Betrauter.

Zeuge Jörg Martini: Da kann ich nur ausführen, was ich eben schon gesagt hatte: Es gab für die PTB eine Ausarbeitung über sämtliche deutschen Schächte und Schachtanlagen, wobei da sehr interne Informationen aus den Bergämtern auch eingeflossen sind, möglicherweise auch über Probleme, die in den Bereichen waren. Auch die Studie stand uns nicht zur Verfügung, obwohl sie der DBE zugänglich war.

Ute Vogt (SPD): Können Sie was darüber sagen, ob und, wenn ja, durch wen solche Auswertungen dann stattgefunden haben?

Zeuge Jörg Martini: Da fehlt mir die Personalstruktur von der DBE.

Ute Vogt (SPD): Aber innerhalb der DBE, davon gehen Sie aus?

Zeuge Jörg Martini: Wahrscheinlich.

Ute Vogt (SPD): Und was haben Sie dann als Grundlage bekommen für die Berechnungen, die Sie angestellt haben? Sie haben vorhin gesagt: einige Bohrkerne. Aber - -

Zeuge Jörg Martini: Ja, es waren Bohrkerne und auch Untersuchungen, die von der PTB durchgeführt worden sind, wobei die natürlich mit dem gleichen Mangel behaftet sein werden wie die Proben, die uns dann zugestellt wurden für die Untersuchungen in Karlsruhe. Das heißt, es sind Proben ausgewählt worden, die offensichtlich deutlich günstiger - also zumindest vom Erscheinungsbild her - waren als der Durchschnitt der Strecke. Also, Herr Hornemann hat immer gesagt: Das, was wir bekommen haben, repräsentiert 10 Prozent des gesamten Bohrkerns, und alles andere ist deutlich schlechter. - Das heißt, es ist auch da bei PTB eine Vorausswahl getroffen worden.

Ute Vogt (SPD): Können Sie sich noch erinnern an die Studie, die Sie dann mit Herrn Hornemann erstellt haben, was damals das Ergebnis dieser vergleichenden Stabilitätsbetrachtungen war?

Zeuge Jörg Martini: Ja. Es gibt ja zwei Studien in der Richtung. Die erste, die wir vorgelegt haben bei der DBE, wo dann auch eine Besprechung einberufen wurde, da wurde uns in der Besprechung deutlich gesagt: „Das Ergebnis können wir so nicht akzeptieren“, nach dem Motto: Das ist so nicht beauftragt worden; wir möchten gerne etwas anderes da drin haben. Ich weiß, dass Herr Hornemann sehr ärgerlich gewesen ist und sagte: Ich lasse mir da nicht reinpfuschen. Ich stelle eine wissenschaftlich fundierte Stabilitätsuntersuchung auf, und da kann nicht jemand daherkommen und sagen: Ich hätte aber gern was anderes.

Es war in der ersten Version, soweit ich mich erinnere, enthalten: Aus bergbaulicher Sicht sollten die Schächte an anderer Stelle abgeteuft werden als¹³ Bohrpunkte¹⁴ 5 000. Also, die waren ja schon damals benannt worden, und es war eigentlich, zumindest für Herrn Hornemann, vorzusehen oder abzusehen, dass das aus bergbaulicher Sicht nicht das Optimum ist. Und das ist de facto dann aus dem Bericht rausgenommen worden.

Ute Vogt (SPD): Und was gab es für einen Grund, warum man dann nicht einfach an einer anderen - - Man hätte ja dann sagen können: Man kann trotzdem bei Gorleben bleiben und einfach an einer anderen Stelle den Schacht abteufen.

Zeuge Jörg Martini: Das war sowieso die Frage: Wo in Gorleben sollen die Schächte abgeteuft werden? Es war gar nicht eine Alternative gefragt, sondern es ging im Grunde genommen - - vergleichende Stabilitätsbeurteilung von Schächten im Salz, aber immer im Hinterkopf: In Gorleben sollen die Schächte runtergebracht werden, und da sagt uns, wo es optimal ist. Und in der ersten Studie kam raus: Die angedachten Schachtansatzpunkte sind, bergbaulich gesehen, nicht optimal. Und das wurde revidiert, und dann wurde gesagt - also, Gorleben stand außer Frage -: Aber dann, bitte, nehmt andere Punkte.

Ute Vogt (SPD): Kann es mit den Salzrechten zusammenhängen, die es für die anderen Punkte möglicherweise nicht gegeben hat?

Zeuge Jörg Martini: Das ist natürlich jetzt im Nachhinein eine gute Frage. Wenn ich mich damit beschäftige und mir angucke, wo die Salzrechte der DBE liegen, erschließt sich mir auch die Frage. Nur, seinerzeit - - Das war wirklich eine wissenschaftliche Studie, wo politische Fragen oder Salzrechte, Grundrechte außen vor waren.

Ute Vogt (SPD): Das heißt, Ihnen war bei der Erstellung der Studie das Thema Salzrechte nicht bekannt?

Zeuge Jörg Martini: Nein, nein.

¹³ Ergänzung des Zeugen: „an den“, Anlage 2

¹⁴ Ergänzung des Zeugen: „n“, Anlage 2

Ute Vogt (SPD): Dann würden wir gerne wissen, wo wir die Studie heute finden?

Zeuge Jörg Martini: Sie finden mit Sicherheit eine bei der Thyssen Schachtbau als Belegexemplar und eine bei der DBE, bzw. es müsste zwei geben, eine Erstausführung, die aber dann durch die zweite quasi ersetzt, revidiert worden ist. Aber in beiden Häusern sind zwei Studien - - bzw. in einem erstellt und bei der DBE abgeliefert worden, vertragsgemäß.

Ute Vogt (SPD): War außer Ihnen - - Also, der Herr Professor Hornemann war ja der Leiter - -

Zeuge Jörg Martini: Der war Diplom-Ingenieur.

Ute Vogt (SPD): Diplom-Ingenieur Hornemann war der Leiter dieser Studie, und Sie waren beteiligt. Gab es noch mehrere Beteiligte?

Zeuge Jörg Martini: Aus fachlicher Sicht nicht. Es gab dann natürlich technische Zeichner und Sekretärinnen, die das geschrieben haben. Der gesamte Bericht umfasst - irgendwas - 150 Seiten, wo dann auch teilweise Ergebnisse aus Untersuchungen der PTB und aus Karlsruhe enthalten sind.

Ute Vogt (SPD): Jetzt haben wir natürlich versucht, diese Studie zu erhalten, und das Sekretariat hat die Mitteilung bekommen, dass eine solche Studie nicht vorhanden sei. Können Sie sich erklären - - oder haben Sie vielleicht selbst mal versucht, die Studie zu bekommen in den letzten Jahren?

Zeuge Jörg Martini: Verschiedene Versuche schon. Es gibt ja eigentlich ein ganz gutes Netz bei Greenpeace, wo man über Gorleben fündig wird; aber auch da habe ich es nicht gefunden. Also, bei der DBE selber anzufragen ist, glaube ich, müßig; das kann ich mir sparen. Und bei Thyssen Schachtbau habe ich im Augenblick ein Problem, weil immer noch Verwandtschaft da arbeitet.

Ute Vogt (SPD): Danke schön.

Amtierender Vorsitzender Franz Obermeier: Okay. - Also, die offizielle Version ist: Studie noch nicht gefunden.

Ute Vogt (SPD): Noch nicht gefunden?

Amtierender Vorsitzender Franz Obermeier: Noch nicht gefunden.

Ute Vogt (SPD): Nein, das heißt aber, es kann sein, dass sie noch gefunden wird.

Amtierender Vorsitzender Franz Obermeier: Dass sie noch kommt. - Dann geht das Fragerecht an die FDP-Fraktion.

Angelika Brunkhorst (FDP): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Martini, als Sie uns vorhin berichtet haben, wie der Unfallhergang war, da konnte man schon merken, dass Sie das heute auch immer noch sehr mitnimmt. Also, Sie sind scheinbar eigentlich immer noch beeindruckt von dem, was passiert ist. Wenn ich jetzt so zurückkonstatiere, was Sie uns über Ihre berufliche Qualifikation gesagt haben, dann waren Sie ja aber eigentlich schon recht berufserfahren als Bauingenieur; denn Sie müssen ja eigentlich schon so sieben, acht Jahre Berufstätigkeit gehabt haben, als Sie dann in diesem Bereich Ihre Arbeit aufgenommen haben. Und Sie haben ja auch betont, dass Sie durchaus auch Statik und so was berechnet haben. War Ihnen eigentlich wirklich so klar, wie gefährlich auch diese Aufgabe ist, oder haben Sie das unterschätzt, oder waren das wirklich Ereignisse, die so im Bergbau aus Ihrer Sicht nicht passieren konnten?

Zeuge Jörg Martini: Meine Erfahrung im Bergbau ist, dass eigentlich jeder irgendwann einen Unfall erleidet. Das ist einfach so. Früher hat man es im Bauingenieurwesen auch hingenommen. Es gibt so statistische Zahlen, dass in den 50er-Jahren pro 1 Million verbaute Summe 20 Leute sterben.

Im Bergbau ist auch heute die Todesrate oder zumindest die Verletztenrate im Vergleich zu anderen Bereichen extrem hoch. Dass für mich persönlich ein Risiko daraus resultiert, mochte ich so nicht sehen. Ich habe immer versucht und geglaubt, das Optimum zu machen, auch wenn mir gesagt wird: Da sind Sie als Techniker nicht gefragt. - Ich habe dann auch, zum Beispiel wenn die Schachtwand gesichert wurde, das heißt die losen Brocken runtergenommen wurden, versucht, für die Mannschaft das Optimum rauszuholen. Das heißt, es gibt

immer bestimmte Zeitabschnitte. Das heißt, Sprengen kostet Zeit, das Belüften kostet Zeit, und anschließend das Bereißen von der Schachtwand kostet auch Zeit. Ich weiß nur, dass ich mir mehrere Anschnauzer eingefangen habe, es hätte bei mir zu lange gedauert. Aber es war einfach aus dem Sicherheitsempfinden heraus. Gut; dann habe ich einmal zu wenig Zeit investiert und habe es selber zu spüren bekommen.

Angelika Brunkhorst (FDP): Sie haben ja vorhin berichtet, dass Sie dann doch nach diesem Unfall auch sozusagen zu einem aufklärenden Gespräch gebeten worden sind. Hat man Ihnen Vorwürfe gemacht? Oder wie ist das Gespräch gelaufen?

Zeuge Jörg Martini: Es ging im Wesentlichen um Folgendes: Symbolisch händelringend kam mein Vorgesetzter. Es war nicht mehr Herr Hornemann. Der war, glaube ich, damals schon in Pension. Der Abschlussbericht war also seine letzte Tätigkeit. Es kam Herr Tonscheidt - nicht nur er, sondern es war eine große Sitzung, wo auch der gesamte Vorstand dran teilnahm -: Was machen wir jetzt?

Ich meine, ich hatte mich ausgiebig mit dem Thema beschäftigt, und während meiner Zeit im Krankenhaus bekam ich auch Informationen, was im Schacht passiert. Allerdings, als ich dann zu Hause war, der Unfall hat mich sehr überrascht. Das habe ich auch erst aus Nachrichten erfahren und hatte eigentlich meinen Plan schon im Hinterkopf. Das Einzige, was wir machen können - und so habe ich es dann auch in der Runde propagiert -, ist: Wir müssen die Teufarbeiten stoppen und Beton in den Schacht einfüllen. - Und da wurde mir dann im ersten Moment gesagt: Das geht nicht. Das ist Verrat. Wir haben einen Auftrag. Wir müssen in der und der Zeit unten sein.

Und das war dann für mich schließlich die Zeit für den Entschluss, dass ich gesagt habe: „Hier kann ich nicht weiterarbeiten“, und habe gekündigt. Ich bin nach Hause gefahren. Deswegen erinnere ich mich noch. Das Gespräch war am Freitag. Samstag, Sonntag haben wir natürlich zu Hause gegessen: Was machen wir jetzt, ohne Job, ohne Einkommen, mit zwei Kindern? Irgendwie kommen wir auch darüber.

Und am Montag lese ich dann in der Zeitung, dass übers Wochenende der Schacht zum Teil verfüllt worden ist - irgendwie

15 Meter mit Beton verfüllt. Ich meine, es war im Nachhinein eine Genugtuung, dass eigentlich niemand aus der gesamten Runde fachlich in der Lage war, da einen Alternativvorschlag zu machen.

Angelika Brunkhorst (FDP): Ich möchte noch mal da einhaken. Sie haben ja vorhin - ja, wie soll ich sagen? - doch sehr klar deutlich gemacht, dass Sie eigentlich auch jemand sind, der seinen Beruf sorgfältig ausgeübt hat. Aber Sie haben vorhin sich ja sehr vor den Obersteiger Wendel gestellt, der ja bei dem folgenden Unfall zu Tode gekommen ist, und haben das als Verunglimpfung oder als Frechheit gesehen, dass ihm durch die Staatsanwaltschaft gewisse Schuld zugewiesen wurde oder zumindest Missachtung bestimmter Regeln.

Also, ich will Sie einfach mal konfrontieren. Ich habe aus dem Material MAT E 10, Band 18, Seite 159. Dort steht drin:

... war ursächlich für den Unfall insbesondere ein „Verstoß gegen anerkannte Regeln der Schweißtechnik“ beim Einbau eines Stahlsicherungsringes.

Weiter heißt es:

Der Stützringausbau wich vom Konstruktionsentwurf ab, der eine Verbindung der Ringe untereinander vorsah. Eine gleich wirksame Abstützsicherung wurde nicht angebracht.

Dann geht es im Text etwas weiter unten weiter:

... Paßstücke wurden entgegen der entsprechenden DIN-Vorschrift nicht von geprüften Schweißern gefertigt; ... nur einseitig (außen herum) auf das U-Profil aufgeschweißt.

Das sind ja gleich eine ganze Reihe von, sagen wir mal, doch unrichtigen Ausführungen. Also: Das Konzept wurde nicht umgesetzt, die Verbindungen wurden nicht hergestellt, und es wurde nur einseitig geschweißt. Es wird weiter in diesem Bericht auch darauf hingewiesen, dass die Schweißer nicht entsprechend ausgebildet waren und dass sie auch nicht entsprechend beaufsichtigt wurden. Wie erklären Sie sich diese Fülle von doch Fehlverhalten oder Fehl Ausführungen und sagen dennoch: „Ich kann das nicht verstehen, dass man jetzt dem Obersteiger hier Schuld zuweist“?

Zeuge Jörg Martini: Man muss sich das Ganze so vorstellen: Der Schacht konvergiert. Die Betonformsteine fangen an, an den Ecken abzubrechen. Es ist allerhöchste Zeit, etwas zu unternehmen. Und ziemlich kopflos in Panik wird ein Konzept entworfen. Es sind nicht die geeigneten Leute vor Ort - sprich: die Schweißer; schon gar nicht Prüfer, die Schweißnähte prüfen können -, des Weiteren war aus meiner Sicht nicht die Zeit, die Sicherung - das waren also Ketten, die von einem Schachtring zum nächsten runtergeführt wurden - einzubauen.

Um das Ganze dann zu toppen - ich habe mich mit einem Statiker mal unterhalten -: Man muss einfach die Druckfestigkeit von Beton, 60 Zentimeter Beton, mal gegenüberstellen der Druckfestigkeit bzw. der Knickfähigkeit von Stahlprofilen. Und da wird Ihnen jeder Statiker bestätigen, dass der Ausbau eine gewisse Zeit halten kann. Aber wenn die Verformungen zu groß werden, dann knickt der Stahl aus wie Streichhölzer, und letztendlich muss dann der Beton doch wieder die Druckfestigkeit übernehmen.

Es mag richtig sein, dass all diese Komponenten mit zu den schweren Verletzungen geführt haben - dadurch, dass die Schachtringe runtergekommen sind. Aber aus meiner Sicht - und davon bin ich fest überzeugt - hätten über kurz oder lang die Schachtringe, egal wie korrekt oder verstärkt sie ausgeführt wären, versagt.

Amtierender Vorsitzender Franz Obermeier: Vielen Dank. - Das Fragerecht wechselt an die Fraktion Die Linke.

Johanna Voß (DIE LINKE): Danke schön. - Herr Martini, dann möchte ich Sie was fragen. Ich habe neulich in der Asse gesehen, wie eine kürzlich - erst vor ein, zwei Jahren - gebaute Mauer so abknickt. Das haben Sie jetzt für da auch gesagt. Also konnte ich sehr lebhaft einen Eindruck davon kriegen, was für Kräfte da am Werk sind, und kann mir jetzt überhaupt nicht vorstellen, wie man gedacht hat, dass das mit solchen Eisenringen - - Also, Sie sagen, es hätte bestenfalls ein bisschen aufgehalten werden können, aber nicht wirklich stabilisiert werden.

Und jetzt verstehe ich nicht: Wie kann es denn sein, dass eine so große Firma, die da baut - das ist ja nicht irgendeine kleine Firma aus dem Wendland oder so gewesen -,

(Zurufe von der CDU/CSU: Na, na!)

nicht die nötigen Prüfer und die richtigen Schweißer einfach vor Ort hat, um das vernünftig auszuführen? Das verstehe ich jetzt nicht.

Zeuge Jörg Martini: Ich sehe es einfach: schiere Kopflosigkeit. Da passiert was, was nicht in den Plan reinpasst, und jetzt müssen wir in irgendeiner Form agieren. Dass ein Statiker sich dafür hergibt, mit vorgegebenen Werten einen Schachtring auszurechnen, kann ich ihm gar nicht vorwerfen. Nur: Jemand, der den Schacht als solches, das druckhafte Gebirge kennt, hätte so eine Berechnung so nicht abliefern dürfen.

Johanna Voß (DIE LINKE): Nun hat Ihr Unternehmen ja auch eine Berechnung abgeliefert. Und Professor Jessberger hatte ja im Vorfeld weitere Untersuchungen und Bohrungen gefordert. Können Sie noch mal erzählen, wie er darauf reagiert hat, dass die nicht gekommen sind? Oder inwieweit wären diese Berechnungen und Bohrungen und Untersuchungen wirklich wichtig gewesen, um beurteilen zu können, dass man und was man dort machen kann?

Zeuge Jörg Martini: Ja, ob die Voruntersuchungen dann so wichtig sind? Ich denke mal, es ist auch einfach so, wie ich es aus anderen Bereichen des Bauingenieurwesens kenne: auf mögliche Schadens- oder auf mögliche Situationen vorbereitet zu sein, die in der Statik nicht drinstehen, und dann korrekt und angemessen handeln zu können, um die Situation unmittelbar wieder in den Griff zu kriegen. Und da bestand meines Erachtens überhaupt kein Plan B. Wenn das mit dem Schachtausbau mit nur Beton nicht funktioniert, was machen wir dann?

Johanna Voß (DIE LINKE): Also, ich verstehe immer noch nicht, wie das bei so einer großen Firma, die ja viel Erfahrung hat, passieren kann. Da müssen doch wirklich Erfahrungen mit Schachtausbau und auch Erfahrungen mit unvorhergesehenen Ereignissen - - Vor der Schuppe ist es duster. Man muss doch auf vieles gefasst sein. Man kann doch nicht ein Konzept fahren und dann sagen: Wenn das nicht hinhaut, dann bricht Panik aus. - Das ist doch nicht das Verfahren, wie ein großes Unternehmen seriös an eine Sache herangeht.

Zeuge Jörg Martini: Ich denke mal, es ist auch ein Problem der Zahlengläubigkeit. Zu der Zeit kamen die ersten elektronischen Berechnungen auf. Auch ich habe damit gearbeitet. Die Schachtausbauberechnung, die ich mit einem Ingenieurbüro in Essen ausgeführt habe, war quasi die erste elektronisch berechnete Ausbauberechnung. Und auch dem Fehler sind wir häufig erlegen und sind dann immer wieder zurückgerufen worden: Welches sind die Eingangsparameter? Die ganze Rechnung kann ja richtig sein. Aber es geht darum: Mit welchen Grundwerten, mit welcher Basis arbeite ich? Und da sind, glaube ich, zu der Zeit viele Leute einfach dem Zahlenspiel am Computer erlegen gewesen - so wie auch der Statiker meines Erachtens nicht nachgefragt hat: Welche Konvergenzen erreichen wir denn wirklich? - Und daraufhin hätte er eine Schachtausbaudimensionierung vornehmen müssen, die anders ausgesehen hätte.

Johanna Voß (DIE LINKE): Danke.

Jens Petermann (DIE LINKE): Herr Martini, Sie hatten mehrfach gesagt, dass aus Ihrer Sicht für die Sicherheit und für den Ausbau und die Erkundungen politische Entscheidungen tragend waren und weniger nach dem Stand der Technik gegangen worden sei. Würden Sie so weit gehen, zu sagen, dass tatsächlich bei der untertägigen Erkundung von Gorleben der Stand von Wissenschaft und Technik, wie er damals war, nicht zugrunde gelegt wurde, sondern vordergründig politische Kriterien eine Rolle gespielt haben, und dass letzten Endes - auch belegt durch die Unfälle - aus politischen Gründen bewusst das Leben und die Gesundheit von Menschen gefährdet worden bzw. entsprechende Unfälle in Kauf genommen worden sind?

Zeuge Jörg Martini: Wenn Sie jetzt ausführen die untertägige Erkundung: Dazu zähle ich eigentlich erst ab Fertigstellung der Schächte. Das andere ist nur die Zuwegung, der Zugang zum Salzstock. Über die untertägige Erkundung kann ich mich nicht äußern, will ich mich auch nicht äußern, weil das ein Bereich ist, den ich fachlich überhaupt nicht weiter verfolgt habe.

Jens Petermann (DIE LINKE): Gut. Dann beschränkt sich die Frage auf die Teufung.

Zeuge Jörg Martini: Während der Schachtteufarbeiten. Das, denke ich mal, war eigentlich der Hintergrund in dem *Spiegel*-Interview, dass ich gesagt habe: So kann es nicht sein, dass so gearbeitet wird, dass mit Menschenleben derart umgegangen wird, nur um ein bestimmtes technisches - ich will jetzt nicht sagen: ein politisches; aber ein technisches - Ziel zu erreichen.

Jens Petermann (DIE LINKE): Sehen Sie eine Verantwortlichkeit bei bestimmten Mitarbeitern oder Politikern für die Folgen, die dann eingetreten sind?

Zeuge Jörg Martini: Bestimmte Personen kann ich dazu nicht benennen. Es ist einfach so: Eine Firma bekommt den Auftrag und führt ihn dann nach den Vorgaben, auch nach den zeitlichen Vorgaben, durch. Die Firma bekommt einen Auftrag für eine Stabilitätsstudie und führt sie nach den Vorgaben, auch nach den Änderungswünschen, des Auftraggebers durch und bekommt dann ihr Geld dafür.

Jens Petermann (DIE LINKE): Das setzt aber doch aus meinem Verständnis voraus, dass immer das Thema Arbeitssicherheit mitgedacht wird, weil natürlich die Firma auch für ihre Mitarbeiter Verantwortung hat. Geben Sie mir da recht?

Zeuge Jörg Martini: Der Vorstand ist weit weg von der Schachtsohle. Und das, was an Sicherheit vor Ort realisiert wird, ist dem Betriebsleiter vor Ort anzuhängen - auch die mangelnde Sicherheit.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Damit geht das Fragerecht jetzt weiter an Bündnis 90/Die Grünen. Bitte schön.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. - Herr Martini, ich stoße mich etwas an dem Begriff „bergbauliches Problem“ für den Schachtunfall, weil ich den Eindruck habe, wenn ich mir die Umstände, die Situation damals anschau, dass das nicht ganz der richtige Begriff ist. Ich würde gerne mit Ihnen klären, wann man denn von einem bergbaulichen Problem sprechen kann. Wir haben hier sehr oft schon den Spruch gehört: Vor der Hacke ist es duster. - Also mein Eindruck ist: Relativ oft

kann im Bergbau Unerwartetes passieren, etwas, womit man nicht rechnen musste. Und dann spricht man von einem bergbaulichen Problem. Das hat etwas damit zu tun, dass das, was eintritt, nicht vorhersehbar war. Ist diese Einschätzung richtig?

Zeuge Jörg Martini: Das bergbauliche Problem betrifft in dem Fall jetzt speziell - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ich wollte es jetzt nicht speziell hören, sondern ob die Einschätzung richtig ist, dass der Begriff „bergbauliches Problem“ dann anzuwenden ist, wenn etwas eintritt, womit man nicht rechnen konnte.

Zeuge Jörg Martini: Es ist ja nicht unbedingt so, dass man nicht damit rechnen konnte, sondern es war schon zu erwarten, dass da Schwierigkeiten auftreten. Nur, was dann als Vorwurf im Raum steht, ist, dass man keinen Plan dafür hatte.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Aber ich habe von Ihnen vorhin gehört, dass Sie durchaus gewarnt haben, die Schächte an dieser Stelle abzuteufen, dass Sie sagten, aus bergbaulicher Sicht sollten die Schächte an anderer Stelle abgeteuft werden, dass das auch Teil dieser Studie war, der dann nachher entfernt wurde, dass das bergbaulich nicht der optimale Ort war und dass man zu Ihnen sagte: Wie und wo wir abteufen, ist eine politische Entscheidung; da haben Sie als Techniker nichts zu sagen.

Zeuge Jörg Martini: Genau. Da verstehen wir uns schon richtig. Ich sehe zwei Bereiche. Das eine ist mein Verhältnis zu meinem Arbeitgeber. Das sehe ich als rein bergbautechnisch. Da habe ich meine Aufgabe im Bereich Bergbau, im Bereich Statik zu erfüllen. Und das, was mein Arbeitgeber mit seinem Auftraggeber verhandelt, das ist sehr viel Politik. Aber das steht mir in dem Moment nicht an - und damals schon gar nicht -, da zu beurteilen: Ich muss da was ändern. Sondern ich habe immer versucht - - Und das war eben auch mein Ansatz, überhaupt, nachdem mein Vorgesetzter mich gefragt hat: Würden Sie auch nach Gorleben gehen? Denn es gab ja genügend andere Bereiche, wo ich hätte arbeiten können. Und da habe ich gesagt: Wenn Gorleben abgeteuft wird,

dann möchte ich dabei sein und versuchen, es so optimal zu machen wie möglich - wobei das „optimal“ jetzt in technischer Hinsicht gilt.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Völlig klar.

Zeuge Jörg Martini: Das war also mein Verhältnis zu meinem Arbeitgeber.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Würden Sie mir aus den Zusammenhängen heraus zustimmen, dass man bei diesem Schachtunfall nach allem, was da vorher passiert ist, wie gewarnt wurde - die Studie usw. -, heute nicht von einem bergbaulichen Problem sprechen kann, wie das ja heute Vormittag schon bei Herrn Schubert passiert ist, wie auch Herr Töpfer damals als frisch gekürter Umweltminister sagte, wie wir es jetzt ein paar Mal gehört haben, weil da eigentlich durchaus Warnungen im Raum standen, sondern dass - wie es ja auch hieß: das ist eine politische Entscheidung, wie und wo wir abteufen - das ein politisches Problem war, nämlich das politische Problem, Zeitdruck zu haben und sehr schnell vorankommen zu wollen?

Zeuge Jörg Martini: Ja, vielleicht können wir es so zusammenfassen, dass wir sagen: Das Problem vor Ort bergmännischer Art war politisch initiiert durch Druck und vor allen Dingen Zeitdruck.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich wollte genau noch mal bei der Äußerung weitermachen, die Sie vonseiten der DBE zitiert haben; ich glaube, das war Herr Grübler.

(Zuruf: Ja!)

Es war also schon vor dem Schachtunfall - weil ich finde, da muss man erst mal noch anfangen -, wo er Ihnen das eben schon genannte Zitat sagte:

... wie wir teufen und vor allem wie schnell, das ist nicht eine fachliche, sondern eine politische Entscheidung; ...

Ich bin jetzt durch diesen Ausschuss zwar schon ganz kundig. Trotzdem fiel es mir noch nicht ganz leicht, zu folgen, welche Einwände

Sie vorgebracht haben, auf welche technischen und fachlichen Probleme die sich stützen. Und das würde ich gerne noch einmal hören, weil ich glaube, das ist relativ wichtig. Was hat zu dieser Aussage - - Was haben Sie für Kritik vorgebracht, auf die Herr Grübler so reagiert hat?

Zeuge Jörg Martini: Während der Schachteufarbeiten war aufgrund dessen, dass ich die Schachtausbauberechnung und die Frostwanddimensionierung vorgenommen habe, meine Aufgabe auch die Temperaturmessungen und die Konvergenzmessungen im Schacht. Und wir hatten natürlich vorab in der Dimensionierung auch vorgegeben, welche Konvergenzen die Frostwand verträgt, ohne die Laugenrohre zu beschädigen, ohne an innerer Festigkeit zu verlieren. Und da stimmten einfach die Messungen, die eigentlich die ganze Zeit liefen - - Aber eigentlich so ab September begannen sich zunehmend Konvergenzen im Schachttiefsten zu zeigen.

Ich kann es nicht rekonstruieren. Es muss Ende Oktober, Anfang November gewesen sein. Also im Grunde genommen schon vier Monate vor dem Unfall habe ich in einer größeren Besprechungsrunde, wo eben auch Herr Grübler anwesend war, gesagt: Wir haben ein Problem, und wir bekommen ein Problem, weil der Frostwandaufbau nicht in dem Umfang erfolgt. - Es sind ja dann auch Maßnahmen ergriffen worden, dass die Bewetterung, die Erwärmung der Bewetterungsluft, die in den Schacht runtergeführt wurde, ausgesetzt wurde. Es waren also unten auf der Sohle minus 40 Grad. Auch nicht so prall, wenn man da dreimal in der Schicht runtermuss. Und wenn wir weiter in dem Tempo arbeiten, kommen wir in Bereiche rein, wo die Frostwand noch weniger stark aufgebaut ist. Das war mein Einwand und mein Bedenken, weiter in dem Tempo abzuteufen, um schließlich bestimmte Schachtbereiche zu bestimmten Zeiten zu erreichen.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Habe ich das jetzt richtig verstanden, was Sie ausgeführt haben: dass diese Geschwindigkeit beim Aufbau der Frostwand unter Umständen die Bedingungen dafür oder die Gefahr dafür erhöht hat, dass es nachher dieses Problem beim Schachtabteufen gegeben hat?

Zeuge Jörg Martini: Ja. Wir haben den Schacht runtergebracht in der Zeit, die vorgegeben war, wo wir nach den Berechnungen auch eine stabile Frostwand hätten haben müssen, und haben vor Ort festgestellt: Es ist nicht so, wie wir bemessen haben. Das heißt, irgendwo stimmen unsere Bemessungsannahmen nicht. Es gibt entweder warme Grundwasserzuflüsse oder Laugezuflüsse, oder der Ton ist anders, oder - - Es gibt Hundert Möglichkeiten, was anders ist. Fakt war, dass wir zu schnell in noch nicht ausreichend gefrorene Bereiche reingekommen sind.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Damit hat sich die Fragezeit genau erschöpft. Wir sind jetzt am Ende der ersten Berliner Runde.

Wir hatten miteinander vereinbart, dass wir den Zeugen Herrn Dr. Schlitt um 15 Uhr vernehmen wollen. Deshalb stellt sich jetzt die Frage an den Ausschuss, ob es noch weitere Fragen an den Zeugen Martini gibt, das heißt also, ob wir Herrn Martini bitten, noch weiter für uns zur Verfügung zu stehen.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Natürlich! - Sylvia Kötting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na klar! Das war eine gute halbe Stunde! - Weitere Zuerufe)

- Gut. - Dann ist es so: Die Union hat keine Fragen mehr. Dann gehe ich einmal - -

(Zuruf von der CDU/CSU)

- Die Union hat zum jetzigen Zeitpunkt keine Fragen mehr. - Die FDP?

(Angelika Brunkhorst (FDP): Im Moment nicht, aber kann sich noch ergeben!)

- Die FDP hat zum jetzigen Zeitpunkt auch keine Fragen mehr. - Die Grünen haben deutlich gesagt, sie möchten noch weiter fragen.

(Ute Vogt (SPD): Vielleicht können wir ganz kurz fragen, sodass wir es in einer halben Stunde vielleicht wirklich noch hinkriegen würden!)

- Nein, wir fangen jetzt tatsächlich mit der Befragung von Herrn Schlitt an. Sie hätten dann auch noch mal eine Frage, die Linken möglicherweise auch; wie dem auch sei.

Herr Martini, dann möchte ich Sie bitten, sich dem Ausschuss noch zur Verfügung zu

halten und zu stellen. Wir werden jetzt zunächst die Befragung von Herrn Dr. Schlitt vornehmen. - Ich unterbreche die Sitzung jetzt bis 15.20 Uhr.

(Unterbrechung von 15.07 bis 15.20 Uhr)

**Vernehmung des Zeugen
Dr. Adalbert Schlitt**

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf die unterbrochene Sitzung wieder eröffnen und begrüße in unserer Runde ganz besonders herzlich Herrn Dr. Schlitt, den ich als dritten Zeugen am heutigen Tage in unseren Reihen begrüßen darf.

Ich möchte Sie darauf hinweisen, Herr Dr. Schlitt, dass wir eine Tonbandaufnahme der Sitzung anfertigen, die aber allein dem Zweck dient, dass wir das stenografische Protokoll einfacher anfertigen können. Die Aufnahme wird nach der Genehmigung des Protokolls auch wieder gelöscht werden.

Der Ausschuss hat Ihnen den Beweisbeschluss 17-208, den Untersuchungsauftrag und einen Auszug aus dem Untersuchungsausschussgesetz übersandt. Eine Empfangsbestätigung liegt uns vor.

Ich muss Sie nun formal belehren. Sie sind als Zeuge verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen daher richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, zum Beispiel einem dienstlichen Ordnungsverfahren, ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nach der Geheimschutzordnung des Bundestags eingestuften Sitzung möglich sein, so bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann. Ich weise darauf hin,

dass Vorhalte aus eingestuften Akten nur in einer ebenso eingestuften Sitzung zulässig sind.

Haben Sie hierzu jetzt noch Fragen?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Nein, keine Fragen mehr.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Danke schön. - Dann können wir mit der Vernehmung zur Person beginnen. Ich möchte Sie nun bitten, sich dem Ausschuss mit Ihrem vollständigen Namen, Ihrem Alter vorzustellen und möchte Sie zugleich fragen, ob denn die Anschrift, unter der wir Sie geladen haben, noch korrekt ist.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Die Anschrift ist korrekt. Mein Alter ist 84 Jahre. - Ja, das waren die beiden Punkte.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Und Ihren Namen brauchen wir für das Protokoll.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Dr. Adalbert Schlitt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank, Herr Dr. Schlitt. - Dann beginnen wir mit der Vernehmung in der Sache. Dem Ausschuss geht es ja darum, zu klären, ob es auf dem Wege zu der zentralen Lenkungsentscheidung der Bundesregierung vom 13. Juli 1983, nämlich den Salzstock Gorleben untertägig und keinen anderen Standort mehr obertägig zu erkunden, in dem Zusammenhang irgendwelche Manipulationen gegeben hat. Wir betrachten im Hinblick auf diese Fragestellung auch die Entscheidung der niedersächsischen Landesregierung von 1977, den Standort Gorleben der Bundesregierung als zu untersuchenden Standort anzubieten.

Wenn Sie wünschen, dann haben Sie nach § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes die Gelegenheit, sich im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zu äußern. Andernfalls würde ich gleich beginnen, Fragen an Sie zu richten.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Vielleicht kann ich eingangs etwas Erläuterndes sagen. Ich war von 1973 bis Ende 1976 mit der Standortsuche beauftragt als Alleingeschäftsführer

der KEWA, der Kernbrennstoff-Wiederaufarbeitungs-Gesellschaft. Die KEWA ist 1971 gegründet worden mit den vier Gesellschaftern: der Hoechst AG, der Bayer AG, NUKEM und Gelsenberg AG.

Ziel war, eine große deutsche Wiederaufarbeitungsanlage zu planen und zu errichten, eine etwa 1 400-, 1 500-Tonnen-Anlage. Die wäre die größte Anlage der Welt gewesen. Sie war erforderlich gewesen.¹⁵ Das war damals Stand der Überlegungen, auch des damaligen Bundesministeriums für Forschung und Technologie, dass eine solche Wiederaufarbeitungsanlage in Deutschland erforderlich ist, um den Kernbrennstoffkreislauf zu schließen.

Ich war in Höchst verantwortlich für die Wiederaufarbeitung und auch für die Urananreicherung. Aber die Urananreicherung ist ja heute hier nicht Gegenstand, sondern ich¹⁶ kann mich auf die Wiederaufarbeitung beschränken.

Wir haben mit der Planung 1973 begonnen, wobei im Vordergrund natürlich eine enge Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Forschung und Technologie gestanden hat. Ganz am Anfang - das war schon Ende der 60er-, aber Beginn der 70er-Jahre - war vorgesehen, die deutsche Wiederaufarbeitungsanlage - das war insbesondere die Intention der Hoechst AG gewesen - auf privatwirtschaftlicher Grundlage zu bauen und zu betreiben. Man ging damals noch von einem Investitionsvolumen von etwa 4 bis 600 Millionen D-Mark aus. Das hätte wohl damals ausgereicht, um eine solche Anlage privatwirtschaftlich zu betreiben.

Wir standen in Deutschland in Konkurrenz¹⁷. Das heißt: Die¹⁸ Energieversorger hatten ja auch damals schon Kontakte mit anderen Wiederaufarbeitern in England und in Frankreich, die die Wiederaufarbeitung zu Dumpingpreisen angeboten haben aufgrund ihrer militärischen Anlagen. Sie konnten sozusagen - die privatwirtschaftlichen Angebote - dann mit Dumpingpreisen um 20 D-Mark

pro Kilo - also traumhafte Preise damals¹⁹ - den Energieversorgern anbieten. Wir konnten von vornherein mit diesen Preisen ja nicht aufwarten. Alle Planungsarbeiten liefen darauf hinaus, dass wir nachher zu etwa 500, 600 D-Mark pro Kilo hätten aufarbeiten können.

Ich muss aber dazusagen: Die Planungsarbeiten und die Kosten sind uns dann auch im Zusammenhang mit den Sicherheitsvorschriften davongelaufen. Die nächste Überlegung war schon 75 gewesen, dass die Anlage²⁰ mindestens 900 Millionen D-Mark kosten würde und der Betrieb dann jährlich wohl 1 Milliarde. Und ein paar Jahre später, als wir schon mit den Energieversorgern an einem Tisch gesessen hatten, sind die Kosten und die Investitionskosten aufgrund verschiedener anderer Anlagen, die noch hinzugebaut hätten werden müssen, auf etwa 2,3 Milliarden aufgelaufen.

Das war für die chemische Industrie ein Betrag, den sie bei all den Risiken, die mit einer Wiederaufarbeitung verbunden waren, privatwirtschaftlich nicht mehr tragen konnte,²¹ sodass wir also dann²² in den laufenden Verhandlungen auch²³ mit der Bundesregierung standen, mit²⁴ dem Forschungsministerium damals²⁵, inwieweit der Bund gewisse Risiken aus Bundesmitteln bezahlen²⁶ könnte. Die Verhandlungen haben sich also²⁷ sehr lange hingestreckt²⁸. Die Bundesregierung hat ja die Urananreicherung zunächst einmal voll finanziert. Bei der Wiederaufarbeitung hat sich die Bundesregierung sehr²⁹ stark zurückgehalten, was natür-

¹⁹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „also traumhafte Preise damals“, Anlage 3

²⁰ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Überlegung war schon 75 gewesen, dass die Anlage“, setze „Schätzung des Investitionsvolumens in 1975 belief sich auf“, Anlage 3

²¹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „tragen konnte“, setze „verwirklicht werden konnte“, Anlage 3

²² Richtigstellung des Zeugen: streiche „also dann“, Anlage 3

²³ Richtigstellung des Zeugen: streiche „auch“, Anlage 3

²⁴ Richtigstellung des Zeugen: streiche „standen, mit“, setze „“, Anlage 3

²⁵ Richtigstellung des Zeugen: streiche „damals“, Anlage 3

²⁶ Richtigstellung des Zeugen: streiche „bezahlen“, setze „übernehmen“, Anlage 3

²⁷ Richtigstellung des Zeugen: streiche „also“, Anlage 3

²⁸ Richtigstellung des Zeugen: streiche „hingestreckt“, setze „hingezogen“, Anlage 3

²⁹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „sehr“, setze „jedoch“, Anlage 3

¹⁵ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Sie war erforderlich gewesen.“, Anlage 3

¹⁶ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Aber die Urananreicherung ist ja heute hier nicht Gegenstand, sondern ich“, setze „Ich“, Anlage 3

¹⁷ Ergänzung des Zeugen: „zu anderen Anbietern.“, Anlage 3

¹⁸ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Das heißt: Die“, setze „So hatten die“, Anlage 3

lich³⁰ innerhalb der Gesellschafterkreise ebenfalls zu einer sehr starken Zurückhaltung³¹ geführt hat. Neben den beiden großen Chemieunternehmen - Hoechst war ja damals noch das größte chemische Unternehmen der Welt - gab es die NUKEM, eine GmbH, und auch die Gelsenberg, die sich wahrscheinlich an diesen immensen Investitionskosten in dem Umfang - möglicherweise, sage ich³² - nicht hätten beteiligen können³³.

Zur Planung noch ein - - Nein, ich muss noch einen Satz davorschieben. Für die Wiederaufarbeitung mussten wir ja auch³⁴ einen geeigneten Standort in Deutschland haben³⁵. Das war natürlich³⁶ aufgrund der vielen Vorgaben und Sicherheitsvorgaben eine nicht ganz einfache Frage. Das Bundesministerium kam dann³⁷ in vielen Gesprächen mit uns zusammen³⁸ zu dem Ergebnis, dass wir³⁹ ein Entsorgungszentrum aufbauen müssten, planen müssten⁴⁰. Und da kam dann sofort eben die Standortfrage mit Endlagerung ins Spiel⁴¹. Um also neben der Wiederaufarbeitungsanlage möglichst auf dem Gelände der Wiederaufarbeitung auch eine Endlagerung zu haben, um Transporte zu vermeiden, hat der Bund, der sich ja als für die Endlagerung zuständig erklärt hat - das ist er ja auch heute noch⁴² - uns beauftragt, ab 1973 über die Wiederaufarbeitung hinaus - das war ja nun nicht sein Gebiet - ein Endlager ausfin-

dig zu machen,⁴³ ein geeignetes Endlager für hochradioaktive Abfälle, die sich ja aus der Wiederaufarbeitung ergeben⁴⁴.

Wir haben also⁴⁵ diesen Auftrag dann 1974/75 durchgeführt,⁴⁶ zunächst einmal großräumig in Deutschland abgegriffen, was als Standort infrage kam - im Vordergrund natürlich immer die Kriterien für die Wiederaufarbeitung, die ja sehr viel stringenter waren als für ein Endlager.

Wir kamen dann natürlich⁴⁷ zu dem Ergebnis - es waren 25 Standorte grob ausgewertet worden -, dass letztlich bei der günstigen Situation in Norddeutschland nur ein Salzstollen oder Salzberg für die Endlagerung infrage käme. Es war auch damals der Stand der Wissenschaft, dass unter den verschiedenen Möglichkeiten - Granit, Ton - das Salz die⁴⁸ allerbeste Lösung ist⁴⁹. Die Erkenntnis hatten wir ja nicht erst in den 70er-Jahren. Ich habe als Geschäftsführer des Deutschen Atomforums im Jahre 1968 die⁵⁰ Schrift herausgegeben: „Radioaktive Rückstände“. Da steht schon drin, dass das Salz⁵¹ die beste Lösung ist. Das ist nicht auf unserem Mist alleine gewachsen.⁵² Es gab zahlreiche Symposien und internationale Zusammenkünfte, wo auch über die Endlagerung gesprochen wurde. Ergebnis all dieser Konferenzen war immer, dass Salz⁵³, wenn der Salzstock groß genug ist und die Voraussetzungen erfüllt, immer noch die beste Endlagerung abgibt. Insofern⁵⁴ haben

³⁰ Richtigstellung des Zeugen: streiche „natürlich“, Anlage 3

³¹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „starken Zurückhaltung“, setze „neuen Überlegungen“, Anlage 3

³² Richtigstellung des Zeugen: streiche „sage ich“, Anlage 3

³³ Richtigstellung des Zeugen: streiche „können“, setze „wollen“, Anlage 3

³⁴ Richtigstellung des Zeugen: streiche „ja auch“, Anlage 3

³⁵ Richtigstellung des Zeugen: streiche „haben“, setze „ermitteln“, Anlage 3

³⁶ Richtigstellung des Zeugen: streiche „natürlich“, Anlage 3

³⁷ Richtigstellung des Zeugen: streiche „dann“, Anlage 3

³⁸ Richtigstellung des Zeugen: streiche „zusammen“, Anlage 3

³⁹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „wir“, Anlage 3

⁴⁰ Richtigstellung des Zeugen: streiche „aufbauen müssten, planen müssten“, setze „vorsehen sei“, Anlage 3

⁴¹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Und da kam dann sofort eben die Standortfrage mit Endlagerung ins Spiel“, setze „Damit war dann auch ein Standort mit Endlagerung in Betracht zu ziehen.“, Anlage 3

⁴² Richtigstellung des Zeugen: streiche „das ist er ja auch heute noch“, Anlage 3

⁴³ Richtigstellung des Zeugen: streiche „das war ja nun nicht sein Gebiet - ein Endlager ausfindig zu machen“, Anlage 3

⁴⁴ Richtigstellung des Zeugen: streiche „die sich ja aus der Wiederaufarbeitung ergeben“, setze „in die Standortermittlung einzubeziehen.“, Anlage 3

⁴⁵ Richtigstellung des Zeugen: streiche „also“, Anlage 3

⁴⁶ Richtigstellung des Zeugen: streiche „durchgeführt“, setze „übernommen und“, Anlage 3

⁴⁷ Richtigstellung des Zeugen: streiche „natürlich“, Anlage 3

⁴⁸ Richtigstellung des Zeugen: streiche „die“, setze „als“, Anlage 3

⁴⁹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „ist“, setze „erschieden“, Anlage 3

⁵⁰ Richtigstellung des Zeugen: streiche „die“, setze „eine“, Anlage 3

⁵¹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „das Salz“, setze „ein Salzstock“, Anlage 3

⁵² Richtigstellung des Zeugen: streiche „Das ist nicht auf unserem Mist alleine gewachsen.“, Anlage 3

⁵³ Richtigstellung des Zeugen: streiche „immer, dass Salz“, setze „meist“, Anlage 3

⁵⁴ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Insofern“, setze „Deshalb“, Anlage 3

wir dann also⁵⁵ die Arbeiten für das Endlager auf Salzstöcke in Norddeutschland konzentriert.

Wir hatten einen hervorragenden Geologen von der Bayer AG, der auch engstens mit dem niedersächsischen Amt für Bodenforschung und gleichermaßen mit der Bundesanstalt für Geowissenschaften zusammenarbeitete, wo wir auch die ganzen Unterlagen herbekommen haben, die alle von uns gesichtet wurden. Das war schon⁵⁶ eine etwas⁵⁷ aufwendige Arbeit. Wir kamen zu dem Ergebnis - ⁵⁸ Und wer die Salzkarten sieht, der kommt dann⁵⁹ am Salzstock Gorleben überhaupt nicht vorbei, weil er sich von der Größe her geradezu anbietet. Er war bisher noch nicht abgebaut⁶⁰. Die sogenannten jungfräulichen Salzstöcke gibt es ja auch nicht in so großer Zahl; im Mittelalter sind ja sehr⁶¹ viele Salzstöcke abgebaut oder in Angriff genommen⁶² worden. Es kam also Gorleben infrage als Allererstes. Dann kam Lutterloh - ich habe das in einem Schreiben an sie mit unter Lüß; das ist die Bahnstation -, es ist also Weesen-Lutterloh gewesen. Dann hatten wir noch Lichtenhorst und Wahn.

Ich hatte das ja gesehen - ich musste das ja⁶³ auch meinen Gesellschaftern vortragen⁶⁴ und dem Bundesministerium, die dafür das Geld gegeben hatten -, und ich habe sofort gesagt: Gorleben liegt unmittelbar an der Grenze zur DDR; ausgeschlossen. Das haben wir gleich vom Tisch genommen;⁶⁵ denn

es ist weniger der Salzstock als die Wiederaufarbeitung, die ja mit dem Salzstock in Verbindung gebaut werden sollte, die mit Sicherheit Probleme mit der damaligen DDR gegeben⁶⁶ hätte - schon wegen der Abluft, die nun einmal mit einer⁶⁷ Wiederaufarbeitung⁶⁸ verknüpft ist, also insbesondere auch⁶⁹ die Kryptongase. Ich habe also dann sofort Gorleben von der Liste gestrichen und gesagt:⁷⁰ Wir lassen⁷¹ es einmal hier jetzt mit Weesen-Lutterloh, mit Wahn und mit Lichtenhorst. - Ich bin dann auch⁷² im Ministerium vorstellig geworden und habe das mit den zuständigen Beamten besprochen.⁷³ Die waren meiner Meinung:⁷⁴ Gorleben kann⁷⁵ aus politischen Gründen, wie man ja so sagt,⁷⁶ wegen der DDR-Nähe nicht in Betracht gezogen werden. - Es wurde also Gorleben niemals in irgendeine Liste aufgenommen, sondern zunächst nur einmal die drei:⁷⁷ Weesen-Lutterloh, Wahn und Lichtenhorst.

Wir mussten dann⁷⁸ damals auch gerade wegen der Wetterbedingungen das ganze Messmaterial beschaffen, haben aber, was Sie aus den Unterlagen, glaube ich, entnehmen konnten, sehr eng mit dem Deutschen Wetterdienst zusammengearbeitet, der uns außerordentlich behilflich war, und natürlich⁷⁹ - ich habe es schon erwähnt - selbstverständlich⁸⁰ auch mit den geologischen

⁵⁵ Richtigstellung des Zeugen: streiche „dann also“, Anlage 3

⁵⁶ Richtigstellung des Zeugen: streiche „schon“, Anlage 3

⁵⁷ Richtigstellung des Zeugen: streiche „etwas“, Anlage 3

⁵⁸ Richtigstellung des Zeugen: streiche „-“, setze „dass einzig Salzstock in Betracht kam.“, Anlage 3

⁵⁹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „dann“, Anlage 3

⁶⁰ Richtigstellung des Zeugen: streiche „noch nicht abgebaut“, setze „unbenutzt“, Anlage 3

⁶¹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „ja sehr“, Anlage 3

⁶² Richtigstellung des Zeugen: streiche „oder in Angriff genommen“, Anlage 3

⁶³ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Ich hatte das ja gesehen - ich musste das ja“, setze „So habe ich das“, Anlage 3

⁶⁴ Richtigstellung des Zeugen: streiche „vorgetragen“, Anlage 3

⁶⁵ Richtigstellung des Zeugen: streiche „die dafür das Geld gegeben hatten -, und ich habe sofort gesagt: Gorleben liegt unmittelbar an der Grenze zur DDR; ausgeschlossen. Das haben wir gleich vom Tisch genommen;“, setze „vorgetragen, mit dem Hinweis, dass Gorleben wegen der unmittelbaren Grenze zur DDR als Standortüberlegung ausschied.“, Anlage 3

⁶⁶ Richtigstellung des Zeugen: streiche „gegeben“, setze „ergeben“, Anlage 3

⁶⁷ Richtigstellung des Zeugen: streiche „die nun einmal mit einer“, setze „bei der“, Anlage 3

⁶⁸ Ergänzung des Zeugen: setze „sanlage“, Anlage 3

⁶⁹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „verknüpft ist, also insbesondere auch“, Anlage 3

⁷⁰ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Ich habe also dann sofort Gorleben von der Liste gestrichen und gesagt;“, Anlage 3

⁷¹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „lassen“, setze „beließen“, Anlage 3

⁷² Richtigstellung des Zeugen: streiche „Ich bin dann auch“, setze „Auch“, Anlage 3

⁷³ Richtigstellung des Zeugen: streiche „vorstellig geworden und habe das mit den zuständigen Beamten besprochen.“, setze „war man unserer Auffassung“, Anlage 3

⁷⁴ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Die waren meiner Meinung:“, Anlage 3

⁷⁵ Richtigstellung des Zeugen: streiche „kann“, setze „konnte“, Anlage 3

⁷⁶ Richtigstellung des Zeugen: streiche „wie man ja so sagt;“, Anlage 3

⁷⁷ Richtigstellung des Zeugen: streiche „einmal die drei:“, Anlage 3

⁷⁸ Richtigstellung des Zeugen: streiche „dann“, Anlage 3

⁷⁹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „natürlich“, Anlage 3

⁸⁰ Richtigstellung des Zeugen: streiche „selbstverständlich“, Anlage 3

Ämtern, mit Bergwerksämtern, Meppen und wie sie alle hießen⁸¹. Das war dann der Stand der Dinge.⁸² Wir haben die Geräte beschaffen müssen, soweit nicht die Wetterstationen sie schon hatten. Aber sie hatten nicht immer alles und waren manchmal ganz froh, dass wir ihnen auch noch zusätzlich Geräte beschaffen konnten, weil für uns die Wetter-, die Luftsituation⁸³ eine ganz erhebliche Rolle spielte⁸⁴ und natürlich auch die Bevölkerungsdichte;⁸⁵ möglichst eine geringe Bevölkerungsdichte,⁸⁶ möglichst wenig Landwirtschaft. Das hing alles mit der Abluft und mit den möglichen Risiken zusammen, die aber keine Risiken in dem Sinne waren; wir waren immer auf der sicheren Seite.⁸⁷ Aber es mussten ja auch Störfälle in Betracht gezogen werden, und selbst Störfälle durften unter gar keinen Umständen zu irgendwelchen Belastungen der Umgebung führen.

Wir haben dann als Erstes - - Dann ging es ja darum, geeignete Tiefbohrungsfirmen zu finden. Die waren natürlich auch nicht sofort in der Lage, uns ein Bohrgerät zur Verfügung zu stellen, manche erst in einem halben, einem Dreivierteljahr. Die Preussag war die erste, die wir dann unter Vertrag nehmen konnten, und zwar für Weesen-Lutterloh, und da haben wir ja dann auch Anfang 76 mit der Tiefbohrung begonnen. Ich war ja die meiste Zeit⁸⁸ nicht in Wahn; ich war die meiste Zeit natürlich⁸⁹

bei der Tiefbohrung in Weesen-Lutterloh. Die Ergebnisse waren erfolgversprechend. Das kann ich aus der Erinnerung noch sagen. Die Bohrkern, die wir gezogen haben, wurden alle zur weiteren Begutachtung nach Hannover geschickt. Ob sie da heute noch liegen, wage ich zu bezweifeln.⁹⁰ Mit zunehmender Tiefe waren⁹¹ die Salzformationen außerordentlich⁹² geeignet für ein Endlager auch in Weesen-Lutterloh.

Wir hatten dann auch ein Gerät für Wahn bestellt. In Wahn waren natürlich⁹³ auch die seismologischen Untersuchungen etwas schwierig, weil ausgerechnet dort, wo wir bohren wollten, der Schießübungsplatz der Bundeswehr war. Unsere Leute mussten dann immer wieder in die Bunker kriechen, um nichts abzukriegen.⁹⁴ Ich habe immer gesagt⁹⁵: Die Bundeswehr wird diesen Schießplatz nie aufgeben, also Wahn wird nichts werden⁹⁶. - Aber wir hatten nun einmal mit der Bundesregierung vereinbart, auch in Wahn eine Tiefbohrung niederzubringen. Aber dann wurde ruchbar⁹⁷, wofür das Ganze ist, und meine Mitarbeiter sagten mir: Heute sind da von den Bauern Gräben gezogen worden; wir können das schwere Gerät gar nicht mehr da hinbringen.

In Weesen-Lutterloh hatten wir schon eine beträchtliche Tiefe mit reinem⁹⁸ Steinsalz erreicht, bis ich dann - 10. August - damals vom Herrn⁹⁹ Matthöfer, also von den Referenten, einbestellt wurde und es hieß: Die Untersuchungen sind auf der Stelle zu unterbrechen. - Ich habe später gehört, das sollte auf Anregung von dem damaligen Ministerpräsidenten Albrecht geschehen sein. Das

⁸¹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „und wie sie alle hießen“, setze „etc.“, Anlage 3

⁸² Richtigstellung des Zeugen: streiche „Das war dann der Stand der Dinge.“, Anlage 3

⁸³ Richtigstellung des Zeugen: streiche „situation“, setze „bewegungen“, Anlage 3

⁸⁴ Richtigstellung des Zeugen: streiche „spielte“, setze „spielten.“, Anlage 3

⁸⁵ Richtigstellung des Zeugen: streiche „:“, setze „und“, Anlage 3

⁸⁶ Richtigstellung des Zeugen: streiche „möglichst eine geringe Bevölkerungsdichte.“, Anlage 3

⁸⁷ Richtigstellung des Zeugen: streiche „möglichen Risiken zusammen, die aber keine Risiken in dem Sinne waren; wir waren immer auf der sicheren Seite.“, setze „Sicherheitsanforderungen zusammen.“, Anlage 3

⁸⁸ Richtigstellung des Zeugen: streiche „ja die meiste Zeit“, Anlage 3

⁸⁹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „natürlich“, Anlage 3

⁹⁰ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Ob sie da heute noch liegen, wage ich zu bezweifeln.“, Anlage 3

⁹¹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „waren“, setze „schienen“, Anlage 3

⁹² Richtigstellung des Zeugen: streiche „außerordentlich“, Anlage 3

⁹³ Richtigstellung des Zeugen: streiche „natürlich“, Anlage 3

⁹⁴ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Unsere Leute mussten dann immer wieder in die Bunker kriechen, um nichts abzukriegen.“, Anlage 3

⁹⁵ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Ich habe immer gesagt“, setze „Wir waren der Meinung, dass dort wieder Bohrungen gemacht werden sollten.“, Anlage 3

⁹⁶ Richtigstellung des Zeugen: streiche „nichts werden“, setze „als Standort wohl ausscheiden“, Anlage 3

⁹⁷ Richtigstellung des Zeugen: streiche „ruchbar“, setze „bekannt“, Anlage 3

⁹⁸ Richtigstellung des Zeugen: streiche „mit reinem“, setze „im“, Anlage 3

⁹⁹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Herrn“, setze „Minister“, Anlage 3

kann ich aber nicht wissen.¹⁰⁰ Wir haben halt eben nur¹⁰¹ diese Order von dem Bundesministerium, vom BMFT, bekommen. Ich weiß noch: Ich saß da dem Referenten gegenüber und sagte: Jetzt haben wir 5 Millionen in Weesen-Lutterloh verbohrt. Soll das Ganze für die Katz gewesen sein? Das kann doch nicht wahr sein. - Da sagt er: Herr Schlitt, das sind politische Gründe.¹⁰² - Damit hatte es sich, und damit¹⁰³ wurden alle unsere Bemühungen um die Standorterkundung abgebrochen. Das galt natürlich nicht nur für die Tiefbohrungen; das galt auch für die seismologischen Untersuchungen und die Flachbohrungen. Also vom 10. August 76 an hat sich¹⁰⁴ dann da oben in Norddeutschland für uns nichts mehr getan¹⁰⁵.

Ich bin - das muss ich dazusagen - ja¹⁰⁶ dann 76 aus der KEWA ausgeschieden, aber aus einem ganz bestimmten Grund¹⁰⁷. Die chemische Industrie war nicht mehr willens, das alleine zu finanzieren. Es gab dann Verhandlungen mit den Energieversorgungsunternehmen - damals war noch RWE federführend gewesen -, und die taten sich außerordentlich schwer. Die sagten mir immer - das war dann das Tüpfelchen auf dem i -: Wenn ihr die Anlage baut, dann ist noch lange nicht gesagt, ob wir unsere Brennelemente zu euch schicken. - Das kann ja wohl nicht sein. Wir bauen für euch für die Schließung des Brennstoffkreislaufes eine Anlage mit vielleicht mehreren Milliarden Investitionskosten, und dann gehen die deutschen EVUs zu den Dumpingpreisen nach England und Frankreich. Aber wir hatten ja zwischenzeitlich mit England und Frankreich, also mit dem Commissariat à l'Energie Atomique und mit der BNFL in England - die englische Anlage war damals Windscale, heute ist es

Sellafield; damals in Frankreich war es La Hague -, ein Abkommen getroffen, dass die beiden englischen und französischen Anlagen zunächst ausgelastet werden und danach dann die deutsche 500-Tonnen-Anlage ausgelastet wird. Aber es gab natürlich ewige Diskussionen wegen der Preisgestaltung. Von 20 DM pro Kilo konnten wir natürlich nicht ausgehen. Wir beharrten immer darauf: Wir müssen mindestens 500 bekommen. - Nachdem die Wiederaufarbeitung in Deutschland beendet war, haben wir ja auch die Quittung bekommen. Die EVUs mussten dann statt 20 DM pro Kilo 2 000 DM pro Kilo zahlen. So habe ich es gehört, und so wird es wohl auch gewesen sein.

Das vielleicht einmal als ganz grobe Schilderung, Frau Dr. Flachsbarth. - Vielleicht sollte ich noch einen Satz sagen: Die Verhandlungen mit den Energieversorgern haben ja dann dazu geführt, dass die KEWA, die Kernbrennstoff-Wiederaufarbeitungs-Gesellschaft, übertragen wurde, verkauft wurde an die EVUs, die dann unter der DWK, der deutschen Wiederaufarbeitungsgesellschaft, das ganze Projekt weitergeführt haben bis eben letztlich nach Wackersdorf. Ich habe die Dinge ja noch weiter mitverfolgen können: dass zunächst Herr Ministerpräsident Albrecht den Standort Gorleben für Wiederaufarbeitung und für die Endlagerung sozusagen als geeignet ausersehen hatte. Ich muss Ihnen sagen: Das hat damals eine gewisse Verwunderung ausgelöst. Auch im Bundesministerium, im BMFT, konnte man sich mit diesem Vorschlag zunächst gar nicht anfreunden; denn es war eigentlich Tatsache, dass man in Gorleben, in der Nähe zur DDR, keine Wiederaufarbeitungsanlage bauen könnte. Nach der Wende wäre das natürlich völlig anders gewesen.

Es kam ja nachher anders. Dann hat Herr Ministerpräsident Albrecht im Jahre 79 erklärt, dass eine Wiederaufarbeitungsanlage in Niedersachsen nicht infrage kommt, das sei nicht durchsetzbar. Ich kann Ihnen einmal sagen, wenn Sie das möchten, warum diese plötzliche Wende in den niedersächsischen Ministerien eingetreten ist: Im März 1979 war Harrisburg, der Reaktorstörfall in Amerika. Der hat ähnliche Reaktionen ausgelöst, wie wir das kürzlich bei Fukushima erlebt haben. Also bis dahin, muss ich sagen, waren alle Fraktionen, ob SPD, CDU/CSU oder FDP - die Grünen waren da noch nicht im Bundestag -, einer Meinung, dass die Kernenergie gefördert werden muss, und sie standen

¹⁰⁰ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Das kann ich aber nicht wissen.“, Anlage 3

¹⁰¹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „halt eben nur“, Anlage 3

¹⁰² Richtigstellung des Zeugen: streiche „Das kann doch nicht wahr sein. - Da sagt er: Herr Schlitt, das sind politische Gründe.“, Anlage 3

¹⁰³ Richtigstellung des Zeugen: streiche „hatte es sich, und damit“, Anlage 3

¹⁰⁴ Richtigstellung des Zeugen: streiche „hat sich“, setze „war“, Anlage 3

¹⁰⁵ Richtigstellung des Zeugen: streiche „für uns nichts mehr getan“, setze „unsere Standorterkundung beendet“, Anlage 3

¹⁰⁶ Richtigstellung des Zeugen: streiche „- das muss ich dazusagen - ja“, Anlage 3

¹⁰⁷ Richtigstellung des Zeugen: streiche „„aber aus einem ganz bestimmten Grund“, Anlage 3

auch alle hinter der Wiederaufarbeitung mit Endlager. Dieser Störfall hat aber plötzlich zu erheblichen Diskussionen in Niedersachsen geführt. Ich nehme an, dass das auch den Ministerpräsidenten Albrecht veranlasst hat, zu sagen - auch bei den Unruhen, die dann aufgekommen sind, und auch den vielen Zeitungsberichten -: Wiederaufarbeitung ist in Niedersachsen nicht durchsetzbar. - Damit war dann die Wiederaufarbeitung gescheitert.

Aber er hat sich dann damals für Gorleben als Endlager ausgesprochen - eine Entscheidung, die von der fachlichen Seite sicherlich in Ordnung ist. Aber wenn man die beiden trennt, kann man das anders sehen. Wir waren ja immer für Wiederaufarbeitung und Endlager. Aber Wiederaufarbeitung war der kritische Punkt; das war mit der DDR dann wohl nicht zu machen. Wenn es nur um ein Endlager gegangen wäre, wäre vielleicht damals auch gegen Gorleben nichts einzuwenden gewesen. Aber diese Diskussionen wurden ja damals wohl im Kreise der Minister Matthöfer, Maihofer, Friderichs und Herrn Albrecht geführt, und ich glaube, der damalige Bundeskanzler Schmidt hatte sich damals wohl auch eingeschaltet.

Vielleicht so weit, Frau Dr. Flachsbarth. Es gibt sicherlich Anlass für eine Reihe von Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das glaube ich auch, Herr Dr. Schlitt. - Herzlichen Dank für Ihre einleitenden Worte, insbesondere auch für den Zusammenhang zwischen Wiederaufarbeitung und Endlagerung, den Sie noch einmal hergestellt haben. Dieser Ausschuss befasst sich ja nun vor allen Dingen mit dem Bereich Endlagerung. Aber um die Anfänge der Entwicklung zu verstehen, ist sicherlich der Hinweis auf diese Zusammenhänge sehr, sehr hilfreich.

Die KEWA hat sich mit der Standortsuche befasst. Das haben Sie gerade ausgeführt. Nach der Aktenlage, also nach dem, was wir bislang haben finden können, gab es für die Standortauswahl drei relevante KEWA-Untersuchungen: einmal die KEWA 1224 vom 01.02. bis zum 31.12.74, dann die KEWA 1225 vom 01.01. bis zum 31.12.75, dann noch einmal die KEWA 1225 vom 01.01. bis zum 31.12.76 sowie eine vermutlich - jedenfalls in Zitaten in unseren Akten zu findende -, offensichtlich oder angeblich von der KEWA angefertigte Beschreibung der Alternativstandorte - da sind wir sehr ge-

spannt, ob Sie uns da bei den Nachforschungen helfen können -, eine sogenannte KEWA-Nachbewertung aus dem Jahre 1976.

Der Standort Gorleben spielte in den ersten beiden Studien keine Rolle - Sie haben eben Gründe dafür angeführt, haben etwas über das Wetter gesagt, haben über die Grenznähe gesprochen -, kommt aber in der Beschreibung der Alternativstandorte, also dieser KEWA-Nachbewertung, und auch in der dritten Studie auf die Agenda und ist danach dann immer der beste Standort. Und da war ja noch nicht die Rede davon, dass man keine Wiederaufarbeitung in Angriff nehmen wollte.

Jetzt ranken sich eine ganze Menge Fragen darum, warum das wohl so gewesen sein kann. Ich würde Sie jetzt erst einmal fragen wollen: Welcher Art waren denn die Standortuntersuchungen? Sie haben eben etwas über Tiefenbohrungen gesagt. Wie waren denn die Kriterien? Wie ist man dazu gekommen, welche Kriterien sozusagen wie in Augenschein zu nehmen? Können Sie dazu freundlicherweise noch etwas sagen?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, wie gesagt: Wir mussten natürlich in erster Linie die Kriterien der Wiederaufarbeitung berücksichtigen, die ja sehr viel stringenter waren. Was die Endlager angeht, haben wir uns abgestützt bei diesen ersten Untersuchungen auf das gesamte Kartenmaterial, das uns von Hannover, sowohl von dem Landesamt für Geowissenschaften wie auch vom Bundesamt für Geowissenschaften, zur Verfügung stand. Wir bekamen auch die Unterstützung von beiden Ämtern bei der Durchforstung der gesamten Salzlagerstätten, und das sind ja sehr viele; man braucht nur die Karten zu sehen. Dieses Kartenmaterial war zunächst auch die Grundlage oder Unterlage, nunmehr eine Endlagerstätte auszusuchen - aber immer gleichzeitig unter Berücksichtigung der Kriterien für die Wiederaufarbeitung. Wie gesagt, da sind wir eben, weil Gorleben ja auf der Liste gestrichen war, zu diesen drei Standorten Wahn, Lichtenhorst und Weesen-Lutterloh gekommen. Die sollten dann aber auch gezielt durch Tiefbohrungen untersucht werden.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Waren Sie damit auf dem Stand von Wissenschaft

und Technik zum damaligen Zeitpunkt in Bezug auf Ihre Kriterien, aber auch auf die Methoden, wie Sie die Auswahl letztendlich vollzogen haben?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, ich kann ja nur wiederholen: Es war Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse, dass Salzstöcke die besten Endlagermöglichkeiten bieten. Wir wurden immer wieder, ich will nicht sagen: beneidet; das klingt etwas merkwürdig. Aber bei¹⁰⁸ allen Konferenzen, auch internationalen, hieß es immer: Ihr seid in der glücklichen Lage, dass ihr in Norddeutschland so viele Salzstöcke und wahrscheinlich auch sehr geeignete Salzstöcke habt. - Es gibt ja Länder, die über gar keine Salzstöcke verfügen. Die müssen dann auf Granit oder auf Ton ausweichen.

Als wir das Problem bekamen - das wollte ich doch noch einfügen -, kamen - ich glaube, das war das Ministerium, durch die vielen Kontakte, die wir ja auch international hatten - die Italiener und haben uns einen Standort in der südlichen Basilicata in der Nähe von Taranto angeboten. Sie hatten da eine größere Wiederaufbereitungsanlage und haben uns dann gefragt, ob wir die nicht für eine Wiederaufarbeitung übernehmen könnten. Es gäbe ja auch gleichzeitig eine Endlagermöglichkeit. Im tiefen Untergrund unter dem Mittelmeer sind große Tonschichten. Ich habe damals gesagt: Also, ich halte davon ja sowieso gar nichts.¹⁰⁹ - Wir sind dann, weil wir nun eingeladen waren, uns das anzusehen, dorthin gefahren. Die Anlage, vor allen Dingen das Endlager kam natürlich mit Tonschichten unter dem Mittelmeer für uns überhaupt nicht infrage. Da waren wir eigentlich froh, dass wir in Norddeutschland die deutlich besseren Bedingungen hatten.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Dr. Schlitt, gibt es aus Ihrem Wissen oder nach Ihrer Kenntnis über die KEWA-Untersuchungen, die ich eben genannt ha-

be - also 1224 von 74 sowie in zwei Teilen 1225 von 1975 und 1976 und dieser sogenannten KEWA-Nachbewertung -, hinaus noch weitere Untersuchungsberichte oder Zusammenfassungen, die die KEWA angefertigt hat?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Nein, also nach dem 10. August 76 gab es überhaupt keine weiteren Untersuchungen mehr, weil das Ministerium ja alle Arbeiten gestoppt hatte - ob auf Anregung von Herrn Albrecht oder nicht; ich weiß es nicht. Jedenfalls sind die Arbeiten nicht wieder aufgenommen worden, weil dann aber auch die Verhandlungen mit den Energieversorgungsunternehmen schon so fortgeschritten waren, dass sie gezwungen waren, die KEWA aufzukaufen; denn¹¹⁰ das¹¹¹ Atomgesetz wurde damals geändert. Kernkraftwerke sollten nur noch genehmigt werden, wenn sechs Jahre im Voraus eine Entsorgung sichergestellt ist, gleichgültig, ob die Entsorgung im Ausland stattfindet, also Wiederaufarbeitung, oder ob eine Entsorgungsmöglichkeit in Deutschland geschaffen würde.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann möchte ich Sie jetzt noch einmal explizit nach dieser sogenannten KEWA-Nachbewertung fragen, also der Beschreibung der Alternativstandorte aus dem Jahr 1976, die wir, wie gesagt, nur in Fragmenten bzw. in Zitaten in den Akten finden können und in der Gorleben dann die beste Platzziffer aller Standorte erhielt. Hat die KEWA eine solche Nachbewertung angefertigt?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Nein. Dazu war auch gar keine Veranlassung mehr, nachdem die Arbeiten gestoppt waren und die Wiederaufarbeitung und die Endlagerfrage plötzlich in der Luft hingen. Das Ministerium hatte uns auch nicht mitgeteilt, was sie denn nun vorhatten oder ob sie uns einen neuen Auftrag geben. Es war ja Sache des Bundes, für das Endlager zu sorgen - deshalb ja der Auftrag voll bezahlt an uns. Aber da ist dann nichts mehr gekommen, jedenfalls solange ich noch Geschäftsführer der KEWA war, bis zum Verkauf an die deutsche

¹⁰⁸ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Wir wurden immer wieder, ich will nicht sagen: beneidet; das klingt etwas merkwürdig. Aber bei“, setze „Bei“, Anlage 3

¹⁰⁹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Ich habe damals gesagt: Also, ich halte davon ja sowieso gar nichts.“, Anlage 3

¹¹⁰ Richtigstellung des Zeugen: streiche „; denn“, setze „;“, Anlage 3

¹¹¹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „d“, setze „D“, Anlage 3

Wiederaufarbeitungsgesellschaft, die Gesellschaft der EVUs. Damals gab es ja noch 30¹¹² EVUs in Deutschland, die ja dann alles von uns übernommen haben. Die Geschäftsführung wurde ja dann auch ausgetauscht. Das waren dann nur noch Leute der Energieversorgungsunternehmen. Wir, das heißt, die KEWA-Gesellschafter - Bayer, Hoechst, NUKEM und Gelsenberg -, haben uns ja aus dem ganzen Wiederaufarbeitungsgeschäft zurückgezogen. Wir haben natürlich noch Beratungshilfe den EVUs zur Verfügung gestellt; denn schließlich war das für die EVUs ein völlig fremdes Gebiet. Die Wiederaufarbeitung ist eine rein chemische Anlage, und im Grunde sagt die Chemie: Nur wir können das. - Ob die EVUs das tun können? Aber die Situation ist damals ein bisschen¹¹³ verfahren gewesen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dennoch ist es aber so, dass in der dritten Studie von denen, die ich Ihnen eben genannt habe, also im Prinzip dem zweiten Teil der KEWA 1225, der Sachverhalt aufzufinden ist, dass Gorleben auch dort als bestgeeigneter Standort genannt wird, in den beiden Vorgängerstudien nicht. Wie kann das kommen?

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist keine Studie! Das ist ein Tätigkeitsbericht!)

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, Frau Dr. Flachsbarth, Gorleben ist während meiner Zeit überhaupt nicht mehr erwähnt worden. Im kleinen Kreis wussten wir, dass Gorleben der beste Standort ist. Er wurde ja gestrichen aus den Gründen, die ich genannt habe. Während der Zeit, in der ich noch Geschäftsführer der KEWA war, ist Gorleben nicht mehr diskutiert worden. Wir hatten ja nun¹¹⁴ in Weesen-Lutterloh einen neuen Standort, der auch für die Wiederaufarbeitung die entsprechenden Bedingungen hergegeben hätte, sodass wir also Gorleben, na ja, vergessen konnten. Nach der ersten

Tiefbohrung - - So fängt man ja dann an,¹¹⁵ mit Flachbohrungen und seismologischen Untersuchungen¹¹⁶. Das alles hat ja stattgefunden. Das hätte aber fortgeführt werden müssen. Wir hätten die Tiefbohrungen zu Ende führen müssen. Wir hätten eine zweite Tiefbohrung durchführen müssen. Aber all das ist ja dann durch die Einstellung durch das Ministerium nicht mehr geschehen. Damit ist dann in der Zeit, während ich noch Geschäftsführer war, über Endlager nicht mehr gesprochen worden

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich muss Ihnen sagen, dass uns in den Akten ein Schreiben von Herrn Stuhr an Staatssekretär Dr. Röhler vom 9. März 1977 vorliegt. Das ist MAT A 102, Band 8, Teil 2, Paginierung 186. Dort berichtet der Ministerialrat Stuhr, dass Gorleben bereits 1975 auf Vorschlag des niedersächsischen Wirtschaftsministeriums in die weiteren Untersuchungen der KEWA aufgenommen worden sei. Ich zitiere:

Nachdem sich Mitte 1975 nach intensiven Recherchen herausgestellt hatte, daß bei den bekannten Standorten mit Restriktionen (Wasservorkommen, Naturschutz u. a.) zu rechnen war, wurden im MW

- also im niedersächsischen Wirtschaftsministerium -

intern weitere Möglichkeiten geprüft. Dabei stellte sich heraus, daß die Zahl der möglichen Standorte größer war, als ursprünglich von der KEWA angenommen. Die KEWA wurde auf diese Möglichkeiten (rd. 25) aufmerksam gemacht. Unter den genannten Standorten befand sich auch Gorleben.

Wie bringe ich das jetzt mit dem zusammen, was Sie gesagt haben?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Der Herr Stuhr wusste natürlich genau von unseren Überlegungen. Er war ja mit einbezogen. Wir haben ja mehrfach mit ihm auch gespro-

¹¹² Richtigstellung des Zeugen: streiche „30“, setze „mehr“, Anlage 3

¹¹³ Richtigstellung des Zeugen: streiche „ein bisschen“, setze „etwas“, Anlage 3

¹¹⁴ Richtigstellung des Zeugen: streiche „ja nun“, Anlage 3

¹¹⁵ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Nach der ersten Tiefbohrung - - So fängt man ja dann an“, setze „Man fängt zunächst“, Anlage 3

¹¹⁶ Ergänzung des Zeugen: setze „an“, Anlage 3

chen. - Aber, Frau Dr. Flachsbarth, an wen ist der Brief gerichtet?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Entschuldigung; ich muss einmal gucken. - Das ist ein Schreiben von Herrn Stuhr an Herrn Dr. Röhler, an den Staatssekretär.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Ja, an welchen Staatssekretär?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Im niedersächsischen Wirtschaftsministerium.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Ja, das¹¹⁷ ist ein interner Vorgang, den ich ja nicht kennen kann. Herr Stuhr war ja Ministerialrat im Sozialministerium in Niedersachsen. Er hat wohl offenbar dann einen Brief an seinen oder einen anderen Staatssekretär geschrieben, von dem wir ja nichts wissen konnten.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Genau. Das ist sicherlich richtig. Über diesen Brief konnten Sie nichts wissen. Aber Herr Stuhr schreibt eben in diesem Brief:

Die KEWA wurde auf diese Möglichkeiten (rd. 25) aufmerksam gemacht. Unter den genannten Standorten befand sich auch Gorleben.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Ich will ja nicht ausschließen, dass wir mit Herrn Stuhr über Gorleben gesprochen haben. Aber wir haben damals auch Herrn Stuhr gesagt, dass Gorleben aus den besagten Gründen nicht infrage kommt. Diese Auffassung teilte auch das Forschungsministerium, und diese Auffassung teilte auch das niedersächsische zuständige Ministerium. Welches es war, weiß ich nicht. Dieser Brief von Herrn Stuhr ist sehr viel später geschrieben. Offenbar haben wir mit dem¹¹⁸ Herrn Stuhr einmal über Gorleben gesprochen. Aber Gorleben ist nie mehr offiziell in Erwägung gezogen worden. Der Brief stammt wohl auch aus dem Jahr 77. Das war schon eine Zeit, wo die deutsche¹¹⁹ Wiederaufarbeitungsgesell-

schaft die Aktivitäten¹²⁰ übernommen hatte mit der KEWA¹²¹.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das ist so. Aber er bezieht sich - -

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Ich kann dazu nichts sagen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Genau, das ist so. Der Brief ist von 77, vom März 77. Aber das Zitat in dem Brief, das ich Ihnen eben vorgehalten habe, lautet eben: Nachdem sich Mitte 75 nach intensiven Recherchen usw. herausgestellt hatte, dass es bei den anderen Standorten Restriktionen gibt, haben wir die KEWA auch auf andere Salzstöcke hingewiesen - 25 -, und darunter befand sich Gorleben. - Das ist die Frage, die ich jetzt habe. Deshalb habe ich auch gesagt: Wenn das 75 tatsächlich schon der Fall war, dann trifft das auch noch mit Ihrer Verantwortlichkeit und Ihrer Zeit, wo Sie letztlich da verantwortlich waren, zusammen.

Darüber hinaus: Ich habe verstanden, dass Sie bis zum Februar 77 auch noch mit in der Verantwortung, also in der Geschäftsführung der KEWA waren. Diese dritte KEWA-Studie behandelt ja den Untersuchungszeitraum vom 01.01. bis zum 31.12.1976. Also auch wenn diese dritte KEWA-Studie erst 1977 veröffentlicht worden ist, als Sie gar nicht mehr in der Verantwortung waren, werden ja dennoch die Untersuchungen stattgefunden haben, als Sie noch Geschäftsführer waren. Deshalb bringe ich das im Moment noch nicht ganz zusammen.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, was sich dann an Überlegungen im niedersächsischen Ministerium abgespielt hat, dazu kann ich nichts sagen. Darüber bin ich auch nicht informiert gewesen. Meine Tätigkeit endete ja Ende 76. Das waren wohl schon alles Überlegungen, die mit der damaligen DWK, also mit den Energieversorgungsunternehmen, diskutiert wurden - nicht mehr mit uns; denn wir waren im Grunde 77 schon aus der Verantwortung. Die KEWA-Mannschaft ist ja außer meiner Person voll von den Energieversorgungsunternehmen übernommen worden.

¹¹⁷ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Ja, das“, setze „Das“, Anlage 3

¹¹⁸ Richtigstellung des Zeugen: streiche „dem“, Anlage 3

¹¹⁹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „d“, setze „D“, Anlage 3

¹²⁰ Ergänzung des Zeugen: setze „der KEWA“, Anlage 3

¹²¹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „mit der KEWA“, Anlage 3

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Alles gut. Sie sind ab 77 nicht mehr in der Verantwortung gewesen. Sie waren nicht mehr alleiniger Geschäftsführer. Das habe ich alles verstanden. Dennoch - noch einmal -: Die dritte KEWA-Studie, KEWA 1225, behandelt den Untersuchungszeitraum oder den Berichtszeitraum 01.01. bis 31.12.76. Das Ergebnis dieser Studie ist erst 77 veröffentlicht worden; das ist schon richtig. Aber sie ist ja vorher erarbeitet worden, nämlich während des Jahres 1976, als Sie noch in der Verantwortung waren. Da wurde Gorleben dann als Ergebnis dieser dritten Studie auf den vorderen Platz gesetzt. Von daher bringe ich immer noch nicht zusammen, was Sie hier vortragen.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, die Studie kenne ich nicht mehr. Die habe ich auch nicht mehr zu sehen bekommen, sodass ich auch dazu gar nichts sagen kann. Die ist dann - - Von der KEWA-Mannschaft sind die Arbeiten ja weitergeführt worden.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, aber Sie waren doch 76 noch verantwortlich.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Bis Ende 76 noch, ja.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, und die ist im Jahre 1976, nämlich vom Januar bis zum Dezember, angefertigt worden. Also muss das ja während des Zeitraums passiert sein, als Sie noch da waren.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Das mag sein. Aber meiner Kenntnis nach hat keinerlei Standortuntersuchung mehr stattgefunden ab 10.08.76, als alles dann eingestellt worden ist.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das, muss ich ehrlich sagen, kann ich jetzt noch nicht ganz zusammenbringen, weil ja, wie gesagt, dieser Zeitraum 1976, dieses Jahr 1976, durchaus ein Überlappungszeitraum ist, also Sie während dieser Zeit als KEWA und Sie als Geschäftsführer der KEWA diese Studien ja noch weiter angefertigt haben.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, wenn ich - - Ich müsste die Studie erst gesehen haben. Ich kenne sie nicht. Die war schon

nach meiner Zeit veröffentlicht worden. Ich habe sie nicht mehr gesehen.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Legen Sie es dem Zeugen doch mal vor! Dann wird er auch sehen, dass es keine Studie ist, sondern ein Tätigkeitsbericht, was etwas völlig anderes ist als eine Studie!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Haben wir die? - Ja. Dann legen wir die vor.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

- Vorgelegt wird jetzt MAT B 33.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Danke schön. - Na ja, natürlich sehe ich es schon. Es steht ja obendrauf: Hannover. Das war schon - - Ich stehe da allerdings noch als Leiter der Forschungsstelle. Aber diese Studie kenne ich nicht. Die ist auch schon in Hannover, also von der DWK, erstellt worden, in Fortführung der früheren Arbeiten. Also, ich kenne sie nicht, kann dazu leider Gottes auch nichts sagen. Die würde mich schon mal interessieren. Aber, wie gesagt, im Moment muss ich hier passen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut. - Dann würde ich das Fragerecht weitergeben an die Unionsfraktion. Bitte schön.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Schlitt, erst mal im Namen meiner Fraktion und natürlich auch ganz persönlich, dass Sie sich heute erneut auf den Weg nach Berlin gemacht haben. - Ich darf Ihnen einen Telefonvermerk vorlegen lassen, und zwar vom 26. August 1976; das war ja noch ein Zeitpunkt, zu dem Sie in der Verantwortung bei der KEWA tätig waren.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Es handelt sich um einen Telefonvermerk - für die Akten: das ist MAT A 102, Band 7 -, und dort hat ein Mitarbeiter des IMAK, also des niedersächsischen Interministeriellen Arbeitskreises, das Ergebnis eines Telefonats mit Herrn Dr. Hornke niedergelegt. Darin heißt es dann - ich lese es kurz vor; es sind nur wenige Zeilen -:

Nach Auskunft von Dr. Hornke werden im Augenblick folgende Standortalternativen näher untersucht:

Gorleben, Ebstorf, Zwischenahn, Rhaude, Bunde, Börger, Odisheim, Stemmen. Die Bezeichnung der Standorte ist von den jeweiligen Salzstöcken abgeleitet. Die Standorte wurden nicht näher erörtert.

gez. Chojnacki

Wenn ich diesen Telefonvermerk richtig lese, stellt sich mir die Lage so dar, dass die KEWA durchaus Standorte noch betrachtet hat und dass Gorleben einer dieser Standorte war. Das steht jetzt natürlich in einem gewissen Widerspruch zu Ihrer Aussage, dass nach dem 10.08.76 nichts mehr gemacht wurde und dass auch insbesondere eine Nachbewertung, bei der dann Gorleben auch eine Rolle spielte, nicht Ihnen bekannt ist. Was sagen Sie dazu?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, ich kenne diese Notiz nicht, und ich muss mich sehr wundern. Hier sind eine ganze Reihe von Standorten aufgeführt, die ich gar nicht kenne. Also, wir hatten uns zum Schluss eben auf die drei Standorte konzentriert. Aber die, die hier aufgeführt sind, mögen vielleicht in einer früheren Auswahl mal betrachtet worden sein. Aber mir sind die nicht bekannt. Da müsste man mal Herrn Hornke fragen - der war ja auch geladen; aber er ist ja im Augenblick außerordentlich krank -, wie es am 27.08. zu dieser Telefonnotiz kommen kann. Ich müsste sie - -

Gut, ich konnte ja nicht alles sehen. Wir waren ja damals auch noch in Verhandlungen mit Brasilien. Wir mussten ja die ganze Wiederaufarbeitungstechnologie den Brasilianern verkaufen im Rahmen des großen Kernkraftwerksdeals von Siemens-KWU mit Brasilien. Aber ich kenne das nicht, und ich würde mich schon wundern, dass noch am 27.08. von all diesen Standorten gesprochen worden ist. Das kann ich leider - -

Da steht auch: Herrn Stuhr zur Kenntnis. - Es mag sein, dass die früher mal erörtert worden sind, so am Rande. Aber mir sind sie nicht - - und schon gar nicht Gorleben; denn wir haben explizit - - Also, ich habe meinen Mitarbeitern gesagt: Mit Gorleben kann ich meinen Gesellschaftern gar nicht gegenüber treten. Das wird gleich vom Tisch genommen.

Das Gleiche war ja auch beim Bundesministerium. Da müsste aber jemand vom

Bundesministerium wissen, ob denn noch ein Auftrag gelaufen ist. Aber meines Erachtens war der Auftrag - - Mit Stopp August 1976 waren alle Arbeiten beendet. Ob da noch einige seismologische - - oder Flachbohrungen gelaufen sind, würde ich mal nicht ausschließen wollen; aber mir ist das nicht bekannt.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Das, was ich gerade vorgelesen habe, deckt sich ja im Grunde genommen mit der Aussage des Vermerks von Herrn Stuhr, den die Vorsitzende Ihnen gerade vorgehalten hat, der ja ebenfalls sagt, dass es in der zweiten Jahreshälfte 76 von der KEWA Untersuchungen gab, wonach Gorleben der Standort mit den günstigsten Eigenschaften war. Nun ist es aus meiner Sicht natürlich verwunderlich, dass Sie als der verantwortliche Geschäftsführer davon nichts gewusst haben können. Können Sie sich vorstellen, dass ein solcher Vorgang durch die KEWA durchgeführt wurde, ohne dass Sie davon Kenntnis hatten?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, das kann ich mir nicht vorstellen. Ich müsste Herrn Hornke befragen. Es gab eine ganze Reihe von Missverständnissen mit Hannover, also mit Niedersachsen. Aber ob das Gespräch mit Herrn Dr. Hornke auch so gelaufen ist, dazu kann ich nichts sagen. Ich müsste den Herrn Hornke befragen, ob er sich daran erinnern kann. Meines Erachtens sind damals die ganzen Aktivitäten der Standortsuche eingestellt gewesen. Die sind ja später wieder aufgenommen worden unter der DWK, und da war dann natürlich Gorleben der Standort Nummer eins gewesen; aber zu meiner Zeit war Gorleben überhaupt nicht mehr spruchreif gewesen.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Wir sprachen gerade von Herrn Hornke. Können Sie uns noch mal schildern, welche Funktion Herr Hornke in der KEWA hatte?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Wir hatten eine Projektleitung, die also das ganze Projekt ausgearbeitet, die Konzeptstudie und das Vorprojekt für die Wiederaufarbeitungsanlage gemacht hat, und wir hatten ein Team unter Professor Anger von der Bayer AG, das sich um den Standort kümmerte, im Auftrag des

Bundes. Herr Hornke war ein Mitarbeiter von uns; aber er war diesem Team zugeordnet. Sie sehen ja auch: Er ist ja auch aufgeführt in dem Bericht. Ich weiß nicht, ob er auch noch aufgeführt ist unter dem letzten Bericht, den ich gerade ja gesehen habe. Ich will noch mal gucken, ob er noch mit dabei ist.

(Der Zeuge liest in den ihm vorgelegten Unterlagen)

- Ja, da ist er auch noch. Da ist noch Professor Anger. Da sind ja alle, das ganze Team ist hier noch aufgeführt. Ich kenne diese Studie nicht mehr. Es kann sein, dass unter der Betreuung der DWK Arbeiten weitergelaufen sind; aber das entzieht sich meiner Kenntnis.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Gehen wir noch mal an den Monatsanfang des August 1976 zurück. Es gab nach den Unterlagen - - Ich habe jetzt hier insbesondere MAT A 83, Band 8, Anlage 11. Das ist ein handschriftliches Protokoll einer Sitzung, die in Frankfurt-Höchst stattgefunden hat, und zwar der Projektbeteiligten, also BMBF, PTB, KEWA sowie den Muttergesellschaften, wo ausweislich eines Protokolls auch Sie teilgenommen haben.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Wir haben - das ist jetzt das handschriftliche Dokument, was ich Ihnen vorgelegt habe - in den Unterlagen von dem PTB-Mitarbeiter Dr. Eckart Viehl eine handschriftliche Zusammenfassung der Besprechung gefunden, wo, an zwei Stellen zumindest, auch relevante Aussagen, was die weitere Zukunft angeht, enthalten sind. So haben wir direkt eingangs Ihren Namen:

Schlitt:

Und dann steht dort, wenn man das mal zu lesen versucht:

Bei der Überprüfung haben die Gewichtungen noch Gültigkeit? Haben Randbedingungen sich geändert? Politische Entwicklungen? Technische Schwierigkeiten? Evtl. rechtzeitig ausweichen, nicht mit Scheuklappen weitermachen und in 2 Jahren auf die Nase fallen.

So lese ich das. Jetzt ist das natürlich schon eine Zeit her. Aber: Können Sie sich an eine solche Besprechung erinnern, wo es ja dann offensichtlich auch um die Zukunft der weite-

ren Projekte bzw. der entsprechenden Standortauswahl ging?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Herr Dr. Paul, die Sprache, die sich aus dieser Notiz ergibt, ist nicht meine Sprache. Also, „mit Scheuklappen“ und irgendwas mit „auf die Nase fallen“, das hätte ich niemals in einem Bericht - - Ist das von mir unterschrieben?

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ich sagte gerade: Das ist eine handschriftliche Notiz eines Mitarbeiters der PTB.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Der PTB?

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ja, der Physikalisch - -

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt?

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Genau, richtig, und zwar von einem Herrn Viehl, Dr. Eckart Viehl.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, daran kann ich mich nicht erinnern. Nein, an diese Besprechung kann ich mich heute natürlich nicht mehr erinnern. Aber: Können Sie mir das Datum sagen?

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ja. Das war der 5. August.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: 76?

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ja. 5. August 76.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, mir ist jetzt der Zusammenhang, was da gesagt wird, „auf die Nase fallen“ - - Was?

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Weil es geht ja auch darum - da kann ich Ihnen gerne auch noch mal MAT A 102, Band 7, vorlegen; das ist aus der sogenannten KEWA-Nachbewertung die Einleitung -, dass es eine - -

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Da bitte ich Sie, sich den ersten Absatz anzuschauen - ich zitiere ihn auch -:

Die Besprechung am 5.8.1976 in Frankfurt (Main)-Höchst über Probleme der Standortuntersuchung hatte u. a. ergeben, daß geprüft werden sollte, ob außer den z. Zt. in Untersuchung befindlichen Standorten „Wahn“, „Lichtenhorst“ und „Lutterloh“ weitere Standorte in Norddeutschland unter den inzwischen modifizierten Standortanforderungen für die Anlage eines Entsorgungszentrums geeignet sind. Diese Prüfung wurde inzwischen unter folgenden Randbedingungen durchgeführt: ...

Auch diese Aussage - so lese ich es jedenfalls - deckt sich ja mit dem, was zum einen Herr Stuhr aufgeschrieben hat, worüber wir vorhin gesprochen haben, als auch mit anderen Hinweisen, die wir den Akten entnommen haben. Nach dieser Unterlage sieht es ja so aus, als sei in der Besprechung im Grunde genommen der Auftrag formuliert worden, neben den drei Standorten nach weiteren Standorten zu suchen. Das deckt sich dann wiederum mit dem Telefonvermerk, den wir vorhin vorgelegt haben.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, die Notiz war vom 05.08. Das war also noch während der Zeit der Standortuntersuchungen; denn die sind ja erst am 10. August, 15. August gestoppt worden.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Genau; also kurz davor, ganz kurz.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Kurz davor. - Und wir waren ja überrascht worden von der Entscheidung des Ministeriums; diese Anordnung kam ja völlig über Nacht. Es kann durchaus sein, dass man auch noch vielleicht weitere Salzstöcke untersuchen sollte. Das kann vielleicht, ich sage mal, durch Anregungen des Ministeriums erfolgt sein. Die waren ja Herren des Verfahrens; denn die gaben das Geld, und die waren ja auch verantwortlich für das Endlager.

Ich meine, hier wird über die Vergangenheit gesprochen - das ist ja richtig -:

Es wurden nur Standortmöglichkeiten in Niedersachsen untersucht. Die Salzstöcke in Schleswig-Holstein blieben außer Betracht.

Da war auch einmal eine Karte wohl geprüft worden. Aber mir ist nicht untergekommen,

dass das Team irgendeinen Standort in Schleswig-Holstein näher geprüft hätte.

Außerdem wurden

- wieder Vergangenheit -

von der näheren Untersuchung ausgeschlossen:

- das ist ja alles richtig -: Salzstöcke in der Nähe von Großstädten,

Salzstöcke mit Teufenlage unter 800 m

- das ist ja auch richtig -,

Salzstöcke, die bereits für Speichierzwecke ...

Na ja, die, die schon mal angekratzt worden waren.

Aus dem Kreis der verbleibenden Salzstöcke wurden die an den 4 großen Flüssen Niedersachsens - Ems, Weser ... Elbe - liegenden bevorzugt untersucht. Dort lassen sich auf folgenden Salzstöcken geeignete Standort...

Ja, das bezieht sich natürlich alles auf die - - Und für die Prüfungen gemäß den Karten, die uns vorgelegen haben, nicht mir im Einzelnen, sondern diesem Team, das alle Karten geprüft hat - - Da wurden ja sicherlich in den Überlegungen mal auch andere Standorte genannt, ohne dass sie nachher weiter konkretisiert oder verfolgt worden sind. Das war also noch zu einer Zeit, wo wir noch den Untersuchungsauftrag hatten und wo durchaus - - Mich wundert nur, dass da Gorleben steht; das hatten wir ja ausgeklammert. Der wäre also für uns nicht in Betracht gekommen aus den genannten Gründen.

Also, das widerspricht nicht dem, was ich gesagt habe. Es kann durchaus sein, dass eine Besprechung stattgefunden hat: Wollen wir es auf diese Standorte beschränken, die wir haben, oder wollen wir - - Wahn kam ja nicht infrage wegen des Schießübungsplatzes. In Lichtenhorst hat es Probleme gegeben. Dass man deshalb, wegen der Unruhe in der Bevölkerung und der Widerstände, die sich ja da massiv aufgetan haben, auch darüber diskutiert hat: „Welche anderen Standorte könnten noch in Betracht kommen?“, so würde ich das jetzt interpretieren.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Es muss doch auch für Sie und für Ihre Mitarbeiter ein Schock gewesen sein, als Sie dann am

10. August von Minister Matthöfer erfahren haben, dass diese Untersuchungen gestoppt werden. Denn ich meine, damit war ja das Ziel, worauf Sie hingearbeitet haben, im Grunde genommen Makulatur.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, ich würde sagen: „Geschockt“ ist vielleicht nicht das richtige Wort. Wir waren überrascht. Ganz überrascht waren wir allerdings nicht; denn die Widerstände hatten sich schon in der Bevölkerung gezeigt. Nur in Weesen-Lutterloh hatten wir noch keine Unruhe oder Widerstände zu verzeichnen, weil das ganze Projekt in Weesen-Lutterloh unter der Rubrik „Bundesanstalt für Geowissenschaften“ lief. Also, wir haben da nicht die KEWA herausgehängt als Schild, sondern mit der Preussag dann das Bundesamt für Geowissenschaften. Aber es ist in der Zeit bekannt geworden, was da eigentlich jetzt mit den Bohrungen verfolgt wird, und da hat sich relativ schnell nachher ein erheblicher Widerstand gegen die Tiefbohrungen gezeigt. Na ja, das Ganze ist dann ja auch am 10. August abgebrochen worden, sodass wir also - - Damit ist ja wohl dann auch Ruhe eingekehrt.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Was war denn Ihr Plan B? Weil die Aufgabe war doch nach wie vor, ein nationales Entsorgungszentrum zu suchen.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Ja. Weesen-Lutterloh, wo wir die erste Tiefbohrung niedergebracht haben, wäre ein Standort gewesen, der auch den Kriterien der Wiederaufarbeitungsanlage entsprochen hätte. Ich sage das aber mit Vorbehalt. Bevor man nicht wirklich alles untersucht hat und bevor nicht auch eine zweite, dritte Bohrung niedergebracht worden wäre, kann man sich ja noch kein abschließendes Urteil bilden.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Klar. - Und nachdem Herr Matthöfer Ihnen dieses Ergebnis mitgeteilt hat, wie waren dann die Vorstellungen? Wie sollte es dann weitergehen?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Ja, da war dann eine gewisse Ratlosigkeit, auch im

Ministerium selbst. Denn die Entscheidung von dem Minister Matthöfer - ich sagte es ja schon - war wohl auf einen Anruf von Herrn Ministerpräsident Albrecht zurückzuführen, der nun größere Widerstände und größere Unruhe in seinem Land Niedersachsen befürchtete und wohl dann Herrn Matthöfer gebeten hatte, die ganzen Untersuchungen abubrechen. Und das ist ja dann auch geschehen.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ich darf noch mal auf den Bericht zurückkommen, den die Vorsitzende Ihnen hat vorlegen lassen. Es handelt sich ja da um die KWA 1225, die ja betitelt ist mit „Untersuchung eines Standortes zur Errichtung einer Anlage für die Entsorgung von Kernkraftwerken; Teiluntersuchungen zu zwei Alternativstandorten, Zwischenbericht“. Kennen Sie diese Art von Dokumenten der KEWA?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Mit welchem Datum sind die?

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Das ist das, was Ihnen hier vorliegt. Das ist der Zwischenbericht, der über den Zeitraum 01.01. bis 31.12.1976 geht und der das Datum Oktober 1977 trägt. - Also: Ist Ihnen diese Art von Berichten bekannt? War das sozusagen die übliche Art und Weise, wie die KEWA ihre Ergebnisse vorgestellt hat?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, ich kann mich jetzt daran nicht erinnern. Ich müsste das Dokument sehen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das liegt Ihnen vor. Das hatte ich Ihnen eben aushändigen lassen.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ich glaube, das liegt rechts von Ihnen. Kann das sein? - Ja. - Der Kollege hilft.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Aha. - Also, so schnell kann ich das jetzt natürlich - - Das ist hier ein Bericht, den ich ja nicht kenne; das habe ich ja schon gesagt. Der hat ja nun über - - fast 54, 55 Seiten. Da müsste ich dann auch schon mal Gelegenheit haben, den durchzusehen; denn an solche Details mit Besprechungen - - Es hat ja zahllose Besprechungen mit dem Ministerium, mit Niedersachsen, in erster Linie auch innerhalb

unserer Gesellschaftskreise gegeben. Und vor allen Dingen: Wir hatten ja auch eine enge Kooperationsvereinbarung mit dem Kernforschungszentrum Karlsruhe. Die Lücken, die noch bestanden für die Wiederaufarbeitung, waren ja in einem besonderen Forschungsprogramm in Karlsruhe verankert. Die sollten uns diese Lücken also sozusagen noch ausfüllen mit Forschungsarbeiten. Da gab es also sehr viele Besprechungen. Die Notiz stammt auch nicht von mir. Ich kann mich auch nicht erinnern. Also, ich habe so viel lesen müssen in der damaligen Zeit.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Mir geht es um Folgendes: Das ist ja ein Zwischenbericht der KEWA. Und ich stelle mir jetzt vor, dass es für dieses Projekt „Untersuchung eines Standortes“ dann jeweils zum Jahresende Zwischenberichte über das gab, was im Laufe eines Jahres gemacht wurde in diesem Zusammenhang. Frage: Stimmt das, was ich mir vorstelle, mit dem überein, was Sie in Ihrer damaligen Tätigkeit erfahren haben?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, es kann durchaus sein, dass irgendwelche Papierarbeiten noch gemacht worden sind, nicht vor Ort, keine Messungen, dass aber nach all dem, was wir da nun für Probleme in Niedersachsen hatten, Überlegungen über weitere Standorte - warum nicht andere Standorte? - angestellt worden sind.

Kurze Zeit, nachdem Herr Ministerpräsident Albrecht gesagt hatte: „Es gibt keine Wiederaufarbeitungsanlage in Niedersachsen“, kam dann ein Bericht, ein Zeitungsbericht - das können Sie hier alles nachlesen - vom Herr Karry, Wirtschaftsminister in Hessen. Der bot ja auch dann einen Standort an. Dann kam später noch Ministerpräsident Strauß und hat ja auch was angeboten, wo ja dann endgültig die Sache gescheitert ist.

Es kann durchaus sein, dass gewisse Papierarbeiten noch weiterverfolgt worden sind. Das muss ich dann in zwei Sätzen auch erläutern: Es haben sich von 75 bis 77 schwierige Verhandlungen zwischen den Gesellschaftern der KEWA und den Energieversorgungsunternehmen abgespielt. Da gab es dann Projekte, die dann schon gemeinsam gemacht worden sind. Das war eine Übergangsphase. Die hatten schon eine Projektgesellschaft gegründet, bevor sie die

DWK gegründet haben. Die sollte schon mit uns eng zusammenarbeiten.

Ich will nicht ausschließen, dass auch Standortüberlegungen der EVUs mit KEWA-Mitarbeitern stattgefunden haben, sozusagen schon im Rahmen des Überganges auf die EVUs. Das ist durchaus möglich, dass sich auch die EVUs dann schon in der Tat Gedanken gemacht haben - wir werden die KEWA ja übernehmen; wir müssen uns ja dann auch um einen Standort kümmern und nicht nur um die Wiederaufarbeitung, sondern auch ums Endlager -, dass man bei all diesen Überlegungen dann auf das Team der KEWA zurückgegriffen hat und andere Standortüberlegungen angestellt hat. Das war aber dann schon, ich sage mal, ein Übergang zu den EVUs gewesen.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Kommen wir noch mal zur Frage, wann Gorleben zum ersten Mal eine Rolle gespielt hat. Ich habe Ihre Einlassungen zu Beginn so verstanden, dass Gorleben im Grunde genommen einer der bevorzugten Standorte wegen seiner geologischen Eigenschaften von Beginn an war, dass er aber dann wegen der Grenz-nähe zur DDR quasi schon in einem ersten Schritt der Auswahl außen vor gelassen wurde.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Genauso ist es. Auf der allerersten Liste stand Gorleben. Dann wurde wegen dieser Bedenken Gorleben sofort gestrichen, weil die Zeit damals - ich meine, das muss man vielleicht noch in einem Wort dazusagen - ja die Höchstspannung zwischen der DDR und der Bundesrepublik war. Der Kalte Krieg war auf dem Höhepunkt gewesen. Jeden Konflikt, der sich da hätte anbahnen können, hätte keine Bundesregierung verfolgt oder mitgetragen, so dass wir da also in ganz besonderem Maße sensibilisiert waren. Und ich hatte auch damals gesagt: Ich kann zu meinen Gesellschaftern nicht gehen und sagen: Die Wiederaufarbeitung direkt an der Elbe oder bei Gorleben - - Das kam einfach nicht infrage. Als ich damit zum Ministerium ging, haben die gesagt: Kommt überhaupt nicht infrage; das können wir gar nicht riskieren.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Das Fragerecht geht jetzt an die SPD-Fraktion. Bitte schön, Frau Kollegin Vogt.

Ute Vogt (SPD): Vielen Dank. - Herr Dr. Schlitt, kennen Sie Herrn Professor Mandel? Sagt Ihnen der Name was?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Professor Mandel ist der große Mann vom RWE, der überhaupt die Kernenergie für die EVU-Seite hier in Deutschland - - nein, nicht eingeführt hat, sondern da der Promoter gewesen ist. Ohne Mandel hätte es nicht Kahl gegeben. Das erste Versuchskraftwerk - Größenordnung: 15 Megawatt - hat der Herr Mandel gemacht. Dann kamen ja auch später Gundremmingen, auch von Professor Mandel, und Biblis. Also, ich kenne die Dinge ja nun sehr genau. Professor Mandel war selbstverständlich bei mir auch im Deutschen Atomforum im Präsidium oder im Vorstand gewesen, wo übrigens im Vorstand oder im Präsidium des Deutschen Atomforums ja noch alle Parteien bestens vertreten waren. Da war Herr Genscher dabei, Fürst Bismarck, für die SPD der Herr Flämig und Herr Memmel von der CSU damals. Also, da haben wir noch die Unterstützung, die nachdrückliche Unterstützung aller Parteien gehabt.

Ute Vogt (SPD): Das ist richtig; damals. - Hat sich Herr Professor Mandel Ihrer Kenntnis nach auch mit dem Thema Endlager oder mit dem Thema Gorleben bzw. mit der Suche nach einem Endlagerstandort beschäftigt? Waren Sie mit ihm auch über solche Fragen im Gespräch? Hatte er mit der KEWA unmittelbare Gesprächszusammenhänge, oder wie stelle ich mir das in der Praxis vor?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, das war kein Thema zwischen mir als Geschäftsführer der KEWA und Professor Mandel. Professor Mandel war sozusagen voll ausgelastet mit den ganzen Projekten der Kernkraftwerke. Sicher, der Brennstoffkreislauf war ja auch schon damals ein wichtiger Bestandteil der gesamten friedlichen Nutzung der Kernenergie. Aber ich kann mich nicht erinnern, dass das für ihn mal - - Sicherlich intern beim RWE; aber in Gesprächen, wo ich dabei war, war das kein Thema.

Ute Vogt (SPD): Ich will Ihnen den Hintergrund sagen: Es gab ja ein Gespräch am 11. November, wo sich die Bundesminister und Landesminister getroffen haben, wo

erstmal offiziell der Standort Gorleben dann auch genannt wurde, damals von Walther Leisler Kiep im Gespräch vorgebracht. Walther Leisler Kiep hat, zumindest in seinen Tagebuchnotizen, erkennen lassen, dass er selbst überrascht war, dass der Standort Gorleben gleich auf positive Resonanz stieß, und Walther Leisler Kiep hatte unmittelbar vor diesem Ministergespräch ein Treffen mit Professor Mandel und anderen. Deshalb war unsere Überlegung, ob vielleicht die Idee, den Standort einzubringen, möglicherweise auch von den Energieversorgern in dem Zusammenhang zumindest angestoßen werden konnte, weil Sie selbst auch gesagt haben: Die haben sich danach damit beschäftigt, zwangsläufig, weil die KEWA sich ja verändert hat.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: In welchem Jahr soll das gewesen sein?

Ute Vogt (SPD): 76, im November.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Das kann durchaus sein, dass Professor Mandel sich dann in 76 auch um den Brennstoffkreislauf maßgeblich gekümmert hat. Das kam ja nun allmählich immer mehr auf die Energieversorger zu - zumal die Chemie nicht mehr bereit war, das ganze Projekt privatwirtschaftlich zu finanzieren. Und da waren nun die EVUs gefragt und sollten sich ja an der Finanzierung beteiligen, was sie ja zunächst abgelehnt haben. Und dass da ein Gespräch mit Professor Mandel im Jahre 76 geführt - - Aber nicht etwa¹²² - - Ich war nicht dabei.

Ute Vogt (SPD): Nein, nicht von der KEWA.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Ja, mit wem hat er es geführt?

Ute Vogt (SPD): Nein, mit Herrn Leisler Kiep.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Ach, mit Leisler Kiep?

Ute Vogt (SPD): Ja.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Der war ja Minister in Niedersachsen gewesen.

¹²² Richtigstellung des Zeugen: streiche „Aber nicht etwa“, Anlage 3

Ute Vogt (SPD): Genau.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Das kann schon sein, dass er mit dem gesprochen hat, weil in der Zeit die Verantwortung der Wiederaufarbeitung ja allmählich auf die EVUs zukam. Die haben sich ja auch erst gesträubt; aber das ging ja dann peu à peu allmählich immer mehr auf die EVUs¹²³ - bis zur vollen Übernahme der KEWA.

Ute Vogt (SPD): Es gibt jetzt einen Historiker, Herrn Dr. Tiggemann, der sich intensiv mit dem Thema „Wie kam es zur Standortauswahl Gorleben?“ befasst hat. Herr Dr. Tiggemann ist der Herr, der Ihnen auch die Unterlagen gebracht hat. In seiner Doktorarbeit unter dem Stichwort „Der niedersächsische Auswahlprozess“ - MAT A 188, Paginierung 389 - schreibt Herr Dr. Tiggemann - ich zitiere -:

... da nicht die Untersuchungen der KEWA, sondern der niedersächsische Auswahlprozess zu dem Standortvorschlag Gorleben führte.

Im Grunde hat er also die Conclusio: Es war nicht die KEWA, die am Ende Gorleben vorschlug, sondern der niedersächsische Auswahlprozess, der diesen Standortvorschlag hervorbrachte. Würden Sie diese historischen Herleitungen für richtig erachten?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, die Entscheidungen in Niedersachsen, sich für Gorleben einzusetzen und starkzumachen, haben wohl Ende 76, 77 begonnen - aber möglicherweise auch erst mal intern; denn das ist offenbar ein Schreiben an Leisler Kiep - oder? -, von denen wir ja keine Abschriften bekommen haben.

Das heißt: Niedersachsen hat sich mit dem Thema sicherlich ja schon vorher - - Denn wir hatten ja mit Niedersachsen wegen der Standortauswahl eng zusammengearbeitet, indem wir ja alle Karten bekommen haben. Und die waren natürlich auch interessiert, zu wissen, zu welchen Ergebnissen wir kommen. Und das kann durchaus

sein, dass Professor Mandel Gespräche in Niedersachsen geführt hat; durchaus möglich, ja.

Ute Vogt (SPD): Ja, das ist klar. Mir ging es jetzt nur darum, ob Sie das unterschreiben würden, wenn man zu dem Schluss kommt: Es waren nicht die Untersuchungen der KEWA, die Gorleben hervorgebracht haben zu dem damaligen Zeitpunkt, sondern andere Überlegungen.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Ja. Die Überlegungen, auf Gorleben zurückzukommen, waren einfach späteren Datums; denn wir haben Gorleben ausgeschlossen. Und die kamen sicherlich¹²⁴; denn wir haben ja auch über Gorleben mit Niedersachsen damals gesprochen und haben ja dann als Ergebnis bei den Gesprächen - -

Ute Vogt (SPD): Können Sie sagen, wann „damals“ war? Das war 75 oder - -

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Ja, das war 74, 75, ja.

Ute Vogt (SPD): 74, 75.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Und dass sozusagen Niedersachsen Gorleben hat wieder auferstehen lassen, das ist durchaus ja auch so gewesen.

Ute Vogt (SPD): Jetzt war ja bekannt, dass es bei Gorleben den Vorbehalt der grenznahen Lage gab. Das haben Sie ja selbst gesagt. Halten Sie es für denkbar, dass die niedersächsische Landesregierung damit gerechnet hatte, dass die Bundesregierung Gorleben insgesamt weiterhin nachhaltig ablehnen würde, als der Vorschlag auf einmal kam?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, wo die ersten Gespräche zwischen Niedersachsen und dem Bund¹²⁵ - - In den ersten Phasen hat sicherlich das Bundesministerium Gorleben noch abgelehnt. Aber im Zuge der weiteren Verhandlungen und Gespräche ist dann

¹²³ Ergänzung des Zeugen: setze „über“, Anlage 3

¹²⁴ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Und die kamen sicherlich“, Anlage 3

¹²⁵ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Also, wo die ersten Gespräche zwischen Niedersachsen und dem Bund“, Anlage 3

wohl der Bund auch eingeschwenkt. Das kann ich aber nicht mehr beurteilen. Ich war nicht dabei gewesen. Aber aus all dem, was man aus Zeitungsberichten aus der Zeit entnehmen kann, ist der Bund dann eingeschwenkt auf die Linie von Niedersachsen.

Ute Vogt (SPD): Ja, das ist richtig. Die Frage war ja nur, ob möglicherweise Niedersachsen gehofft hat, durch den Vorschlag Gorleben am Ende keinen Standort benennen zu müssen. Also dass man sagt - - Weil Ministerpräsident Albrecht hat sich ja mal geäußert in der Richtung: Gorleben oder gar nichts; was anderes bekommt ihr nicht von mir. - Und da ist die Frage, ob es so sein könnte, dass er gedacht hat, der Bund hat so große Bedenken, dass er da hart bleibt.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Der Bund hatte ja wohl auch die Bedenken zuerst gehabt. Aber in den Gesprächen hat er sie wohl nachher fallen lassen. Und mich hat ein bisschen gewundert, dass zunächst der¹²⁶ Herr Albrecht auch für die Wiederaufarbeitung Gorleben als geeigneten Standort angesehen hat. Dann kam aber Harrisburg, und da hat sich alles geändert. Und dann hat er ja Abschied genommen von der Wiederaufarbeitung und es nur bei Gorleben als Endlager belassen.

Ute Vogt (SPD): Sie haben vorhin mal gesagt, im kleinen Kreis hatten Sie mehrfach durchaus auch Gorleben schon behandelt oder besprochen gehabt, bevor die - -

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, ich war bei den - -

Ute Vogt (SPD): Wer war der kleine Kreis? Also: Wen haben Sie damit gemeint?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Ja, das sind die, die hier in dem Bericht der KEWA genannt werden, die Mitarbeiter in diesem Standortteam.

Ute Vogt (SPD): Okay. - Sie haben ja dann mehrere Standorte untersucht. War das damals - - Können Sie noch mal erklären, wieso man diese Alternativen untersucht hat?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, wir haben ja zunächst mal Grobraster über die ganze Bundesrepublik durchgeführt und kamen ja auf 25 Standorte, die man dann genauer betrachtete, die dann aber alle entfallen sind. Also, im Spessart-Kreis war dann ein Umspannwerk der Bundesbahn gewesen, und da haben die gesagt: Das kommt doch gar nicht infrage; da kriegen wir Ärger mit der Bundesbahn. - Das war ja auch so ähnlich wie mit der Bundeswehr mit dem Schießplatz. Es gab dann viele, viele Gründe, insbesondere auch die Bevölkerungsdichte, die dann diesen Standort ausgeschlossen haben.

Ute Vogt (SPD): Jetzt hat man ja aber heute - - Zum Beispiel, wenn wir in die Schweiz schauen, würde ich sagen, ist Stand der Technik, dass man alternative Standorte untersucht, um das Bestmögliche zu finden. War das damals kein Thema, dass man sagt, man untersucht mehrere Standorte, um dann zu finden, welcher der am besten geeignete ist?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, das war ja genau das, was wir gemacht haben. Wir haben den Kreis der geeigneten Standorte ja immer mehr eingegrenzt. Und es blieben ja die drei übrig: Weesen-Lutterloh, Wahn und Lichtenhorst. Und man muss sich ja mal auf drei oder weniger konzentrieren. Diese Arbeiten kosten ja eine Menge Geld, so Tiefbohrungen¹²⁷. Und wir konnten ja nicht auf allen Salzstöcken nun mit Bohrungen anfangen. Das hätte ja auch der Bund gar nicht finanziert. Also, wir mussten schon den Kreis der höffigen Salzstöcke eingrenzen. Und ich würde meinen: Dass dann drei Standorte in der engeren oder engsten Wahl waren, das halte ich nach wie vor für richtig und für zweckmäßig.

Ute Vogt (SPD): Ja. Das ist auch nicht unser Punkt. Das sehe ich genau wie Sie auch. Das war richtig und zweckmäßig. Was ich nicht mehr nachvollziehen kann, ist, warum

¹²⁶ Richtigstellung des Zeugen: streiche „der“, Anlage 3

¹²⁷ Richtigstellung des Zeugen: streiche „ , so Tiefbohrungen“, Anlage 3

dann auf einmal eben nicht mehr diese von Ihnen lange gut vorbereitete Standortauswahl galt, sondern ein Standort auf einmal im Raum stand und eben keine Alternativen mehr dazu. Also, man hatte nicht auf die von Ihnen dargestellten Alternativen zurückgegriffen, sondern dann mit Gorleben sich auf einen quasi noch nicht so intensiv geprüften Standort gestürzt.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, Gorleben war zu meiner Zeit nicht im Gespräch gewesen. Es kann durchaus sein, dass es in Unterhaltungen immer mal wieder zum Vorschein kam, dass man sagte: Im Grunde haben wir ja einen hervorragenden Standort, nur können wir keinen Gebrauch davon machen. - Aber das gilt dann nachher auch für die drei anderen Standorte. Ob Wahn letztlich dann wirklich der geeignete Standort gewesen wäre, bezweifle ich; denn die Bundeswehr wäre da nicht weggegangen. Und Lichtenhorst noch: Das hätte ja dann erst mal eine Tiefbohrung zeigen müssen, ob es ein geeigneter Standort ist. Und was wir von Weesen-Lutterloh dann gesehen haben, war, dass er als Endlager möglicherweise in Betracht gekommen wäre, wenn er weiter erkundet worden wäre. Aber das hat ja nicht stattgefunden.

Ute Vogt (SPD): Okay. - Ich wollte noch mal nach dem Stichwort KEWA-Nachbewertung fragen, damit Sie es auch einordnen können. Es gibt hier im Ausschuss Streit über die Frage, ob es eben eine solche Nachbewertung gab. Denn das, was Sie berichten, stimmt mit dem überein, was wir in den Akten haben, nämlich keine -

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Keine.

Ute Vogt (SPD): - Nachbewertung. Und es gibt im Grunde nur eine Telefonnotiz - die wurde Ihnen ja vorgelegt - und diese nachträglich 1977 verfasste Tätigkeitsstudie, die andeuten, dass es eine solche Nachbewertung gab.

Aber deshalb ist es für uns ein ganz wichtiger Punkt. Sie haben ja schon gesagt, es gab aus Ihrer Sicht keine Nachbewertung. Wenn es eine solche möglicherweise ohne Ihr Wissen gegeben hätte, müsste die sich aber doch in den Akten befinden, oder? Weil

wir haben alle anderen Studien ja durchaus in den Akten gefunden. Also wenn Sie vielleicht noch mal was zu der Aktenführung im Haus ausführen könnten.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Sie werden sicherlich in den Akten auch nichts finden. Denn es hat auch nichts mehr stattgefunden; vielleicht das eine oder andere Gespräch. Professor Anger, der sozusagen unser großer¹²⁸ Geologe war, hatte ja dann noch andere Aufgaben. Er war ja der Chefgeologe der Firma Bayer AG und hat weltweit nach Flussspat schauen müssen. Und der Herr Hornke wurde im Anschluss an diese Geschichte nach Nigeria beordert, um dort einen Standort für eine pharmazeutische Anlage mit zu erkunden. Also er schied dann auch aus dem Team aus. Ich bin deshalb ein bisschen verwundert. Noch im August? Na gut; da war er vielleicht noch da gewesen, und das waren noch so die letzten Zuckungen¹²⁹ gewesen, die da die Leute von sich gegeben haben.

Ute Vogt (SPD): Danke schön.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Das Fragerecht geht jetzt an die FDP-Fraktion. Bitte schön, Frau Kollegin Brunkhorst.

Angelika Brunkhorst (FDP): Danke schön, Frau Vorsitzende. - Herr Dr. Schlitt, erst mal: Hochachtung für Ihre Kondition. Das ist ja ganz bemerkenswert.

Ich komme noch mal auf den Zwischenbericht der zweiten KEWA-Studie vom Oktober 77. Dort wird dann noch mal darauf hingewiesen, dass vom Standort Wahn her die Forderung gekommen ist, gleichzeitig und gleichrangig die Untersuchung aller der in Betracht gezogenen drei Standorte vorzunehmen. Ich beziehe mich auf MAT B 33, Seite 9.

Und wir haben ja schon viele Sitzungen in diesem Ausschuss gehabt. Wir haben ja mit den 80er-Jahren begonnen. Und wir hatten dann im letzten Jahr im Juni, am 10. Juni, einen Sachverständigen, den Herrn Kreusch, von der Opposition benannt. Und da hatte ich ihm damals die Frage gestellt - die Diskus-

¹²⁸ Richtigstellung des Zeugen: streiche „großer“, Anlage 3

¹²⁹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Zuckungen“, setze „Stellungnehmen“, Anlage 3

sion ging um den Stand von Wissenschaft und Forschung -, ab wann es denn überhaupt Stand von Wissenschaft und Forschung war, gleichrangig und gleichzeitig mehrere Standorte zu untersuchen, ob das denn im Jahr 83 so gewesen wäre. Und dann sagte er:

Dies war schon 1975/76 Stand von Wissenschaft und Technik.

Er verweist dann darauf, dass man vorhatte, damals ebendiese drei Standorte vergleichend zu bewerten.

Jetzt habe ich noch eine Frage dazu, und zwar: War es denn überhaupt realistisch, dass man das hätte umsetzen können, gleichzeitig und gleichrangig zu untersuchen, vor dem Hintergrund der vorhandenen Kapazitäten, Gerätschaften, Bohrgerätschaften, Personal usw.?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, in der Tat, wir hatten ja die Absicht, die drei Standorte zunächst hier gleichrangig zu untersuchen. Und das Geld stand ja auch zur Verfügung seitens des Forschungsministeriums. Nur, das Problem war, das schwere Bohrgerät auch immer rechtzeitig zu bekommen. Da gab es Vorlaufzeiten von bis zu einem Jahr, bis das Gerät dann auch zur Verfügung gestanden hätte. Und rein zufällig konnten wir bei Lutterloh schnell beginnen, weil Preussag hatte gerade eine Kapazität frei - die anderen noch nicht. Die waren eben zeitversetzt dann später dran. Aber die wären in der gleichen Weise dann auch mit Tiefbohrungen untersucht worden.

Angelika Brunkhorst (FDP): Also das hätte geheißen, man hätte sogar auch Tiefbohrungen an allen drei Standorten vornehmen wollen oder können?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Ja, das hätten wir gemacht. Ob wir dann wirklich bei Wahn eine Tiefbohrung niedergebracht hätten, das hätte dann von der Bundeswehr abgehangen, ob sie uns da auch hätte bohren lassen.

Angelika Brunkhorst (FDP): Gut. - Wie ich den Unterlagen entnehme - ich beziehe mich jetzt auf MAT A 173, einmal Seite 6 und Seite 15 -, war es ja dann doch so, dass man sich dann entschieden hat, den dann am

besten eingestuften Ort vertieft zu untersuchen und die beiden sozusagen als Reservestandorte nur abgeschwächt zu untersuchen. Entsprach das denn dann überhaupt noch dem Stand von Wissenschaft und Forschung? Sie haben ja eben gesagt, eigentlich war es damals schon Stand von Wissenschaft und Forschung. Musste man da nicht dann diesen Standard irgendwie unterschreiten? Wie bewerten Sie das?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, die drei Standorte waren ja nicht gleichwertig. Das hätte sich ja dann auch erst bei weiteren Untersuchungen ergeben. Ich hatte nur bei Weesen-Lutterloh den Eindruck, dass wir sehr bald in reines Steinsalz gekommen sind. Ob das nun bei den beiden anderen Standorten auch so gewesen ist - - Es gibt ja durchaus andere Formationen - Anhydrit und auf welche Probleme man da gestoßen wäre. Das hätte man dann eben durch Bohrungen erkunden müssen. Und es war damals¹³⁰ - - Ich kann nur sagen, wir sind mit relativ sehr wenig Geld ausgekommen, wenn ich bedenke, dass heute der Standort Gorleben, der ausgebaut worden ist, ja mehrere Milliarden gekostet hat. Von solchen Beträgen konnten wir damals noch gar keine Vorstellung haben.

Angelika Brunkhorst (FDP): Herr Dr. Schlitt, aufgrund der Proteste der Bevölkerung an diesen drei Standorten, zunächst ja in erster Linie in Wahn, hat man ja dann Mitte Februar 76 die Arbeiten vom BMFT sozusagen ruhen lassen, erst mal abgebrochen, und hat dann sozusagen eine Informationskampagne oder ein Informationsprogramm angesetzt. Das entnehme ich aus MAT B 33, Seite 7. Können Sie uns aus Ihrer Erinnerung noch mal schildern, wie das abgelaufen ist? Haben Sie das begleitet? Sind Sie um Beratung gefragt worden? Wie ist das passiert?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, ich sagte vorhin, dass an einem Standort - ich glaube, Lichtenhorst - von den Bauern ein Graben gezogen worden ist und dass in Weesen-Lutterloh noch kein Widerstand war.

¹³⁰ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Und es war damals“, Anlage 3

Es gab eine Versammlung, bei der ich dann auch erschienen bin. Aber die Menschen waren schon sehr aufgebracht, weil sie fürchteten, hier wird Radioaktivität in der Umgebung verstreut - und was alles für Vorstellungen bestanden haben. Aber das ist alles nicht mehr zum Tragen gekommen, weil dann eben schon sehr schnell die Entscheidung von Minister Matthöfer kam.

Angelika Brunkhorst (FDP): Ich springe jetzt inhaltlich ein wenig. Ich möchte auch noch mal dieses Verfahren einer Nachbewertung ansprechen. Und zwar gibt es diese Dissertation von dem Herrn Issel. Er war ja der Projektleiter. Und darin schreibt er dann auf der Seite 217 - ich zitiere jetzt aus dieser Dissertation -, dass

... zu Beginn des Jahres 1976 auf Wunsch des niedersächsischen Wirtschaftsministeriums weitere Standorte in die Voruntersuchung eingebracht wurden, zu denen auch Gorleben gehörte. Gorleben sei wegen der Nähe zur DDR-Grenze im Einvernehmen mit der Bundesregierung vorher nicht in die engere Wahl genommen, hatte aber ansonsten die günstigsten Bewertungen erhalten.

Zu welchem Zeitpunkt war Ihnen denn klar, dass Gorleben eigentlich die günstigsten Gesamtergebnisse erzielt hatte?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, im Grunde - - Ich sagte vorhin, wer die Salzkarten von Norddeutschland durchsieht, kann an Gorleben gar nicht vorbeikommen, weil es ein außerordentlich mächtiger Salzstock ist mit großen Tiefen, 26 Kilometer lang. Und ich war übrigens vor sechs Wochen unten gewesen in Gorleben und habe mir das angeschaut. Also, es ist schon beeindruckend, was da inzwischen ja auch gemacht worden ist. Also sozusagen: Der fällt auf. Man greift dann auf große Salzstöcke zu, die noch nicht abgebaut worden sind, wo es noch keine Abbauarbeiten gab. Es gibt ja gar nicht mal so sehr viele, wo noch nicht abgebaut worden ist. Und da fiel also Gorleben auf. Und wir sind ja auch auf Weesen-Lutterloh gestoßen und auf die anderen. Also, da gab es schon Kriterien, wo man sagte, hier scheint ein Salzstock zu sein - aufgrund der Karten;

mehr hatten wir ja zunächst gar nicht -, der einen guten Standort verspricht. Mehr konnten wir ja aus den Karten auch noch nicht entnehmen.

Angelika Brunkhorst (FDP): Wir haben vorhin den Zeugen Herrn Schubert auch zu den, sagen wir mal, Bewertungskriterien befragt. Und zwar hat es ja Kriterienblöcke gegeben zur wirtschaftlichen Struktur, zu der Besiedlungsstruktur usw. Und ein Block waren eben auch die Sicherheits- und Umweltbelange. Und von den Kritikern am Salzstock oder an der Erkundung des Salzstocks Gorleben wurde ja immer bemängelt, dass im Grunde genommen nur 12,8 Prozent der Punkte oder der Untersuchung in diesem Bereich Sicherheitsaspekte ausmachten und dass das ja eigentlich viel zu wenig war. Wie können Sie erklären, dass das eigentlich nur 12,8 Prozent der Erwägungen waren?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, so ganz habe ich die Frage nicht verstanden. Die Sicherheit eines Endlagers ist eben deutlich besser zu meistern, würde ich mal sagen, als die Sicherheit für eine Wiederaufarbeitungsanlage. Die Sicherheitskriterien für eine Wiederaufarbeitungsanlage, die ja bei uns immer etwas im Vordergrund gestanden hat, sind ja viel stringenter gewesen. Also, wir waren immer der Meinung: Endlager Salzstock dürfte keine großen Sicherheitsrisiken mit sich bringen; denn es wird ja alles nach unten in das Salz eingebracht. Es gab ja verschiedene Modelle, wie man es einbringt, ob man das in eine Kaverne einfach hineinkippt oder ob man Stollen baut und dort richtiggehend lagert. Heute überlegt man ja, ob man die ganzen Brennelemente ohne Aufarbeitung unten im Salzstock aufbewahrt.

Also, das war damals die Überlegung, die man hatte. Aber der Salzstock als solcher galt - das ist meines Erachtens Stand von Wissenschaft und Technik - als der sicherste Aufbewahrungsort für hochradioaktive Abfälle. Und wenn es richtig gemacht wird - - Also, ich meine, es gibt ja auch Länder - - Ich habe immer die Erfahrung gemacht, wenn ich nach England oder nach Frankreich kam: Dort wird auch die Sicherheit selbstverständlich sehr ernst genommen; aber irgendwo ist man gelassener. Und die Deutschen wurden immer etwas so angesehen, dass wir mit

unserem Perfektionismus die Sicherheit auf die Spitze trieben. Und wenn wir Redundanz - - Das wurde im Englischen immer falsch verstanden. Redundanz war überflüssig für sie. Redundanz ist aber nicht überflüssig, sondern ist, wenn eine Sicherheit ausfällt, dass die andere Sicherheit dann sofort eingreifen kann.

Angelika Brunkhorst (FDP): Vielen Dank.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Das Fragerecht geht jetzt an die Fraktion Die Linke. Bitte schön, Frau Kollegin Voß.

Johanna Voß (DIE LINKE): Danke schön, Frau Flachsbarth. - Herr Schlitt, ich habe eine Frage noch mal zu dem, wie die KEWA gearbeitet hat. Das war so wunderbar klar, wie Sie als Chef der KEWA hier dargestellt haben: Das waren die Arbeitsaufträge. So haben wir die abgearbeitet. Und das sind die Ergebnisse. - Alles klar.

Ich finde jetzt in der *FAZ* vom 1. Juni 2010 einen „Beitrag zur Versachlichung“ der Gorleben-Debatte unter „Zeitgeschehen“. Und da, meine ich, hat die *FAZ* vielleicht was falsch verstanden, oder Herr Dr. Tiggemann ist nicht richtig wiedergegeben worden. Jedenfalls passt das, was hier sachlich steht, nicht zu dem, was Sie gesagt haben. Ich sage Ihnen das mal:

Tiggemann, der vor sechs Jahren die bisher umfangreichste wissenschaftliche Studie über den Gorleben-Komplex vorgelegt hat, verfasste eine hundert Seiten starke, akribisch dokumentierte Expertise, die den bisherigen Kenntnisstand um einige Nuancen erweitert. Unter anderem geht daraus hervor, dass nicht nur niedersächsische Behörden Gorleben den Vorzug vor anderen Standorten gegeben hatten. Auch

- und jetzt kommt es -

die vom Bund mit dem Auswahlverfahren beauftragte Kernbrennstoffwiederaufarbeitungsgesellschaft (Kewa) setzte den Ort im Wendland in einer Vergleichsuntersuchung auf Platz eins.

Also Gorleben, steht hier, wurde vergleichend untersucht von der KEWA und landete auf Platz eins. Was können Sie dazu sagen?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, was heißt Untersuchung? Untersuchung ist ja schon, wenn wir uns die ganzen Salzlagerstätten auf der Karte angucken. Und die Geologen haben ja ein Gespür dafür, wo ein geeigneter Salzstock sein könnte. Das können Sie ja auch schon als eine Untersuchung ansehen. Denn wir waren ja der Meinung, dass Gorleben der hervorragende Standort ist. Also hatten wir ja doch die Karten studiert und untersucht. Das meinte Herr Tiggemann wahrscheinlich damit. Wir sind nur zu dem Ergebnis gekommen, aus diesen politischen Gründen, dass der eben für diesen Zweck nicht geeignet ist. Aber „untersucht“ heißt: Wir haben das ganze Kartenmaterial doch durchgesehen auf geeignete Endlagerstätten im Salz. Und da fiel Gorleben natürlich als bester auf. Aber dann haben wir uns für die nächsten drei anderen entschieden, zunächst einmal, sie näher zu untersuchen, und Gorleben ausgeklammert.

Johanna Voß (DIE LINKE): Gut. Aber unter den KEWA-Untersuchungen, die ich hier in der Studie, also in dem Tätigkeitsbericht vom 01.01. bis 31.12.76 vor mir liegen habe, sehe ich ja, dass wirklich die drei Standorte - - Hier ist ordentlich viel Material, was da gearbeitet worden ist. Aber zu Gorleben ist da eben nichts Gearbeitetes drin.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Nein.

Johanna Voß (DIE LINKE): Also, in dem Sinne ist es nicht untersucht worden?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Nein, nein.

Johanna Voß (DIE LINKE): Auch nicht vergleichend?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Überhaupt nicht untersucht, noch nicht einmal Flachbohrungen oder seismologische, sondern es waren nur Salzkartenbetrachtungen gewesen.

Johanna Voß (DIE LINKE): Gut. Dann verstehen wir uns richtig.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Ja.

Johanna Voß (DIE LINKE): Und jetzt noch mal zurück zu der Situation in Wahn: Also da war jetzt für 5 Millionen Euro untersucht worden und auch tiefgebohrt worden, und es gab brauchbare und gute Ergebnisse.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Nicht Wahn. Das war Weesen-Lutterloh.

Johanna Voß (DIE LINKE): Weesen-Lutterloh?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Ja.

Johanna Voß (DIE LINKE): Ah, das war Weesen-Lutterloh. Gut. Und da hatten Sie jetzt in Ihrem Einführungsreferat gesagt, da sind 5 Millionen Mark in den Sand gesetzt worden.

Und Sie haben Ihren Auftrag, überhaupt zu untersuchen, die drei Standorte, ziemlich schnell, also von einem Tag auf den anderen, abbrechen müssen. Gab es da eine Entschädigung? War das zu Ende? Oder wie ging denn das finanziell aus?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Die Preussag musste natürlich bezahlt werden. Wir hatten ja einen Vertrag. Und wenn der vorzeitig von uns abgebrochen wurde - nicht ohne einen ersichtlichen Grund; es war ein politischer Grund gewesen; aber ohne sachlichen Grund -, dann musste das bezahlt werden; natürlich.

Johanna Voß (DIE LINKE): Richtig. Das ist also bezahlt worden. - Dann hatte ich noch eine Frage, nämlich: Nachdem dann diese Entscheidung weg war, dass auch eine Wiederaufarbeitungsanlage gebaut werden soll, blieb ja nur noch die Suche nach einem geeigneten Standort für ein Zwischenlager bzw. Endlager. Und da, hätte es da eine richtige, hätte es da auch eine neue - - Also: Wäre es da sinnvoll gewesen, auch erneut eine vergleichende Untersuchung zu machen für genau diese jetzt ja neu definierte Aufgabe?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, das Konzept, das sogenannte Entsorgungszentrum, war ja im Grunde richtig. Und das wurde ja immer verfolgt - bis zum Schluss, bis eben zum Abbruch, bis Niedersachsen eben Probleme hatte und Niedersachsen erklärte: Hier

gibt es keine Wiederaufarbeitung. - Damit war das Konzept des Entsorgungszentrums zunichtegemacht. Und da blieb es nur übrig, zu sagen: Okay, dann machen wir eine Endlagerstätte in Niedersachsen - so ist es ja dann auch gekommen -, und die Wiederaufarbeitung muss sehen, wo sie bleibt. - Und sie ist ja dann auch gewandert. Es gab ja noch mal einen Antrag, der in Niedersachsen gestellt worden ist, auf Errichtung einer Wiederaufarbeitungsanlage. Warum der aber in der Zeit gestellt worden ist durch die DWK, kann ich nicht beurteilen. Man ist ja dann nach Wackersdorf gegangen.

Johanna Voß (DIE LINKE): Danke schön.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Keine weiteren Fragen von den Linken? - Prima. Dann geht das Fragerecht jetzt an Bündnis 90/Die Grünen. Bitte schön, Frau Kotting-Uhl.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. - Herr Dr. Schlitt, wir haben es ja hier oft ein bisschen schwer, die Dinge aufzuklären, weil sich die Zeugen verständlicherweise nach so langer Zeit oft nicht mehr erinnern. Umso erfreulicher, muss ich sagen, ist es, dass wir heute einen Zeugen haben, der sich sehr gut erinnert und sehr klar ausdrückt. Und ich freue mich natürlich auch, dass Sie als damaliger Geschäftsführer der KEWA, also wohl der berufene Mund für die Frage, was die KEWA in dieser Zeit eigentlich an Studien gemacht hat, sehr klar gesagt haben, dass es diese Nachbewertung zumindest von der KEWA nicht gab. Und ich glaube, das können wir jetzt in diesem Ausschuss auch einfach mal so zur Kenntnis nehmen; denn das ist sicher die richtige Adresse, von der das kommt.

Ich würde deshalb jetzt gerne übergehen zu der Ihnen schon von der Frau Vorsitzenden überreichten sogenannten KEWA 1225, die, wie gesagt, keine Studie ist, sondern der Tätigkeitsbericht der KEWA, und zwar vom Jahr 1976, also dem letzten Jahr, in dem die KEWA, wenn ich Sie richtig verstanden habe, diese Aufgabe noch selbst geleistet hat. Danach hat die PWK das dann übernommen.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Ja.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In diesem Bericht wird sehr aus-

föhrlich berichtet, wie die Bohrungen, die Untersuchungen an diesen drei Standorten Wahn, Lichtenhorst und Lutterloh vor sich gingen - auf neun Seiten ungefähr. Dann wird gesagt oder geschrieben, dass aufgrund der Diskussionen in der Öffentlichkeit die Notwendigkeit da war, das Konzept zu ändern, und dass man dementsprechend eine neue Kostenkalkulation erarbeitet und dem BMFT im Juni 1976 zur Genehmigung vorgelegt hat.

Dann heißt es:

Die Bewilligung dieses erweiterten Arbeitsprogramms erfolgte im Berichtszeitraum

- also im Jahr 76 -

nicht mehr.

Das war also Punkt 2.

Unter Punkt 3 geht es dann wieder weiter: Durchführung, Ergebnisse der Untersuchung. Da kommen noch einmal dreieinhalb Seiten, Lutterloh, Lichtenhorst, Wahn. Dazwischen - und das ist jetzt das Spannende - ist auf Seite 9 und Seite 10 ein relativ - im Verhältnis zu der ganzen Länge dieses Tätigkeitsberichts - kleiner Absatz, den ich Ihnen jetzt mal zitieren möchte. Da steht:

Da seit der Standortermittlung im Jahre 1974 einige Auswahlkriterien hinsichtlich ihrer Bedeutung inzwischen anders bewertet werden, wurde nachgeprüft, ob sich neben Wahn, Lichtenhorst und Lutterloh neue Standortalternativen finden lassen. Diese Untersuchung wurde durchgeführt mit dem Ergebnis, daß die ursprünglich ausgewählten Standorte nach wie vor als sehr günstig anzusehen sind und daß sie lediglich vom Standort „Gorleben“ übertroffen werden. Dieser Standort war bei der Untersuchung im Jahre 1974 ausgeschieden, weil er nach den damals zugänglichen Planungsunterlagen in einer Erholungs- bzw. Ferienzone lag.

Das deckt sich ja mit dem, was Sie berichtet haben. Was sich nicht deckt, ist die Tatsache, dass es da jetzt Untersuchungen gab und man festgestellt hätte, Gorleben liegt anhand von Kriterien plötzlich an erster Stelle. Das deckt sich nicht mit dem, was Sie uns bisher berichtet haben. Das ist auch ein relativ kleiner Abschnitt im Vergleich zu den ausführlichen Untersuchungen, die dargestellt werden, oder Ergebnissen, die man bei

diesen anderen drei bekannten Standorten inzwischen hat.

Sie haben ja wahrscheinlich jedes Jahr so einen Tätigkeitsbericht abgegeben. Den vom Jahr davor haben wir auch, also die KEWA, und die war ja immer sehr gründlich. Würde in einem Tätigkeitsbericht der KEWA ein solch kleiner Abschnitt stehen, ohne dass die Untersuchungen benannt werden, die in dem Jahr gemacht wurden - angeblich, sage ich mal -, und nur mit dem Ergebnis, dass Gorleben nun plötzlich alle anderen übertrifft? Wäre das die Art, wie die Tätigkeitsberichte der KEWA gemacht wurden?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Wie gesagt, den Bericht kenne ich ja nicht. Der ist ja 77 veröffentlicht worden. Ich weiß gar nicht, wann er geschrieben worden ist. Jedenfalls, er ist veröffentlicht worden, da war ich kein Geschäftsführer mehr von der KEWA. Wie gesagt, es hängt immer von dem Verfasser, von dem Berichterstatter ab, der so was schreibt. Da hätte ich schon gesagt: etwas genauer, etwas mehr.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ein bisschen schlampig, oder?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Nur, Naherholungsgebiet, das war nicht das Kriterium, sondern die Nähe der DDR war das Kriterium, weshalb wir es ausgeschlossen haben. Wir haben ja auch immer vermieden, Naherholungsgebiete und Naturschutzgebiete auszuklammern, obwohl gerade Naturschutzgebiete flächenmäßig sehr geeignet gewesen wären: dünne Bevölkerung, keine Milchwirtschaft usw. Es kam uns - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann deckt sich auch der Punkt also nicht mit dem, was Sie in Erinnerung haben, dass es auch das falsche Kriterium ist, was da benannt wurde, weswegen Gorleben ausgeschlossen worden war?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Ja, so ist es. Ich meine, wir würden Erholungsgebiete sicherlich ausnehmen; denn der Tourismus in einer solchen Gegend, der ja auch gerade in Gorleben stattfindet, hätte doch nur Probleme gemacht. Also, von daher - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darf ich Ihnen mal sagen, Herr

Dr. Schlitt, worauf ich hinauswill mit der Frage? Es passt ja offensichtlich nicht zu dem Tätigkeitsbericht ansonsten, was da benannt wird. Dass man Gorleben plötzlich als besten Standort nach Kriterien ausgewählt, untersucht usw. und gefunden hat, passt nicht zu Ihrer Erinnerung, und auch das Kriterium, warum Gorleben ursprünglich ausgeschlossen wurde - das haben Sie gerade noch mal berichtet -, ist auch nicht das, was es tatsächlich war. Mein Eindruck ist, dass dieser Abschnitt nachträglich eingefügt wurde.

Nun finde ich den Zeitraum, nach dem Sie eben auch gefragt haben, sehr spannend; denn dieser Bericht, der zwar über das Jahr 76 geht, wurde verfasst im Oktober 1977, also von der PWK dann, zumindest veröffentlicht von der PKW.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Ja.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, es mag sein, dass ein großer Teil des Berichtes vorlag und dann von der Nachfolgeorganisation, die Ihre Aufgabe übernommen hatte, ich sage mal, überarbeitet wurde, ein passendes Stück hinzugefügt und dann veröffentlicht wurde.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, dazu kann ich natürlich nichts sagen. Ich habe den Bericht - - Den kenne ich ja nicht. Er ist auch von mir deshalb nicht überarbeitet worden. Ich kann mir allerdings schlecht vorstellen, dass jemand hingeht und einen Bericht, ich glaube, der noch unseren Namen trägt, überarbeitet und Dinge hineinschreibt, die nicht ganz korrekt wären. Aber wenn da steht, dass Gorleben der beste Standort ist - ja, die Meinung hatten wir ja immer schon gehabt, das ist ja nichts Neues.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber es gab keine Untersuchungen dazu im Jahr 76. Das ist das Entscheidende.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Nein, es gab keine, außer der Salzkartenuntersuchung.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ja das Entscheidende. Ob Sie das schon immer gedacht haben, das ist ja auch gar nicht der Untersuchungsgegenstand, sondern die Frage ist: War es richtig, dass es diese Untersuchungen im Jahr 76

anhand von Kriterien gab und danach dann Gorleben, sozusagen wissenschaftlich untersucht, als bester dastand? Ob Sie immer sagten im kleinen Kreis: „Das ist der beste“, ist was ganz anderes.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, Untersuchungen der Art, wie Sie sie jetzt meinen, hat es nicht gegeben. Das wüsste ich.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Danke.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank. - Damit sind wir am Ende der ersten Berliner Runde.

Wir haben ja gesagt, dass wir ungefähr nach zwei Stunden immer eine kleine Pause machen wollen. Die zwei Stunden wären um Viertel nach um. Jetzt ist die Frage, ob wir jetzt eine kleine Pause bis um Viertel nach machen und dann mit der nächsten Berliner Runde beginnen würden. Wollen wir das machen? - Gut, dann ist das so. Dann unterbreche ich jetzt die Sitzung bis Viertel nach. Jeder hat die Möglichkeit, einmal vor die Tür zu gehen, und dann machen wir weiter. - Vielen Dank.

(Unterbrechung
von 17.05 bis 17.16 Uhr)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: So, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann lassen Sie uns fortfahren. Ich sehe im Moment noch nicht wirklich eine Kollegin bzw. einen Kollegen der Grünen. Gut, die werden dann aber sicherlich noch dazu stoßen; davon gehe ich aus.

Außerdem ist das Fragerecht jetzt in der zweiten Berliner Runde bei der Union. - Bitte schön, Herr Kollege Grindel.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Herr Zeuge, so klar wie die Grünen die Welt sehen, ist sie nicht; denn wir haben eine Fülle von Zeugen, die zum Beispiel gesagt haben, dass beim Ministergespräch am 11.11.1976 Gorleben Thema war, und zwar weil es vorher auch gerade von Bundesseite thematisiert worden ist. Etwa der Minister Friderichs hat uns hier gesagt, dass - -

(Zuruf der Abg. Ute Vogt (SPD))

- Ach, Frau Vogt, nun wollen wir mal die Kirche im Dorf lassen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Bitte ein korrektes Zitat.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Insofern würde ich gerne mal wissen - rein, weil ich das noch nicht ganz begriffen habe -: Sie sind Ende 76 ausgeschieden bei der KEWA. Haben Sie da bis zum letzten Tag gearbeitet, oder war das so ein Prozess, wie man es ja manchmal hat, dass man auch schon vorher freie Tage, Überstunden - wie auch immer - abgebummelt hat? Oder waren Sie bis zum letzten Tag da tätig?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Nein, ich war ja in Höchst verblieben bis 78. Ich habe lediglich meine Tätigkeit als KEWA-Geschäftsführer niedergelegt wegen der Verhandlungen mit den EVUs; denn ich war ja Verhandlungspartner zum Verkauf der KEWA an die EVUs. Ich konnte also gar nicht mit übernommen werden. Deshalb war es gut, dass ich als KEWA-Geschäftsführer meine Aufgabe niedergelegt habe, um etwas freier zu sein bei den Verhandlungen zum Verkauf der KEWA an die EVUs.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das habe ich insofern nicht begriffen: Wie stark waren Sie denn in das operative Geschäft derjenigen noch eingebunden, die da ihren Dienst versehen haben?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, in der Zeit war ich maßgeblich beschäftigt mit den Verhandlungen mit den EVUs auf Übernahme der Gesellschafteranteile der KEWA. Das war ein langwieriges Ringen, das sich über Monate hinweg gezogen hatte. Insofern war ich noch voll und ganz natürlich bei der KEWA. Nur, ich war in der Zeit nicht immer vor Ort, etwa bei der - - Ich musste mich ja auf das Team verlassen, das ja vor Ort war und auch die Untersuchungen durchgeführt hat. Ich selbst hatte ja auch noch andere Aufgaben in Höchst gehabt.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Alles völlig okay. Es geht uns nur darum, hier Abläufe und Informationswege zu erkunden. Also mit anderen Worten: Sie waren dann in der zweiten Jahreshälfte 76 vor allen Dingen mit die-

sen Übernahme-/Vertragsverhandlungen befasst?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das heißt, es ist denkbar, dass in dem Team, wie Sie es ausdrücken - ich will jetzt nicht sagen: Studie oder Nachbewertung, Untersuchung; lassen Sie das alles weg -, für das Bundesministerium, insbesondere für Wissenschaft und Forschung, Erhebungen - was heißt „Erhebungen“? - oder Ausarbeitungen gemacht worden sind, wie denn mit der Situation nach dem 10. August umgegangen werden kann, dass jetzt gesagt wurde: An den ursprünglichen drei Standorten geht es nicht mehr. Das ist vorstellbar?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Ja. Also für mich war nach dem 10./11. August die Standorterkundung zunächst mal abgeschlossen. Ich hatte auch in der Zeit mich weiter mit dieser Frage nicht mehr beschäftigt.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sie persönlich?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Ja. Ich hatte nach wie vor natürlich die Aufgabe in Höchst - ich war ja auch für die Urananreicherung zuständig -, die Verhandlungen zu begleiten, unser Brasilien-Geschäft weiterzuführen, und was es alles noch für Aufgaben gab. Die Projektleitung musste ja auch betreut werden für die Vorbereitung der Konzeptstudie und des Vorprojektes. Das musste ja auch alles weiterlaufen. Die Standorterkundung war ja nur ein Teil der KEWA-Arbeit gewesen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Völlig klar. - Also, 10./11. August politische Vorgabe durch Matthöfer, auch durch Gespräche mit Albrecht: Da geht es nicht an den drei in Aussicht genommenen Standorten. Das heißt, es muss ja weitergegangen sein. Der Matthöfer war ja stark unter Druck. Das war die treibende Kraft am 11. November bei dem Gespräch mit Herrn Albrecht. Man wird doch dort in dem Haus Überlegungen angestellt haben: Was machen wir jetzt? Gibt es andere Orte?

Können Sie denn ausschließen, dass da vom Bundeswissenschaftsministerium dann mit Ihrem Team oder Mitgliedern des Teams gesprochen worden ist und gesagt worden ist: „Wo sind Alternativen? Was könnten wir jetzt machen?“ und dann sich Einzelne aus Ihrem Team erinnert haben, dass, wenn man diese politischen Bedenken gegen die Grenznähe fallen ließe, Gorleben ein geeigneter Standort wäre?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, ich kann aus der damaligen Zeit mich erinnern, dass das Forschungsministerium unter großem Druck stand.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Es musste eine Lösung herbeigeführt werden.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Genau.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Der Bund war für die Standorterkundung des Endlagers ja zuständig. Nun, das Ministerium selbst hatte den Stopp der Erkundungen verfügt. Das Ministerium musste jetzt nach einem Ausweg suchen. Ich bin ganz sicher, dass Hintergrundgespräche zwischen Bundesministerium und dem Land Niedersachsen stattgefunden haben. Es war ja eine Bundesaufgabe, und man versuchte jetzt - vielleicht ohne Rücksicht auf die KEWA -, mit dem Land Niedersachsen zu einem Einvernehmen zu kommen: Wo wollen wir denn nun weniger vielleicht die Wiederaufarbeitung, aber das Endlager hinsetzen? Da war das Ministerium sicherlich unter großem Druck. An den Verhandlungen, die zwischen den beiden Ministerien - Land und Bund - geführt worden sind, waren wir als KEWA nicht unbedingt beteiligt gewesen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aber würden Sie, wenn da auch Hilfestellungen gegeben worden sind aufgrund eben der Vorüberlegungen, die es ja auch bei Ihrem Team gegeben hat, sagen: „Das wüsste ich in jedem Fall; da ist über jedes Telefonat oder über jeden Kontakt immer eine Aktennotiz erstellt worden“, oder kann man davon ausgehen,

da kann auch wegen Ihrer Inanspruchnahme in anderen Bereichen durchaus auch informell beraten worden sein?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, um diese Zeit - - Ich sagte Ihnen, es gab ja langwierige Auseinandersetzungen wegen des Verkaufs der KEWA-Anteile an die EVUs. Die EVUs waren in der Pflicht, nicht für die Entsorgung, aber für die Wiederaufarbeitung Sorge zu tragen; denn die Änderung des Atomgesetzes stand im Raum, dass künftig Kernkraftwerke nur genehmigt würden, wenn die Wiederaufarbeitung gesichert ist, -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: - sodass ein Teil der Verhandlungen schon gar nicht mehr von der KEWA unmittelbar, sondern schon von den EVUs unmittelbar mit Niedersachsen und auch mit dem Bund geführt worden ist¹³¹, sozusagen: Sie hatten ja schon den Fuß voll in der Tür und wussten, dass die Verantwortung für die Wiederaufarbeitung und die Schließung des Brennstoffkreislaufes auf sie zukommt, von ihnen finanziert werden muss.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Über die PWK?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Über die PWK, später DWK.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Gab es da denn schon Mitarbeiter, die auch operativ was gemacht haben in der PWK in dem Bereich?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Das heißt, die EVUs über die PWK hatten eine ganze Reihe von Mitarbeitern, die schon eingebunden wurden, aber nicht nur etwa in Entsorgung, sondern auch in das Projekt für die Wiederaufarbeitung. Das Projekt, die Wiederaufarbeitung, war ja auch das große Schmerzenskind.¹³² Es waren ja noch nicht die Erfahrungen der Pilotanlage voll ausgewertet. Es gab immer noch einen Teil von For-

¹³¹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „ist“, setze „sind“, Anlage 3

¹³² Richtigstellung des Zeugen: streiche „Das Projekt, die Wiederaufarbeitung, war ja auch das große Schmerzenskind.“, Anlage 3

schungsarbeiten, die noch keinen Abschluss gefunden hatten, und da hatten nun schon die EVUs im Hinblick auf die Übernahme der Verantwortung sich maßgebend eingeschaltet, und von daher gehe ich davon aus, dass sie, auch was das Endlager angeht, maßgeblich mit dem Bund verhandelt oder mit dem Lande Niedersachsen verhandelt haben.

Es klang ja vorhin an, dass Professor Mandel auch ein Gespräch geführt hat. Die EVUs waren genauso unter großen Druck geraten. Das ist natürlich unwichtig, aber die¹³³ Chemie hatte sich zurückgezogen, und das war natürlich für die EVUs eine völlig neue Situation. Die EVUs waren auf dem Gebiet der chemischen Technologie nicht bewandert. Man betätigt sich im Grunde ja auch nur auf einem Gebiet, in dem man sich auskennt, und nun wurde ihnen die Wiederaufarbeitung sozusagen - und dabei auch noch die Endlagerung - vom Bund aufgedrückt, und Kernkraftwerke standen unter dem Vorbehalt einer Lösung der Entsorgung.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Vielen Dank.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gibt es weitere Fragen von der Unionsfraktion? - Das ist nicht der Fall. Dann geht das Rederecht jetzt an die SPD-Fraktion.

Ute Vogt (SPD): Ich habe im Moment keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Im Moment keine weiteren Fragen. Dann hat die FDP-Fraktion Fragerecht. - Auch keine weiteren Fragen. Dann geht das Fragerecht an die Linken.

Jens Petermann (DIE LINKE): Noch mal eine kurze Nachfrage. Wenn die KEWA einen neuen Auftrag für eine neue Studie bekommen hätte, hätte sich das doch auch in den Büchern niederschlagen müssen. Das heißt, es hätte eine entsprechende Abrechnung geben müssen. Hat es Derartiges gegeben?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Abrechnungen sind erfolgt für die Arbeiten, die wir getan

hatten. Wenn es aber einen neuen Auftrag gegeben hätte während meiner Zeit, hätte ich davon gewusst; denn ich muss ja auch unterschreiben, wenn es ein Auftrag ist. Es ist aber keiner erfolgt in der Zeit danach.

Jens Petermann (DIE LINKE): Danke.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Keine weiteren Fragen von Ihnen? - Dann geht das Fragerecht jetzt an Bündnis 90/Die Grünen. Bitte.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Dr. Schlitt, noch mal zu der KWA 1225. Es gibt ja zwei Exemplare KEWA 1225, einmal den Tätigkeitsbericht vom Jahr 1975. Das ist der, den Sie auch in Ihrem Besitz hatten -

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Ja.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und den Sie mit einem Brief ans Sekretariat hierher zur Kenntnisnahme übersandt haben. Und dann gibt es eben den vom Jahr darauf, 1976, von dem Sie sagen, den kennen Sie gar nicht und Sie wissen auch nicht, wer den geschrieben hat.

Jetzt ist es aber so, dass bei beiden die gleichen Personen, die also auch diesen Bericht dann verantworten, benannt werden, und da steht eben als letzter Name und entscheidender Name: „Leiter der Forschungsstelle A. Schlitt“. Das ist sowohl bei dem Bericht, den Sie noch in Ihrem Besitz hatten und den Sie geschickt haben, vom Jahr 75 wie auch bei dem zweiten vom Jahr 76. Das heißt, dieser Bericht, den Sie nicht kennen und der eben über Gorleben Aussagen trifft, von denen Sie sagen, das haben Sie so nicht in Erinnerung, dass das so war, also dass man Gorleben untersucht hätte und dass Gorleben wegen Nichteignung, wegen Feriengebiet ausgeschlossen worden wäre, dieser Bericht läuft unter Ihrem Namen. Wie würden Sie denn so was nennen?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Der Bericht läuft offenbar deshalb noch unter meinem Namen, weil es ein Bericht gegenüber dem Forschungsministerium ist. Das heißt, der Auftrag war an die KEWA gerichtet. Ich war der Geschäftsführer der KEWA. Ich musste sozusagen auch Vertragspartner sein und un-

¹³³ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Das ist natürlich unwichtig, aber die“, setze „Die“ Anlage 3

terschreiben, und das ist dann nachher einfach fortgesetzt worden.

Hier ist - - Wenn ich oben „Hannover“ sehe, dann war der Bericht schon zur DWK oder PWK nach Hannover gegangen und gar nicht mehr in Höchst oder in Karlsruhe gewesen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Dieser Bericht ist wohl redigiert worden, noch mit all den Namen des alten Teams, von der PWK, also von den EVUs schon.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, und es ist eben dieser Abschnitt über Gorleben drin, der nicht zu dem passt, was Sie in Erinnerung haben, wie mit Gorleben umgegangen wurde, wie das behandelt wurde von der KEWA aus, und taucht dann eben hier auf mit Ihrem Namen, ohne dass sich irgendjemand zu erkennen gibt. Er behandelt zwar das Jahr 1976, aber er wird im Oktober 1977, also als die Aufgabe bereits an die PWK übergegangen war, veröffentlicht und überreicht. Offensichtlich ist dieser Bericht ja mit Ihnen, der hier als Name steht, gar nicht abgestimmt worden; sonst hätten Sie bei diesem Teil Gorleben ja gesagt: Halt mal, Jungs, das sieht ein bisschen anders aus.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Ich habe gerade mal in der Pause hineingesehen. Da sind Dinge, wo ich sage: Da kann ich mich gar nicht entsinnen, dass das in 76 alles so gelaufen ist. Das war also die Übergangszeit, wo die EVUs das alles schon an sich genommen haben, offenbar auch diesen Bericht, den noch unsere Leute gemacht haben. Ob sie den überarbeitet haben oder ob das noch der Bericht ausschließlich unserer Leute war, von dem Höchst/KEWA-Team, das kann ich nicht sagen. Ich sehe nur, dass dieser Bericht in Hannover verfasst worden ist, also außerhalb meines Einflusses.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber an der Stelle zu Gorleben können Sie ja schon sagen, dass das eigentlich nicht das ist, was die KEWA gemacht hat. Das haben Sie heute zumindest schon gesagt.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Ich habe den Bericht ja gar nicht gesehen. Dann hätte ich wahrscheinlich auch redigiert und gesagt: Dies und jenes ist nicht so ganz zutreffend.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich will jetzt trotzdem noch mal fragen: Finden Sie das denn in Ordnung, wie da vorgegangen wurde? Da werden also, ich sage mal, wahrscheinlich Fragmente von einem Tätigkeitsbericht, die es schon gibt, übernommen, von der Nachfolgeorganisation wird irgendwie überarbeitet, es wird was hinzugefügt, und dann wird es mit Ihrem Namen überreicht, ohne dass Sie es offensichtlich vorher gesehen haben. Ist das in Ordnung?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, ich kann ja nun nicht ausschließen, dass dieser Bericht noch von dem Team, dem KEWA-Team, erstellt worden ist und der PWK nach Hannover überreicht worden ist, ohne dass er mit mir abgestimmt worden ist. Das will ich nicht ausschließen. Ich kann es Ihnen aber nicht genau sagen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie können mir schon sagen, um es gerade noch mal zu wiederholen, dass dieser Abschnitt über Gorleben - es ist ja ein Tätigkeitsbericht - nicht

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Nein.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - der Tätigkeit der KEWA entspricht?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Nein, das war nicht unsere Auffassung. Wir hatten ja nur die politischen Bedenken. Andere Bedenken sind gar nicht erörtert worden, solange¹³⁴ ich mich erinnern kann, ob da nun Feriengebiet, Erholungsgebiet war; denn gerade Erholungsgebiete, Naturschutzgebiete haben wir ja auch ausklammern müssen. Sie werden sich vielleicht nicht mehr daran erinnern können - Weesen-Lutterloh war deshalb auch zunächst mal ausgesucht worden -:¹³⁵ Es

¹³⁴ Richtigstellung des Zeugen: streiche „lange“, setze „weit“ Anlage 3

¹³⁵ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Sie werden sich vielleicht nicht mehr daran erinnern können - Weesen-Lutterloh war deshalb auch zunächst mal ausgesucht worden -:“, Anlage 3

gab damals erhebliche Waldbrände in der ganzen Südeide, verheerende Waldbrände, und keiner wusste, was mit diesem ganzen Gebiet Südeide in Zukunft passieren würde.¹³⁶ Wir sind aber dennoch nicht in das Gebiet gegangen. Das hat die Suche nach einer Wiederaufarbeitungsanlage nicht wesentlich, aber auch mit beeinflusst, dass ganze Gebiete völlig zerstört waren.¹³⁷

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie haben sich jedenfalls auftragsgemäß mit Wahn, Lichtenhorst und Lutterloh befasst?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Ja.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Danke.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Keine weiteren Fragen von der Fraktion Bündnis 90? - Keine weiteren Fragen. Dann auf in die nächste Runde. Für die Union Herr Kollege Grindel.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Können wir das noch mal mit Hannover klären, weil meine Mitarbeiter gerade sagen, es kann eine Verwechslung sein, dass es ein Stempel der Uni Hannover ist, weil wir offenbar von dort die Studie bekommen haben, wenn ich es richtig verstanden habe.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Hier steht „UB“.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Bitte?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Hier steht „UB/TIB Hannover“.

(Zuruf der Abg. Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aber Frau Kotting-Uhl, jetzt lachen Sie. Darf ich mal sagen: Wenn ich jetzt diese Nachfrage nicht gestellt hätte, wären wir in einem durchaus wichtigen Punkt auf einem völlig falschen Pfad.

¹³⁶ Ergänzung des Zeugen: „Das hat am Rande einmal zu der Überlegung geführt, die abgebrannten Gebiete in die Standortsuche einzubeziehen.“, Anlage 3

¹³⁷ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Das hat die Suche nach einer Wiederaufarbeitungsanlage nicht wesentlich, aber auch mit beeinflusst, dass ganze Gebiete völlig zerstört waren.“, Anlage 3

(Dr. Michael Paul (CDU/CSU): So
viel zur Wahrheitsfindung!)

Ich muss Ihnen sagen, Herr Schlitt, bei aller Liebe: Das können Sie nicht machen. Sie können nicht als Zeuge hier vortragen: „Das ist aus Hannover gekommen“, darauf Ihre Argumentation aufbauen, und in Wahrheit ist es ein Stempel der Universitätsbibliothek Hannover, wo wir diese Studie herhaben.

(Ute Vogt (SPD): Hallo?)

Wo ist denn jetzt - - Ich habe jetzt wirklich mal die Frage: Wie viel - da Sie ja nun eingeräumt haben, an den Verhandlungen maßgeblich im zweiten Halbjahr 76 beteiligt gewesen zu sein, und sagen, Sie haben jetzt eine ganze Reihe von Dingen da gefunden, die Sie so nicht erinnern - waren Sie denn im operativen Geschäft überhaupt eingebunden? Kann es nicht doch sein - und dann sollten Sie als Zeuge das hier einräumen -, dass da eine ganze Menge von Dingen gelaufen ist, von denen Sie nicht unbedingt unmittelbar erfahren haben oder beteiligt waren? Denn Sie können doch nicht etwas - -

Ich sage mal, man braucht ja nun nicht diese Theorien zu entwickeln, die Frau Kotting-Uhl entwickelt hat. Es liegt ja näher, wenn dort etwas mit „A. Schlitt“ unterzeichnet ist, dass Sie daran doch auch formal zumindest noch beteiligt waren.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, ich habe ja vorhin klar gesagt: Den Bericht kenne ich nicht. Ich habe ihn auch nicht abgezeichnet. Ich habe lediglich da oben „Hannover“ gesehen. Warum steht da oben „Hannover“? Weiß ich nicht. Ich vermutete, dass es vielleicht schon in den Händen der PWK oder der DWK war. Das ist eine Vermutung gewesen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Verzeihen Sie, Sie sind Zeuge, und da müssen Sie aus Ihrer Erinnerung sagen, was Sie wissen, und nicht, was Sie vermuten. Wenn ich jetzt nicht gefragt hätte: „Was steht da genau?“, wäre ins Protokoll eingegangen, dass die Studie in Hannover veröffentlicht worden ist. Sie stammt aber offenbar nur aus der Universitätsbibliothek Hannover.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, ich kann nur sagen: Hier unten steht „Oktober 77“. Da war die KEWA mit Sicherheit überhaupt nicht mehr in diese Sache einbezogen gewesen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, aber es geht doch um den Berichtszeitraum. Es geht doch nicht um die Frage, wann das veröffentlicht worden ist,

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch, genau darum geht es!)

sondern es geht doch um den Berichtszeitraum.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Ich darf aber noch mal darauf hinweisen: Die KEWA ist verkauft worden an die DWK, an die EVUs, nicht nur mit den Leuten, auch mit allen Unterlagen. Das heißt, auch diese Unterlage war Bestandteil des Verkaufs. Die KEWA als solche ist übergegangen auf die Energieversorger, auch dieses Papier. Dieses Papier habe ich schon nicht mehr gekannt.

Wie das gelaufen ist, kann ich Ihnen nicht sagen. Ich bin selbst überrascht, hier ein Papier zu sehen, das ich nicht kenne. Und wenn ich da unten sehe „Oktober 77“ - das ist fast ein Jahr nach meinem Ausscheiden -, dann frage ich mich: Warum steht hier „Oktober 77“, wenn der Bericht das Jahr 76 abdecken soll? Warum brauchte man zehn Monate, um einen solchen Bericht zu veröffentlichen?

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr gute Frage!)

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wann sind denn sonst die Berichte veröffentlicht worden? Wie viel Zwischenzeit ist denn da gewesen?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Das Ministerium - - Die Berichte sind ja für das Ministerium gemacht worden, und die Berichte sind im Anschluss an das abgelaufene Jahr gemacht worden. Ob sich das nun ein, zwei, drei Monate hingezogen hat, das kann ich Ihnen heute nicht sagen. Mich wundert - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aber es ist doch naheliegend, wenn der Eigentümer oder sozusagen der Verantwortliche wechselt - das erklärt noch nicht die Frage, warum

da „A. Schlitt“ steht; da haben Sie möglicherweise recht, aber das ist offen -, dass sich das verzögert. Entscheidend ist ja nicht das Datum, zu dem der Bericht erstellt worden ist, sondern, was Gegenstand des Berichtsjahres war, was in dem Berichtsjahr gemacht worden ist. Die können ja nicht Dinge reinschreiben, die 76 nicht gemacht worden sind. Wenn Sie aber sagen: „Da stehen Dinge drin, von denen ich gar nichts wusste“, dann ist ja wohl die naheliegende Konsequenz, dass Sie über alle operativen Dinge gar nicht mehr informiert waren, weil Sie mit den Verkaufsverhandlungen befasst waren.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Natürlich war ich informiert, aber ich bin nicht über jedes Detail informiert gewesen. Die ganzen Messungen, die vor Ort stattgefunden haben, die konnte ich ja nicht nachkontrollieren. Ich musste mich auf die Berichte des Teams verlassen, was sie an Messungen hier zusammengeschrieben haben.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Deshalb stelle ich - -

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Was politisch oder sonst noch darin steht, hätte ich vielleicht das eine oder andere dann hinterfragt und gesagt: Kann das so stehen bleiben? Aber die Gelegenheit hatte ich nicht.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aber dementsprechend können Sie auch nicht ausschließen, dass zum Beispiel nach dem 11. August und vor dem 11. November, dem Ministergespräch in Hannover, es dann doch Kontakte gegeben hat, wo neue Einschätzungen zu möglichen alternativen Standorten vorgenommen worden sind.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Ich kann es mir im Moment nicht vorstellen; denn unser Team wurde eigentlich relativ schnell aufgelöst.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wann denn genau?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Nach dem 10./11. August waren Standortuntersuchungen nicht mehr möglich gewesen, und ich frage mich - - Unsere Leute sind ja dann auch anderweitig eingesetzt worden; ich

habe das vorhin erwähnt. Der Bericht ist noch erstellt worden. Wann? Ich kann es Ihnen gar nicht sagen, wer ihn erstellt hat, letztlich auch unter Verwendung des Teams und der Verantwortlichen hier. Herr Dr. Hornke müsste es wissen. Wenn ich ihm das zeige, könnte er mir einen Kommentar dazu geben.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, den Herrn Dr. Hornke hätten wir gerne auch hier schon vernommen, aber er ist, wie Sie vielleicht wissen, schwer erkrankt, und deswegen steht er uns vielleicht gar nicht mehr - - Ich weiß nicht. Ich hoffe, dass er uns irgendwann zur Verfügung steht. Aber Sie haben doch gesagt: Herr Hornke ist - wo war es? - nach Nigeria gegangen.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Na ja, der ist alsbald - - Ich habe ja noch - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wann denn?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Das kann ich Ihnen so - - Alsbald. Ich habe noch mal mit ihm gesprochen und gesagt: Was war eigentlich danach? Er hatte mir ausführlich mal damals aus einem ganz anderen Zusammenhang - über seine Standortuntersuchungen in Nigeria berichtet, wegen des großen Chaos, das da besteht. Ich weiß, dass auch - - Der Herr Professor Anger wurde ja auch zurückgerufen. Die Firma Bayer - -

(Abg. Reinhard Grindel (CDU/CSU)
unterhält sich mit einem Fraktions-
mitarbeiter)

- Darf ich fortfahren, ja? - Die Firma Bayer hat uns diesen Herrn, den Geologen, ja nur ausgeliehen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Darf ich, weil mir ein Mitarbeiter - das habe ich nicht draufgehabt - das gerade vorlegt, sagen: Der erste Zwischenbericht, der den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 75 umfasst, wo Sie gesagt haben: Das ist ja ein Zwischenbericht, den wir für das Ministerium erstellt haben; den haben wir kurzfristig fertiggestellt - - Da steht hier - ich hoffe, dass das zutrifft; MAT A 173 muss das ja sein -, dass der im Februar 77 erteilt worden ist, über ein Jahr später. Kann man das mal feststellen, oder kann durch Zuruf bestätigt werden, ob das der Fall ist?

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Ja, das ist der
Fall!)

- Ja, gut. Aber, Frau Kotting-Uhl, bei aller Liebe: Da bricht ja alles zusammen. Das sind - - Das ist ja über - -

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Das werden wir
noch sehen!)

Darf ich mal sagen: Wenn Sie solche Vorhalte machen, die so falsch sind, das heißt, beim ersten Zwischenbericht - -

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Welchen fal-
schen Vorhalt habe ich gemacht?
Das möchte ich jetzt nachgewiesen
haben!)

- Nein, aber verzeihen Sie.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Welchen fal-
schen Vorhalt?)

- Entschuldigung, weil Sie mit einem irren Getöse - -

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Ich lasse mich
doch hier von Ihnen nicht ständig
beschimpfen!)

- Verzeihen Sie. Doch.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Welchen fal-
schen Vorhalt?)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das möchte Herr Grindel gerade ausführen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Also, wir brauchen hier doch kein Schattenboxen zu machen.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Das machen Sie
doch dauernd!)

Sie bauen hier Thesen auf, dass dort, weil im Oktober 77

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Welchen fal-
schen Vorhalt?)

mit großer Geste - das wird man ja im Protokoll - - Darf ich jetzt mal - -

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Sie reden von
einem falschen Vorhalt!)

- Nein. Ich erkläre Ihnen gerade, was Sie hier gemacht haben.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Frau Kotting-Uhl, Herr Grindel führt jetzt gerade aus. Er führt das jetzt aus.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sie haben doch gesagt: Wieso? Da habe ich gesagt: falscher Vorhalt. Dann müssen Sie es auch ertragen, dass ich Ihnen das darstelle.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann tun Sie es doch bitte!)

Sie haben mit großem Gestus hier gesagt: Oktober 77, da sind ja Leute dabei gewesen. Wieso dieser große Zwischenraum? Da wird wahrscheinlich was hineingebracht worden sein, was gar nicht gewesen ist. - Und das bauen Sie auf mit dem großen zeitlichen Abstand zwischen Abschluss des Jahres und Veröffentlichung. So, das waren zehn Monate.

Wenn ich den ersten Zwischenbericht nehme, waren zwischen Abschluss des Berichtszeitraums und Veröffentlichung 14 Monate. Es ist mitnichten, wenn ich das mal sagen darf, Herr Zeuge - - Sie haben gesagt: Das haben wir innerhalb mehrerer Monate gemacht.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich möchte bitte vorher den falschen Vorhalt wissen, den ich gemacht habe! Falscher Vorhalt!)

- Weil die Unterstellung - -

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Falscher Vorhalt! Welcher falsche Vorhalt?)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Frau Kotting-Uhl!

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sie haben unterstellt - -

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir wissen doch, was ein falscher Vorhalt ist!)

- Frau Kotting-Uhl, darf ich was sagen? Es lohnt doch gar nicht, sich jetzt darüber zu ereifern,

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch!)

weil das meines Erachtens für die - -

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie legen das jetzt bitte vor, welchen falschen Vorwurf ich gemacht habe!)

- Nein, Frau Kotting-Uhl. Sie haben - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Grindel, seien Sie mal einen Moment still! - Frau Kotting-Uhl, Herr Grindel hat Ihnen gerade dargelegt, dass der Zusammenhang, den Sie eben dargestellt haben und dem Zeugen vorgelegt haben - nicht vorgehalten haben als ein Schriftstück, also in dem Sinne Vorhalt, sondern den Zusammenhang, den Sie dargestellt haben und den Sie gemeinsam mit dem Zeugen erörtert haben -, nicht mit dem zusammenpasst, was jetzt für die erste KEWA-Studie 75 zutrifft.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das ist die neue Definition von falschem Vorhalt?)

- Liebe Frau Kotting-Uhl, deshalb versuche ich ja gerade, dieses Missverständnis, was zwischen Ihnen und Herrn Grindel ohne Zweifel im Moment - -

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da ist kein Missverständnis! Das ist seine übliche Art und Weise, einen zu beschimpfen, ohne es belegen zu können! - Eckhard Pols (CDU/CSU): Beschimpfen?)

- Frau Kotting-Uhl, wollen wir das im Rahmen einer Beratungssitzung jetzt näher ausführen?

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das lohnt sich nicht!)

- Gut, dann relativiere ich das jetzt. Es war kein falscher Vorhalt in dem Sinne, dass ein falsches Dokument vorgelegt worden ist, sondern es war ein Zusammenhang, der letztendlich gemeinsam mit dem Zeugen entwickelt worden ist, der aber jetzt der Nachfrage von Herrn Grindel nicht standhält.

So, jetzt hat Herr Grindel das Wort, und ich bitte Sie, Herr Grindel, dass Sie jetzt mit der Befragung des Zeugen weiter fortfahren. Wenn es jetzt weiter ein Dialog mit der Kollegin Kotting-Uhl sein soll, dann würden wir das allerdings im Rahmen einer Beratungssitzung machen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nein, Frau Vorsitzende, die Aufregung der Kollegin Kotting-Uhl zeigt, dass wir hier auf einem guten Weg sind und der Wahrheitsfindung deutlich näher kommen.

(Dietrich Monstadt (CDU/CSU):
Richtig!)

Ich möchte gerne mal wissen: Was war denn Ihr Beitrag am ersten Zwischenbericht, 1. Januar bis 31. Dezember 75? Denn wenn der im Februar 77 erteilt worden ist, dann waren Sie ja daran wohl auch nicht beteiligt, oder was war da Ihr Beitrag?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Sie fragen nach der Beteiligung. Ich habe vorhin ausgeführt, dass ich - - Die Standortuntersuchungen vor Ort sind von dem Team ausgeführt worden. Die bekam ich nachher sozusagen zur Kenntnis. Ich habe auch das nur zur Kenntnis nehmen können. Sie werden ja nicht irgendwo sehen, dass da eine Unterschrift mit Datum und Ortsbezeichnung ist, sondern Sie können nur vorne auf dem Deckblatt entnehmen, das ist 77.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Herr Zeuge, das war nicht der Sinn meiner Frage. Sie haben gerade im Zusammenhang mit einer Frage von mir, wann denn sonst üblicherweise diese Berichte abgegeben worden sind, gesagt: kurzfristig dem Ministerium, zwei, drei Monate. - Der Zwischenbericht 1. Januar bis 31. Dezember 75 ist 14 Monate später abgegeben worden. Können Sie mir erklären, warum?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Das kann ich Ihnen nicht erklären. Ich kann mich auch wundern, warum da „77“ draufsteht. Wir haben die Berichte schnellstens nach Ablauf des vorangegangenen Jahres abliefern müssen gegenüber dem BMFT; denn die wollten ja auch die Berichte haben. Warum hier „Februar 77“ draufsteht, kann ich Ihnen heute nicht sagen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Herr Zeuge, warum haben Sie dann meine erste Frage zu dem Komplex beantwortet und gesagt: Innerhalb von zwei, drei Monaten haben wir das abgegeben? Es ist ja offensichtlich falsch.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Nein, wieso soll das falsch sein?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Weil es 14 Monate waren, und das ist ein bisschen länger.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Nein.

(Zuruf der Abg. Ute Vogt (SPD))

Warum da „1977“ steht, kann ich Ihnen nicht erklären. Die Berichte mussten doch sofort abgefasst werden und dem Ministerium vorgelegt werden. Warum das nun im Februar 77 ist, kann ich Ihnen nicht sagen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ist Ihnen denn dieser Zwischenbericht für Januar bis Dezember 75 vorgelegt worden? Da wird ja im Zweifelsfall auch „A. Schlitt“ gestanden haben. Haben Sie den abgezeichnet?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Nein, der wurde nicht abgezeichnet. Dieser Bericht wurde erstellt. Den habe ich durchgesehen, und dann wurde er ans Ministerium gegeben.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, haben Sie den denn durchgesehen, den ersten Zwischenbericht?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Natürlich musste ich den mal - - Obwohl ich vielleicht nicht alles verstanden habe. Ich bin ja Jurist und kann jede Einzelheit seismologischer Untersuchungen persönlich nicht nachvollziehen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das ist klar.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Da muss ich mich darauf verlassen, was die Mitarbeiter niedergeschrieben haben. Es muss nur stimmig sein. Insofern: Bevor die ans Ministerium gegangen sind, habe ich die selbstverständlich gesehen. Ob ich nun jedes Detail nachvollziehen konnte, steht auf einem anderen Blatt.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wieso haben Sie denn gesagt, bei dem zweiten Zwischenbericht, der den Zeitraum 76 umfasst, hätten Sie aber festgestellt, da sind einige Dinge drin, an die Sie gar keine Erinnerung mehr haben?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Na, ich habe es doch eben gerade gelesen, hier in der Pause.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, aber im Februar 77, als der erste Zwischenbericht abgeliefert worden ist, waren Sie ja auch schon ausgeschieden.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Ich bin im Dezember 76 ausgeschieden.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja. Und warum sollen Sie etwas im Februar 77 noch maßgeblich mitgeprägt haben, aber dann im Oktober 77 nicht mehr?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Es kann durchaus sein, dass - meine Arbeitsstelle war in Höchst gewesen - ich den Bericht gesehen habe, aber da ich kein Geschäftsführer für die KEWA mehr war, habe ich den wahrscheinlich nur gesehen, aber ich war nicht mehr zuständig dafür. Das war mein Nachfolger.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Gut.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gibt es weitere Nachfragen aus der Union? - Aus der SPD? - Frau Vogt.

Ute Vogt (SPD): Ich möchte nur noch mal klären, einfach, damit es auch noch mal deutlich wird: Es gibt eine KEWA-Studie, die sich auf den Zeitraum Februar bis Dezember 74 bezieht. Die wurde offenbar auch schon im Dezember 74 übergeben. Dann gibt es diesen Zwischenbericht, der das Datum 01.01. bis 31.12.75 hat. Da steht jetzt „Februar 77“ drunter. Es ist ja aber auch nicht auszuschließen, dass der früher schon mal zugeleitet wurde. Man weiß es nicht, aber man kann daraus sicherlich keine Rückschlüsse ziehen auf den Inhalt, sondern - - Ich würde doch bitten, dass Sie den - -

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sind wir jetzt in der Fragerunde, oder geben wir Erklärungen für die Öffentlichkeit ab?)

- Nein, ich möchte eine Erläuterung geben, dass der Zeuge auch hier nicht von Ihnen in die Irre geführt wird.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Da bin ich hier der Letzte, der das tut!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wenn wir uns im Moment jetzt auf die Befragung des Zeugen konzentrieren würden.

Ute Vogt (SPD): Mit Verlaub, er hat ja das zweite - -

(Zuruf des Abg. Reinhard Grindel (CDU/CSU))

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wenn Sie miteinander diskutieren wollen, können wir das jederzeit im Rahmen einer Beratungssitzung machen. Möchten Sie das gerne?

Ute Vogt (SPD): Nein danke.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie brauchen doch nur Herrn Grindel zu sagen, wer das Wort hat!)

Ute Vogt (SPD): Mir ging es darum, das noch mal klarzustellen, weil der Zeuge nicht die Möglichkeit hatte, das Dokument anzusehen, das Herr Grindel noch mal eingeführt hat.

Meine Frage war nur noch: Haben Sie im Jahr 77 noch mal praktisch im Rückgriff auf Ihre vorherige Tätigkeit irgendwelche Tätigkeiten im Nachgang für die KEWA unternommen, oder war es so, dass Sie das mit dem Ende 76 ganz beendet hatten? Das hatte ich noch nicht ganz.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, mit der Beendigung meiner Tätigkeit war ich ja aus der KEWA ausgeschieden. Es liefen noch immer einige Dinge über meinen Tisch, denn ich war in Höchst noch für die Wiederaufarbeitung zuständig. Aber ob ich die nun alle einzeln noch studiert habe, das kann ich Ihnen heute nicht mehr sagen.

Ute Vogt (SPD): Hatten Sie da mit dem Ministerium dann noch unmittelbar zu tun in der Zeit, nachdem Sie nicht mehr KEWA-Geschäftsführer waren?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Nein, dann hatte ich mit dem Ministerium nichts mehr zu tun. Ich hatte ja Nachfolger. Meine Nachfolger-Geschäftsführer haben ja diese Aufgabe ab Dezember 76 übernommen und haben dann selbstverständlich auch die Kontakte mit den Ministerien wahrgenommen.

Ute Vogt (SPD): Das heißt, eine Zuleitung eines Dokuments - egal, wann im Jahr 77 - ist dann jedenfalls nicht durch Sie, sondern gegebenenfalls durch Ihre Nachfolger erfolgt?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Ja.

Ute Vogt (SPD): Danke. Ich habe keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gibt es weitere Frage von der FDP-Fraktion?

Ute Vogt (SPD): Entschuldigung, Frau Lühmann hatte eine.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Bitte schön.

Kirsten Lühmann (SPD): Ich habe noch eine Frage. Weil wir jetzt die ganze Zeit darüber geredet haben, wann diese Berichte übermittelt wurden: Ich glaube, das können Sie uns als Zeuge auch gar nicht sagen, weil Sie nicht wissen, wann die Post Ihr ehemaliges Haus verlassen hat.

Ich möchte auf den Inhalt der Berichte hinaus. Habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie den Zwischenbericht, der den Zeitraum des Jahres 1975 betraf, gesehen haben, bevor er das Haus verlassen hat, wann auch immer das war? Das war 75.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Ich kann nur sagen: Ein solcher Bericht ans Ministerium, den muss ich vorher gesehen haben.

Kirsten Lühmann (SPD): Gut. - Dann komme ich jetzt noch mal zu 76. Sie haben gesagt, da steht zwar der Zeitraum 01.01. bis 31.12., aber de facto wurde im August, glaube ich, die Arbeit beendet. Das Team wurde aufgelöst. Nur rein formal war noch der Zeitraum bis 31.12. Ist das richtig?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Ja.

Kirsten Lühmann (SPD): Dann komme ich zu dieser Seite, in der drinsteht: Seit den Standortermittlungen gab es neue Auswahlkriterien, und wir sollten gucken, ob sich andere neben diesen drei Alternativen finden lassen. - Diese Untersuchung wurde durchgeführt. Es kann sich dabei also nur um einen Auftrag handeln, der an Ihre Firma ging.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Wie gesagt, ich kann dazu nichts sagen, weil ich den Bericht ja nicht kenne.

Kirsten Lühmann (SPD): Gut.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Ich sehe ihn ja heute zum ersten Mal hier.

Kirsten Lühmann (SPD): Danke.

Ute Vogt (SPD): Haben wir noch Zeit?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja.

Ute Vogt (SPD): Dann würde ich gerne noch mal fragen: Wer hat denn üblicherweise der KEWA Aufträge erteilt? Das Bundesministerium in dem einen Fall. Aber wie kamen die Aufträge der KEWA zustande?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Die KEWA war eine GmbH mit vier Gesellschaftern, je 25 Prozent. Ich sagte ja schon: Bayer, Hoechst, NUKEM und Gelsenberg. Das Geld bekamen wir als KEWA von den vier Gesellschaftern. Wir konnten ja noch keine Einnahmen erzielen. Alles hat ja nur Geld gekostet. Die Projektskizze, das Vorprojekt, kostete ja auch Millionen. Und das haben die Gesellschafter der KEWA zur Verfügung gestellt.

Ute Vogt (SPD): Wäre es denkbar, dass das Land Niedersachsen zum Beispiel die KEWA auch mit einer Untersuchung beauftragt?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Nein, mit Niedersachsen hatten wir keine offiziellen Verbindungen.

Ute Vogt (SPD): Also Sie haben ausschließlich - -

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Entschuldigung, Verbindungen im Rahmen der Suche, aber keinen Auftrag.

Ute Vogt (SPD): Also, Auftraggeber war ausschließlich der Bund, -

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Ausschließlich.

Ute Vogt (SPD): - oder auch Private?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Nein, ausschließlich der Bund, der sich ja auch dafür zuständig hielt.

Ute Vogt (SPD): Gut. Danke schön.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gibt es weitere Fragen aus der FDP-Fraktion? - Haben die Linken weitere Fragen? - Haben die Grünen weitere Fragen? - Bitte schön.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Herr Dr. Schlitt, es ist nicht das erste Mal, dass der Herr Kollege Grindel versucht, einen Zeugen, der nicht die Antworten gibt, die ihm gefallen, unglaublich zu machen. Das hat er ja jetzt auch getan, indem er versucht hat, herauszuarbeiten, Sie hätten sich ja in diesem zweiten Halbjahr 76 um diese Belange gar nicht mehr gekümmert.

Ich habe hier eine Akte - das ist MAT A 99, Band 20, Paginierung 104078 -, die von der KEWA kommt, ist unterschrieben von Ihnen, Herr Schlitt, ist vom 5. November 1976, also auch ganz spannend: sechs Tage vor dem 11.11.1976. Sie geht an das Bundesministerium für Forschung und Technologie und enthält, ausführlichst dargestellt, wie Bohrprogramme aussehen müssten für die Standorte Wahn, Lutterloh und Lichtenhorst, ausführlichst mit Zeitplan, und was dafür notwendig wäre. Das passt übrigens zu dem, was wir gerade vorhin gehört haben, dass in diesem Tätigkeitsbericht auch eine neue Kostenkalkulation ausgearbeitet wurde.

Erinnern Sie sich an dieses Bohrprogramm, das dann entwickelt wurde von der KEWA, was dem Bundesministerium vorgestellt wurde und was von Ihnen unterschrieben wurde und am 5. November 1976 ans Bundesministerium ging? Nur um klarzumachen, dass Sie sich offensichtlich sehr wohl noch mit diesen Dingen befasst haben und dass es nicht sehr logisch ist, dass die Dinge völlig an Ihnen vorbeigelaufen wären und Sie nur einfach keine Ahnung mehr davon haben.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, an das Schreiben kann ich mich so gar nicht erinnern. Aber es sind eben viele Briefe geschrieben worden damals. Wenn ich sie jetzt sehen würde, kann ich mich vielleicht an den einen oder anderen noch entsinnen, aber so heute einfach hier in der Sitzung so etwas

vorgehalten zu bekommen, dann kann ich mich nicht erinnern.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist mir völlig klar. Ich kann es Ihnen gerne reichen. Es ist aber auch gar nicht so wichtig, ob Sie sich daran erinnern. Fakt ist: Es gibt diese Akte mit Ihrer Unterschrift vom November 1976. Sie waren also sehr wohl mit diesen Belangen noch befasst.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Ja.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und jetzt möchte ich noch mal zu diesen beiden KEWA-Nachbewertungsberichten kommen, von wegen falscher Vorhalt, der aus inhaltlichem Zusammenhang bestünde, was ja eine neue Definition von falschem Vorhalt ist. Aber auch das stimmt nicht, denn ich habe nicht gesagt - - Mein Hauptargument war nicht, dass das deshalb, weil das 77 erst veröffentlicht wurde, logischerweise falsch sein muss. Vielmehr haben wir hier heute erfahren, dass erstens der Tätigkeitsbericht der KEWA, der das Jahr 75 betrifft ist, in Ihrem Besitz war. Das haben Sie uns auch übersandt, und Sie stimmen mit dem Inhalt überein. Dagegen ist Ihnen der Tätigkeitsbericht von 76 gar nicht bekannt gewesen, und Sie stimmen nicht mit dem Inhalt überein. Das ist der große Unterschied zwischen diesen beiden Tätigkeitsberichten.

Dass der zweite im Oktober 77, also ein Dreivierteljahr, nachdem die KEWA in den Besitz der späteren DWK, damals noch PWK, überging - - dass da ein Dreivierteljahr dazwischenliegt, gibt lediglich Raum, zu sagen: Da bestand die Möglichkeit, diesen Bericht zu überarbeiten von den neuen Besitzern der KEWA und eventuell auch etwas einzufügen, was den neuen Überlegungen gemäß ist.

Ich will jetzt noch mal aus diesem Bericht etwas zitieren, was auch überhaupt nicht dazu passt, dass Gorleben untersucht worden sei. Da steht nämlich - auch auf Seite 9 -:

Nach der Unterbrechung sämtlicher Arbeiten, Anfang August 1976,

- was Sie, Herr Dr. Schlitt, uns ja auch dauernd sagen -

wurden die meteorologischen Geräte und Meßzellen eingelagert, ...

Das heißt also, danach ist nichts mehr passiert. Es konnte gar nichts mehr untersucht werden. Also hätte, wenn denn Gorleben überhaupt untersucht worden wäre, das vorher passieren müssen, vor diesem August 1976. Also Ihre ganze Argumentation da drüben fällt wirklich in sich zusammen.

(Zuruf des Abg. Reinhard Grindel
(CDU/CSU))

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gibt es jetzt noch eine Frage von Ihnen, Frau Kotting-Uhl?

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe mir erlaubt, den falschen Vorhalt auszuräumen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut, und ich habe mir erlaubt, Sie zu fragen, ob Sie noch eine Frage an den Zeugen haben.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er hat bestätigend genickt. Ich glaube, insofern haben wir uns ganz gut ausgetauscht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut, dann sind wir am Ende einer weiteren Berliner Runde, und jetzt hat Herr Grindel eine weitere Frage. Eine Frage, bitte.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, gut. Nur, Frau Vorsitzende, ich darf mal eines sagen.

(Zuruf der Abg. Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- Doch. - Es kann nicht sein, dass Frau Vogt und die Kollegin Kotting-Uhl hier Erklärungen abgeben, um zu retten, was nicht mehr zu retten ist, und dass dann bei mir sozusagen gesagt wird, ich darf hier jetzt nichts sagen.

Also, ich habe in der Tat versucht, die Glaubwürdigkeit des Zeugen infrage zu stellen, und das ist ja auch gelungen. Deswegen sind Sie ja auch so aufgeregt.

Herr Zeuge, ich bitte, jetzt auch wirklich sich entweder so zu äußern, dass Sie sagen, Sie haben keine Erinnerung, oder sich hier präzise zu äußern.

Ich möchte Ihnen den Vermerk von Ministerialrat Stuhr vorhalten - den haben wir hier mehrfach schon erörtert - vom 9. März 77, MAT A 102, Band 8, Seiten 186 ff., wo er zu dem Zeitpunkt für seinen Staatssekretär Herrn Dr. Röhler aus dem niedersächsischen

Wirtschaftsministerium den Gang der Standortauswahl noch mal beschreibt, und es gibt überhaupt gar keinen Grund, weshalb er dort falsche Darstellungen geben sollte. Herr Stuhr und auch Herr Dr. Röhler haben das hier ja auch im Wesentlichen bestätigt. - Ja, vielleicht übergibt ihr das mal.

(Dem Zeugen werden Unterlagen
vorgelegt)

Dort steht unter Ziffer 3:

In der 2. Hälfte 1976 wurden von der KEWA ergänzende Standortuntersuchungen angestellt. In diesen Untersuchungen wurden neben den drei bis dahin bekannten Standorten 8 zusätzliche Standorte einbezogen. Aufgrund der von der KEWA zugrunde gelegten Bewertungskriterien stellte sich heraus, daß von den 11 untersuchten Standorten auch bei Anlegung unterschiedlicher Gewichtungen Gorleben der Standort mit den günstigsten Eigenschaften war. Es folgten in einigem Abstand die Standorte Wahn, Lichtenhorst und Lutterloh.

Ich war ja in der ersten Stunde Ihrer Vernehmung nicht da. Deswegen muss ich das noch einmal fragen: Habe ich das also richtig verstanden, dass Sie diese Darstellung des Herrn Stuhr für Herrn Dr. Röhler bestreiten? Da sagen Sie, das trifft nicht zu, Ziffer 3 des Vermerks?

(Der Zeuge liest in den ihm vorgelegten Unterlagen)

Ich muss Sie schon damit konfrontieren, dass die Beteiligten uns das bestätigt haben. Wenn Sie sagen, Sie haben daran keine Erinnerung, weil Sie mit dem Verkauf der KEWA beschäftigt waren, ist das völlig in Ordnung. Es geht nur um die Frage - und ich weise Sie noch mal darauf hin, dass Herr Dr. Röhler und Herr Stuhr uns bestätigt haben, dass das so gewesen ist -, ob Sie sagen, diese Darstellung unter Ziffer 3 bestreiten Sie.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, ich kann hier nur wiederholen - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nein, Sie sollen bitte meine Frage beantworten. Bestreiten Sie das, ja oder nein?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Nein, ich muss einen Kommentar dazu geben.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Gut.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Es sind nur drei Standorte untersucht worden, und hier steht etwas: „... neben den drei bis dahin bekannten Standorten 8 zusätzliche Standorte einbezogen“. Ich wüsste nicht, welche das sind. Daran kann ich mich nicht erinnern, dass wir noch acht zusätzliche weiterhin untersucht hätten. Das hat Herr Stuhr geschrieben. Mag sein, dass er mit irgendjemandem mal gesprochen hat. Herr Stuhr hat mit vielen gesprochen. Es wurde ja auch zum Teil zwischen den beiden Ämtern, Bundesamt und Landesamt, über die Salzformationen ständig hin und her gesprochen, Besprechungen, an denen wir meistens ja wohl gar nicht beteiligt waren. Aber dass das hier mit der KEWA - - Also, das kann ich hier nicht nachvollziehen. Wir haben keine acht zusätzlichen Standorte einbezogen, jedenfalls nicht, dass ich es wüsste.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Gut, dass ist etwas anderes, denn wenn Sie jetzt auf Seite 2 des Vermerks gehen, steht unter Ziffer 5:

Am 2.12.1976 wurden die Standorte in einem gemeinsamen Gespräch mit Bund (BMFT) und PWK erörtert.

02.12.76. Das heißt, damals war die PWK offenbar operativ schon -

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Tätig, ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): - in solche Überlegungen einbezogen.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Ja, die Notiz ist auch vom 9. März 77.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, das ist ja eine Darstellung im Nachhinein. Können Sie das bestätigen, dass schon zu dem Zeitpunkt, als es die KEWA ja auch noch gab, auch mit der PWK operativ vonseiten des Bundes gearbeitet wurde?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Nein, nicht mit dem Bund. Das kann ich nicht - - Meine Tätigkeit endete Anfang Dezember. Wenn hier von einer Sitzung vom 21. Dezember 76 gesprochen wird, war das nicht mehr meine Angelegenheit, und eine Arbeitsgruppe Ent-

sorgungszentrum, die gab es bei uns noch nicht. Mag sein, dass die PWK eine solche Arbeitsgruppe ins Leben gerufen hat. Die PWK war ja schon vor diesem Zeitpunkt tätig gewesen. Ich hatte vorhin versucht, zu erklären, dass die PWK angesichts der Aufgaben, die auf sie zukommen, schon relativ sehr viel tätig war, in Gesprächen mit den Ministerien, insbesondere mit Niedersachsen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Darf ich mal fragen? Sie haben gerade gesagt, Sie sind Anfang Dezember schon nicht mehr tätig gewesen. Das haben Sie gerade in der Antwort gesagt.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Nein, nein, ich kann den Tag nicht genau sagen. Warten Sie, ich habe - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, aber Sie haben gesagt, das war dann ja schon nach Ihrer Zeit, der 02.12. Ich habe Sie doch vorhin - mit Verlaub - ausdrücklich gefragt, wie denn der Übergang gewesen ist, und da haben Sie doch gerade - - Entschuldigung, das haben wir doch gerade gehört in der Antwort.

(Zuruf der Abg. Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- Nein.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wiederholen Sie es doch noch mal. Dann können wir Sie doch fragen: Wann sind Sie denn ausgestiegen?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ziffer 5, im dritten Absatz, das ist das Zitat, das ich eben vorgehalten haben:

Am 2.12.76 wurden die Standorte

- also die zusätzlich in die Überlegungen einzubeziehenden -

in einem gemeinsamen Gespräch mit Bund ... und PWK erörtert.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Es steht ja drin: mit der PWK. Das heißt doch, dass wir gar nicht mehr dabei waren.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, das ist ja - - So, darauf will ich ja hinaus, weil wir uns doch fragen: Wo kommen denn diese Überlegungen her, die da angestellt worden sind?

Es mag ja auch sein, dass es Ungenauigkeiten gibt bei der Bezeichnung KEWA und PWK, weil man sich dort ja eben im Übergang befunden hat.

Noch mal meine Frage, weil Sie sagen: „Ich bin da ausgeschieden.“ Wann sind Sie denn ausgeschieden?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Ich muss gerade gucken. Ich habe mir hier eine Notiz gemacht.

(Der Zeuge blättert und liest in seinen Unterlagen)

Es war im Dezember 76. Ich sehe, ich habe hier das nicht notiert, aber es war im Dezember 76.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Gut. - Aber Sie haben eben ja auch in der Antwort, wenn ich das jetzt nicht völlig missverstanden habe, gesagt, die PWK war auch schon vor dem 02.12.76 operativ mit dem Bundesforschungsministerium sozusagen im Geschäft.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Ja. Das ganze Papier, das ich hier sehe, lässt ja doch darauf schließen, dass die PWK schon intensiv mit den Ministerien gesprochen hat. Die KEWA war zwar noch nicht verkauft, aber sie sollte ja an sie verkauft werden. Die haben sich, wenn Sie so wollen, im Vorgriff schon sozusagen in die KEWA-Situation hineingefunden und haben verhandelt, ohne dass wir da letztlich noch in Einzelheiten informiert wurden.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, aber schließen Sie denn aus, weil das ja in der Tat, wie Sie sagen, ein Zusammengehen war, dass Mitglieder Ihres Teams zum Beispiel auch Übergabegespräche mit der PWK geführt haben und dabei auch Gorleben gerade aufgrund des Drucks aus dem Bundesforschungsministerium, über den Sie ja gesprochen haben, Gegenstand der Gespräche war?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, in den Verhandlungen mit den Versorgungsunternehmen ist der Standort, ein Endlagerstandort, überhaupt nicht zur Sprache gekommen. Wir hatten ganz andere Probleme, nämlich uns über finanzielle Fragen zu verständigen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Da haben Sie mich missverstanden. Ich meine die Mitglieder Ihres Teams. Da muss es doch inhaltliche Übergabegespräche gegeben haben mit denen, die dann operativ bei der PWK tätig waren. Sind Sie darüber im Einzelnen informiert, oder sagen Sie, es kann gut sein, dass Sie sich gemeinsam mit der Frage befasst haben nach dem 11. August: Was passiert jetzt in Sachen Endlagerstandort?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Ich kann es Ihnen vielleicht so schildern: Da war kein Übergabetermin: Hier haben Sie die Akten, und ab sofort sind Sie zuständig. Das gab es gar nicht.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sondern das war fließend?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Das war ein fließender Übergang.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja genau, das meine ich ja auch.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Wir hatten gemeinsame Sitzungen, wir hatten gemeinsame Arbeitsgruppen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): So stelle ich mir das auch vor.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Da wurde vieles besprochen, und vieles hat schon die PWK an sich gezogen, und wir haben sie auch gelassen, denn sie sollte ja in Zukunft auch Herr der Sache sein. Von daher kann ich nur verstehen, dass hier die PWK schon völlig eigenständig gehandelt hat.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, und das habe ich mir auch genau so vorgestellt, mit einem fließenden Übergang. Aber da ist es doch lebensnah, dass über die Frage „Standort für das Endlager in Niedersachsen“ gesprochen worden ist.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, das - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Auf Arbeitsebene. Nicht bei Ihren Verhandlungen, auf Arbeitsebene.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Ja. Das Bundesministerium, das ja auch darauf gedrängt hat, dass endlich die Versorgungsunternehmen die Wiederaufarbeitung und Endlagerstandorte sozusagen übernehmen, war ja schon voll einbezogen. Das Ministerium hat in Teilbereichen gar nicht mehr mit uns gesprochen, sondern schon mit den kommenden Energieversorgungsunternehmen, den Ausschüssen und den dafür abgestellten Herren. Da sind viele Gespräche geführt worden, an denen wir schon gar nicht mehr beteiligt waren. Warum sollten wir auch noch beteiligt sein, wenn die Übernahme sozusagen schon skizziert war? Es war nur noch die Frage der finanziellen Verständigung.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Okay.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gibt es weitere Fragen aus der Union? - Das ist nicht der Fall. Dann noch mal Fragen der SPD? - Nein. Fragen der FDP? - Nein. Fragen der Linken? - Auch nicht. Und Fragen der Grünen? - Auch nicht.

Gut, Herr Dr. Schlitt, dann sind wir am Ende der Befragung angekommen, und ich will diese Befragung auch formal abschließen.

Das Sekretariat wird Ihnen das Protokoll übersenden. Sie haben dann die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen etwaige Korrekturen und Ergänzungen am Protokoll vorzunehmen.

Nach § 26 Abs. 3 des Untersuchungsausschussgesetzes bin ich gehalten, Sie darauf hinzuweisen, dass die Vernehmung eines Zeugen erst dann abgeschlossen ist, wenn der Untersuchungsausschuss dies durch Beschluss auch feststellt. Die Entscheidung hierzu darf erst ergehen, wenn nach Zustellung des Vernehmungsprotokolls an den Zeugen zwei Wochen verstrichen sind oder auf die Einhaltung dieser Frist verzichtet worden ist. Haben Sie dazu noch Fragen?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Nein, keine.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nein. - Ich bedanke ich mich sehr herzlich dafür, dass Sie uns zur Verfügung gestanden haben, und wünsche Ihnen eine gute Heimreise. Vielen Dank.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Ich bedanke mich auch.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich unterbreche die Sitzung jetzt wieder um zehn Minuten, also bis zwanzig nach sechs, und dann fahren wir fort mit der Befragung des Zeugen Martini.

(Unterbrechung
von 18.09 bis 18.16 Uhr)

**Fortsetzung der Vernehmung
des Zeugen Jörg Martini**

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Martini, ich begrüße Sie sehr herzlich in unserer Runde, eröffne die unterbrochene Sitzung und die unterbrochene Zeugenbefragung und bitte nun Herrn Dr. Paul um seine erste Frage in der Runde, die wiederum die Union beginnt. Bitte schön.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Martini, Sie haben uns ja vorhin einige, wie ich finde, erschütternde Sachverhalte mitgeteilt, die auch die Frage aufwerfen, ob damals nicht Verantwortliche sich auch strafwürdig verhalten haben. Am Ende ist ja schließlich auch ein Mensch ums Leben gekommen. Das heißt, es ist im Grunde genommen das Schlimmste passiert, was man sich eigentlich vorstellen kann. Sie haben darauf reagiert, indem Sie unter Pseudonym dem *Spiegel* Hinweise gegeben haben. Mir stellt sich die Frage, ob es da nicht auch andere Verhaltensmöglichkeiten gegeben hätte:

Zum einen beruflich: Sie haben bestimmte berufliche Pflichten mit Ihrem Amt, mit Ihrer Funktion gehabt. Daraus hätte sich doch schon ergeben, dass Sie zu einem sehr früheren Zeitpunkt auf die Dinge hätten hinweisen müssen, und zwar nicht nur gegenüber Ihren vorgesetzten Stellen. Sie hätten doch auch zum Beispiel das Bergamt informieren müssen.

Weiterhin als Staatsbürger: Spätestens, nachdem die Unfälle - das sind es ja - geschehen sind, hätten Sie sich doch zum einen an die Aufsichtsbehörden - sprich: Bergamt -, aber auch an die Staatsanwaltschaft wenden müssen. Die Staatsanwaltschaft hat eine sehr umfangreiche Ermittlung gemacht. Wir haben hier den Abschlussbericht, dem die Einstellungsverfügung dann ja gefolgt ist, vor uns liegen. Das sind weit über 140 Seiten. An die hätten Sie sich als Staatsbürger doch wenden müssen, um der Wahrheit dann wirklich ans Licht zu verhelfen und letztlich dann auch für eine Bestrafung derjenigen zu sorgen, die dafür Verantwortung tragen.

Sie haben dagegen den Weg in die Anonymität eines Hinweises an die Presse gesucht. Wie erklären Sie das?

Zeuge Jörg Martini: Ja, ich finde es erst mal sehr beeindruckend, dass Sie sich überhaupt von meinem Bericht zu solchen Äußerungen haben bewegen lassen. Das kann man von der Gegenseite nicht unbedingt erwarten. Ich weiß nicht, ob Sie jemals mit dem Bergamt oder einem der Ämter zu tun hatten. Da laufen Sie vor verschlossene Türen. Da brauche ich gar nicht erst anzukommen. Da mir der Sachverhalt klar war, eigentlich schon länger, denn ich hatte fast ein halbes Jahr vor dem Unfall darauf aufmerksam gemacht in einer größeren Runde vor Verantwortlichen, vor Vorgesetzten von mir - - und wenn da keine Reaktion erfolgt, sind mir die Hände gebunden.

Zu dem Zeitpunkt, als der schwere Unfall passierte, war ich noch im Genesungsurlaub. Anschließend hatte ich die Firma verlassen, und Sie können sich vorstellen, dass ich da andere Sorgen hatte, als mich um die Firma oder den Schacht oder Ähnliches zu kümmern. Das war für mich in dem Moment außen vor.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Entschuldigen Sie, Herr Zeuge, aber an der Stelle kann ich Ihnen nicht ganz folgen; denn genau in diesem Zeitraum, den Sie beschreiben, wo Sie sagen, Sie hatten den Kopf voll mit anderen Dingen, was ich an sich nachvollziehen könnte, -

Zeuge Jörg Martini: Das glaube ich nicht.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): - haben Sie sich an den *Spiegel* gewandt. Ich meine, wenn man sich unter Pseudonym an den *Spiegel* wendet, könnte man sich auch genauso gut an die Staatsanwaltschaft oder an die Bergbehörde wenden. Warum haben Sie das nicht getan?

Zeuge Jörg Martini: Gegenfrage: Warum ist die Staatsanwaltschaft nicht so zu mir gekommen, wie der *Spiegel* gekommen ist?

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Also, erstens, Herr Zeuge, -

Zeuge Jörg Martini: Die Staatsanwaltschaft kannte meine Adresse und kannte meinen Namen.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): - läuft das hier so im Untersuchungsausschuss, dass wir

hier die Fragen stellen und Sie die beantworten.

(Zuruf der Abg. Dorothea Steiner
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Zeuge Jörg Martini: Okay.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Zweitens stelle ich hier die Fragen und nicht die Opposition. Die hat nämlich gleich noch genügend Zeit dazu.

Aber Sie sprachen an, Sie hätten in einer größeren Runde betriebsintern Ihre Bedenken vorgebracht und hätten das nicht entsprechend gewürdigt bekommen. Umso mehr müssen Sie doch ein Interesse daran gehabt haben, die Aufsicht, die es ja in unserem Rechtsstaat gibt, auch über ein solches Projekt, das ja mit Gefahren verbunden ist - deshalb unterliegen wir hier doch dem Bergrecht und den entsprechenden Anforderungen -, darüber zu informieren, dass dort offensichtlich etwas nicht stimmt. Ansonsten nehmen Sie doch in Kauf, dass etwas nicht in Ordnung geht und dass am Ende sogar Unfälle passieren können.

Zeuge Jörg Martini: Ich möchte nicht mit einer Gegenfrage antworten, aber aus meiner Sicht in einem abhängigen Beschäftigungsverhältnis, was Sie wahrscheinlich nicht kennen, besteht die Möglichkeit nicht.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Vielleicht, Herr Martini, darf ich das mal präzisieren. Sie haben uns vorhin erklärt, Sie hätten den Titel eines sogenannten Fahrsteigers geführt. Darf ich das, auf Ihre berufliche Ausbildung übertragen, als „verantwortlicher Bauleiter“ übersetzen?

Zeuge Jörg Martini: Ja.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Waren Sie verantwortlicher Bauleiter für diese Baustelle?

Zeuge Jörg Martini: Ich hatte die Bestellung von der Thyssen Schachtbau für untertägige Arbeiten und war da verantwortliche Aufsicht. Das war nicht übertragen worden auf die Schächte Gorleben. Da hatte ich einen Vorgesetzten, der es mir auch deutlich gemacht hat, dass er jegliche Verantwortung übernimmt für mich.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Das verstehe ich jetzt nicht. Sie waren doch vor Ort auf der Baustelle, also am Schacht, eingesetzt. Sonst hätte Ihnen ja nicht der gefrorene Brocken auf den Körper fallen können. So habe ich das verstanden.

Zeuge Jörg Martini: Das ist richtig.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Das heißt, Sie waren vor Ort.

Zeuge Jörg Martini: Ich war vor Ort.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Gab es einen anderen verantwortlichen Bauleiter vor Ort, dem Sie unterstellt waren, dem Sie hätten berichten müssen?

Zeuge Jörg Martini: Dem habe ich regelmäßig berichtet.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Also gab es den?

Zeuge Jörg Martini: Ja, selbstverständlich.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Können Sie uns den Namen nennen?

Zeuge Jörg Martini: Dr. Karl.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Dr. Karl. Und der war auch ständig vor Ort?

Zeuge Jörg Martini: Und Herr Marquardt (?), beide Obersteiger, oder weiß ich im Moment nicht mehr. Auf jeden Fall Vorgesetzte im bergbaulichen Bereich, und da habe ich auch, nachdem ich meine Messungen gemacht habe, regelmäßig rapportiert und null Reaktion erfahren.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Waren die beiden Herren, die Sie gerade genannt haben, auch vor Ort anwesend, oder saßen die irgendwo im Büro weit weg in Mülheim oder sonst wo?

Zeuge Jörg Martini: Nein, die waren überwiegend vor Ort.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Überwiegend vor Ort. Hätten Sie die Möglichkeit gehabt, als Fahrsteiger die Baustelle stillzulegen, wenn die Erkenntnisse, die Sie uns

hier vorgetragen haben, nach Ihrer Einschätzung - so haben wir das auch verstanden - eigentlich dazu hätten führen müssen, dass nicht weiter gearbeitet wird in dem Bereich, weil die Verfestigung nicht so weit fortgeschritten war, dass Sie gefahrlos arbeiten können? Hätten Sie die Möglichkeit - das war jetzt die ganz konkrete Frage - gehabt, die Baustelle stillzulegen?

Zeuge Jörg Martini: Nein, ganz klar nicht.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Hätten Sie nicht?

Zeuge Jörg Martini: Ich habe mehrfach darauf aufmerksam gemacht, und das ist nicht mal an den nächstweiteren Vorgesetzten, Herrn Tonscheidt, weitergeleitet worden.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Ist das schriftlich geschehen oder mündlich?

Zeuge Jörg Martini: Wir hatten jeden Montag eine Besprechung, und da habe ich meine Messwerte und auch meine Bedenken, die auf den Messwerten basieren, vorgelegt.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Gab es da Bauüberwachungs- oder Bauleitungsprotokolle, die wir vielleicht einsehen könnten, wo das niedergelegt ist?

Zeuge Jörg Martini: Es gibt - ich weiß nicht, wie es im Bergbau heißt; bei uns im Bauwesen heißt es „Bautagebuch“ - einen täglichen Rapport, der erstellt wird. Da werden Unregelmäßigkeiten - -

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Das heißt, wenn wir das Äquivalent für ein Bautagebuch finden könnten - vielleicht können Sie uns auch sagen, wo wir das finden -, dann müssten sich Ihre entsprechenden Bedenken wiederfinden?

Zeuge Jörg Martini: Davon gehe ich aus.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Das heißt, es ist auch schriftlich niedergelegt worden?

Zeuge Jörg Martini: Wenn es korrekt wiedergegeben wird. Ich weiß zum Beispiel von einer Besprechung, wo ich darauf aufmerksam gemacht habe - im Oktober oder

November -, dass der Vermerk nachträglich entfernt wurde.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Der ist nachträglich entfernt worden?

Zeuge Jörg Martini: Ja.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Woher wissen Sie das?

Zeuge Jörg Martini: Von demjenigen, der es entfernen musste.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Und wer hat es entfernt?

Zeuge Jörg Martini: Da möchte ich keinen weiter belasten. Es war einer von der DBE.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Also, Sie müssen hier die Wahrheit sagen.

Zeuge Jörg Martini: Ja.

(Zuruf der Abg. Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Darf ich Sie noch mal darauf hinweisen - dazu brauche ich auch gar keinen Kommentar -: Sie dürfen hier nichts weglassen und verschweigen. Sie dürfen nur dann Ihre Aussage nicht tätigen, wenn Sie sich selbst belasten. Damit können Sie sich offensichtlich nicht selbst belasten, sondern Sie würden allenfalls jemand anders belasten. Noch dazu wäre das wahrscheinlich verjährt, sodass Sie uns den Namen hier nicht verschweigen dürfen. Darauf darf ich Sie nachhaltig hinweisen.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Nein, so geht
es nicht!)

- Nein, da brauchen wir überhaupt keinen Chor von der linken Seite, sondern die Frage war klar gestellt und der Vorhalt auch. Herr Zeuge, Sie müssen darauf antworten. Sie haben in der Frage kein Verweigerungsrecht.

Zeuge Jörg Martini: Der Protokollant ist dafür verantwortlich.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Und wer war das?

Zeuge Jörg Martini: Wer das in dem Fall war, weiß ich wirklich nicht.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Dann haben Sie mich jetzt gerade angelogen, Herr Zeuge. Sie haben gerade gesagt, Sie wissen, weil er Ihnen das gesagt hat, weil er das entfernt hat, und jetzt auf einmal kennen Sie ihn nicht mehr. Beide Dinge schließen sich aus. Sie müssen also jetzt schon genau überlegen. Denken Sie noch mal in Ruhe nach - ich möchte Sie auch nicht unter Druck setzen -: Kennen Sie den Namen dessen, der es entfernt hat, oder kennen Sie ihn nicht? Gerade haben Sie gesagt, er hat es Ihnen persönlich erklärt. Das widerspricht sich.

Zeuge Jörg Martini: Ich kenne die Person vom Ansehen, aber der Name ist mir im Augenblick nicht geläufig.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Würden Sie die Person denn wiedererkennen?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Hier gibt es eine Meldung zur Geschäftsordnung. Frau Vogt.

Ute Vogt (SPD): Ich beantrage, dass wir so lange unterbrechen, bis geklärt wird, ob der Zeuge verpflichtet werden kann, hier andere zu denunzieren.

(Lachen bei Abgeordneten der
CDU/CSU)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich unterbreche die Sitzung, bis diese rechtliche Frage geklärt werden kann, berufe eine Beratungssitzung ein und bitte die Öffentlichkeit, den Raum so lange zu verlassen. - Vielen Dank.

(Unterbrechung des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung, I: Öffentlich:
18.28 Uhr - Folgt Sitzungsteil Be-
ratung)

(Wiederbeginn des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung, I: Öffentlich:
18.47 Uhr)

**Fortsetzung der Vernehmung des
Zeugen Jörg Martini**

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: So, Herr Martini, ich begrüße Sie wieder in unserer Runde - meine Herren, ein bisschen Aufmerksamkeit - und eröffne die unterbrochene öffentliche Sitzung.

Der Ausschuss hat mich gebeten, Sie nochmals zu belehren bezüglich der Pflicht, hier als Zeuge tatsächlich auch die Wahrheit auszusagen. Ich darf Ihnen das noch mal vorlesen:

Sie sind als Zeuge verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen daher richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen Ihres Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss unedlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder einer Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren - in Klammern: insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit -, zum Beispiel einem dienstlichen Ordnungsverfahren, ausgesetzt zu werden. Dieser Personenkreis ist in § 52 dergestalt definiert, dass es sich um Personen handelt, mit denen Sie entweder blutsverwandt sind - auch in einer weiten Linie - oder aber mit denen Sie verschwägert/verlobt sind. Aber alle anderen Personen sind davon nicht erfasst. Das heißt also, wenn Sie mit diesen Personen nicht in einem in § 52 dargestellten Verhältnis sind, dann müssen Sie auch diese Personen benennen, soweit Sie sie kennen.

Sollten Teile - - Nein, das brauche ich Ihnen jetzt nicht mehr vorzuhalten, sondern damit eröffnen wir die weitere Befragung durch die Unionsfraktion. Bitte schön.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Ich darf dann mal fortsetzen.

Herr Martini, ich hatte Ihnen vorhin vorgehalten oder Sie gefragt nach einer Art Bautagebuch. Insoweit sind wir da im Erkenntnisprozess fortgeschritten. Wir wissen mittlerweile durch die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft, dass es dort ein sogenanntes

Mitteilungsbuch gab. Ist das das, was Sie meinten, was Sie uns vorhin erklärt haben?

Zeuge Jörg Martini: Der Name ist mir nicht bekannt als Mitteilungsbuch, sondern es gab vonseiten der bauausführenden Firmen Tagesberichte, Tagesprotokolle, und es gab Sitzungsprotokolle. Das, worauf sich Ihre Frage bezog, der gelöschte oder teilweise gelöschte Vermerk, muss in einem der Sitzungsprotokolle - - Oder es waren, ja, im größeren Kreis von DBE und Auftragnehmern geführte regelmäßige Sitzungen.

Der teilweise gelöschte Vermerk - - Also, für mich ist es einfach so: Ich habe - ich denke mal - ein gutes Orts- und ein gutes Bildgedächtnis, aber Namen sind für mich ziemlich schnell weg, wahrscheinlich auch Ihrer. In einem halben Jahr werde ich mich nicht erinnern. Wenn Sie mir eine Bildliste vorlegen könnten von der DBE mit den Mitarbeitern, würde ich ihn sofort identifizieren können. Namentlich kann ich es im Augenblick nicht.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Können Sie sich denn erinnern, wer an diesem - - Oder hat diese Person, die Sie jetzt vor Augen haben, so verstehe ich Sie - - Wobei das ja ein bisschen der Aussage widerspricht, die Sie uns vorhin nahegebracht haben, dass Sie das nicht sagen möchten. Also von dieser Aussage lösen Sie sich jetzt? Sie wollen es uns sagen, und Sie würden uns auch dabei helfen, diese Person zu identifizieren?

Zeuge Jörg Martini: Ja.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Gut, dann sind wir schon mal einen Schritt weiter.

Gibt es denn bei diesem Protokoll, das Sie angesprochen haben, für uns die Möglichkeit, irgendwo eine Liste von Personen nachzusehen, wo die Teilnehmer an einer solchen Sitzung aufgeführt sind, wo sich dann auch die Person wiederfindet, die dort Protokoll geführt hat, wenn Sie sich an den Namen nicht erinnern? Können Sie uns da weiterhelfen?

Zeuge Jörg Martini: Die regelmäßigen Sitzungsprotokolle müssen bei der DBE vorhanden sein.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Und da sind auch alle Teilnehmer aufgeführt, und ein

Protokoll wird dann durch den Protokollanten unterzeichnet?

Zeuge Jörg Martini: Wenn ein Protokoll korrekt geführt ist, sind die Teilnehmer aufgelistet, und der Protokollant muss unterzeichnen, gehe ich mal von aus.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Gut. - Jetzt habe ich Sie auf das entsprechende Mitteilungsbuch angesprochen. Sie sagen, Sie kennen so was nicht. Kann es sein, dass die Protokolle und andere Dinge, die zusammengefasst wurden, in einem solchen Mitteilungsbuch dann noch mal abgeheftet, zusammenfasst oder sonstig niedergelegt wurden? Können Sie uns dazu was sagen?

Zeuge Jörg Martini: Meine Funktion beim Schachtabteufen war die Kontrolle vor Ort.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Ich habe Sie jetzt nicht nach Ihrer Funktion gefragt, sondern zu den Protokollen und dem Mitteilungsbuch. Vielleicht können Sie sich freundlicherweise auf die Antwort beschränken.

Zeuge Jörg Martini: Da ich so gut wie keine Bürotätigkeit ausgeführt habe, ist mir auch nicht bekannt, in welcher Art Bücher, wie die benannt werden, derartige Protokolle abgelegt werden oder wurden.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Dann würde ich gerne - - Sie haben dann vorhin erklärt, dass eine solche Protokollnotiz entfernt worden ist, und der Protokollant hätte Ihnen das erklärt. Können Sie sich noch erinnern, unter welchen Umständen Ihnen das erklärt wurde, also wann und wo? Ich weiß, es ist lange her, aber Sie haben das ja vor Augen. Sie können uns den Namen ja nicht sagen, aber Sie haben ja vor Augen, wann das geschehen ist. Dann können Sie sich ja vielleicht auch erinnern, wenn Sie auch kein Namensgedächtnis haben, aber vielleicht ja doch ein Gedächtnis für Personen und Abläufe und Räumlichkeiten, wo das stattgefunden hat. War das draußen oder in einem Bauwagen oder wo auch immer?

Zeuge Jörg Martini: Solche Gespräche finden unter Kumpels eigentlich in der Kaue statt.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): In der Kaue? Kaue heißt, in einem Waschraum?

Zeuge Jörg Martini: Im Waschraum, ja.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Unter der Dusche sozusagen?

Zeuge Jörg Martini: Ja. Das kann durchaus so eine flapsige Bemerkung gewesen sein von gestern oder von letzter Woche: „Was Grübler da gesagt hat, musste ich leider wegnehmen oder musste ich entfernen“.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Das habe ich jetzt nicht verstanden. Können Sie das noch mal - -

Zeuge Jörg Martini: Das, was Herr Grübler genannt hat, der Vorwurf, den er mir gegenüber - - oder die Aussage, dass ich als Techniker da kein Einspruchsrecht hätte, sondern dass politisch entschieden ist, dass dieser Vermerk hätte entfernt werden müssen.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Herr Grübler ist jetzt wer?

Zeuge Jörg Martini: Das war der Betriebsleiter von der DBE in den Schächten Gorleben.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Ach so.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Und das haben Sie unter der Dusche beredet?)

Und mit Herrn Grübler haben Sie regelmäßig unter der Dusche solche Gespräche geführt?

(Ute Vogt (SPD): Das reicht! Eine Unterstellung!)

- Sollen wir noch mal von vorne anfangen? Ich habe Zeit genug heute.

Zeuge Jörg Martini: Herr Grübler ist der Betriebsleiter von den Schächten Gorleben vonseiten der DBE gewesen.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Ich habe es dann vielleicht nicht verstanden. Deswegen. - Das heißt, Sie haben gerade das erklärt: Mit der Person, an die Sie sich nicht erinnern, haben Sie geduscht, und da ist dann die Bemerkung gefallen, die Sie Herrn Grübler zuordnen. So darf ich das übersetzen?

Zeuge Jörg Martini: Richtig.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Ah ja, gut. - Ich habe keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Pols.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Herr Martini, Sie haben vorhin eine Bemerkung gemacht, als mein Kollege Dr. Paul auf mitfühlbare, menschliche Weise Sie befragt hat: „Vielen Dank, dass Sie das als Person der Gegenseite sagen“. Wie darf ich das deuten, diesen Ausdruck „Gegenseite“?

Zeuge Jörg Martini: Ja, das was bisher übergekommen ist, finde ich wenig Verständnis von der linken Seite - na ja, die halblinke Seite - was die Problematik Gorleben anbelangt und auch was meine Funktion anbelangt. Es wird sehr intensiv nachgefragt - das ist Ihr gutes Recht -, aber es wird sehr insistiert in Bereichen, die zum Teil speziell bergbaulich sind, die sich Ihnen sicherlich noch gar nicht erschlossen haben.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Ja, das ist jetzt ja - - Da möchte ich gerne mal anschließen. Wir haben gehört vom Zeugen Schubert heute Morgen - Sie nannten sich ja „Fahrsteiger“ -: Voraussetzung, um Fahrsteiger zu werden, war der Besuch der Bergschule, und zugelassen waren nur Bergleute, die auch im Bergwerk beschäftigt waren.

Jetzt frage ich Sie natürlich: Wenn Sie zum Beispiel noch nicht einmal wissen, dass so ein - ich komme auch aus dem Baubereich, Sie kennen mich sicherlich vielleicht dem Namen nach; wir wohnen beide in Lüneburg - Bautagebuch in dem Bereich Schacht- abteufen Mitteilungsbuch heißt, frage ich mich natürlich, wenn Sie noch nicht mal so kleine, elementare Dinge wissen, wo dann Ihre Qualifikation eigentlich liegt, Fahrsteiger zu werden. Lag nicht von Ihrer Seite aus - ich sage jetzt mal - eine Überforderung vor, diese Tätigkeit überhaupt auszuführen, für die ja eine gewisse Qualifikation - wir haben das heute Morgen von Herrn Schubert gehört - vorliegen muss, um überhaupt diese Tätigkeit auch auszuführen? Denn Sie haben ja auch Menschen geführt unter Tage, die auch auf Ihre Anweisung hin gearbeitet haben.

Das leuchtet mir noch nicht mal ein, wie man so als Hochbauer - - Das waren Sie jetzt

auch, auch Wasserbauer natürlich, auch Grundbauer von Ihrer Ausbildung her. Aber Sie waren ja mehr im Hochbau und sind ja jetzt auch wieder im Hochbau tätig, wenn ich mir Ihre Vita angucke, was Sie jetzt seit gut einem Jahr oder eineinhalb Jahren machen, und dann also auch da nicht die Qualifikation hatten.

(Ute Vogt (SPD): Frage!)

Fühlten Sie sich überfordert bei dieser Tätigkeit?

Zeuge Jörg Martini: Die Tätigkeit, die ich auszuführen hatte, war sehr intensiv bautechnischer Art. Es waren sowohl Berechnungen wie auch Überprüfungen. Dass ich dann auch auf der Sohle war mit den Kumpels, sie allerdings nicht geführt habe in dem Sinne - - Das haben meine Vorgesetzten schon gemacht; denn wenn es nach mir gegangen wäre, hätte es zwischendurch mal Erholungspausen gegeben, und der Stress wäre mit Sicherheit nicht derartig hoch gewesen. Aber das ist eine andere Sache.

Meine Qualifikation war ganz eindeutig die eines Bauingenieurs, der etwas artfremd in den Bergbau quereingestiegen ist, Bemessungsverfahren eingeführt hat und vorgelegt hat und auch kontrolliert hat, und dass ich dazu „Fahrsteiger“ benannt werde, sah ich kein Problem drin. Wenn Sie da eins drin sehen, verstehe ich es nicht.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Na ja, ich sehe da schon ein Problem drin, wenn Sie die Berufsbezeichnung „Fahrsteiger“ führen, aber in dem Sinne nicht die Ausbildung eines Fahrsteigers haben. Dann frage ich mich, wie Sie dazu gekommen sind. Das haben wir am Anfang der Befragung durch den Kollegen Grindel ja auch gehört. Deswegen scheint es für mich so zu sein, dass hier doch eine gewisse Überforderung vorliegt.

Mich wundert auch nur - jetzt komme ich noch mal zu dem, was der Kollege Paul Sie gefragt hat -, warum Sie sich an die Presse gewandt haben und nicht an die Staatsanwaltschaft gewandt haben; denn es wäre Ihre Pflicht gewesen, wenn Sie Defizite gesehen haben - es hörte sich ja auch so ein bisschen an eben, dass auch Pausenzeiten nicht eingehalten wurden, die ja gesetzlich vorgeschrieben sind; das gab es auch schon 1987 -, auch Ihre Vorgesetzten zum Beispiel, die oben im Container sicherlich gesessen haben und Sie, die Leute unten geführt ha-

ben, dort relativ rechtzeitig mal zu informieren. Da sehe ich auch so eine Strafbarkeit bei Ihnen dann auch.

Ich würde jetzt also Sie wirklich noch mal eindringlich fragen, ob Sie sich nicht tatsächlich überfordert fühlten und dann auch aus der Sache heraus 1987 im Juli freiwillig aus der Firma ausgeschieden sind. Oder hat man Ihnen nahegelegt, aus der Firma auszuscheiden?

Zeuge Jörg Martini: Das war meine freie Entscheidung.

Ihr Ansatz in allen Ehren, aber ich glaube, auch Sie haben eine abhängige Beschäftigung in dem Umfang noch nicht gehabt und können es einfach nicht nachvollziehen, was es bedeutet, einen Vorgesetzten auf einen Fehler hinzuweisen, der dann verschwiegen wird, und dann den Vorgesetzten, den direkt Vorgesetzten, zu übergehen und sich an eine höhere Instanz zu wenden. Dann können Sie auch gleich einpacken.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Ich war auch als Bauleiter tätig; das will ich nur so am Rande hier mal einführen. Also ich habe auch eine nicht selbständige Tätigkeit lange Jahre ausgeführt, Herr Zeuge.

Also, ich gehe davon aus, dass es richtig ist, dass Sie von sich aus gekündigt haben. Sie haben ja auch relativ schnell wieder eine Beschäftigung gefunden: 1987 im Oktober bei der Firma Möbius Bau in Hamburg.

Zeuge Jörg Martini: Das ist richtig. Mit der Qualifikation war es nicht so schwierig.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Was haben Sie denn dort gemacht? Haben Sie dort auch Schachtabteufung gemacht?

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gehört das zum Untersuchungsgegenstand?)

- Ja, weil der Herr Zeuge was von Qualifikation sagt.

Zeuge Jörg Martini: Meine Qualifikation als Bauingenieur mit einer bestimmten Möglichkeit, Entwicklungen zu forcieren, und das war genau der Bereich, den die Firma Möbius gesucht hat. Mit meinem Chef, also direktem Vorgesetzten und Geschäftsinhaber, haben wir über 100 Patente realisiert, die ich dann auch verwalten durfte.

Eckhard Pols (CDU/CSU): In relativ kurzer Zeit von nur zwei Jahren?

Zeuge Jörg Martini: Weiß ich nicht, wo Sie die Zahlen herhaben. Ich bin 22 Jahre bei der Firma Möbius gewesen.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Ah ja, Entschuldigung, 22. Stimmt, da haben Sie völlig recht.

Zeuge Jörg Martini: Danke.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Gut, das war denn sonst erst mal alles.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gibt es weitere Fragen aus der Unionsfraktion?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Noch mal zu der Situation an Ihrem Arbeitsplatz, weil Sie immer sagen, es sei alles wahnsinnig schwierig gewesen, die Dinge vorzutragen. Wenn ich mich in Ihre Situation versetze: Warum haben Sie mit Ihrem Schwiegervater nicht mal darüber gesprochen? Das ist doch naheliegend, dass man, wenn man da ein Vertrauensverhältnis hat, das da anspricht. Also ich würde jedenfalls so reagieren. Da muss man doch keine Sorge haben, da irgendwelche negativen Konsequenzen zu erfahren.

Zeuge Jörg Martini: Genau den wollte ich permanent und immer rauslassen, und der spielt jetzt auch hier überhaupt keine Rolle. Mein Schwiegervater hatte einen anderen Bereich, und das war strikt getrennt in der Firma. Er hätte sich einen Deubel darum geschert, was in einer anderen Abteilung passiert.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut, vielen Dank. - Dann geht das Fragerecht jetzt an die SPD-Fraktion.

Ute Vogt (SPD): Ja, vielen Dank. - Herr Martini, ich wollte nur mal nachfragen, weil - zu Ihrer Information - der Deutsche Bundestag gerade sogar über einen Gesetzentwurf berät, ob man es nicht erleichtern soll, unter dem Stichwort „Whistleblower“ Menschen einen Schutz zu gewähren, wenn sie gegen ihren Arbeitgeber etwas aussagen. Das heißt also, es ist durchaus nicht ungewöhnlich, sondern bis heute ein drängendes Problem,

dass viele Menschen sich eher zurückhalten, bevor sie ihre Arbeitgeber anzeigen. Ich wollte deshalb - - Es ist sogar so, dass wir überlegen, ob man nicht ein Schutzgesetz machen muss.

Deshalb wollte ich noch mal nachfragen: Hätten sich Ihre Chancen, so schnell eine Beschäftigung zu finden, erhöht, wenn Sie Ihren Arbeitgeber vorher angezeigt hätten?

Zeuge Jörg Martini: Mit Sicherheit nicht.

Ute Vogt (SPD): Und die Frage ist auch, wenn Sie im *Spiegel* mit vollem Namen erschienen wären: Hätte das positive Auswirkungen auf Ihre Stellensuche gehabt?

Zeuge Jörg Martini: Das kann ich im Allgemeinen nicht beurteilen. Mit meinem Chef, der mich dann eingestellt hat, habe ich ein offenes Gespräch geführt, und er hat gesagt: „Es ist okay, dass das so gelaufen ist. Ich unterstütze das, und Sie sind eingestellt.“

Ute Vogt (SPD): Sie haben vorhin in einem Nebensatz gesagt, der *Spiegel* kam zu Ihnen.

Zeuge Jörg Martini: Ja.

Ute Vogt (SPD): Also das heißt, nicht Sie haben die Initiative ergriffen und gesagt: „Hallo, ich weiß was“, sondern der *Spiegel* hat recherchiert und hat Sie befragt?

Zeuge Jörg Martini: Wie ich eben schon sagte: Ich hatte den Kopf voll mit anderen Dingen und habe mich da nicht um irgendwelche Öffentlichkeit bemüht.

Ute Vogt (SPD): Ja. Also, es ist sicherlich ja auch unter Abgeordneten zuweilen üblich, anonym Dinge zu erzählen, weil man seinen Namen nicht nennen will. Also insofern ist das, glaube ich, keine Besonderheit.

Interessant ist ja noch mal die Frage, ob das, was dann damals zu dem schrecklichen Unfall mit Todesfolge geführt hat, ein vorhersehbares Thema war. Wir haben jetzt noch mal nachgeschaut. Es gibt direkt aus dem Ministerium einen Vermerk, der an Herrn Minister Töpfer ging. Das ist die MAT A 112, Band 63, Paginierung 144378 bis 79, und in dem Vermerk an Herrn Bundesminister Töpfer stand drin - ich zitiere - - Da ging es um den Vorfall, dass einige der Unterlagen ver-

schwunden sind und offenbar auch das Gutachten von Dr. Jessberger entwendet worden ist, und der Bericht sagt dann wie folgt:

Zu den entwendeten Unterlagen gehören neben den für den Schachtausbau relevanten Betriebsplänen und Besprechungsniederschriften auch verschiedene Gutachten von Professor Jessberger aus Bochum, der hierin unter anderem auf das Problem hinweist, daß bestimmte Tonformationen, wie sie im Zusammenhang mit dem Unfall vom 12. Mai 87 eine besondere Rolle spielen, wegen ihres hohen Salzgehaltes erst bei etwa 30 Grad gefrieren. Auf diese Probleme hat Professor Jessberger PTB und DBE bereits 82 und erneut 1984 schriftlich hingewiesen. Er hat in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit zusätzlicher Untersuchungen an den bei Tiefbohrungen gewonnenen Bodenproben begründet. PTB und DBE haben 82 in einem Schreiben auf Basis bislang nicht nachvollziehbarer Gründe diese Forderung von Jessberger abgelehnt. Das Schreiben von 84 blieb gänzlich unbeantwortet.

Und so weiter.

Das heißt: Erinnern Sie sich, dass es da Diskussionen gab? Ist Ihnen damals das Gutachten von Professor Jessberger bekannt gegeben worden?

Zeuge Jörg Martini: Nein, das kannten wir nicht. Auch für die Ausarbeitung unserer vergleichenden Stabilitätsstudie ist das nicht bekannt.

Ute Vogt (SPD): Auch nicht in Auszügen?

Zeuge Jörg Martini: Nein.

Ute Vogt (SPD): Und der Vorgang wurde auch nicht in Ihrem Beisein in irgendeiner Form erörtert, also dass Sie sich erinnern, dass man gesagt hat: „Da schreibt so ein verrückter Professor, aber das passt uns jetzt nicht“, oder so?

Zeuge Jörg Martini: Ich weiß, dass Herr Hornemann mehrfach Gespräche mit Herrn Jessberger geführt hat in meiner Abwesenheit. Es ging da nur um Geschäftsreisen zu Jessberger. Inhalt der Gespräche ist mir nicht bekannt.

Ute Vogt (SPD): Der Minister hat dann handschriftlich angemerkt: „Aufklären!“ Wissen Sie, ob dieser Sachverhalt aufgeklärt wurde, warum man die Schreiben nicht beantwortet hat?

Zeuge Jörg Martini: Ist mir nicht bekannt.

Ute Vogt (SPD): Ist Ihnen nicht bekannt. - Dann habe ich im Moment keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut, dann geht das Fragerecht jetzt an die FDP-Fraktion. Bitte schön.

Angelika Brunkhorst (FDP): Herr Martini, wir sind ja vorhin in dem Gespräch darauf gekommen, dass Sie gesagt haben: Ja, gut, in der Ausführung, in der Abteufung von Schächten, kann es schon gefährlich werden, und es kommt auch häufiger im Bergbau zu Unfällen; das liegt irgendwie in der Natur der Sache, dass es eben auch ein gefährliches Umfeld ist. - Ich denke, Sie haben eigentlich relativ deutlich gemacht, dass Sie natürlich bei der Durchführung dieser bergtechnischen Dinge die Probleme gesehen haben.

In Anbetracht dessen, dass ich das noch mal so reflektiere, würde ich Sie gerne fragen. Es sind ja zwei Entscheidungen getroffen worden auf der politischen Ebene. Das war einmal im Jahre 77, am 5. Juli, wo dann das sogenannte Nuklearkabinett gesagt hat: „Wir werden auf jeden Fall den Standort Gorleben benennen zur weiteren Untersuchung“, und dann hat es ja im Jahre 83 die Aufnahme der untertägigen Erkundung gegeben. Das ist dann ja auch durch das Land Niedersachsen sozusagen in Gang gesetzt worden auf Weisung des Bundes.

Beide politischen Entscheidungen kann man nun gut oder schlecht finden. Aber haben Sie den Eindruck, dass entweder das Kabinett 77 oder auch 83 solch einen Unfall hätte voraussehen können oder erahnen können? Also muss man der politischen Seite da irgendwelche Vorwürfe machen aus Ihrer Sicht?

Zeuge Jörg Martini: Nein, das sehe ich im Augenblick nicht, weil ich nach wie vor den bergbautechnischen Teil trenne, der auch zu dem Unfall geführt hat. Das heißt, es ist zu schnell gearbeitet worden in einem Bereich,

der nicht ausreichend gefroren war. Da muss ich meinen Vorgesetzten und auch anderen Verantwortlichen die Verantwortung zuschieben und sagen: Es ist rechtzeitig gewarnt worden, nicht nur im Oktober/November, dass ich es in einer Besprechung gesagt habe, sondern spätestens nach meinem eigenen Unfall hätte man hellhörig werden müssen: Da ist was im Schacht nicht in Ordnung. Dass dann nicht reagiert oder nicht entsprechend reagiert worden ist - - Ich meine, wir hatten eben schon das Thema mit den Vorbaurängen¹³⁸. Das ist ein kläglicher Versuch gewesen, etwas zu unternehmen, wo man aber letztendlich nicht korrekt drauf vorbereitet war.

Angelika Brunkhorst (FDP): Vielen Dank. - Mehr Fragen habe ich jetzt gar nicht an Sie.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut. - Dann geht das Fragerecht jetzt an die Linken. Bitte schön.

Johanna Voß (DIE LINKE): Danke schön. - Ich wollte Sie noch mal fragen nach den Vorbereitungen Ihrer Studien zum Abteufen für die Sicherheit und was da nötig ist, um abzuteufen. Da hatten Sie gesagt, dass Ihnen nicht alles Material, was die DBE erhoben hatte, also alle Daten, zur Verfügung gestellt worden ist, dass da Bohrproben gefehlt haben. Wie haben Sie denn die Studie erstellen können ohne die notwendige Datengrundlage?

Und noch mal: Wie viel Prozent von dem vorhandenen Material, wie viel Prozent von dem, was die DBE hatte - - Wissen Sie, was die DBE alles hatte, welchen Teil davon Sie bekommen haben, wie viel vielleicht wünschenswert gewesen wäre?

Zeuge Jörg Martini: Wir können ja gar nicht sagen, was die DBE alles hatte, wir können nur sagen, was uns gefehlt hat, wo wir Kenntnis von haben, dass es existiert, und das ist einmal diese PTB-Studie über Schachtanlagen in Deutschland, und zum anderen, was nicht direkt der DBE zur Verfügung stand, das waren BGR-Materialproben. Das heißt, von den Vorbohrungen, die 1 000er-Flankenbohrungen, hat mein Vorgesetzter die Möglichkeit gehabt, die Kernmärsche zu studieren und anzusprechen. Aber

das Material, was letztendlich dann für Untersuchungen zur Verfügung gestellt wurde, auch ausgewählt von der PTB, von bestimmten Leuten - unter welchen Umständen, weiß ich nicht -, entsprach einem sehr guten Bohrkern, aber nicht dem Mittelwert der Bohrungen insgesamt, und da sagte mein Vorgesetzter eben: Das sind vielleicht 10 Prozent, die in der Bohrung so gut sind, aber 90 Prozent sind schlechter, und die möchten wir auch untersuchen. Und die sind uns nicht zur Verfügung gestellt worden.

Johanna Voß (DIE LINKE): Was war denn die Konsequenz? Wurde in Ihrem Gutachten dann am Ende darauf hingewiesen, dass die Datengrundlage unzureichend gewesen ist?

Zeuge Jörg Martini: Ja, also da hat Herr Hornemann aus meiner Sicht sehr akkurat gearbeitet, hat mehrmals darauf hingewiesen, was uns unvollständig zur Verfügung gestanden hat, hat aus seiner sehr guten Kenntnis der Salzstratigrafie Ergänzungen dazu geliefert und hat praktisch improvisiert mit seinem eigenen Wissen, und mit Bohrkernen, die wir auch durch seine Beziehungen zu Bergwerksbesitzern aus bestimmten Bereichen haben, die wir als vergleichbar angenommen haben, haben wir praktisch dem Gutachten zugefügt.

Johanna Voß (DIE LINKE): Das ist ja eine ungeheure Kreativität, dass Sie das Wissen von anderen, das vergleichbar ist, sich selbst heranholen mussten, weil Sie das, was es vor Ort gab, gar nicht nutzen konnten.

Zeuge Jörg Martini: Ja, das wurde uns nicht zur Verfügung gestellt; das ist richtig.

Johanna Voß (DIE LINKE): Und ohne dieses andere Material, was Sie jetzt auf eigene Initiative sich noch, um vergleichen zu können, herangeholt haben, hätten Sie auch Ihren Auftrag nicht seriös zu Ende bringen können, nehme ich an, oder?

Zeuge Jörg Martini: Genau das; denn es waren uns ja bestimmte Bergwerke benannt worden, wo wir Proben nehmen sollten, und von den Bergwerksbesitzern wurde uns gesagt: „Bei uns bitte nicht.“

Johanna Voß (DIE LINKE): Ah, das ist ja noch vertrackter.

¹³⁸ Richtigstellung des Zeugen: streiche „ä“, setze „i“, Anlage 2

Zeuge Jörg Martini: Im Nachhinein sehe ich das als sehr elegant eingefädelt.

Johanna Voß (DIE LINKE): Also, Ihnen sind - - Das muss ich noch mal festhalten: Erstens. Die DBR hat selber Bohrproben, die sie Ihnen nicht gibt. Zweitens gibt sie Ihnen den Hinweis: Bitte holen Sie sich vergleichbares Material doch woanders, holen Sie es sich da, da und da, und Sie fragen da, da und da an, und da sagt man Ihnen: „Nein, bei uns kriegen Sie das nicht.“

Was haben Sie dann weiter gemacht? Zurück zur DBE und gesagt: „Wir kriegen es da nicht, wir brauchen es aber“?

Zeuge Jörg Martini: Nein, das war auch ein Zeitproblem. Die Studie musste ja in einer bestimmten Zeit erstellt werden, und da Herr Hornemann exzellente Beziehungen zu Bergwerksbesitzern hatte, haben wir die Möglichkeit - - Eben aus anderen Bereichen - teilweise auch anonymisiert, die Bergwerke, aus den Gründen; es wurde nur A, B, C benannt - wurden dann vergleichbare Proben in das Gutachten mit eingearbeitet.

Johanna Voß (DIE LINKE): Das ist ja schon Guerillaarbeit, unter der Sie genötigt waren, dafür zu sorgen, dass es eine einigermaßen brauchbare Grundlage für das Abteufen gegeben hat.

Zeuge Jörg Martini: Ja. Ich hoffe nur, das Gutachten findet sich irgendwann mal auf, dass man das nachvollziehen kann.

Johanna Voß (DIE LINKE): Das würde ich mir auch wünschen. - Dieser Hintergrund, Zeitdruck also auch bei Ihnen, mangelnde Zuarbeit, keine ausreichende Datengrundlage: Was haben Sie konkret der DBE mit auf den Weg gegeben? Also, Sie geben das Gutachten ab und sagen ihnen: „Wir haben das jetzt so gut es ging und in der Kürze der Zeit gemacht“?

Zeuge Jörg Martini: Das Problem war grundsätzlich, dass uns nur Proben aus den Flankenbohrungen von Gorleben zur Verfügung standen. Deswegen war eine verbindliche Zuordnung zu dem Gesamtgebilde Salzstock Gorleben ja im Grunde genommen noch gar nicht möglich. Eigentlich ist es dieser genialen Idee oder der Kenntnis von Herrn Hornemann zu verdanken, dass er

sagt: „Das, was wir an anderen Salzstöcken schon erkundet haben, was ich kenne, kann ich da alles mit einfließen lassen.“ Aber es kam also mehrfach in dem Gutachten dann auch zur Sprache, dass er sagte: „Wir müssen aufpassen. Gorleben nach den Flankenbohrungen ist noch stärker carnallithaltig/-führend als die mir bekannten Bergwerke.“

Darauf hat er immer wieder hingewiesen. Ich habe es mir auch aus der Erinnerung noch mal aufgeschrieben. Es sind das Carnallit und die Laugenführung, die damit einhergeht, die zu einem Problem in Gorleben führen können. Das war eigentlich auch während der Vorstudie schon klar und mehrfach darauf hingewiesen.

Johanna Voß (DIE LINKE): Kann es auch so sein, dass dieser Scheitelgraben, der ja auch bekannt war - das hat uns ja auch der Zeuge vorher gesagt, dass von Anfang an bekannt war, dass dort die Rinne, die Gorlebener Rinne, vorhanden ist - - War das Ihrem Büro auch bekannt, bewusst? Kannten Sie die?

Abschließend noch dann: Ist es richtig, dass Herr Grübler von der DBE im Nachspiel des Schachtunfalls seinen Hut nehmen musste? Finden Sie, dass die DBE damit genügend die Verantwortung wahrgenommen hat, das abgeleistet hat und dass es nur auf das Ausscheiden von Herrn Grübler ankam, um zu sagen: Das war's?

Zeuge Jörg Martini: Ich denke, Herr Grübler war schon ein entscheidender Schaltebel, was die gesamten Teufarbeiten anbelangt, aber Verantwortung würde ich da auch in anderen Bereichen noch suchen.

Johanna Voß (DIE LINKE): Noch einmal zu dem, was ich vorher gefragt habe. - Kann ich nachfragen, weil - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ihre Fragezeit ist vorbei.

(Ute Vogt (SPD): Sie hat zwei Fragen gestellt, und die eine ist noch nicht beantwortet!)

- Dann möchte ich Sie bitten, auch die vorletzte Frage noch mal zu beantworten.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wenn es nicht die allerletzte ist, darf sie auch noch zwei Fragen stellen!)

- Nein, darf sie nicht; denn die Sitzungsleitung habe ich. - Würden Sie bitte, Herr Martini, sämtliche Fragen der Kollegin Voss beantworten?

Johanna Voß (DIE LINKE): Ob Ihnen die Gorleben-Rinne bekannt war und ob Sie das in Ihre Arbeit haben einfließen lassen.

Zeuge Jörg Martini: Ja, aus den Oberflächenbohrungen schon. Wir hielten sie aber, da sie in dem Einzugsbereich der Schächte nicht lag, für nicht relevant.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Danke schön. - Das Fragerecht ist nämlich jetzt bei den Grünen. Bitte schön.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich hätte noch die eine oder andere Frage, aber vorab, Herr Martini, möchte ich erst mal mein Bedauern ausdrücken. Also, ich bin eigentlich beim Fremdschämen über manche Fragen, die Ihnen vonseiten der Regierungskoalition gestellt werden, in dem doch eher verzweifelten Bemühen, Ihre Qualifikation zu diskreditieren.

In dem Zusammenhang wollte ich Sie gerade noch mal fragen: Sie haben ja Ihr Studium mit einer Diplomarbeit abgeschlossen. Welches Thema haben Sie denn da bearbeitet?

Zeuge Jörg Martini: So genau weiß ich das Thema nicht. Es ist ja auch schon 25 Jahre her. Aber es ging um Triaxialversuche mit unterschiedlichen Belastungsstufen. Was mich da eigentlich vorab schon ereilt hat, war der Salzstock Gorleben; denn die Proben, die ich zu untersuchen hatte, waren Tonproben aus dem Lauenburger Ton. Das ist Ihnen sicherlich bekannt: Das ist aus dem Deckgebirge des Salzstocks Gorleben.

Da gab es interessante Phänomene, nicht nur unterschiedliche Abschergeschwindigkeiten oder Abscherwinkel, sondern es zeigte sich dann - für uns als Baumenschen absolut neuartig -, dass die Proben sich verformten, dass also eine gedrechselte, kreisrunde Probe nach der Druckbeaufschlagung in eine eiförmige Form überging, und darauf angesprochen, sagte ein Spezialist aus der Oberflächenmineralogie: „Ja, das ist klar. Das haben wir nicht nur in Gorleben. Das sind sehr viele Tone im norddeutschen Bereich. Die sind alle eiszeitlich vorbelastet durch die

Verschiebung der Gletscher. Da sind ja immerhin 1 000 Meter Eis drauf gewesen.“ Das heißt, es ist eine Vertikalkomponente, aber auch eine schiebende Komponente, und ich weiß nicht, ob man zu weit geht, aber ich denke mal, dass bei den Schächten Gorleben auch die Komponente stärker hätte berücksichtigt werden müssen.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann komme ich gleich noch mal zu dem Lauenburger Ton. Mir ist jetzt nämlich gerade aufgefallen bei der erneuten Lektüre des *Spiegel*-Artikels, der ja auf ein Interview oder ein Gespräch von 1987 zurückgeht, dass der *Spiegel* dann eine Warnung von Ihnen zitiert hat. Nach dem Schachtunfall, wo das ja, wie Sie selbst schon gesagt haben, wieder verfüllt wurde und Sie sich bestätigt gesehen haben in Ihrer Warnung, werden Sie zitiert mit:

„Ohne eine Erweiterung des Frontkörpers ... ist eine Wiederaufnahme der Arbeit unsinnig.“ Noch gefährlicher sei jedoch die geplante Aushebung des zweiten Schachtes, mit der schon im nächsten Monat

- also 87 -

begonnen werden soll. Dort, vierhundert Meter vom ersten Bohrpunkt entfernt, lägen „Tonschichten, die kann man sich gar nicht vorstellen“. Durch solchen - mit Wasser vollgesogenen - „Lauenburger Ton“ könnten ungeheure Drücke entstehen. Der Ansatzpunkt der Bohrung sei aber so gewählt, daß man schräg durch solch eine Druckschicht stoße und ... gefährlichen ... Drücken ausgesetzt sei.

Ich verstehe es gerade so. Könnten Sie mir dieses Problem und die Gefahr, die Sie da sehen, noch mal genauer erläutern?

Zeuge Jörg Martini: Ja, es waren aufgrund der Vorarbeiten die Schachtbemessungen schon erfolgt, für beide Schächte in identischer Art und Weise, und was ich damit zum Ausdruck bringen wollte, war: Wenn wir an Schacht 2, wo wir erheblich gestörtere Tonformationen haben, mit dem gleichen Konzept durchfahren, dann erleiden wir genauso einen Schiffsbruch. Es ist ja auch nicht das gleiche Konzept angewandt worden, sondern es ist sowohl für den Schacht 1 ein neues

Konzept mit stärkerem Frostkörper wie auch für den Schacht 2 eine quasi komplett neue Statik erstellt worden aufgrund der Ereignisse.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt interessiert einen natürlich bei so einer Beschreibung: Was ist denn dann nach Ihrer Warnung passiert? Ich habe dem *Spiegel*-Artikel auch entnommen, dass vorher die entsprechenden Vorgesetzten von Ihnen das auch ähnlich gesehen haben und dass es da auch die Aufforderung an die DBE gegeben hat, die Bohrung an anderer Stelle anzusetzen. Das ist dann aber anscheinend nicht passiert. Wie hat denn sich das weiterentwickelt? Hat man Ihre Warnung in irgendeiner Weise berücksichtigt? Wissen Sie das?

Zeuge Jörg Martini: Nein, es ist nur dahin gehend berücksichtigt worden, dass die Schachstatik überprüft worden ist. Aber über die Schachtansatzpunkte ist, soweit ich weiß, gar nicht mehr nachgedacht worden. Es war ja auch im Grunde genommen schon alles vorbereitet. Der Frostkörper war im Aufbau, und es hätte unmittelbar der erste Ölkübel¹³⁹ folgen sollen.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Schachtansatzpunkte“ ist eigentlich auch noch ein Anlass für mich, noch einmal vor den Unfall zurückzugehen; denn wir haben jetzt ja auch schon mehrfach den Aufschlag in Ihrem Eingangsstatement thematisiert, dass die Laborwerte, die Sie ermittelt haben, schwer zu ermitteln waren, weil Ihnen offensichtlich nicht ausreichend Material zur Vergleichbarkeit zur Verfügung stand. Wie belastbar würden Sie denn rückblickend die Werte sehen, die Sie da im Labor ermittelt haben? Wir kommen dann auch gleich noch mal zu der Frage des Steinsalzes - älteres und jüngeres.

Zeuge Jörg Martini: Die Belastbarkeit der Ergebnisse von den Untersuchungen, die wir, also Thyssen Schachtbau, in Auftrag gegeben haben in Karlsruhe, halte ich für gut, weil sie auch punktuell von uns überwacht wurden. Das, was uns an Messwerten, an Ergebnissen von Dritten, zugeliefert wurde: Dazu steht eigentlich ausreichend in dem

Bericht drin, dass eigentlich die Proben nicht ausreichend sind, die Auswahl der Proben - da fängt es ja schon an - selektiert, und dass die Versuche, gelinde gesagt, schwer nachvollziehbar sind - die Ergebnisse der Versuche.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nun haben wir ja schon mehrfach irgendwie Vermutungen äußern müssen, dass das mit den Berichten der DBE alles nicht ganz vollständig ist, sondern dass da manches vielleicht, sagen wir mal, ausgeblendet oder konzentriert wurde, und da muss ich noch mal auf ein Material zurückkommen. In MAT A 95, Band 4, Paginierung 164 f. - das ist ein Bericht der DBE ans Wirtschaftsministerium zur Auswahl des Ansatzpunktes für Schacht 1 vom 12.11.1981 - schreibt die DBE - ich lese nur zwei Sätze vor, vom Anfang und vom Schluss -:

Es war zunächst festzulegen, in welchem Steinsalztyp ein Schacht unter „Gorleben-Bedingungen“ abgeteuft werden kann.

Dann werden die Problemstellungen erörtert und beleuchtet, und dann wird gesagt:

Als Ergebnis dieser Untersuchung ist eine Präferenz für die „Älteren Schichten des Leine-Steinsalzes

- das ist das jüngere, wenn Sie sich an die Gorleben-Antwort erinnern -

... festzuhalten. Gegenüber dem Staßfurt-Steinsalz ... ist dort das Kriechverhalten tendenziell um eine Zehnerpotenz günstiger.

Wenn ich das lese - Zehnerpotenzen kann ich jetzt schon verstehen, auch wenn ich kein Mathe studiert habe -: Kann das nicht bedeuten, dass die Präferenz für das Leine-Steinsalz ziemlich unbegründet war vonseiten der DBE?

Zeuge Jörg Martini: Nein, das war im letzten Ergebnis eigentlich auch das, was in unserem Bericht drinsteht. Also das jüngere Steinsalz ist von der Beweglichkeit, von der Beanspruchbarkeit geeigneter.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Waren Sie mit Ihrer Antwort fertig?

Zeuge Jörg Martini: Okay.

¹³⁹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Ölkübel“, setze „Kübel“, Anlage 2

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Okay, prima. - Dann sind wir nämlich bei der nächsten Berliner Runde, und ich frage die Union, ob sie weitere Fragen hat. - Nein, hat sie nicht. Dann frage ich die SPD, ob sie weitere Fragen hat. - Auch keine. Dann frage ich die FDP. - Nein. Dann frage ich die Linken. - Keine. Dann, bitte schön, Frau Steiner.

(Zuruf des Abg. Reinhard Grindel
(CDU/CSU))

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das könnte unter Umständen auch die letzte Frage werden; wir werden gucken.

Es hat sich ja jetzt inzwischen auch bis zu dem Letzten herumgesprochen, dass Herr Grübler in verantwortlicher Position in der DBE war, und Sie haben ja noch mal, wo es um die Bewertung geht und um die Bohrproben, darauf hingewiesen, dass auf der Grundlage dieser Daten, die Sie nur zum Teil zur Verfügung hatten, die Schachtansatzpunkte festgesetzt und die Schächte bewertet werden mussten.

Da habe ich mir jetzt hier so eine Formulierung aufgeschrieben. Also, Sie hatten die Vermutung: Hier gibt es ziemliche Vorgaben, aus welchen Schächten Bohrkerne untersucht werden sollten, und andere fielen weg. Da hatten Sie vorhin ein Zitat von Herrn Grübler - ich glaube, es war Herr Grübler - genannt, warum aus grundsätzlichen Erwägungen eine Erweiterung abgelehnt wird. Ich würde Sie bitten, mir das noch mal zu erklären, weil ich da nur die Hälfte habe mitschreiben können. Was war die Antwort von Herrn Grübler auf die Beschwerde, dass die Bohrkerne, die Zahl der Bohrkerne, die man untersuchen kann, eingeschränkt wurden?

Zeuge Jörg Martini: Letztendlich hieß es: Es sind so viele an den Bohrkernen interessiert, und wir können für diese für ihn nachgeordnete Untersuchung nicht noch mehr Bohrkerne herausgeben.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben ein Zitat genannt, aus grundsätzlichen Erwägungen würde man - -

Zeuge Jörg Martini: Nein, okay. Nein, das ist eine ganz andere Aussage. Die ist den Bergwerksbesitzern zuzuordnen. Es wurden uns Bergwerke vorgegeben, die wir hätten beproben sollen, und als wir dann da nachgefragt haben, dann wurde uns von allen

Anlagen gesagt: Aus grundsätzlichen Erwägungen, weil wir wissen, dass das mit Gorbien verglichen werden soll, wollen wir keine Beprobung in unseren Schachtanlagen oder in unseren Bergwerken grundsätzlich.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Würden Sie vermuten, dass sie das völlig von selbst so entscheiden haben, oder gab es da vielleicht auch Diskussionen im Vorfeld - von welcher Seite auch immer?

Zeuge Jörg Martini: Das ist sehr schwer nachzuvollziehen, zumal durch die guten Beziehungen von Herrn Hornemann uns letztendlich doch die Möglichkeit gegeben wurde, anonymisiert aus Bergwerken Proben zu entnehmen.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, was uns ja umtreibt, ist, ob da vonseiten der DBE in irgendeiner Form Vorschub für Manipulationen geleistet worden ist oder sein könnte. Das kann man jetzt nicht so genau aufklären, aber wir wissen ja, dass bei all diesen Vorgängen auch im Zusammenhang mit dem Schachtunfall und den Reaktionen darauf und auch im Vorfeld Herr Grübler ja doch, da er in verantwortungsvoller Position war, eine entscheidende Rolle hatte.

Ich weiß nicht, ob Sie wissen, dass - - Es ist ja schon mehrfach auf dem staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahren herumgeritten worden. Dass dieses Verfahren eingestellt ist, das wissen Sie. Aber wissen Sie, was mit Herrn Grübler anschließend passiert ist?

Zeuge Jörg Martini: Ich hatte nur gehört, dass er dann seinen Hut hat nehmen müssen, aber ich habe nicht weiter verfolgt.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also zeitgleich ist das Ermittlungsverfahren eingestellt worden, und Herr Grübler ist im gleichen Jahr von der DBE - ja, wie nennt man das jetzt - freigestellt worden, hat aber natürlich eine Abfindung erhalten, und es gibt Leute, die sagen: Irgendeiner musste ja das Bauernopfer sein.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Also liebe Kollegen, wir können hier noch stundenlang weiter fragen; das ist alles prima. Wir können weiter auch Vermutungen äußern, wir können den Zeugen nach Ver-

mutungen fragen, und wir können auch noch weitere Geschichten drum herum erzählen. Ich möchte nur einfach sagen, dass wir uns jetzt auch in einem Stadium unserer Befragung befinden, wo man darüber nachdenken könnte, ob es tatsächlich noch wesentliche Fragen gibt, die wir jetzt weiter - - Die Grünen haben jetzt keine wesentlichen Fragen mehr. - Gut.

Dann ergibt sich eine weitere Berliner Runde, weil sich noch weitere Fragen ergeben, wie ich sehe. Ich frage noch mal die Union, dann frage ich die SPD, dann frage ich die FDP, und dann frage ich die Linken. - Frau Voss.

Johanna Voß (DIE LINKE): Eine ganz kleine Frage zum Abschluss. Ich würde von Ihnen gerne noch wissen: Waren Ihnen die Warnungen von Herrn Duphorn bekannt, oder wann waren Ihnen die bekannt, oder gab es da schon welche im Vorfeld des Unfalls?

Zeuge Jörg Martini: Des Unfalls? Da waren die Warnungen schon sehr bekannt. Warnungen von Herrn Duphorn existierten schon, als wir die Studie erstellt haben, 82, und ich weiß, dass Herr Hornemann mit Herrn Duphorn Gespräche geführt hat.

Johanna Voß (DIE LINKE): Gut, danke schön.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut, dann gucke ich jetzt noch mal in die Runde und sehe, dass es keine weiteren Fragen gibt. Das ist ganz fantastisch, insbesondere, weil wir dann die Befragung jetzt abschließen können, was ich gerne formal mache, Herr Martini.

Das Sekretariat übersendet Ihnen das Protokoll. Sie haben dann die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen etwaige Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen.

Nach § 26 Abs. 3 des Untersuchungsausschussgesetzes muss ich Sie darauf hinweisen, dass die Vernehmung eines Zeugen erst dann abgeschlossen ist, wenn der Untersuchungsausschuss dies durch Beschluss festgestellt hat. Die Entscheidung hierzu darf aber erst ergehen, wenn nach Zustellung des Vernehmungsprotokolls an den Zeugen zwei Wochen verstrichen sind oder auf die Einhaltung dieser Frist verzichtet worden ist.

Haben Sie dazu noch Fragen?

Zeuge Jörg Martini: Keine Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut, dann schließe ich die Sitzung, bedanke mich herzlich bei Ihnen, bedanke mich herzlich bei den Protokollanten und wünsche uns allen noch einen schönen Restabend.

Herzlichen Dank.

(Schluss: 19.35 Uhr)

Anlage 1

Deutscher Bundestag
Sekretariat Pl 25
Platz der Republik
11011 Berlin

17.11.2011
Frieder Schubert

Protokoll vom 04.11.2011 Geschäftszeichen PA 25-5432
erhalten am 09.11.2011

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich halte folgende Änderungen bzw. Ergänzungen für erforderlich:

Seite 10 rechts, 19. Zeile von oben (mit Anmerkung):

Es muß heißen: Schulz-Kuhnt (vgl. Seite 12 links, 8. Zeile v. unten)

Seite 10 rechts, 8. und 9. Zeile von unten

... die von der DST-Deutsche Gesellschaft für
Schachtbau- und Tiefbohrtechnik, Linz

Seite 11 links, 31. Zeile von oben

... und auch Bundesamt für Bodenforschung beteiligt
(Anm: Vorgänger der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe)

Seite 21 rechts, 10. Zeile von oben. muß heißen:

Wir haben den Unfall natürlich auch am Oberbergamt behandelt.

Seite 22 links, 9. Zeile von unten.

... das ist CaCl_2 , das ist der Kälteträger.

Seite 47 links, 25. Zeile von oben

Anmerkung: Den Begriff "Vorsteiger" gibt es nicht,
sinngemäß sollte es heißen:

Daher, nach der Vorstufe, arbeiten sie wieder voll.

S. auch anl. Extrablatt

1. Untersuchungsausschuss der
17. Wahlperiode

Eingang: 18. Nov. 2011

Tgb.-Nr. 325

Ich bitte zusätzlich folgende Änderungen
vorzunehmen, da es sich in diesen Fällen
wahrscheinlich um Versprecher von mir handelt.

Seite 19 links, 19. Zeile von oben:

Es muß heißen: Ich glaube B3 hat ... (vgl. auch Zeile 2 unten)

Seite 19 rechts 17. Zeile von unten:

Statt "Deckgebirge" sollte es heißen: Der Salzstock.

Seite 24 rechts, 18. Zeile von oben:

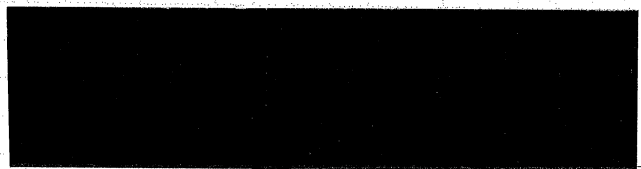
Es muß heißen: ... ich glaube, 1989 (wohl ein Zahlendreher)

Seite 27 links 29. Zeile von oben:

Es muß statt "Rheinland-Pfalz" natürlich heißen:
... in Krefeld, Nordrhein-Westfalen.

Das war mit Sicherheit ein Versprecher von mir.

Mit freundlichen Grüßen



Verbindungen meines Vorgesetzten zu den Bergwerksbesitzern zu verdanken, dass wir dennoch einige wenige Proben und auch einige Grundlagen für Konvergenzmessungen in Schächten überhaupt bekamen. Auf dieser Basis wurde dann diese Stabilitätsbeurteilung erstellt, immer mit dem Hintergrund: Wir wissen noch nicht, wo die Schächte hinkommen. Wir sollen eigentlich den optimalen Schachtansatzpunkt herausfinden. Und nachdem dann feststand, das jüngere Steinsalz Na₂ [sic!] ist eigentlich günstiger für den Schachtansatzpunkt, und wir das in einer ersten Trendmeldung vorstellten, hieß es gleich: Da gibt es Probleme. - Jetzt, im Nachhinein, kann ich es natürlich interpretieren. Na₂ steht nicht unter dem Grundbesitz der DBE oder stand nicht an. Es war also irgendwie ein Problem, dass unsere Studie nicht dem entsprach, was letztendlich gewünscht war.

Weiterhin habe ich noch aus der Erinnerung notiert: Es waren Laugezuflüsse in der Bohrung 1002 in 660 Meter Tiefe bekannt - nicht unerheblich. Es waren um die 20 bis 25 Kubikmeter innerhalb von einer Schicht - acht Stunden, zwölf Stunden. Das ist für einen Salzstock sehr viel und kann eigentlich schon tödlich sein. Also, wir haben es ja selber erlebt. Ronnenberg ist 1975 abgesoffen aufgrund von Laugezuflüssen, die sich zu Anfang wirklich im Literbereich hielten und dann mit einem Mal '75 hochgeschneit sind auf etliche Kubikmeter, bis dann der Einbruch gewesen ist. Also, gerade diese Carnallitführungen sind äußerst gefährlich. Da ist auch mehrfach in der Studie darauf hingewiesen worden, dass Klüftigkeit und Carnallitführung speziell im Salzstock Gorleben zu befürchten und zu beachten sind. Dieses Carnallit ist einmal ein Salz, was sehr hohe Löslichkeit hat, und auf der anderen Seite auch gegenüber dem normalen Steinsalz von der Stabilität her, das heißt von der Druckfestigkeit, erheblich niedriger zu belasten ist. Das war zur Vorstudie, die wir '82 abgegeben haben.

Dann hat die Arbeitsgemeinschaft Schächte Gorleben, in der dann die Deilmann-Haniel und Thyssen Schachtbau sich zusammengeschlossen haben, den Auftrag bekommen, die Schächte abzuteufen, und im Rahmen dessen war dann eben mit Deilmann-Haniel zusammen die Bemessung durchzuführen, das heißt Frostwandberechnung und Schachtausbauberechnung. Und mein Part später war dann - auch als

Bauingenieur noch -, Fundamente zu errichten, den Frostkeller zu errichten, also reine Bauingenieurmaßnahmen.

Ich habe dann zwischendurch auch Arbeiten auf anderen Schachtanlagen im Salz, das heißt in der flachen Lagerung bei Fulda, ausgeführt. Das waren dann Sanierungsarbeiten in Schächten mit Vorbausäulen, Schachtarbeiten in der Nähe von Lehrte, wo ich dann auch vom Salz her mal ein bisschen Gefühl dafür bekommen habe, was Temperatur und Wasser mit dem Salz alles machen können.

Dann kam ich wieder zurück nach Gorleben mit einigen Zwischenspielen - ich bin dann noch mal in Helmstedt gewesen für eine Schachtsanierung -, das heißt, es war kein durchgängiges Vor-Ort-Sein in Gorleben. Es waren immer so Abschnitte, zum Beispiel Fundamente errichten, dann Gefrierbohrungen herstellen, Bemessung der Frostwand bzw. die Temperaturmessungen in der Tiefe. Und nachdem dann die Abteufarbeiten begonnen hatten und wir wirklich in den Frostkörper reinkamen, bin ich mehr oder weniger konstant vor Ort gewesen und habe ständig die Beobachtungen und Messungen durchgeführt im Schacht, Konvergenzmessung, Temperaturmessung in den Temperaturmesslöchern.

Und so ein einschneidendes Erlebnis, was mich als Techniker ja gewurmt hat, geärgert hat, war dann in einer Besprechung - - muss so Ende Oktober, Anfang November '86 gewesen sein. Da habe ich darauf hingewiesen, dass die Frostwand nicht die Stärke hat und nicht die Temperatur, die vorausberechnet waren, um die Stabilität im Schacht zu gewährleisten. Und da wurde mir dann in der Besprechung von Herrn Grübler, seinerzeit Geschäftsführer oder Betriebsleiter von der DBE, wortwörtlich gesagt: Herr Martini, wie wir teufen und wie schnell wir teufen, das ist eine politische Entscheidung; da sind Sie als Techniker gar nicht gefragt. - Das war für mich so der erste Schnitt, wo ich gesagt habe: Ich bin nach Gorleben gegangen, um es optimal zu machen. - Ich bin kein großer Befürworter gewesen von der gesamten Sache, und unsere Familie ist auch am Zaun außen vor gewesen. Aber dass einem dann gesagt wird: „Das, was Sie hier optimal machen wollen, das wollen wir ja gar nicht“, sondern es einfach politisch entschieden worden ist, das trifft einen.

Dann ging es weiter mit Problemen im Schacht. Es gab immer wieder Steinfälle, und

Ute Vogt (SPD): „Runtergeknüppelt“ bezieht sich auf die Geschwindigkeit, mit der vorgegangen worden ist?

Zeuge Jörg Martini: Ja.

Ute Vogt (SPD): Hatten Sie den Eindruck, dass ein besonderer Zeitdruck entwickelt worden ist?

Zeuge Jörg Martini: Es waren Zeitvorgaben, wann der Schacht fertig sein soll, damit die Erkundungsstrecken aufgefahren werden; und dieser Zeitplan ist mit aller Vehemenz durchgeführt worden.

Ute Vogt (SPD): Hatten Sie den Eindruck, dass Zeitplan vor Sicherheit ging?

Zeuge Jörg Martini: Das besagt eigentlich die Aussage von Herrn Grübler. Meine Warnung, dass der Frostwandaufbau nicht in dem Umfang stattfindet, wie es erforderlich ist, das heißt, die Frostwand erheblich schwächer ist und nicht die tiefen Temperaturen aufweist, wie es in der Berechnung vorgegeben ist, und mir wird dann gesagt: „Da haben Sie als Techniker nicht mitzureden, das ist eine politische Entscheidung“ -- ist für mich das eigentlich ganz klar: Die Sicherheit steht hinten an.

Ute Vogt (SPD): Gab es im Vorfeld auch innerhalb Ihrer Gruppe Diskussionen, zum Beispiel über die Feststellungen von Herrn Duphorn über die mangelnde Festigkeit zum Beispiel des Deckgebirges?

Zeuge Jörg Martini: Das war eigentlich Diskussionsstoff zwischen meinen Vorgesetzten, wo ich auch teilweise mit dabei war, dass also da erhebliche Probleme zu sehen waren. Aber es sind ja auch extrem niedrige Temperaturen gefahren worden - mit minus 42 Grad im Vorlauf von der Lauge -, die eigentlich in anderen Gefrierschächten vorher noch nicht gefahren wurden. Das war einfach dem geschuldet, dass gesagt wurde: Wir erwarten gesättigte Salzlaugen im Übergang zum Salz.

Ute Vogt (SPD): Das heißt, man war sich schon bewusst, dass es schwieriger werden könnte als bei bisher bekannten Auffahrungen von Salzstöcken?

Zeuge Jörg Martini: Genau. Aber dem sollte eben durch entsprechende Messungen und eventuell auch vorsichtiges Auffahren des Schachtes begegnet werden.

Ute Vogt (SPD): Nun taucht im Zusammenhang mit dem Schachtunfall immer wieder auch nicht nur der Name von Herrn Duphorn auf, der im Vorfeld gewarnt hat, sondern auch der Name des Professors Jessberger von der Universität Bochum. Können Sie uns zu Professor Jessberger was sagen? Ist der Ihnen bekannt?

Zeuge Jörg Martini: Ja, ist sehr gut bekannt. Ich habe auch späterhin noch häufiger mit ihm zusammengearbeitet. Ich halte ihn für eine Kapazität auf dem Gebiet, vor allen Dingen auch sein Labor. Es sind einige Versuche, auch für das Gutachten, bei Jessberger durchgeführt worden. Dass er sich bestimmter Kritik da nicht anschließen konnte, denke ich mal, resultiert daraus, dass Jessberger aus dem Bauingenieurbereich kommt. Er ist, soweit ich weiß, kein Geologe, und auch aus dem Ruhrgebiet hat er natürlich eine andere Vorkenntnis und ist nicht so tief in dem Bereich der Salzproblematik.

Ute Vogt (SPD): Nun ist uns von Professor Jessberger über die taz vom 17.08.87 folgende Aussage bekannt. Er sagte - ich zitiere -:

Zu meinem Leidwesen habe ich keinen Einfluß darauf, wie der Auftraggeber mit den Ergebnissen meines Gutachtens umgeht.

Das spricht doch dafür, dass Herr Jessberger den Eindruck hatte, dass seine Ergebnisse aus dem Gutachten jedenfalls nicht so befolgt worden sind, wie er sich das gewünscht hätte.

Zeuge Jörg Martini: Ja. Es sind nur sehr wenige Informationen überhaupt zu uns vorgekommen. Ich denke mal, dass da auch ein entsprechender Filter vorgeschaltet war.

Ute Vogt (SPD): Also, das Gutachten war ja bereits aus dem Jahr 82, also schon sehr viel länger, und bezog sich auf die Frage der Bohrkerne und ihre Festigkeit; das war wohl der Hauptgegenstand der Untersuchung. Das heißt, Sie hatten, obwohl Sie quasi aktiv am Schacht tätig waren, nicht das komplette Gutachten als Grundlage Ihrer Arbeit?

beauftragt worden; wir möchten gerne etwas anderes da drin haben. Ich weiß, dass Herr Hornemann sehr ärgerlich gewesen ist und sagte: Ich lasse mir da nicht reinpfuschen. Ich stelle eine wissenschaftlich fundierte Stabilitätsuntersuchung auf, und da kann nicht jemand daherkommen und sagen: Ich hätte aber gern was anderes.

Es war in der ersten Version, soweit ich mich erinnere, enthalten: Aus bergbaulicher Sicht sollten die Schächte an anderer Stelle abgeteuft werden als Bohrpunkte 15 000... Also, die waren ja schon damals benannt worden, und es war eigentlich, zumindest für Herrn Hornemann, vorzusehen oder abzusehen, dass das aus bergbaulicher Sicht nicht das Optimum ist. Und das ist de facto dann aus dem Bericht rausgenommen worden.

Ute Vogt (SPD): Und was gab es für einen Grund, warum man dann nicht einfach an einer anderen -- Man hätte ja dann sagen können: Man kann trotzdem bei Gorleben bleiben und einfach an einer anderen Stelle den Schacht abteufen.

Zeuge Jörg Martini: Das war sowieso die Frage: Wo in Gorleben sollen die Schächte abgeteuft werden? Es war gar nicht eine Alternative gefragt, sondern es ging im Grunde genommen -- vergleichende Stabilitätsbeurteilung von Schächten im Salz, aber immer im Hinterkopf: In Gorleben sollen die Schächte runtergebracht werden, und da sagt uns, wo es optimal ist. Und in der ersten Studie kam raus: Die angedachten Schachtansatzpunkte sind, bergbaulich gesehen, nicht optimal. Und das wurde revidiert, und dann wurde gesagt -- also, Gorleben stand außer Frage --: Aber dann, bitte, nehmt andere Punkte.

Ute Vogt (SPD): Kann es mit den Salzrechten zusammenhängen, die es für die anderen Punkte möglicherweise nicht gegeben hat?

Zeuge Jörg Martini: Das ist natürlich jetzt im Nachhinein eine gute Frage. Wenn ich mich damit beschäftige und mir angucke, wo die Salzrechte der DBE liegen, erschließt sich mir auch die Frage. Nur, seinerzeit -- Das war wirklich eine wissenschaftliche Studie, wo politische Fragen oder Salzrechte, Grundrechte außen vor waren.

Ute Vogt (SPD): Das heißt, Ihnen war bei der Erstellung der Studie das Thema Salzrechte nicht bekannt?

Zeuge Jörg Martini: Nein, nein.

Ute Vogt (SPD): Dann würden wir gerne wissen, wo wir die Studie heute finden?

Zeuge Jörg Martini: Sie finden mit Sicherheit eine bei der Thyssen Schachtbau als Belegexemplar und eine bei der DBE, bzw. es müsste zwei geben, eine Erstausführung, die aber dann durch die zweite quasi ersetzt, revidiert worden ist. Aber in beiden Häusern sind zwei Studien -- bzw. in einem erstellt und bei der DBE abgeliefert worden, vertragsgemäß.

Ute Vogt (SPD): War außer Ihnen -- Also, der Herr Professor Hornemann war ja der Leiter --

Zeuge Jörg Martini: Der war Diplom-Ingenieur.

Ute Vogt (SPD): Diplom-Ingenieur Hornemann war der Leiter dieser Studie, und Sie waren beteiligt. Gab es noch mehrere Beteiligte?

Zeuge Jörg Martini: Aus fachlicher Sicht nicht. Es gab dann natürlich technische Zeichner und Sekretärinnen, die das geschrieben haben. Der gesamte Bericht umfasst -- irgendwas -- 150 Seiten, wo dann auch teilweise Ergebnisse aus Untersuchungen der PTB und aus Karlsruhe enthalten sind.

Ute Vogt (SPD): Jetzt haben wir natürlich versucht, diese Studie zu erhalten, und das Sekretariat hat die Mitteilung bekommen, dass eine solche Studie nicht vorhanden sei. Können Sie sich erklären -- oder haben Sie vielleicht selbst mal versucht, die Studie zu bekommen in den letzten Jahren?

Zeuge Jörg Martini: Verschiedene Versuche schon. Es gibt ja eigentlich ein ganz gutes Netz bei Greenpeace, wo man über Gorleben fündig wird; aber auch da habe ich es nicht gefunden. Also, bei der DBE selber anzufragen ist, glaube ich, müßig; das kann ich mir sparen. Und bei Thyssen Schachtbau habe ich im Augenblick ein Problem, weil immer noch Verwandtschaft da arbeitet.

Niedersachsen sozusagen in Gang gesetzt worden auf Weisung des Bundes.

Beide politischen Entscheidungen kann man nun gut oder schlecht finden. Aber haben Sie den Eindruck, dass entweder das Kabinett 77 oder auch 83 solch einen Unfall hätte voraussehen können oder erahnen können? Also muss man der politischen Seite da irgendwelche Vorwürfe machen aus Ihrer Sicht?

Zeuge Jörg Martini: Nein, das sehe ich im Augenblick nicht, weil ich nach wie vor den bergbautechnischen Teil trenne, der auch zu dem Unfall geführt hat. Das heißt, es ist zu schnell gearbeitet worden in einem Bereich, der nicht ausreichend gefroren war. Da muss ich meinen Vorgesetzten und auch anderen Verantwortlichen die Verantwortung zuschieben und sagen: Es ist rechtzeitig gewarnt worden, nicht nur im Oktober/November, dass ich es in einer Besprechung gesagt habe, sondern spätestens nach meinem eigenen Unfall hätte man hellhörig werden müssen: Da ist was im Schacht nicht in Ordnung. Dass dann nicht reagiert oder nicht entsprechend reagiert worden ist -- Ich meine, wir hatten eben schon das Thema mit den Vorbohrungen. Das ist ein kläglicher Versuch gewesen, etwas zu unternehmen, wo man aber letztendlich nicht korrekt drauf vorbereitet war.

Angelika Brunkhorst (FDP): Vielen Dank. - Mehr Fragen habe ich jetzt gar nicht an Sie.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut. - Dann geht das Fragerecht jetzt an die Linken. Bitte schön.

Johanna Voß (DIE LINKE): Danke schön. - Ich wollte Sie noch mal fragen nach den Vorbereitungen Ihrer Studien zum Abteufen für die Sicherheit und was da nötig ist, um abzuteufen. Da hatten Sie gesagt, dass Ihnen nicht alles Material, was die DBE erhoben hatte, also alle Daten, zur Verfügung gestellt worden ist, dass da Bohrproben gefehlt haben. Wie haben Sie denn die Studie erstellen können ohne die notwendige Datengrundlage?

Und noch mal: Wie viel Prozent von dem vorhandenen Material, wie viel Prozent von dem, was die DBE hatte -- Wissen Sie, was die DBE alles hatte, welchen Teil davon Sie

bekommen haben, wie viel vielleicht wünschenswert gewesen wäre?

Zeuge Jörg Martini: Wir können ja gar nicht sagen, was die DBE alles hatte, wir können nur sagen, was uns gefehlt hat, wo wir Kenntnis von haben, dass es existiert, und das ist einmal diese PTB-Studie über Schachtanlagen in Deutschland, und zum anderen, was nicht direkt der DBE zur Verfügung stand, das waren BGR-Materialproben. Das heißt, von den Vorbohrungen, die 1 000er-Flankenbohrungen, hat mein Vorgesetzter die Möglichkeit gehabt, die Kernmärsche zu studieren und anzusprechen. Aber das Material, was letztendlich dann für Untersuchungen zur Verfügung gestellt wurde, auch ausgewählt von der PTB, von bestimmten Leuten - unter welchen Umständen, weiß ich nicht -, entsprach einem sehr guten Bohrkern, aber nicht dem Mittelwert der Bohrungen insgesamt, und da sagte mein Vorgesetzter eben: Das sind vielleicht 10 Prozent, die in der Bohrung so gut sind, aber 90 Prozent sind schlechter, und die möchten wir auch untersuchen. Und die sind uns nicht zur Verfügung gestellt worden.

Johanna Voß (DIE LINKE): Was war denn die Konsequenz? Wurde in Ihrem Gutachten dann am Ende darauf hingewiesen, dass die Datengrundlage unzureichend gewesen ist?

Zeuge Jörg Martini: Ja, also da hat Herr Hornemann aus meiner Sicht sehr akkurat gearbeitet, hat mehrmals darauf hingewiesen, was uns unvollständig zur Verfügung gestanden hat, hat aus seiner sehr guten Kenntnis der Salzstratigrafie Ergänzungen dazu geliefert und hat praktisch improvisiert mit seinem eigenen Wissen, und mit Bohrkernen, die wir auch durch seine Beziehungen zu Bergwerksbesitzern aus bestimmten Bereichen haben, die wir als vergleichbar angenommen haben, haben wir praktisch dem Gutachten zugefügt.

Johanna Voß (DIE LINKE): Das ist ja eine ungeheure Kreativität, dass Sie das Wissen von anderen, das vergleichbar ist, sich selbst heranholen mussten, weil Sie das, was es vor Ort gab, gar nicht nutzen konnten.

Zeuge Jörg Martini: Ja, das wurde uns nicht zur Verfügung gestellt; das ist richtig.

Johanna Voß (DIE LINKE): Und ohne dieses andere Material, was Sie jetzt auf eigene Initiative sich noch, um vergleichen zu können, herangeholt haben, hätten Sie auch Ihren Auftrag nicht seriös zu Ende bringen können, nehme ich an, oder?

Zeuge Jörg Martini: Genau das; denn es waren uns ja bestimmte Bergwerke benannt worden, wo wir Proben nehmen sollten, und von den Bergwerksbesitzern wurde uns gesagt: „Bei uns bitte nicht.“

Johanna Voß (DIE LINKE): Ah, das ist ja noch vertrackter.

Zeuge Jörg Martini: Im Nachhinein sehe ich das als sehr elegant eingefädelt.

Johanna Voß (DIE LINKE): Also, Ihnen sind -- Das muss ich noch mal festhalten: Erstens. Die DBE hat selber Bohrproben, die sie Ihnen nicht gibt. Zweitens gibt sie Ihnen den Hinweis: Bitte holen Sie sich vergleichbares Material doch woanders, holen Sie es sich da, da und da, und Sie fragen da, da und da an, und da sagt man Ihnen: „Nein, bei uns kriegen Sie das nicht.“

Was haben Sie dann weiter gemacht? Zurück zur DBE und gesagt: „Wir kriegen es da nicht, wir brauchen es aber“?

Zeuge Jörg Martini: Nein, das war auch ein Zeitproblem. Die Studie musste ja in einer bestimmten Zeit erstellt werden, und da Herr Hornemann exzellente Beziehungen zu Bergwerksbesitzern hatte, haben wir die Möglichkeit -- Eben aus anderen Bereichen -- teilweise auch anonymisiert, die Bergwerke, aus den Gründen; es wurde nur A, B, C benannt -- wurden dann vergleichbare Proben in das Gutachten mit eingearbeitet.

Johanna Voß (DIE LINKE): Das ist ja schon Guerillaarbeit, unter der Sie genötigt waren, dafür zu sorgen, dass es eine einigermaßen brauchbare Grundlage für das Abteufen gegeben hat.

Zeuge Jörg Martini: Ja. Ich hoffe nur, das Gutachten findet sich irgendwann mal auf, dass man das nachvollziehen kann.

Johanna Voß (DIE LINKE): Das würde ich mir auch wünschen. -- Dieser Hintergrund, Zeitdruck also auch bei Ihnen, mangelnde Zuarbeit, keine ausreichende Datengrundlage: Was haben Sie konkret der DBE mit auf den Weg gegeben? Also, Sie geben das Gutachten ab und sagen ihnen: „Wir haben das jetzt so gut es ging und in der Kürze der Zeit gemacht“?

Zeuge Jörg Martini: Das Problem war grundsätzlich, dass uns nur Proben aus den Flankenbohrungen von Gorleben zur Verfügung standen. Deswegen war eine verbindliche Zuordnung zu dem Gesamtgebilde Salzstock Gorleben ja im Grunde genommen noch gar nicht möglich. Eigentlich ist es dieser genialen Idee oder der Kenntnis von Herrn Hornemann zu verdanken, dass er sagt: „Das, was wir an anderen Salzstöcken schon erkundet haben, was ich kenne, kann ich da alles mit einfließen lassen.“ Aber es kam also mehrfach in dem Gutachten dann auch zur Sprache, dass er sagte: „Wir müssen aufpassen. Gorleben nach den Flankenbohrungen ist noch stärker carnallithaltig/führend als die mir bekannten Bergwerke.“

Darauf hat er immer wieder hingewiesen. Ich habe es mir auch aus der Erinnerung noch mal aufgeschrieben. Es sind das Carnallit und die Laugenführung, die damit einhergeht, die zu einem Problem in Gorleben führen können. Das war eigentlich auch während der Vorstudie schon klar und mehrfach darauf hingewiesen.

Johanna Voß (DIE LINKE): Kann es auch so sein, dass dieser Scheitelgraben, der ja auch bekannt war -- das hat uns ja auch der Zeuge vorher gesagt, dass von Anfang an bekannt war, dass dort die Rinne, die Gorlebener Rinne, vorhanden ist -- War das Ihrem Büro auch bekannt, bewusst? Kannten Sie die?

Abschließend noch dann: Ist es richtig, dass Herr Grübler von der DBE im Nachspiel des Schachtunfalls seinen Hut nehmen musste? Finden Sie, dass die DBE damit genügend die Verantwortung wahrgenommen hat, das abgeleistet hat und dass es nur auf das Ausscheiden von Herrn Grübler ankam, um zu sagen: Das war's?

Zeuge Jörg Martini: Ich denke, Herr Grübler war schon ein entscheidender Schalthebel, was die gesamten Teufarbeiten

sei aber so gewählt, daß man schräg durch solch eine Druckschicht stoße und ... gefährlichen ... Drücken ausgesetzt sei.

Ich verstehe es gerade so. Könnten Sie mir dieses Problem und die Gefahr, die Sie da sehen, noch mal genauer erläutern?

Zeuge Jörg Martini: Ja, es waren aufgrund der Vorarbeiten die Schachtbemesungen schon erfolgt, für beide Schächte in identischer Art und Weise, und was ich damit zum Ausdruck bringen wollte, war: Wenn wir an Schacht 2, wo wir erheblich gestörtere Tonformationen haben, mit dem gleichen Konzept durchfahren, dann erleiden wir genauso einen Schiffsbruch. Es ist ja auch nicht das gleiche Konzept angewandt worden, sondern es ist sowohl für den Schacht 1 ein neues Konzept mit stärkerem Frostkörper wie auch für den Schacht 2 eine quasi komplett neue Statik erstellt worden aufgrund der Ereignisse.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt interessiert einen natürlich bei so einer Beschreibung: Was ist denn dann nach Ihrer Warnung passiert? Ich habe dem *Spiegel*-Artikel auch entnommen, dass vorher die entsprechenden Vorgesetzten von Ihnen das auch ähnlich gesehen haben und dass es da auch die Aufforderung an die DBE gegeben hat, die Bohrung an anderer Stelle anzusetzen. Das ist dann aber anscheinend nicht passiert. Wie hat denn sich das weiterentwickelt? Hat man Ihre Warnung in irgendeiner Weise berücksichtigt? Wissen Sie das?

Zeuge Jörg Martini: Nein, es ist nur dahin gehend berücksichtigt worden, dass die Schachtstatik überprüft worden ist. Aber über die Schachtansatzpunkte ist, soweit ich weiß, gar nicht mehr nachgedacht worden. Es war ja auch im Grunde genommen schon alles vorbereitet. Der Frostkörper war im Aufbau, und es hätte unmittelbar der erste Ökkübel folgen sollen.

Kübel

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Schachtansatzpunkte“ ist eigentlich auch noch ein Anlass für mich, noch einmal vor den Unfall zurückzugehen; denn wir haben jetzt ja auch schon mehrfach den Aufschlag in Ihrem Eingangsstatement thematisiert, dass die Laborwerte, die Sie er-

mittelt haben, schwer zu ermitteln waren, weil Ihnen offensichtlich nicht ausreichend Material zur Vergleichbarkeit zur Verfügung stand. Wie belastbar würden Sie denn rückblickend die Werte sehen, die Sie da im Labor ermittelt haben? Wir kommen dann auch gleich noch mal zu der Frage des Steinsalzes - älteres und jüngerer.

Zeuge Jörg Martini: Die Belastbarkeit der Ergebnisse von den Untersuchungen, die wir, also Thyssen Schachtbau, in Auftrag gegeben haben in Karlsruhe, halte ich für gut, weil sie auch punktuell von uns überwacht wurden. Das, was uns an Messwerten, an Ergebnissen von Dritten, zugeiefert wurde: Dazu steht eigentlich ausreichend in dem Bericht drin, dass eigentlich die Proben nicht ausreichend sind, die Auswahl der Proben - da fängt es ja schon an - selektiert, und dass die Versuche, gelinde gesagt, schwer nachvollziehbar sind - die Ergebnisse der Versuche.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nun haben wir ja schon mehrfach irgendwie Vermutungen äußern müssen, dass das mit den Berichten der DBE alles nicht ganz vollständig ist, sondern dass da manches vielleicht, sagen wir mal, ausgeblendet oder konzentriert wurde, und da muss ich noch mal auf ein Material zurückkommen. In MAT A 95, Band 4, Paginierung 164 f. - das ist ein Bericht der DBE ans Wirtschaftsministerium zur Auswahl des Ansatzpunktes für Schacht 1 vom 12.11.1981 - schreibt die DBE - ich lese nur zwei Sätze vor, vom Anfang und vom Schluss -:

Es war zunächst festzulegen, in welchem Steinsalztyp ein Schacht unter „Gorleben-Bedingungen“ abgeteuft werden kann.

Dann werden die Problemstellungen erörtert und beleuchtet, und dann wird gesagt:

Als Ergebnis dieser Untersuchung ist eine Präferenz für die „Älteren Schichten des Leine-Steinsalzes

- das ist das jüngere, wenn Sie sich an die Gorleben-Antwort erinnern -

... festzuhalten. Gegenüber dem Staßfurt-Steinsalz ... ist dort das Kriechverhalten tendenziell um eine Zehnerpotenz günstiger.

Wenn ich das lese - Zehnerpotenzen kann ich jetzt schon verstehen, auch wenn

1971 gegründet worden mit den vier Gesellschaftern: der Hoechst AG, der Bayer AG, NUKEM und Gelsenberg AG.

Ziel war, eine große deutsche Wiederaufarbeitungsanlage zu planen und zu errichten, eine etwa 1 400-, 1 500-Tonnen-Anlage. Die wäre die größte Anlage der Welt gewesen. Sie war erforderlich gewesen. Das war damals Stand der Überlegungen, auch des damaligen Bundesministeriums für Forschung und Technologie, dass eine solche Wiederaufarbeitungsanlage in Deutschland erforderlich ist, um den Kernbrennstoffkreislauf zu schließen.

Ich war in Höchst verantwortlich für die Wiederaufarbeitung und auch für die Urananreicherung. Aber die Urananreicherung ist ja heute hier nicht Gegenstand, sondern ich kann mich auf die Wiederaufarbeitung beschränken.

Wir haben mit der Planung 1973 begonnen, wobei im Vordergrund natürlich eine enge Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Forschung und Technologie gestanden hat. Ganz am Anfang - das war schon Ende der 60er-, aber Beginn der 70er-Jahre - war vorgesehen, die deutsche Wiederaufarbeitungsanlage - das war insbesondere die Intention der Hoechst AG gewesen - auf privatwirtschaftlicher Grundlage zu bauen und zu betreiben. Man ging damals noch von einem Investitionsvolumen von etwa 4 bis 600 Millionen D-Mark aus. Das hätte wohl damals ausgereicht, um eine solche Anlage privatwirtschaftlich zu betreiben.

Wir standen in Deutschland in Konkurrenz. Das heißt: Die Energieversorger hatten ja auch damals schon Kontakte mit anderen Wiederaufarbeitern in England und in Frankreich, die die Wiederaufarbeitung zu Dumpingpreisen angeboten haben aufgrund ihrer militärischen Anlagen. Sie konnten sozusagen - die privatwirtschaftlichen Angebote - dann mit Dumpingpreisen um 20 D-Mark pro Kilo - also traumhafte Preise damals - den Energieversorgern anbieten. Wir konnten von vornherein mit diesen Preisen ja nicht aufwarten. Alle Planungsarbeiten liefen darauf hinaus, dass wir nachher zu etwa 500, 600 D-Mark pro Kilo hätten aufarbeiten können.

Ich muss aber dazusagen: Die Planungsarbeiten und die Kosten sind uns dann auch im Zusammenhang mit den Sicherheitsvorschriften davongelaufen. Die nächste Überlegung war schon gewesen, dass die Anlage mindestens 900 Millionen D-Mark

kosten würde und der Betrieb dann jährlich wohl 1 Milliarde. Und ein paar Jahre später, als wir schon mit den Energieversorgern an einem Tisch gesessen hatten, sind die Kosten und die Investitionskosten aufgrund verschiedener anderer Anlagen, die noch hinzugebaut hätten werden müssen, auf etwa 2,3 Milliarden aufgelaufen.

Das war für die chemische Industrie ein Betrag, den sie bei all den Risiken, die mit einer Wiederaufarbeitung verbunden waren, privatwirtschaftlich nicht mehr tragen konnte, sodass wir also dann in den laufenden Verhandlungen auch mit der Bundesregierung standen mit dem Forschungsministerium damals, inwieweit der Bund gewisse Risiken aus Bundesmitteln bezahlen könnte. Die Verhandlungen haben sich also sehr lange hingestreckt. Die Bundesregierung hat ja die Urananreicherung zunächst einmal voll finanziert. Bei der Wiederaufarbeitung hat sich die Bundesregierung sehr stark zurückgehalten, was natürlich innerhalb der Gesellschafterkreise ebenfalls zu einer sehr starken Zurückhaltung geführt hat. Neben den beiden großen Chemieunternehmen - Hoechst war ja damals noch das größte chemische Unternehmen der Welt - gab es die NUKEM, eine GmbH, und auch die Gelsenberg, die sich wahrscheinlich an diesen immensen Investitionskosten in dem Umfang - möglicherweise, sage ich - nicht hätten beteiligen können.

Zur Planung noch ein -- Nein, ich muss noch einen Satz davorschieben. Für die Wiederaufarbeitung mussten wir ja auch einen geeigneten Standort in Deutschland haben. Das war natürlich aufgrund der vielen Vorgaben und Sicherheitsvorgaben eine nicht ganz einfache Frage. Das Bundesministerium kam dann in vielen Gesprächen mit uns zusammen zu dem Ergebnis, dass wir ein Entsorgungszentrum aufbauen müssten, planen müssten. Und da kam dann sofort eben die Standortfrage mit Endlagerung ins Spiel. Um also neben der Wiederaufarbeitungsanlage möglichst auf dem Gelände der Wiederaufarbeitung auch eine Endlagerung zu haben, um Transporte zu vermeiden, hat der Bund, der sich ja als für die Endlagerung zuständig erklärt hat -- das ist er ja auch heute noch -- uns beauftragt, ab 1973 über die Wiederaufarbeitung hinaus - das war ja nun nicht sein Gebiet - ein Endlager ausfindig zu machen, ein geeignetes Endlager für hochradioaktive Abfälle, die sich ja aus der Wiederaufarbeitung ergeben.

verwirrt
werden
konnte

übernehmen
im Prozess

geden
hätten
Möglichkeit

wollen

entwickeln

?

vorzuziehen sei
ja nicht
dann auf
ein Standort
aufgeht.
- geb. zu
finden

in die Hand
entwickeln
kann

Zu anderen
Bietern.
So hatten die

Platzierung
des Schwer-
metalls
- 1998
nicht möglich

Wir haben ~~also~~ diesen Auftrag dann 1974/75 durchgeführt, zunächst einmal großräumig in Deutschland abgegriffen, was als Standort infrage kam - im Vordergrund natürlich immer die Kriterien für die Wiederaufarbeitung, die ja sehr viel stringenter waren als für ein Endlager.

Wir kamen dann natürlich zu dem Ergebnis - es waren 25 Standorte grob ausgewertet worden -, dass letztlich bei der günstigen Situation in Norddeutschland nur ein Salzstollen oder Salzberg für die Endlagerung infrage käme. Es war auch damals der Stand der Wissenschaft, dass unter den verschiedenen Möglichkeiten - Granit, Ton - das Salz die allerbeste Lösung ist. Die Erkenntnis hatten wir ja nicht erst in den 70er-Jahren. Ich habe als Geschäftsführer des Deutschen Atomforums im Jahre 1968 die Schrift herausgegeben: „Radioaktive Rückstände“. Da steht schon drin, dass das Salz die beste Lösung ist. Das ist nicht auf unserem Mist alleine gewachsen. Es gab zahlreiche Symposien und internationale Zusammenkünfte, wo auch über die Endlagerung gesprochen wurde. Ergebnis all dieser Konferenzen war immer, dass Salz, wenn der Salzstock groß genug ist und die Voraussetzungen erfüllt, immer noch die beste Endlagerung abgibt. Insofern haben wir dann also die Arbeiten für das Endlager auf Salzstöcke in Norddeutschland konzentriert.

Wir hatten einen hervorragenden Geologen von der Bayer AG, der auch engstens mit dem niedersächsischen Amt für Bodenforschung und gleichermaßen mit der Bundesanstalt für Geowissenschaften zusammenarbeitete, wo wir auch die ganzen Unterlagen herbekommen haben, die alle von uns gesichtet wurden. Das war schon eine etwas aufwendige Arbeit. Wir kamen zu dem Ergebnis -- Und wer die Salzkarten sieht, der kommt dann am Salzstock Gorleben überhaupt nicht vorbei, weil er sich von der Größe her geradezu anbietet. Er war bisher noch nicht abgebaut. Die sogenannten jungfräulichen Salzstöcke gibt es ja auch nicht in so großer Zahl; im Mittelalter sind ja sehr viele Salzstöcke abgebaut oder in Angriff genommen worden. Es kam also Gorleben infrage als Allererstes. Dann kam Lutterloh - ich habe das in einem Schreiben an sie mit unter Lüt; das ist die Bahnstation -, es ist also Weesen-Lutterloh gewesen. Dann hatten wir noch Lichtenhorst und Wahn. So habe ich das

Ich hatte das ja gesehen - ich musste das ja auch meinen Gesellschaftern vortragen

und dem Bundesministerium, die dafür das Geld gegeben hatten, und ich habe sofort gesagt: Gorleben liegt unmittelbar an der Grenze zur DDR, ausgeschlossen. Das haben wir gleich vom Tisch genommen; denn es ist weniger der Salzstock als die Wiederaufarbeitung, die ja mit dem Salzstock in Verbindung gebaut werden sollte, die mit Sicherheit Probleme mit der damaligen DDR gegeben hätte - schon wegen der Abluft, die nun einmal mit einer Wiederaufarbeitung verknüpft ist, also insbesondere auch die Kryptongase. Ich habe also dann sofort Gorleben von der Liste gestrichen und gesagt: Wir lassen es einmal hier jetzt mit Weesen-Lutterloh, mit Wahn und mit Lichtenhorst. - Ich bin dann auch im Ministerium vorstellig geworden und habe das mit den zuständigen Beamten besprochen. Die waren meiner Meinung: Gorleben kann aus politischen Gründen, wie man ja so sagt, wegen der DDR-Nähe nicht in Betracht gezogen werden. - Es wurde also Gorleben niemals in irgendeine Liste aufgenommen, sondern zunächst nur einmal die drei: Weesen-Lutterloh, Wahn und Lichtenhorst.

Wir mussten dann damals auch gerade wegen der Wetterbedingungen das ganze Messmaterial beschaffen, haben aber, was Sie aus den Unterlagen, glaube ich, entnehmen konnten, sehr eng mit dem Deutschen Wetterdienst zusammengearbeitet, der uns außerordentlich behilflich war, und natürlich ich habe es schon erwähnt - selbstverständlich auch mit den geologischen Ämtern, mit Bergwerksämtern, Meppen und wie sie alle hießen. Das war dann der Stand der Dinge. Wir haben die Geräte beschaffen müssen, soweit nicht die Wetterstationen sie schon hatten. Aber sie hatten nicht immer alles und waren manchmal ganz froh, dass wir ihnen auch noch zusätzlich Geräte beschaffen konnten, weil für uns die Wetter-, die Luftkondition eine ganz erhebliche Rolle spielten und natürlich auch die Bevölkerungsdichte: möglichst eine geringe Bevölkerungsdichte, möglichst wenig Landwirtschaft. Das hing alles mit der Abluft und mit den möglichen Risiken zusammen, die aber keine Risiken in dem Sinne waren; wir waren immer auf der sicheren Seite. Aber es mussten ja auch Störfälle in Betracht gezogen werden, und selbst Störfälle durften unter gar keinen Umständen zu irgendwelchen Belastungen der Umgebung führen.

Wir haben dann als Erstes - Dann ging es ja darum, geeignete Tiefbohrungsfirmen

zu finden. Die waren natürlich auch nicht sofort in der Lage, uns ein Bohrgerät zur Verfügung zu stellen, manche erst in einem halben, einem Dreivierteljahr. Die Preussag war die erste, die wir dann unter Vertrag nehmen konnten, und zwar für Weesen-Lutterloh, und da haben wir ja dann auch Anfang 76 mit der Tiefbohrung begonnen. Ich war ja die meiste Zeit nicht in Wahn; ich war die meiste Zeit natürlich bei der Tiefbohrung in Weesen-Lutterloh. Die Ergebnisse waren erfolgversprechend. Das kann ich aus der Erinnerung noch sagen. Die Bohrkern, die wir gezogen haben, wurden alle zur weiteren Begutachtung nach Hannover geschickt. ~~Ob sie da heute noch liegen, wage ich zu bezweifeln.~~ Mit zunehmender Tiefe waren die Salzformationen außerordentlich geeignet für ein Endlager auch in Weesen-Lutterloh.

Wir hatten dann auch ein Gerät für Wahn bestellt. In Wahn waren natürlich auch die seismologischen Untersuchungen etwas schwierig, weil ausgerechnet dort, wo wir bohren wollten, der Schießübungsplatz der Bundeswehr war. ~~Unsere Leute mussten dann immer wieder in die Bunker kriechen, um nichts abzukriegen.~~ Ich habe immer gesagt: Die Bundeswehr wird diesen Schießplatz nie aufgeben, also Wahn wird nichts werden. - Aber wir hatten nun einmal mit der Bundesregierung vereinbart, auch in Wahn eine Tiefbohrung niederzubringen. Aber dann wurde ruhbar, wofür das Ganze ist, und meine Mitarbeiter sagten mir: Heute sind da von den Bauern Gräben gezogen worden; wir können das schwere Gerät gar nicht mehr da hinbringen.

In Weesen-Lutterloh hatten wir schon eine beträchtliche Tiefe mit reinem Steinsalz erreicht, bis ich dann - 10. August - damals vom Herrn Matthöfer, also von den Referenten, einbestellt wurde und es hieß: Die Untersuchungen sind auf der Stelle zu unterbrechen. - Ich habe später gehört, das sollte auf Anregung von dem damaligen Ministerpräsidenten Albrecht geschehen sein. ~~Das kann ich aber nicht wissen.~~ Wir haben halt eben nur diese Order von dem Bundesministerium, vom BMFT, bekommen. Ich weiß noch: Ich saß da dem Referenten gegenüber und sagte: Jetzt haben wir 5 Millionen in Weesen-Lutterloh verbohrt. Soll das Ganze für die Katz gewesen sein? ~~Das kann doch nicht wahr sein. Da sagt er Herr Schlitt, das sind politische Gründe. - Damit hatte es sich, und damit wurden alle unsere Bemühungen um die Standorterkundung~~

abgebrochen. Das galt natürlich nicht nur für die Tiefbohrungen; das galt auch für die seismologischen Untersuchungen und die Flachbohrungen. Also vom 10. August 76 an hat sich dann da oben in Norddeutschland für uns nichts mehr getan.

Ich bin - ~~das muss ich dazusagen~~ - ja dann 76 aus der KEWA ausgeschieden, ~~aber aus einem ganz bestimmten Grund.~~ Die chemische Industrie war nicht mehr willens, das alleine zu finanzieren. Es gab dann Verhandlungen mit den Energieversorgungsunternehmen - damals war noch RWE federführend gewesen -, und die taten sich außerordentlich schwer. Die sagten mir immer - das war dann das Tüpfelchen auf dem i -: Wenn ihr die Anlage baut, dann ist noch lange nicht gesagt, ob wir unsere Brennelemente zu euch schicken. - Das kann ja wohl nicht sein. Wir bauen für euch für die Schließung des Brennstoffkreislaufes eine Anlage mit vielleicht mehreren Milliarden Investitionskosten, und dann gehen die deutschen EVUs zu den Dumpingpreisen nach England und Frankreich. Aber wir hatten ja zwischenzeitlich mit England und Frankreich, also mit dem Commissariat à l'Energie Atomique und mit der BNFL in England - die englische Anlage war damals Windscale, heute ist es Sellafield; damals in Frankreich war es La Hague -, ein Abkommen getroffen, dass die beiden englischen und französischen Anlagen zunächst ausgelastet werden und danach dann die deutsche 500-Tonnen-Anlage ausgelastet wird. Aber es gab natürlich ewige Diskussionen wegen der Preisgestaltung. Von 20 DM pro Kilo konnten wir natürlich nicht ausgehen. Wir beharrten immer darauf: Wir müssen mindestens 500 bekommen. - Nachdem die Wiederaufarbeitung in Deutschland beendet war, haben wir ja auch die Quittung bekommen. Die EVUs mussten dann statt 20 DM pro Kilo 2 000 DM pro Kilo zahlen. So habe ich es gehört, und so wird es wohl auch gewesen sein.

Das vielleicht einmal als ganz grobe Schilderung, Frau Dr. Flachsbarth. - Vielleicht sollte ich noch einen Satz sagen: Die Verhandlungen mit den Energieversorgern haben ja dann dazu geführt, dass die KEWA, die Kernbrennstoff-Wiederaufarbeitungs-Gesellschaft, übertragen wurde, verkauft wurde an die EVUs, die dann unter der DWK, der deutschen Wiederaufarbeitungsgesellschaft, das ganze Projekt weitergeführt haben bis eben letztlich nach Wackersdorf. Ich habe die Dinge ja noch weiter mitverfolgen kön-

die Kriterien der Wiederaufarbeitung berücksichtigen, die ~~ja~~ sehr viel stringenter waren. Was die Endlager angeht, haben wir uns abgestützt bei diesen ersten Untersuchungen auf das gesamte Kartenmaterial, das uns von Hannover, sowohl von dem Landesamt für Geowissenschaften wie auch vom Bundesamt für Geowissenschaften, zur Verfügung stand. Wir bekamen auch die Unterstützung von beiden Ämtern bei der Durchforstung der gesamten Salzlagerstätten, und das sind ja sehr viele; man braucht nur die Karten zu sehen. Dieses Kartenmaterial war zunächst auch die Grundlage oder Unterlage, nunmehr eine Endlagerstätte auszusuchen - aber immer gleichzeitig unter Berücksichtigung der Kriterien für die Wiederaufarbeitung. Wie gesagt, da sind wir eben, weil Gorleben ~~ja~~ auf der Liste gestrichen war, zu diesen drei Standorten Wahn, Lichtenhorst und Weesen-Lutterloh gekommen. Die sollten dann aber auch gezielt durch Tiefbohrungen untersucht werden.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Waren Sie damit auf dem Stand von Wissenschaft und Technik zum damaligen Zeitpunkt in Bezug auf Ihre Kriterien, aber auch auf die Methoden, wie Sie die Auswahl letztendlich vollzogen haben?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, ich kann ~~ja~~ nur wiederholen: Es war Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse, dass Salzstöcke die besten Endlagermöglichkeiten bieten. Wir wurden immer wieder, ich will nicht sagen, beneidet, das klingt etwas merkwürdig. Aber bei allen Konferenzen, auch internationalen, hieß es immer: Ihr seid in der glücklichen Lage, dass ihr in Norddeutschland so viele Salzstöcke und wahrscheinlich auch sehr geeignete Salzstöcke habt. - Es gibt ~~ja~~ Länder, die über gar keine Salzstöcke verfügen. Die müssen dann auf Granit oder auf Ton ausweichen.

Als wir das Problem bekamen - das wollte ich doch noch einfügen -, kamen - ich glaube, das war das Ministerium, durch die vielen Kontakte, die wir ~~ja~~ auch international hatten - die Italiener und haben uns einen Standort in der südlichen Basilicata in der Nähe von Taranto angeboten. Sie hatten da eine größere Wiederaufbereitungslaboranlage und haben uns dann gefragt, ob wir die nicht für eine Wiederaufarbeitung übernehmen könnten. Es gäbe ~~ja~~ auch gleichzeitig eine Endlagermöglichkeit. Im tiefen Un-

tergrund unter dem Mittelmeer sind große Tonschichten. Ich habe damals gesagt: Also, ich halte davon ~~ja~~ sowieso gar nichts. - Wir sind dann, weil wir nun eingeladen waren, uns das anzusehen, dorthin gefahren. Die Anlage, vor allen Dingen das Endlager kam natürlich mit Tonschichten unter dem Mittelmeer für uns überhaupt nicht infrage. Da waren wir eigentlich froh, dass wir in Norddeutschland die deutlich besseren Bedingungen hatten.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Dr. Schlitt, gibt es aus Ihrem Wissen oder nach Ihrer Kenntnis über die KEWA-Untersuchungen, die ich eben genannt habe - also 1224 von 74 sowie in zwei Teilen 1225 von 1975 und 1976 und dieser sogenannten KEWA-Nachbewertung -, hinaus noch weitere Untersuchungsberichte oder Zusammenfassungen, die die KEWA angefertigt hat?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Nein, also nach dem 10. August 76 gab es überhaupt keine weiteren Untersuchungen mehr, weil das Ministerium ~~ja~~ alle Arbeiten gestoppt hatte - ob auf Anregung von Herrn Albrecht oder nicht; ich weiß es nicht. Jedenfalls sind die Arbeiten nicht wieder aufgenommen worden, weil dann aber auch die Verhandlungen mit den Energieversorgungsunternehmen schon so fortgeschritten waren, dass sie gezwungen waren, die KEWA aufzukaufen; ~~denn~~ das Atomgesetz wurde damals geändert. Kernkraftwerke sollten nur noch genehmigt werden, wenn sechs Jahre im Voraus eine Entsorgung sichergestellt ist, gleichgültig, ob die Entsorgung im Ausland stattfindet, also Wiederaufarbeitung, oder ob eine Entsorgungsmöglichkeit in Deutschland geschaffen würde.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann möchte ich Sie jetzt noch einmal explizit nach dieser sogenannten KEWA-Nachbewertung fragen, also der Beschreibung der Alternativstandorte aus dem Jahr 1976, die wir, wie gesagt, nur in Fragmenten bzw. in Zitaten in den Akten finden können und in der Gorleben dann die beste Platzziffer aller Standorte erhielt. Hat die KEWA eine solche Nachbewertung angefertigt?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Nein. Dazu war auch gar keine Veranlassung mehr, nachdem die Arbeiten gestoppt waren und

die Wiederaufarbeitung und die Endlagerfrage plötzlich in der Luft hingen. Das Ministerium hatte uns auch nicht mitgeteilt, was sie denn nun vorhatten oder ob sie uns einen neuen Auftrag geben. Es war ja Sache des Bundes, für das Endlager zu sorgen - deshalb ja der Auftrag voll bezahlt an uns. Aber da ist dann nichts mehr gekommen, jedenfalls solange ich noch Geschäftsführer der KEWA war, bis zum Verkauf an die deutsche Wiederaufarbeitungsgesellschaft, die Gesellschaft der EVUs. Damals gab es ja noch 30 EVUs in Deutschland, die ja dann alles von uns übernommen haben. Die Geschäftsführung wurde ja dann auch ausgewechselt. Das waren dann nur noch Leute der Energieversorgungsunternehmen. Wir, das heißt, die KEWA-Gesellschafter - Bayer, Hoechst, NUKEM und Gelsenberg -, haben uns ja aus dem ganzen Wiederaufarbeitungsgeschäft zurückgezogen. Wir haben natürlich noch Beratungshilfe den EVUs zur Verfügung gestellt; denn schließlich war das für die EVUs ein völlig fremdes Gebiet. Die Wiederaufarbeitung ist eine rein chemische Anlage, und im Grunde sagt die Chemie: Nur wir können das. - Ob die EVUs das tun können? Aber die Situation ist damals ein bisschen anders gewesen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dennoch ist es aber so, dass in der dritten Studie von denen, die ich Ihnen eben genannt habe, also im Prinzip dem zweiten Teil der KEWA 1225, der Sachverhalt aufzufinden ist, dass Gorleben auch dort als bestgeeigneter Standort genannt wird, in den beiden Vorgängerstudien nicht. Wie kann das kommen?

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist keine Studie! Das ist ein Tätigkeitsbericht!)

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, Frau Dr. Flachsbarth, Gorleben ist während meiner Zeit überhaupt nicht mehr erwähnt worden. Im kleinen Kreis wussten wir, dass Gorleben der beste Standort ist. Er wurde ja gestrichen aus den Gründen, die ich genannt habe. Während der Zeit, in der ich noch Geschäftsführer der KEWA war, ist Gorleben nicht mehr diskutiert worden. Wir hatten ja nun in Weesen-Lutterloh einen neuen Standort, der auch für die Wiederaufarbeitung die entsprechenden Bedingungen hergegeben

hätte, sodass wir also Gorleben, na ja, vergessen konnten. Nach der ersten Tiefbohrung - So fängt man ja dann an - mit Flachbohrungen und seismologischen Untersuchungen. Das alles hat ja stattgefunden. Das hätte aber fortgeführt werden müssen. Wir hätten die Tiefbohrungen zu Ende führen müssen. Wir hätten eine zweite Tiefbohrung durchführen müssen. Aber all das ist ja dann durch die Einstellung durch das Ministerium nicht mehr geschehen. Damit ist dann in der Zeit, während ich noch Geschäftsführer war, über Endlager nicht mehr gesprochen worden.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich muss Ihnen sagen, dass uns in den Akten ein Schreiben von Herrn Stuhr an Staatssekretär Dr. Röhler vom 9. März 1977 vorliegt. Das ist MAT A 102, Band 8, Teil 2, Pageinierung 186. Dort berichtet der Ministerialrat Stuhr, dass Gorleben bereits 1975 auf Vorschlag des niedersächsischen Wirtschaftsministeriums in die weiteren Untersuchungen der KEWA aufgenommen worden sei. Ich zitiere:

Nachdem sich Mitte 1975 nach intensiven Recherchen herausgestellt hatte, daß bei den bekannten Standorten mit Restriktionen (Wasservorkommen, Naturschutz u. a.) zu rechnen war, wurden im MW

- also im niedersächsischen Wirtschaftsministerium -

intern weitere Möglichkeiten geprüft. Dabei stellte sich heraus, daß die Zahl der möglichen Standorte größer war, als ursprünglich von der KEWA angenommen. Die KEWA wurde auf diese Möglichkeiten (rd. 25) aufmerksam gemacht. Unter den genannten Standorten befand sich auch Gorleben.

Wie bringe ich das jetzt mit dem zusammen, was Sie gesagt haben?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Der Herr Stuhr wusste natürlich genau von unseren Überlegungen. Er war ja mit einbezogen. Wir haben ja mehrfach mit ihm auch gesprochen. - Aber, Frau Dr. Flachsbarth, an wen ist der Brief gerichtet?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Entschuldigung; ich muss einmal gucken. -

Das ist ein Schreiben von Herrn Stuhr an Herrn Dr. Röhler, an den Staatssekretär.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Ja, an welchen Staatssekretär?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Im niedersächsischen Wirtschaftsministerium.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Ja, das ist ein interner Vorgang, den ich ja nicht kennen kann. Herr Stuhr war ja Ministerialrat im Sozialministerium in Niedersachsen. Er hat wohl offenbar dann einen Brief an seinen oder einen anderen Staatssekretär geschrieben, von dem wir ja nichts wissen konnten.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Genau. Das ist sicherlich richtig. Über diesen Brief konnten Sie nichts wissen. Aber Herr Stuhr schreibt eben in diesem Brief:

Die KEWA wurde auf diese Möglichkeiten (rd. 25) aufmerksam gemacht. Unter den genannten Standorten befand sich auch Gorleben.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Ich will ja nicht ausschließen, dass wir mit Herrn Stuhr über Gorleben gesprochen haben. Aber wir haben damals auch Herrn Stuhr gesagt, dass Gorleben aus den besagten Gründen nicht infrage kommt. Diese Auffassung teilte auch das Forschungsministerium, und diese Auffassung teilte auch das niedersächsische zuständige Ministerium. Welches es war, weiß ich nicht. Dieser Brief von Herrn Stuhr ist sehr viel später geschrieben. Offenbar haben wir mit dem Herrn Stuhr einmal über Gorleben gesprochen. Aber Gorleben ist nie mehr offiziell in Erwägung gezogen worden. Der Brief stammt wohl auch aus dem Jahr 77. Das war schon eine Zeit, wo die Deutsche Wiederaufarbeitungsgesellschaft die Aktivitäten übernommen hatte mit der KEWA.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das ist so. Aber er bezieht sich - -

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Ich kann dazu nichts sagen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Genau, das ist so. Der Brief ist von 77, vom März 77. Aber das Zitat in dem Brief, das ich Ihnen eben vorgehalten habe, lautet eben: Nachdem sich Mitte 75 nach intensiven Re-

cherchen usw. herausgestellt hatte, dass es bei den anderen Standorten Restriktionen gibt, haben wir die KEWA auch auf andere Salzstöcke hingewiesen - 25 -, und darunter befand sich Gorleben. - Das ist die Frage, die ich jetzt habe. Deshalb habe ich auch gesagt: Wenn das 75 tatsächlich schon der Fall war, dann trifft das auch noch mit Ihrer Verantwortlichkeit und Ihrer Zeit, wo Sie letztlich da verantwortlich waren, zusammen.

Darüber hinaus: Ich habe verstanden, dass Sie bis zum Februar 77 auch noch mit in der Verantwortung, also in der Geschäftsführung der KEWA waren. Diese dritte KEWA-Studie behandelt ja den Untersuchungszeitraum vom 01.01. bis zum 31.12.1976. Also auch wenn diese dritte KEWA-Studie erst 1977 veröffentlicht worden ist, als Sie gar nicht mehr in der Verantwortung waren, werden ja dennoch die Untersuchungen stattgefunden haben, als Sie noch Geschäftsführer waren. Deshalb bringe ich das im Moment noch nicht ganz zusammen.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, was sich dann an Überlegungen im niedersächsischen Ministerium abgespielt hat, dazu kann ich nichts sagen. Darüber bin ich auch nicht informiert gewesen. Meine Tätigkeit endete ja Ende 76. Das waren wohl schon alles Überlegungen, die mit der damaligen DWK, also mit den Energieversorgungsunternehmen, diskutiert wurden - nicht mehr mit uns; denn wir waren im Grunde 77 schon aus der Verantwortung. Die KEWA-Mannschaft ist ja außer meiner Person voll von den Energieversorgungsunternehmen übernommen worden.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Alles gut. Sie sind ab 77 nicht mehr in der Verantwortung gewesen. Sie waren nicht mehr alleiniger Geschäftsführer. Das habe ich alles verstanden. Dennoch - noch einmal -: Die dritte KEWA-Studie, KEWA 1225, behandelt den Untersuchungszeitraum oder den Berichtszeitraum 01.01. bis 31.12.76. Das Ergebnis dieser Studie ist erst 77 veröffentlicht worden; das ist schon richtig. Aber sie ist ja vorher erarbeitet worden, nämlich während des Jahres 1976, als Sie noch in der Verantwortung waren. Da wurde Gorleben dann als Ergebnis dieser dritten Studie auf den vorderen Platz gesetzt. Von daher bringe ich immer noch nicht zusammen, was Sie hier vortragen.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, ich kenne diese Notiz nicht, und ich muss mich sehr wundern. Hier sind eine ganze Reihe von Standorten aufgeführt, die ich gar nicht kenne. Also, wir hatten uns zum Schluss eben auf die drei Standorte konzentriert. Aber die, die hier aufgeführt sind, mögen vielleicht in einer früheren Auswahl mal betrachtet worden sein. Aber mir sind die nicht bekannt. Da müsste man mal Herrn Hornke fragen - der war ja auch geladen; aber er ist ja im Augenblick außerordentlich krank -, wie es am 27.08. zu dieser Telefonnotiz kommen kann. Ich müsste sie --

Gut, ich konnte ja nicht alles sehen. Wir waren ja damals auch noch in Verhandlungen mit Brasilien. Wir mussten ja die ganze Wiederaufarbeitungstechnologie den Brasilianern verkaufen im Rahmen des großen Kernkraftwerksdeals von Siemens-KWU mit Brasilien. Aber ich kenne das nicht, und ich würde mich schon wundern, dass noch am 27.08. von all diesen Standorten gesprochen worden ist. Das kann ich leider --

Da steht auch: Herrn Stuhr zur Kenntnis. - Es mag sein, dass die früher mal erörtert worden sind, so am Rande. Aber mir sind sie nicht -- und schon gar nicht Gorleben; denn wir haben explizit -- Also, ich habe meinen Mitarbeitern gesagt: Mit Gorleben kann ich meinen Gesellschaftern gar nicht gegenüberstellen. Das wird gleich vom Tisch genommen.

Das Gleiche war ja auch beim Bundesministerium. Da müsste aber jemand vom Bundesministerium wissen, ob denn noch ein Auftrag gelaufen ist. Aber meines Erachtens war der Auftrag -- Mit Stopp August 1976 waren alle Arbeiten beendet. Ob da noch einige seismologische -- oder Flachbohrungen gelaufen sind, würde ich mal nicht ausschließen wollen; aber mir ist das nicht bekannt.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Das, was ich gerade vorgelesen habe, deckt sich ja im Grunde genommen mit der Aussage des Vermerks von Herrn Stuhr, den die Vorsitzende Ihnen gerade vorgehalten hat, der ja ebenfalls sagt, dass es in der zweiten Jahreshälfte 76 von der KEWA Untersuchungen gab, wonach Gorleben der Standort mit den günstigsten Eigenschaften war. Nun ist es aus meiner Sicht natürlich verwunderlich, dass Sie als der verantwortliche Geschäftsführer davon nichts gewusst haben können. Können Sie sich vorstellen, dass ein solcher

Vorgang durch die KEWA durchgeführt wurde, ohne dass Sie davon Kenntnis hatten?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, das kann ich mir nicht vorstellen. Ich müsste Herrn Hornke befragen. Es gab eine ganze Reihe von Missverständnissen mit Hannover, also mit Niedersachsen. Aber ob das Gespräch mit Herrn Dr. Hornke auch so gelaufen ist, dazu kann ich nichts sagen. Ich müsste den Herrn Hornke befragen, ob er sich daran erinnern kann. Meines Erachtens sind damals die ganzen Aktivitäten der Standortsuche eingestellt gewesen. Die sind ja später wieder aufgenommen worden unter der DWK, und da war dann natürlich Gorleben der Standort Nummer eins gewesen; aber zu meiner Zeit war Gorleben überhaupt nicht mehr spruchreif gewesen.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Wir sprachen gerade von Herrn Hornke. Können Sie uns noch mal schildern, welche Funktion Herr Hornke in der KEWA hatte?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Wir hatten eine Projektleitung, die also das ganze Projekt ausgearbeitet, die Konzeptstudie und das Vorprojekt für die Wiederaufarbeitungsanlage gemacht hat, und wir hatten ein Team unter Professor Anger von der Bayer AG, das sich um den Standort kümmerte, im Auftrag des Bundes. Herr Hornke war ein Mitarbeiter von uns; aber er war diesem Team zugeordnet. Sie sehen ja auch: Er ist ja auch aufgeführt in dem Bericht. Ich weiß nicht, ob er auch noch aufgeführt ist unter dem letzten Bericht, den ich gerade ja gesehen habe. Ich will noch mal gucken, ob er noch mit dabei ist.

(Der Zeuge liest in den ihm vorgelegten Unterlagen)

- Ja, da ist er auch noch. Da ist noch Professor Anger. Da sind ja alle, das ganze Team ist hier noch aufgeführt. Ich kenne diese Studie nicht mehr. Es kann sein, dass unter der Betreuung der DWK Arbeiten weitergelaufen sind; aber das entzieht sich meiner Kenntnis.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Gehen wir noch mal an den Monatsanfang des August 1976 zurück. Es gab nach den Unterlagen -- Ich habe jetzt hier insbesondere MAT A 83, Band 8, Anlage 11. Das ist ein handschriftliches Protokoll einer Sitzung, die in Frank-

weiteren Standorten zu suchen. Das deckt sich dann wiederum mit dem Telefonvermerk, den wir vorhin vorgelegt haben.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, die Notiz war vom 05.08. Das war also noch während der Zeit der Standortuntersuchungen; denn die sind ja erst am 10. August, 15. August gestoppt worden.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Genau; also kurz davor, ganz kurz.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Kurz davor. - Und wir waren ja überrascht worden von der Entscheidung des Ministeriums; diese Anordnung kam ja völlig über Nacht. Es kann durchaus sein, dass man auch noch vielleicht weitere Salzstöcke untersuchen sollte. Das kann vielleicht, ich sage mal, durch Anregungen des Ministeriums erfolgt sein. Die waren ja Herren des Verfahrens; denn die gaben das Geld, und die waren ja auch verantwortlich für das Endlager.

Ich meine, hier wird über die Vergangenheit gesprochen - das ist ja richtig -:

Es wurden nur Standortmöglichkeiten in Niedersachsen untersucht. Die Salzstöcke in Schleswig-Holstein blieben außer Betracht.

Da war auch einmal eine Karte wohl geprüft worden. Aber mir ist nicht untergekommen, dass das Team irgendeinen Standort in Schleswig-Holstein näher geprüft hätte.

Außerdem wurden

- wieder Vergangenheit -

von der näheren Untersuchung ausgeschlossen:

- das ist ja alles richtig -: Salzstöcke in der Nähe von Großstädten,

Salzstöcke mit Teufenlage unter 800 m

- das ist ja auch richtig -,

Salzstöcke, die bereits für Speichierzwecke ...

Na ja, die, die schon mal angekratzt worden waren.

Aus dem Kreis der verbleibenden Salzstöcke wurden die an den 4 großen Flüssen Niedersachsens - Ems, Weser ... Elbe - liegenden bevorzugt untersucht. Dort lassen sich

auf folgenden Salzstöcken geeignete Standort...

Ja, das bezieht sich natürlich alles auf die - - Und für die Prüfungen gemäß den Karten, die uns vorgelegen haben, nicht mir im Einzelnen, sondern diesem Team, das alle Karten geprüft hat - - Da wurden ja sicherlich in den Überlegungen mal auch andere Standorte genannt, ohne dass sie nachher weiter konkretisiert oder verfolgt worden sind. Das war also noch zu einer Zeit, wo wir noch den Untersuchungsauftrag hatten und wo durchaus - - Mich wundert nur, dass da Gorleben steht; das hatten wir ja ausgeklammert. Der wäre also für uns nicht in Betracht gekommen aus den genannten Gründen.

Also, das widerspricht nicht dem, was ich gesagt habe. Es kann durchaus sein, dass eine Besprechung stattgefunden hat: Wollen wir es auf diese Standorte beschränken, die wir haben, oder wollen wir - - Wahn kam ja nicht infrage wegen des Schießübungsplatzes. In Lichtenhorst hat es Probleme gegeben. Dass man deshalb, wegen der Unruhe in der Bevölkerung und der Widerstände, die sich ja da massiv aufgetan haben, auch darüber diskutiert hat: „Welche anderen Standorte könnten noch in Betracht kommen?“, so würde ich das jetzt interpretieren.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Es muss doch auch für Sie und für Ihre Mitarbeiter ein Schock gewesen sein, als Sie dann am 10. August von Minister Matthöfer erfahren haben, dass diese Untersuchungen gestoppt werden. Denn ich meine, damit war ja das Ziel, worauf Sie hingearbeitet haben, im Grunde genommen Makulatur.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, ich würde sagen: „Geschockt“ ist vielleicht nicht das richtige Wort. Wir waren überrascht. Ganz überrascht waren wir allerdings nicht; denn die Widerstände hatten sich schon in der Bevölkerung gezeigt. Nur in Weesen-Lutterloh hatten wir noch keine Unruhe oder Widerstände zu verzeichnen, weil das ganze Projekt in Weesen-Lutterloh unter der Rubrik „Bundesanstalt für Geowissenschaften“ lief. Also, wir haben da nicht die KEWA herausgehängt als Schild, sondern mit der Preussag dann das Bundesamt für Geowissenschaften. Aber es ist in der Zeit bekannt geworden, was da eigentlich jetzt mit den Bohrungen verfolgt wird, und da hat sich relativ schnell nachher ein erheblicher Widerstand

gegen die Tiefbohrungen gezeigt. Na ja, das Ganze ist dann ja auch am 10. August abgebrochen worden, sodass wir also - - Damit ist ja wohl dann auch Ruhe eingekehrt.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Was war denn Ihr Plan B? Weil die Aufgabe war doch nach wie vor, ein nationales Entsorgungszentrum zu suchen.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Ja. Weesen-Lutterloh, wo wir die erste Tiefbohrung niedergebracht haben, wäre ein Standort gewesen, der auch den Kriterien der Wiederaufarbeitungsanlage entsprochen hätte. Ich sage das aber mit Vorbehalt. Bevor man nicht wirklich alles untersucht hat und bevor nicht auch eine zweite, dritte Bohrung niedergebracht worden wäre, kann man sich ja noch kein abschließendes Urteil bilden.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Klar. - Und nachdem Herr Matthöfer Ihnen dieses Ergebnis mitgeteilt hat, wie waren dann die Vorstellungen? Wie sollte es dann weitergehen?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Ja, da war dann eine gewisse Ratlosigkeit, auch im Ministerium selbst. Denn die Entscheidung von dem Minister Matthöfer - ich sagte es ja schon - war wohl auf einen Anruf von Herrn Ministerpräsident Albrecht zurückzuführen, der nun größere Widerstände und größere Unruhe in seinem Land Niedersachsen befürchtete und wohl dann Herrn Matthöfer gebeten hatte, die ganzen Untersuchungen abubrechen. Und das ist ja dann auch geschehen.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ich darf noch mal auf den Bericht zurückkommen, den die Vorsitzende Ihnen hat vorlegen lassen. Es handelt sich ja da um die KWA 1225, die ja betitelt ist mit „Untersuchung eines Standortes zur Errichtung einer Anlage für die Entsorgung von Kernkraftwerken; Teiluntersuchungen zu zwei Alternativstandorten, Zwischenbericht“. Kennen Sie diese Art von Dokumenten der KEWA?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Mit welchem Datum sind die?

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Das ist das, was Ihnen hier vorliegt. Das ist der Zwi-

schenbericht, der über den Zeitraum 01.01. bis 31.12.1976 geht und der das Datum Oktober 1977 trägt. - Also: Ist Ihnen diese Art von Berichten bekannt? War das sozusagen die übliche Art und Weise, wie die KEWA ihre Ergebnisse vorgestellt hat?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, ich kann mich jetzt daran nicht erinnern. Ich müsste das Dokument sehen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das liegt Ihnen vor. Das hatte ich Ihnen eben aushändigen lassen.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ich glaube, das liegt rechts von Ihnen. Kann das sein? - Ja. - Der Kollege hilft.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Aha. - Also, so schnell kann ich das jetzt natürlich - - Das ist hier ein Bericht, den ich ja nicht kenne; das habe ich ja schon gesagt. Der hat ja nun über - - fast 54, 55 Seiten. Da müsste ich dann auch schon mal Gelegenheit haben, den durchzusehen; denn an solche Details mit Besprechungen - - Es hat ja zahllose Besprechungen mit dem Ministerium, mit Niedersachsen, in erster Linie auch innerhalb unserer Gesellschaftskreise gegeben. Und vor allen Dingen: Wir hatten ja auch eine enge Kooperationsvereinbarung mit dem Kernforschungszentrum Karlsruhe. Die Lücken, die noch bestanden für die Wiederaufarbeitung, waren ja in einem besonderen Forschungsprogramm in Karlsruhe verankert. Die sollten uns diese Lücken also sozusagen noch ausfüllen mit Forschungsarbeiten. Da gab es also sehr viele Besprechungen. Die Notiz stammt auch nicht von mir. Ich kann mich auch nicht erinnern. Also, ich habe so viel lesen müssen in der damaligen Zeit.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Mir geht es um Folgendes: Das ist ja ein Zwischenbericht der KEWA. Und ich stelle mir jetzt vor, dass es für dieses Projekt „Untersuchung eines Standortes“ dann jeweils zum Jahresende Zwischenberichte über das gab, was im Laufe eines Jahres gemacht wurde in diesem Zusammenhang. Frage: Stimmt das, was ich mir vorstelle, mit dem überein, was Sie in Ihrer damaligen Tätigkeit erfahren haben?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, es kann durchaus sein, dass irgendwelche Pa-

mit dem Thema Gorleben bzw. mit der Suche nach einem Endlagerstandort beschäftigt? Waren Sie mit ihm auch über solche Fragen im Gespräch? Hatte er mit der KEWA unmittelbare Gesprächszusammenhänge, oder wie stelle ich mir das in der Praxis vor?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, das war kein Thema zwischen mir als Geschäftsführer der KEWA und Professor Mandel. Professor Mandel war sozusagen voll ausgelastet mit den ganzen Projekten der Kernkraftwerke. Sicher, der Brennstoffkreislauf war ja auch schon damals ein wichtiger Bestandteil der gesamten friedlichen Nutzung der Kernenergie. Aber ich kann mich nicht erinnern, dass das für ihn mal -- Sicherlich intern beim RWE; aber in Gesprächen, wo ich dabei war, war das kein Thema.

Ute Vogt (SPD): Ich will Ihnen den Hintergrund sagen: Es gab ja ein Gespräch am 11. November, wo sich die Bundesminister und Landesminister getroffen haben, wo erstmals offiziell der Standort Gorleben dann auch genannt wurde, damals von Walther Leisler Kiep im Gespräch vorgebracht. Walther Leisler Kiep hat, zumindest in seinen Tagebuchnotizen, erkennen lassen, dass er selbst überrascht war, dass der Standort Gorleben gleich auf positive Resonanz stieß, und Walther Leisler Kiep hatte unmittelbar vor diesem Ministergespräch ein Treffen mit Professor Mandel und anderen. Deshalb war unsere Überlegung, ob vielleicht die Idee, den Standort einzubringen, möglicherweise auch von den Energieversorgern in dem Zusammenhang zumindest angestoßen werden konnte, weil Sie selbst auch gesagt haben: Die haben sich danach damit beschäftigt, zwangsläufig, weil die KEWA sich ja verändert hat.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: In welchem Jahr soll das gewesen sein?

Ute Vogt (SPD): 76, im November.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Das kann durchaus sein, dass Professor Mandel sich dann in 76 auch um den Brennstoffkreislauf maßgeblich gekümmert hat. Das kam ja nun allmählich immer mehr auf die Energieversorger zu - zumal die Chemie nicht mehr bereit war, das ganze Projekt privatwirtschaftlich zu finanzieren. Und da waren nun

die EVUs gefragt und sollten sich ja an der Finanzierung beteiligen, was sie ja zunächst abgelehnt haben. Und dass da ein Gespräch mit Professor Mandel im Jahre 76 geführt -- ~~Aber nicht etwa~~ -- Ich war nicht dabei.

Ute Vogt (SPD): Nein, nicht von der KEWA.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Ja, mit wem hat er es geführt?

Ute Vogt (SPD): Nein, mit Herrn Leisler Kiep.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Ach, mit Leisler Kiep?

Ute Vogt (SPD): Ja.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Der war ja Minister in Niedersachsen gewesen.

Ute Vogt (SPD): Genau.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Das kann schon sein, dass er mit dem gesprochen hat, weil in der Zeit die Verantwortung der Wiederaufarbeitung ja allmählich auf die EVUs zukam. Die haben sich ja auch erst gestraubt; aber das ging ja dann peu à peu allmählich immer mehr auf die EVUs -- bis zur vollen Übernahme der KEWA.

Ute Vogt (SPD): Es gibt jetzt einen Historiker, Herrn Dr. Tiggemann, der sich intensiv mit dem Thema „Wie kam es zur Standortauswahl Gorleben?“ befasst hat. Herr Dr. Tiggemann ist der Herr, der Ihnen auch die Unterlagen gebracht hat. In seiner Doktorarbeit unter dem Stichwort „Der niedersächsische Auswahlprozess“ - MAT A 188, Paginierung 389 - schreibt Herr Dr. Tiggemann - ich zitiere -:

... da nicht die Untersuchungen der KEWA, sondern der niedersächsische Auswahlprozess zu dem Standortvorschlag Gorleben führte.

Im Grunde hat er also die Conclusio: Es war nicht die KEWA, die am Ende Gorleben vorschlug, sondern der niedersächsische Auswahlprozess, der diesen Standortvorschlag hervorbrachte. Würden Sie diese historischen Herleitungen für richtig erachten?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, die Entscheidungen in Niedersachsen, sich für Gorleben einzusetzen und starkzumachen, haben wohl Ende 76, 77 begonnen - aber möglicherweise auch erst mal intern; denn das ist offenbar ein Schreiben an Leisler Kiep - oder? -, von denen wir ja keine Abschriften bekommen haben.

Das heißt: Niedersachsen hat sich mit dem Thema sicherlich ja schon vorher -- Denn wir hatten ja mit Niedersachsen wegen der Standortauswahl eng zusammengearbeitet, indem wir ja alle Karten bekommen haben. Und die waren natürlich auch interessiert, zu wissen, zu welchen Ergebnissen wir kommen. Und das kann durchaus sein, dass Professor Mandel Gespräche in Niedersachsen geführt hat; durchaus möglich, ja.

Ute Vogt (SPD): Ja, das ist klar. Mir ging es jetzt nur darum, ob Sie das unterschreiben würden, wenn man zu dem Schluss kommt: Es waren nicht die Untersuchungen der KEWA, die Gorleben hervorgebracht haben zu dem damaligen Zeitpunkt, sondern andere Überlegungen.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Ja. Die Überlegungen, auf Gorleben zurückzukommen, waren einfach späteren Datums; denn wir haben Gorleben ausgeschlossen. Und die kamen sicherlich; denn wir haben ja auch über Gorleben mit Niedersachsen damals gesprochen und haben ja dann als Ergebnis bei den Gesprächen --

Ute Vogt (SPD): Können Sie sagen, wann „damals“ war? Das war 75 oder --

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Ja, das war 74, 75, ja.

Ute Vogt (SPD): 74, 75.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Und dass sozusagen Niedersachsen Gorleben hat wiederauferstehen lassen, das ist durchaus ja auch so gewesen.

Ute Vogt (SPD): Jetzt war ja bekannt, dass es bei Gorleben den Vorbehalt der grenznahen Lage gab. Das haben Sie ja selbst gesagt. Halten Sie es für denkbar, dass die niedersächsische Landesregierung damit gerechnet hatte, dass die Bundesregierung Gorleben insgesamt weiterhin

nachhaltig ablehnen würde, als der Vorschlag auf einmal kam?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, wo die ersten Gespräche zwischen Niedersachsen und dem Bund -- In den ersten Phasen hat sicherlich das Bundesministerium Gorleben noch abgelehnt. Aber im Zuge der weiteren Verhandlungen und Gespräche ist dann wohl der Bund auch eingeschwenkt. Das kann ich aber nicht mehr beurteilen. Ich war nicht dabei gewesen. Aber aus all dem, was man aus Zeitungsberichten aus der Zeit entnehmen kann, ist der Bund dann eingeschwenkt auf die Linie von Niedersachsen.

Ute Vogt (SPD): Ja, das ist richtig. Die Frage war ja nur, ob möglicherweise Niedersachsen gehofft hat, durch den Vorschlag Gorleben am Ende keinen Standort benennen zu müssen. Also dass man sagt -- Weil Ministerpräsident Albrecht hat sich ja mal geäußert in der Richtung: Gorleben oder gar nichts; was anderes bekommt ihr nicht von mir. -- Und da ist die Frage, ob es so sein könnte, dass er gedacht hat, der Bund hat so große Bedenken, dass er da hart bleibt.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Der Bund hatte ja wohl auch die Bedenken zuerst gehabt. Aber in den Gesprächen hat er sie wohl nachher fallen lassen. Und mich hat ein bisschen gewundert, dass zunächst der Herr Albrecht auch für die Wiederaufarbeitung Gorleben als geeigneten Standort angesehen hat. Dann kam aber Harrisburg, und da hat sich alles geändert. Und dann hat er ja Abschied genommen von der Wiederaufarbeitung und es nur bei Gorleben als Endlager belassen.

Ute Vogt (SPD): Sie haben vorhin mal gesagt, im kleinen Kreis hatten Sie mehrfach durchaus auch Gorleben schon behandelt oder besprochen gehabt, bevor die --

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, ich war bei den --

Ute Vogt (SPD): Wer war der kleine Kreis? Also: Wen haben Sie damit gemeint?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Ja, das sind die, die hier in dem Bericht der KEWA genannt werden, die Mitarbeiter in diesem Standortteam.

Ute Vogt (SPD): Okay. - Sie haben ja dann mehrere Standorte untersucht. War das damals -- Können Sie noch mal erklären, wieso man diese Alternativen untersucht hat?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, wir haben ja zunächst mal Grobraster über die ganze Bundesrepublik durchgeführt und kamen ja auf 25 Standorte, die man dann genauer betrachtete, die dann aber alle entfallen sind. Also, im Spessart-Kreis war dann ein Umspannwerk der Bundesbahn gewesen, und da haben die gesagt: Das kommt doch gar nicht infrage; da kriegen wir Ärger mit der Bundesbahn. - Das war ja auch so ähnlich wie mit der Bundeswehr mit dem Schießplatz. Es gab dann viele, viele Gründe, insbesondere auch die Bevölkerungsdichte, die dann diesen Standort ausgeschlossen haben.

Ute Vogt (SPD): Jetzt hat man ja aber heute -- Zum Beispiel, wenn wir in die Schweiz schauen, würde ich sagen, ist Stand der Technik, dass man alternative Standorte untersucht, um das Bestmögliche zu finden. War das damals kein Thema, dass man sagt, man untersucht mehrere Standorte, um dann zu finden, welcher der am besten geeignete ist?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, das war ja genau das, was wir gemacht haben. Wir haben den Kreis der geeigneten Standorte ja immer mehr eingegrenzt. Und es blieben ja die drei übrig: Weesen-Lutterloh, Wahn und Lichtenhorst. Und man muss sich ja mal auf drei oder weniger konzentrieren. Diese Arbeiten kosten ja eine Menge Geld, so Tiefbohrungen. Und wir konnten ja nicht auf allen Salzstöcken nun mit Bohrungen anfangen. Das hätte ja auch der Bund gar nicht finanziert. Also, wir mussten schon den Kreis der hoffigen Salzstöcke eingrenzen. Und ich würde meinen: Dass dann drei Standorte in der engeren oder engsten Wahl waren, das halte ich nach wie vor für richtig und für zweckmäßig.

Ute Vogt (SPD): Ja. Das ist auch nicht unser Punkt. Das sehe ich genau wie Sie auch. Das war richtig und zweckmäßig. Was ich nicht mehr nachvollziehen kann, ist, warum dann auf einmal eben nicht mehr diese von Ihnen lange gut vorbereitete Standortauswahl galt, sondern ein Standort auf ein-

mal im Raum stand und eben keine Alternativen mehr dazu. Also, man hatte nicht auf die von Ihnen dargestellten Alternativen zurückgegriffen, sondern dann mit Gorleben sich auf einen quasi noch nicht so intensiv geprüften Standort gestürzt.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, Gorleben war zu meiner Zeit nicht im Gespräch gewesen. Es kann durchaus sein, dass es in Unterhaltungen immer mal wieder zum Vorschein kam, dass man sagte: Im Grunde haben wir ja einen hervorragenden Standort, nur können wir keinen Gebrauch davon machen. - Aber das gilt dann nachher auch für die drei anderen Standorte. Ob Wahn letztlich dann wirklich der geeignete Standort gewesen wäre, bezweifle ich; denn die Bundeswehr wäre da nicht weggegangen. Und Lichtenhorst noch: Das hätte ja dann erst mal eine Tiefbohrung zeigen müssen, ob es ein geeigneter Standort ist. Und was wir von Weesen-Lutterloh dann gesehen haben, war, dass er als Endlager möglicherweise in Betracht gekommen wäre, wenn er weiter erkundet worden wäre. Aber das hat ja nicht stattgefunden.

Ute Vogt (SPD): Okay. - Ich wollte noch mal nach dem Stichwort KEWA-Nachbewertung fragen, damit Sie es auch einordnen können. Es gibt hier im Ausschuss Streit über die Frage, ob es eben eine solche Nachbewertung gab. Denn das, was Sie berichten, stimmt mit dem überein, was wir in den Akten haben, nämlich keine -

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Keine.

Ute Vogt (SPD): - Nachbewertung. Und es gibt im Grunde nur eine Telefonnotiz - die wurde Ihnen ja vorgelegt - und diese nachträglich 1977 verfasste Tätigkeitsstudie, die andeuten, dass es eine solche Nachbewertung gab.

Aber deshalb ist es für uns ein ganz wichtiger Punkt. Sie haben ja schon gesagt, es gab aus Ihrer Sicht keine Nachbewertung. Wenn es eine solche möglicherweise ohne Ihr Wissen gegeben hätte, müsste die sich aber doch in den Akten befinden, oder? Weil wir haben alle anderen Studien ja durchaus in den Akten gefunden. Also wenn Sie vielleicht noch mal was zu der Aktenführung im Haus ausführen könnten.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Sie werden sicherlich in den Akten auch nichts finden. Denn es hat auch nichts mehr stattgefunden; vielleicht das eine oder andere Gespräch. Professor Anger, der sozusagen unser ~~großer~~ Geologe war, hatte ja dann noch andere Aufgaben. Er war ja der Chefgeologe der Firma Bayer AG und hat weltweit nach Flussspat schauen müssen. Und der Herr Hornke wurde im Anschluss an diese Geschichte nach Nigeria beordert, um dort einen Standort für eine pharmazeutische Anlage mit zu erkunden. Also er schied dann auch aus dem Team aus. Ich bin deshalb ein bisschen verwundert. Noch im August? Na gut; da war er vielleicht noch da gewesen, und das waren noch so die letzten ~~Zuckungen~~ gewesen, die da die Leute von sich gegeben haben.

Ute Vogt (SPD): Danke schön.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Das Fragerecht geht jetzt an die FDP-Fraktion. Bitte schön, Frau Kollegin Brunkhorst.

Angelika Brunkhorst (FDP): Danke schön, Frau Vorsitzende. - Herr Dr. Schlitt, erst mal: Hochachtung für Ihre Kondition. Das ist ja ganz bemerkenswert.

Ich komme noch mal auf den Zwischenbericht der zweiten KEWA-Studie vom Oktober 77. Dort wird dann noch mal darauf hingewiesen, dass vom Standort Wahn her die Forderung gekommen ist, gleichzeitig und gleichrangig die Untersuchung aller der in Betracht gezogenen drei Standorte vorzunehmen. Ich beziehe mich auf MAT B 33, Seite 9.

Und wir haben ja schon viele Sitzungen in diesem Ausschuss gehabt. Wir haben ja mit den 80er-Jahren begonnen. Und wir hatten dann im letzten Jahr im Juni, am 10. Juni, einen Sachverständigen, den Herrn Kreusch, von der Opposition benannt. Und da hatte ich ihm damals die Frage gestellt - die Diskussion ging um den Stand von Wissenschaft und Forschung -, ab wann es denn überhaupt Stand von Wissenschaft und Forschung war, gleichrangig und gleichzeitig mehrere Standorte zu untersuchen, ob das denn im Jahr 83 so gewesen wäre. Und dann sagte er:

Dies war schon 1975/76 Stand von Wissenschaft und Technik.

Er verweist dann darauf, dass man vorhatte, damals ebendiese drei Standorte vergleichend zu bewerten.

Jetzt habe ich noch eine Frage dazu, und zwar: War es denn überhaupt realistisch, dass man das hätte umsetzen können, gleichzeitig und gleichrangig zu untersuchen, vor dem Hintergrund der vorhandenen Kapazitäten, Gerätschaften, Bohrgerätschaften, Personal usw.?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, in der Tat, wir hatten ja die Absicht, die drei Standorte zunächst hier gleichrangig zu untersuchen. Und das Geld stand ja auch zur Verfügung seitens des Forschungsministeriums. Nur, das Problem war, das schwere Bohrgerät auch immer rechtzeitig zu bekommen. Da gab es Vorlaufzeiten von bis zu einem Jahr, bis das Gerät dann auch zur Verfügung gestanden hätte. Und rein zufällig konnten wir bei Lutterloh schnell beginnen, weil Preussag hatte gerade eine Kapazität frei - die anderen noch nicht. Die waren eben zeitversetzt dann später dran. Aber die wären in der gleichen Weise dann auch mit Tiefbohrungen untersucht worden.

Angelika Brunkhorst (FDP): Also das hätte geheißen, man hätte sogar auch Tiefbohrungen an allen drei Standorten vornehmen wollen oder können?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Ja, das hätten wir gemacht. Ob wir dann wirklich bei Wahn eine Tiefbohrung niedergebracht hätten, das hätte dann von der Bundeswehr abgehangen, ob sie uns da auch hätte bohren lassen.

Angelika Brunkhorst (FDP): Gut. - Wie ich den Unterlagen entnehme - ich beziehe mich jetzt auf MAT A 173, einmal Seite 6 und Seite 15 -, war es ja dann doch so, dass man sich dann entschieden hat, den dann am besten eingestuften Ort vertieft zu untersuchen und die beiden sozusagen als Reservestandorte nur abgeschwächt zu untersuchen. Entsprach das denn dann überhaupt noch dem Stand von Wissenschaft und Forschung? Sie haben ja eben gesagt, eigentlich war es damals schon Stand von Wissenschaft und Forschung. Musste man da nicht dann diesen Standard irgendwie unterschreiten? Wie bewerten Sie das?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, die drei Standorte waren ja nicht gleichwertig. Das hätte sich ja dann auch erst bei weiteren Untersuchungen ergeben. Ich hatte nur bei Weesen-Lutterloh den Eindruck, dass wir sehr bald in reines Steinsalz gekommen sind. Ob das nun bei den beiden anderen Standorten auch so gewesen ist -- Es gibt ja durchaus andere Formationen - Anhydrit und auf welche Probleme man da gestoßen wäre. Das hätte man dann eben durch Bohrungen erkunden müssen. ~~Und es war damals~~ -- Ich kann nur sagen, wir sind mit relativ sehr wenig Geld ausgekommen, wenn ich bedenke, dass heute der Standort Gorleben, der ausgebaut worden ist, ja mehrere Milliarden gekostet hat. Von solchen Beträgen konnten wir damals noch gar keine Vorstellung haben.

Angelika Brunkhorst (FDP): Herr Dr. Schlitt, aufgrund der Proteste der Bevölkerung an diesen drei Standorten, zunächst ja in erster Linie in Wahn, hat man ja dann Mitte Februar 76 die Arbeiten vom BMFT sozusagen ruhen lassen, erst mal abgebrochen, und hat dann sozusagen eine Informationskampagne oder ein Informationsprogramm angesetzt. Das entnehme ich aus MAT B 33, Seite 7. Können Sie uns aus Ihrer Erinnerung noch mal schildern, wie das abgelaufen ist? Haben Sie das begleitet? Sind Sie um Beratung gefragt worden? Wie ist das passiert?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, ich sagte vorhin, dass an einem Standort - ich glaube, Lichtenhorst - von den Bauern ein Graben gezogen worden ist und dass in Weesen-Lutterloh noch kein Widerstand war. Es gab eine Versammlung, bei der ich dann auch erschienen bin. Aber die Menschen waren schon sehr aufgebracht, weil sie fürchteten, hier wird Radioaktivität in der Umgebung verstreut - und was alles für Vorstellungen bestanden haben. Aber das ist alles nicht mehr zum Tragen gekommen, weil dann eben schon sehr schnell die Entscheidung von Minister Matthöfer kam.

Angelika Brunkhorst (FDP): Ich springe jetzt inhaltlich ein wenig. Ich möchte auch noch mal dieses Verfahren einer Nachbewertung ansprechen. Und zwar gibt es diese Dissertation von dem Herrn Issel. Er war ja der Projektleiter. Und darin schreibt er dann

auf der Seite 217 - ich zitiere jetzt aus dieser Dissertation -, dass

... zu Beginn des Jahres 1976 auf Wunsch des niedersächsischen Wirtschaftsministeriums weitere Standorte in die Voruntersuchung eingebracht wurden, zu denen auch Gorleben gehörte. Gorleben sei wegen der Nähe zur DDR-Grenze im Einvernehmen mit der Bundesregierung vorher nicht in die engere Wahl genommen, hatte aber ansonsten die günstigsten Bewertungen erhalten.

Zu welchem Zeitpunkt war Ihnen denn klar, dass Gorleben eigentlich die günstigsten Gesamtergebnisse erzielt hatte?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, um Grunde -- Ich sagte vorhin, wer die Salzkarten von Norddeutschland durchsieht, kann an Gorleben gar nicht vorbeikommen, weil es ein außerordentlich mächtiger Salzstock ist mit großen Tiefen, 26 Kilometer lang. Und ich war übrigens vor sechs Wochen unten gewesen in Gorleben und habe mir das angeschaut. Also, es ist schon beeindruckend, was da inzwischen ja auch gemacht worden ist. Also sozusagen: Der fällt auf. Man greift dann auf große Salzstöcke zu, die noch nicht abgebaut worden sind, wo es noch keine Abbauarbeiten gab. Es gibt ja gar nicht mal so sehr viele, wo noch nicht abgebaut worden ist. Und da fiel also Gorleben auf. Und wir sind ja auch auf Weesen-Lutterloh gestoßen und auf die anderen. Also, da gab es schon Kriterien, wo man sagte, hier scheint ein Salzstock zu sein - aufgrund der Karten; mehr hatten wir ja zunächst gar nicht -, der einen guten Standort verspricht. Mehr konnten wir ja aus den Karten auch noch nicht entnehmen.

Angelika Brunkhorst (FDP): Wir haben vorhin den Zeugen Herrn Schubert auch zu den, sagen wir mal, Bewertungskriterien befragt. Und zwar hat es ja Kriterienblöcke gegeben zur wirtschaftlichen Struktur, zu der Besiedlungsstruktur usw. Und ein Block waren eben auch die Sicherheits- und Umweltbelange. Und von den Kritikern am Salzstock oder an der Erkundung des Salzstocks Gorleben wurde ja immer bemängelt, dass im Grunde genommen nur 12,8 Prozent der Punkte oder der Untersuchung in diesem Bereich Sicherheitsaspekte ausmachten und dass das ja eigentlich viel zu wenig war. Wie

können Sie erklären, dass das eigentlich nur 12,8 Prozent der Erwägungen waren?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, So ganz habe ich die Frage nicht verstanden. Die Sicherheit eines Endlagers ist eben deutlich besser zu meistern, würde ich mal sagen, als die Sicherheit für eine Wiederaufarbeitungsanlage. Die Sicherheitskriterien für eine Wiederaufarbeitungsanlage, die ja bei uns immer etwas im Vordergrund gestanden hat, sind ja viel stringenter gewesen. Also, wir waren immer der Meinung: Endlager Salzstock dürfte keine großen Sicherheitsrisiken mit sich bringen; denn es wird ja alles nach unten in das Salz eingebracht. Es gab ja verschiedene Modelle, wie man es einbringt, ob man das in eine Kaverne einfach hineinkippt oder ob man Stollen baut und dort richtiggehend lagert. Heute überlegt man ja, ob man die ganzen Brennelemente ohne Aufarbeitung unten im Salzstock aufbewahrt.

Also, das war damals die Überlegung, die man hatte. Aber der Salzstock als solcher galt - das ist meines Erachtens Stand von Wissenschaft und Technik - als der sicherste Aufbewahrungsort für hochradioaktive Abfälle. Und wenn es richtig gemacht wird -- Also, ich meine, es gibt ja auch Länder -- Ich habe immer die Erfahrung gemacht, wenn ich nach England oder nach Frankreich kam: Dort wird auch die Sicherheit selbstverständlich sehr ernst genommen; aber irgendwo ist man gelassener. Und die Deutschen wurden immer etwas so angesehen, dass wir mit unserem Perfektionismus die Sicherheit auf die Spitze trieben. Und wenn wir Redundanz -- Das wurde im Englischen immer falsch verstanden. Redundanz war überflüssig für sie. Redundanz ist aber nicht überflüssig, sondern ist, wenn eine Sicherheit ausfällt, dass die andere Sicherheit dann sofort eingreifen kann.

Angelika Brunkhorst (FDP): Vielen Dank.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Das Fragerecht geht jetzt an die Fraktion Die Linke. Bitte schön, Frau Kollegin Voß.

Johanna Voß (DIE LINKE): Danke schön, Frau Flachsbarth. - Herr Schlitt, ich habe eine Frage noch mal zu dem, wie die KEWA gearbeitet hat. Das war so wunderbar klar, wie Sie als Chef der KEWA hier darge-

stellt haben: Das waren die Arbeitsaufträge. So haben wir die abgearbeitet. Und das sind die Ergebnisse. - Alles klar.

Ich finde jetzt in der FAZ vom 1. Juni 2010 einen „Beitrag zur Versachlichung“ der Gorleben-Debatte unter „Zeitgeschehen“. Und da, meine ich, hat die FAZ vielleicht was falsch verstanden, oder Herr Dr. Tiggemann ist nicht richtig wiedergegeben worden. Jedenfalls passt das, was hier sachlich steht, nicht zu dem, was Sie gesagt haben. Ich sage Ihnen das mal:

Tiggemann, der vor sechs Jahren die bisher umfangreichste wissenschaftliche Studie über den Gorleben-Komplex vorgelegt hat, verfasste eine hundert Seiten starke, akribisch dokumentierte Expertise, die den bisherigen Kenntnisstand um einige Nuancen erweitert. Unter anderem geht daraus hervor, dass nicht nur niedersächsische Behörden Gorleben den Vorzug vor anderen Standorten gegeben hatten. Auch

- und jetzt kommt es -

die vom Bund mit dem Auswahlverfahren beauftragte Kernbrennstoffwiederaufarbeitungsgesellschaft (Kewa) setzte den Ort im Wendland in einer Vergleichsuntersuchung auf Platz eins.

Also Gorleben, steht hier, wurde vergleichend untersucht von der KEWA und landete auf Platz eins. Was können Sie dazu sagen?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, Was heißt Untersuchung? Untersuchung ist ja schon, wenn wir uns die ganzen Salzlagerstätten auf der Karte angucken. Und die Geologen haben ja ein Gespür dafür, wo ein geeigneter Salzstock sein könnte. Das können Sie ja auch schon als eine Untersuchung ansehen. Denn wir waren ja der Meinung, dass Gorleben der hervorragende Standort ist. Also hatten wir ja doch die Karten studiert und untersucht. Das meinte Herr Tiggemann wahrscheinlich damit. Wir sind nur zu dem Ergebnis gekommen, aus diesen politischen Gründen, dass der eben für diesen Zweck nicht geeignet ist. Aber „untersucht“ heißt: Wir haben das ganze Kartenmaterial doch durchgesehen auf geeignete Endlagerstätten im Salz. Und da fiel Gorleben natürlich als bester auf. Aber dann haben wir uns für die nächsten drei anderen entschieden, zu-

nächst einmal, sie näher zu untersuchen, und Gorleben ausgeklammert.

Johanna Voß (DIE LINKE): Gut. Aber unter den KEWA-Untersuchungen, die ich hier in der Studie, also in dem Tätigkeitsbericht vom 01.01. bis 31.12.76 vor mir liegen habe, sehe ich ja, dass wirklich die drei Standorte -- Hier ist ordentlich viel Material, was da gearbeitet worden ist. Aber zu Gorleben ist da eben nichts Gearbeitetes drin.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Nein.

Johanna Voß (DIE LINKE): Also, in dem Sinne ist es nicht untersucht worden?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Nein, nein.

Johanna Voß (DIE LINKE): Auch nicht vergleichend?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Überhaupt nicht untersucht, noch nicht einmal Flachbohrungen oder seismologische, sondern es waren nur Salzkartenbetrachtungen gewesen.

Johanna Voß (DIE LINKE): Gut. Dann verstehen wir uns richtig.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Ja.

Johanna Voß (DIE LINKE): Und jetzt noch mal zurück zu der Situation in Wahn: Also da war jetzt für 5 Millionen Euro untersucht worden und auch tiefgebohrt worden, und es gab brauchbare und gute Ergebnisse.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Nicht Wahn. Das war Weesen-Lutterloh.

Johanna Voß (DIE LINKE): Weesen-Lutterloh?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Ja.

Johanna Voß (DIE LINKE): Ah, das war Weesen-Lutterloh. Gut. Und da hatten Sie jetzt in Ihrem Einführungsreferat gesagt, da sind 5 Millionen Mark in den Sand gesetzt worden.

Und Sie haben Ihren Auftrag, überhaupt zu untersuchen, die drei Standorte, ziemlich schnell, also von einem Tag auf den anderen, abrechnen müssen. Gab es da eine

Entschädigung? War das zu Ende? Oder wie ging denn das finanziell aus?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Die Preussag musste natürlich bezahlt werden. Wir hatten ja einen Vertrag. Und wenn der vorzeitig von uns abgebrochen wurde - nicht ohne einen ersichtlichen Grund; es war ein politischer Grund gewesen; aber ohne sachlichen Grund -, dann musste das bezahlt werden; natürlich.

Johanna Voß (DIE LINKE): Richtig. Das ist also bezahlt worden. - Dann hatte ich noch eine Frage, nämlich: Nachdem dann diese Entscheidung weg war, dass auch eine Wiederaufarbeitungsanlage gebaut werden soll, blieb ja nur noch die Suche nach einem geeigneten Standort für ein Zwischenlager bzw. Endlager. Und da, hätte es da eine richtige, hätte es da auch eine neue -- Also: Wäre es da sinnvoll gewesen, auch erneut eine vergleichende Untersuchung zu machen für genau diese jetzt ja neu definierte Aufgabe?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, das Konzept, das sogenannte Entsorgungszentrum, war ja im Grunde richtig. Und das wurde ja immer verfolgt - bis zum Schluss, bis eben zum Abbruch, bis Niedersachsen eben Probleme hatte und Niedersachsen erklärte: Hier gibt es keine Wiederaufarbeitung. - Damit war das Konzept des Entsorgungszentrums zunichtegemacht. Und da blieb es nur übrig, zu sagen: Okay, dann machen wir eine Endlagerstätte in Niedersachsen - so ist es ja dann auch gekommen -, und die Wiederaufarbeitung muss sehen, wo sie bleibt. - Und sie ist ja dann auch gewandert. Es gab ja noch mal einen Antrag, der in Niedersachsen gestellt worden ist, auf Errichtung einer Wiederaufarbeitungsanlage. Warum der aber in der Zeit gestellt worden ist durch die DWK, kann ich nicht beurteilen. Man ist ja dann nach Wackersdorf gegangen.

Johanna Voß (DIE LINKE): Danke schön.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Keine weiteren Fragen von den Linken? - Prima. Dann geht das Fragerecht jetzt an Bündnis 90/Die Grünen. Bitte schön, Frau Kotting-Uhl.

schreibt. Da hätte ich schon gesagt: etwas genauer, etwas mehr.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ein bisschen schlampig, oder?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Nur, Naherholungsgebiet, das war nicht das Kriterium, sondern die Nähe der DDR war das Kriterium, weshalb wir es ausgeschlossen haben. Wir haben ja auch immer vermieden, Naherholungsgebiete und Naturschutzgebiete auszuklammern, obwohl gerade Naturschutzgebiete flächenmäßig sehr geeignet gewesen wären: dünne Bevölkerung, keine Milchwirtschaft usw. Es kam uns --

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann deckt sich auch der Punkt also nicht mit dem, was Sie in Erinnerung haben, dass es auch das falsche Kriterium ist, was da benannt wurde, weswegen Gorleben ausgeschlossen worden war?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Ja, so ist es. Ich meine, wir würden Erholungsgebiete sicherlich ausnehmen; denn der Tourismus in einer solchen Gegend, der ja auch gerade in Gorleben stattfindet, hätte doch nur Probleme gemacht. Also, von daher --

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darf ich Ihnen mal sagen, Herr Dr. Schlitt, worauf ich hinauswill mit der Frage? Es passt ja offensichtlich nicht zu dem Tätigkeitsbericht ansonsten, was da benannt wird. Dass man Gorleben plötzlich als besten Standort nach Kriterien ausgewählt, untersucht usw. und gefunden hat, passt nicht zu Ihrer Erinnerung, und auch das Kriterium, warum Gorleben ursprünglich ausgeschlossen wurde - das haben Sie gerade noch mal berichtet -, ist auch nicht das, was es tatsächlich war. Mein Eindruck ist, dass dieser Abschnitt nachträglich eingefügt wurde.

Nun finde ich den Zeitraum, nach dem Sie eben auch gefragt haben, sehr spannend; denn dieser Bericht, der zwar über das Jahr 76 geht, wurde verfasst im Oktober 1977, also von der PWK dann, zumindest veröffentlicht von der PKW.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Ja.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, es mag sein, dass ein großer Teil des Berichtes vorlag und dann von der Nachfolgeorganisation, die Ihre Aufgabe übernommen hatte, ich sage mal, überarbeitet wurde, ein passendes Stück hinzugefügt und dann veröffentlicht wurde.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, dazu kann ich natürlich nichts sagen. Ich habe den Bericht -- Den kenne ich ja nicht. Er ist auch von mir deshalb nicht überarbeitet worden. Ich kann mir allerdings schlecht vorstellen, dass jemand hingeht und einen Bericht, ich glaube, der noch unseren Namen trägt, überarbeitet und Dinge hineinschreibt, die nicht ganz korrekt wären. Aber wenn da steht, dass Gorleben der beste Standort ist - ja, die Meinung hatten wir ja immer schon gehabt, das ist ja nichts Neues.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber es gab keine Untersuchungen dazu im Jahr 76. Das ist das Entscheidende.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Nein, es gab keine, außer der Salzkartenuntersuchung.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ja das Entscheidende. Ob Sie das schon immer gedacht haben, das ist ja auch gar nicht der Untersuchungsgegenstand, sondern die Frage ist: War es richtig, dass es diese Untersuchungen im Jahr 76 anhand von Kriterien gab und danach dann Gorleben, sozusagen wissenschaftlich untersucht, als bester dastand? Ob Sie immer sagten im kleinen Kreis: „Das ist der beste“, ist was ganz anderes.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, Untersuchungen der Art, wie Sie sie jetzt meinen, hat es nicht gegeben. Das wüsste ich.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Danke.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank. - Damit sind wir am Ende der ersten Berliner Runde.

Wir haben ja gesagt, dass wir ungefähr nach zwei Stunden immer eine kleine Pause machen wollen. Die zwei Stunden wären um Viertel nach um. Jetzt ist die Frage, ob wir jetzt eine kleine Pause bis um Viertel nach

machen und dann mit der nächsten Berliner Runde beginnen würden. Wollen wir das machen? - Gut, dann ist das so. Dann unterbreche ich jetzt die Sitzung bis Viertel nach. Jeder hat die Möglichkeit, einmal vor die Tür zu gehen, und dann machen wir weiter. - Vielen Dank.

(Unterbrechung
von 17.05 bis 17.16 Uhr)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: So, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann lassen Sie uns fortfahren. Ich sehe im Moment noch nicht wirklich eine Kollegin bzw. einen Kollegen der Grünen. Gut, die werden dann aber sicherlich noch dazu-stoßen; davon gehe ich aus.

Außerdem ist das Fragerecht jetzt in der zweiten Berliner Runde bei der Union. - Bitte schön, Herr Kollege Grindel.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Herr Zeuge, so klar wie die Grünen die Welt sehen, ist sie nicht; denn wir haben eine Fülle von Zeugen, die zum Beispiel gesagt haben, dass beim Ministergespräch am 11.11.1976 Gorleben Thema war, und zwar weil es vorher auch gerade von Bundesseite thematisiert worden ist. Etwa der Minister Friderichs hat uns hier gesagt, dass - -

(Zuruf der Abg. Ute Vogt (SPD))

- Ach, Frau Vogt, nun wollen wir mal die Kirche im Dorf lassen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Bitte ein korrektes Zitat.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Insofern würde ich gerne mal wissen - rein, weil ich das noch nicht ganz begriffen habe -: Sie sind Ende 76 ausgeschieden bei der KEWA. Haben Sie da bis zum letzten Tag gearbeitet, oder war das so ein Prozess, wie man es ja manchmal hat, dass man auch schon vorher freie Tage, Überstunden - wie auch immer - abgebummelt hat? Oder waren Sie bis zum letzten Tag da tätig?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Nein, ich war ja in Höchst verblieben bis 78. Ich habe lediglich meine Tätigkeit als KEWA-Geschäftsführer niedergelegt wegen der Verhandlungen mit den EVUs; denn ich war ja Verhandlungspartner zum Verkauf der

KEWA an die EVUs. Ich konnte also gar nicht mit übernommen werden. Deshalb war es gut, dass ich als KEWA-Geschäftsführer meine Aufgabe niedergelegt habe, um etwas freier zu sein bei den Verhandlungen zum Verkauf der KEWA an die EVUs.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das habe ich insofern nicht begriffen: Wie stark waren Sie denn in das operative Geschäft derjenigen noch eingebunden, die da ihren Dienst versehen haben?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, in der Zeit war ich maßgeblich beschäftigt mit den Verhandlungen mit den EVUs auf Übernahme der Gesellschafteranteile der KEWA. Das war ein langwieriges Ringen, das sich über Monate hinweg gezogen hatte. Insofern war ich noch voll und ganz natürlich bei der KEWA. Nur, ich war in der Zeit nicht immer vor Ort, etwa bei der - - Ich musste mich ja auf das Team verlassen, das ja vor Ort war und auch die Untersuchungen durchgeführt hat. Ich selbst hatte ja auch noch andere Aufgaben in Höchst gehabt.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Alles völlig okay. Es geht uns nur darum, hier Abläufe und Informationswege zu erkunden. Also mit anderen Worten: Sie waren dann in der zweiten Jahreshälfte 76 vor allen Dingen mit diesen Übernahme-/Vertragsverhandlungen befasst?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das heißt, es ist denkbar, dass in dem Team, wie Sie es ausdrücken - ich will jetzt nicht sagen: Studie oder Nachbewertung, Untersuchung; lassen Sie das alles weg -, für das Bundesministerium, insbesondere für Wissenschaft und Forschung, Erhebungen - was heißt „Erhebungen“? - oder Ausarbeitungen gemacht worden sind, wie denn mit der Situation nach dem 10. August umgegangen werden kann, dass jetzt gesagt wurde: An den ursprünglichen drei Standorten geht es nicht mehr. Das ist vorstellbar?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Ja. Also für mich war nach dem 10./11. August die Standorterkundung zunächst mal abgeschlossen. Ich hatte auch in der Zeit mich

weiter mit dieser Frage nicht mehr beschäftigt.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sie persönlich?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Ja. Ich hatte nach wie vor natürlich die Aufgabe in Höchst - ich war ja auch für die Urananreicherung zuständig -, die Verhandlungen zu begleiten, unser Brasilien-Geschäft weiterzuführen, und was es alles noch für Aufgaben gab. Die Projektleitung musste ja auch betreut werden für die Vorbereitung der Konzeptstudie und des Vorprojektes. Das musste ja auch alles weiterlaufen. Die Standorterkundung war ja nur ein Teil der KEWA-Arbeit gewesen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Völlig klar. - Also, 10./11. August politische Vorgabe durch Matthöfer, auch durch Gespräche mit Albrecht: Da geht es nicht an den drei in Aussicht genommenen Standorten. Das heißt, es muss ja weitergegangen sein. Der Matthöfer war ja stark unter Druck. Das war die treibende Kraft am 11. November bei dem Gespräch mit Herrn Albrecht. Man wird doch dort in dem Haus Überlegungen angestellt haben: Was machen wir jetzt? Gibt es andere Orte?

Können Sie denn ausschließen, dass da vom Bundeswissenschaftsministerium dann mit Ihrem Team oder Mitgliedern des Teams gesprochen worden ist und gesagt worden ist: „Wo sind Alternativen? Was könnten wir jetzt machen?“ und dann sich Einzelne aus Ihrem Team erinnert haben, dass, wenn man diese politischen Bedenken gegen die Grenznähe fallen ließe, Gorleben ein geeigneter Standort wäre?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, ich kann aus der damaligen Zeit mich erinnern, dass das Forschungsministerium unter großem Druck stand.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Es musste eine Lösung herbeigeführt werden.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Genau.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Der Bund war für die Standorterkundung des Endlagers

ja zuständig. Nun, das Ministerium selbst hatte den Stopp der Erkundungen verfügt. Das Ministerium musste jetzt nach einem Ausweg suchen. Ich bin ganz sicher, dass Hintergrundgespräche zwischen Bundesministerium und dem Land Niedersachsen stattgefunden haben. Es war ja eine Bundesaufgabe, und man versuchte jetzt - vielleicht ohne Rücksicht auf die KEWA -, mit dem Land Niedersachsen zu einem Einvernehmen zu kommen: Wo wollen wir denn nun weniger vielleicht die Wiederaufarbeitung, aber das Endlager hinsetzen? Da war das Ministerium sicherlich unter großem Druck. An den Verhandlungen, die zwischen den beiden Ministerien - Land und Bund - geführt worden sind, waren wir als KEWA nicht unbedingt beteiligt gewesen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aber würden Sie, wenn da auch Hilfestellungen gegeben worden sind aufgrund eben der Vorüberlegungen, die es ja auch bei Ihrem Team gegeben hat, sagen: „Das wüsste ich in jedem Fall; da ist über jedes Telefonat oder über jeden Kontakt immer eine Aktennotiz erstellt worden“, oder kann man davon ausgehen, da kann auch wegen Ihrer Inanspruchnahme in anderen Bereichen durchaus auch informell beraten worden sein?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, um diese Zeit - - Ich sagte Ihnen, es gab ja langwierige Auseinandersetzungen wegen des Verkaufs der KEWA-Anteile an die EVUs. Die EVUs waren in der Pflicht, nicht für die Entsorgung, aber für die Wiederaufarbeitung Sorge zu tragen; denn die Änderung des Atomgesetzes stand im Raum, dass künftig Kernkraftwerke nur genehmigt würden, wenn die Wiederaufarbeitung gesichert ist, -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: - sodass ein Teil der Verhandlungen schon gar nicht mehr von der KEWA unmittelbar, sondern schon von den EVUs unmittelbar mit Niedersachsen und auch mit dem Bund geführt worden ist, sozusagen: Sie hatten ja schon den Fuß voll in der Tür und wussten, dass die Verantwortung für die Wiederaufarbeitung und die Schließung des Brennstoffkreislaufes auf sie zukommt, von ihnen finanziert werden muss.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Über die PWK?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Über die PWK, später DWK.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Gab es da denn schon Mitarbeiter, die auch operativ was gemacht haben in der PWK in dem Bereich?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Das heißt, die EVUs über die PWK hatten eine ganze Reihe von Mitarbeitern, die schon eingebunden wurden, aber nicht nur etwa in Entsorgung, sondern auch in das Projekt für die Wiederaufarbeitung. ~~Das Projekt, die Wiederaufarbeitung, war ja auch das große Schmerzenskind.~~ Es waren ja noch nicht die Erfahrungen der Pilotanlage voll ausgewertet. Es gab immer noch einen Teil von Forschungsarbeiten, die noch keinen Abschluss gefunden hatten, und da hatten nun schon die EVUs im Hinblick auf die Übernahme der Verantwortung sich maßgebend eingeschaltet, und von daher gehe ich davon aus, dass sie, auch was das Endlager angeht, maßgeblich mit dem Bund verhandelt oder mit dem Lande Niedersachsen verhandelt haben.

Es klang ja vorhin an, dass Professor Mandel auch ein Gespräch geführt hat. Die EVUs waren genauso unter großen Druck geraten. ~~Das ist natürlich unwichtig, aber die Chemie hatte sich zurückgezogen, und das war natürlich für die EVUs eine völlig neue Situation.~~ Die EVUs waren auf dem Gebiet der chemischen Technologie nicht bewandert. Man betätigt sich im Grunde ja auch nur auf einem Gebiet, in dem man sich auskennt, und nun wurde ihnen die Wiederaufarbeitung sozusagen - und dabei auch noch die Endlagerung - vom Bund aufgedrückt, und Kernkraftwerke standen unter dem Vorbehalt einer Lösung der Entsorgung.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Vielen Dank.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gibt es weitere Fragen von der Unionsfraktion? - Das ist nicht der Fall. Dann geht das Redeerecht jetzt an die SPD-Fraktion.

Ute Vogt (SPD): Ich habe im Moment keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Im Moment keine weiteren Fragen. Dann hat die FDP-Fraktion Fragerecht. - Auch keine weiteren Fragen. Dann geht das Fragerecht an die Linken.

Jens Petermann (DIE LINKE): Noch mal eine kurze Nachfrage. Wenn die KEWA einen neuen Auftrag für eine neue Studie bekommen hätte, hätte sich das doch auch in den Büchern niederschlagen müssen. Das heißt, es hätte eine entsprechende Abrechnung geben müssen. Hat es Derartiges gegeben?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Abrechnungen sind erfolgt für die Arbeiten, die wir getan hatten. Wenn es aber einen neuen Auftrag gegeben hätte während meiner Zeit, hätte ich davon gewusst; denn ich muss ja auch unterschreiben, wenn es ein Auftrag ist. Es ist aber keiner erfolgt in der Zeit danach.

Jens Petermann (DIE LINKE): Danke.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Keine weiteren Fragen von Ihnen? - Dann geht das Fragerecht jetzt an Bündnis 90/Die Grünen. Bitte.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Dr. Schlitt, noch mal zu der KWA 1225. Es gibt ja zwei Exemplare KEWA 1225, einmal den Tätigkeitsbericht vom Jahr 1975. Das ist der, den Sie auch in Ihrem Besitz hatten -

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Ja.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und den Sie mit einem Brief ans Sekretariat hierher zur Kenntnisnahme übersandt haben. Und dann gibt es eben den vom Jahr darauf, 1976, von dem Sie sagen, den kennen Sie gar nicht und Sie wissen auch nicht, wer den geschrieben hat.

Jetzt ist es aber so, dass bei beiden die gleichen Personen, die also auch diesen Bericht dann verantworten, benannt werden, und da steht eben als letzter Name und entscheidender Name: „Leiter der Forschungsstelle A. Schlitt“. Das ist sowohl bei dem Bericht, den Sie noch in Ihrem Besitz hatten und den Sie geschickt haben, vom Jahr 75 wie auch bei dem zweiten vom Jahr 76. Das heißt, dieser Bericht, den Sie nicht kennen

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Nein, das war nicht unsere Auffassung. Wir hatten ja nur die politischen Bedenken. Andere Bedenken sind gar nicht erörtert worden, so ~~lange~~ ich mich erinnern kann, ob da nun Feriengebiet, Erholungsgebiet war; denn gerade Erholungsgebiete, Naturschutzgebiete haben wir ja auch ausklammern müssen. Sie werden sich vielleicht nicht mehr daran erinnern können. ~~Weesen-Lutterloh war deshalb auch zunächst mal ausgesucht worden -~~ Es gab damals erhebliche Waldbrände in der ganzen Südheide, verheerende Waldbrände, und keiner wusste, was mit diesem ganzen Gebiet Südheide in Zukunft passieren würde. Wir sind aber dennoch nicht in das Gebiet gegangen. ~~Das hat die Suche nach einer Wiederaufarbeitungsanlage nicht wesentlich, aber auch mit beeinflusst, dass ganze Gebiete völlig zerstört waren.~~

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie haben sich jedenfalls auftragsgemäß mit Wahn, Lichtenhorst und Lutterloh befasst?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Ja.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Danke.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Keine weiteren Fragen von der Fraktion Bündnis 90? - Keine weiteren Fragen. Dann auf in die nächste Runde. Für die Union Herr Kollege Grindel.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Können wir das noch mal mit Hannover klären, weil meine Mitarbeiter gerade sagen, es kann eine Verwechslung sein, dass es ein Stempel der Uni Hannover ist, weil wir offenbar von dort die Studie bekommen haben, wenn ich es richtig verstanden habe.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Hier steht „UB“.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Bitte?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Hier steht „UB/TIB Hannover“.

(Zuruf der Abg. Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aber Frau Kotting-Uhl, jetzt lachen Sie. Darf ich mal sagen: Wenn ich jetzt diese Nachfrage nicht gestellt hätte, wären wir in einem durchaus wichtigen Punkt auf einem völlig falschen Pfad.

(Dr. Michael Paul (CDU/CSU): So viel zur Wahrheitsfindung!)

Ich muss Ihnen sagen, Herr Schlitt, bei aller Liebe: Das können Sie nicht machen. Sie können nicht als Zeuge hier vortragen: „Das ist aus Hannover gekommen“, darauf Ihre Argumentation aufbauen, und in Wahrheit ist es ein Stempel der Universitätsbibliothek Hannover, wo wir diese Studie herhaben.

(Ute Vogt (SPD): Hallo?)

Wo ist denn jetzt -- Ich habe jetzt wirklich mal die Frage: Wie viel - da Sie ja nun eingeräumt haben, an den Verhandlungen maßgeblich im zweiten Halbjahr 76 beteiligt gewesen zu sein, und sagen, Sie haben jetzt eine ganze Reihe von Dingen da gefunden, die Sie so nicht erinnern - waren Sie denn im operativen Geschäft überhaupt eingebunden? Kann es nicht doch sein - und dann sollten Sie als Zeuge das hier einräumen -, dass da eine ganze Menge von Dingen gelaufen ist, von denen Sie nicht unbedingt unmittelbar erfahren haben oder beteiligt waren? Denn Sie können doch nicht etwas --

Ich sage mal, man braucht ja nun nicht diese Theorien zu entwickeln, die Frau Kotting-Uhl entwickelt hat. Es liegt ja näher, wenn dort etwas mit „A. Schlitt“ unterzeichnet ist, dass Sie daran doch auch formal zumindest noch beteiligt waren.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, ich habe ja vorhin klar gesagt: Den Bericht kenne ich nicht. Ich habe ihn auch nicht abgezeichnet. Ich habe lediglich da oben „Hannover“ gesehen. Warum steht da oben „Hannover“? Weiß ich nicht. Ich vermutete, dass es vielleicht schon in den Händen der PWK oder der DWK war. Das ist eine Vermutung gewesen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Verzeihen Sie, Sie sind Zeuge, und da müssen Sie aus Ihrer Erinnerung sagen, was Sie wissen, und nicht, was Sie vermuten. Wenn ich jetzt nicht gefragt hätte: „Was steht da genau?“, wäre ins Protokoll eingegangen, dass die Studie in

Hannover veröffentlicht worden ist. Sie stammt aber offenbar nur aus der Universitätsbibliothek Hannover.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Also, ich kann nur sagen: Hier unten steht „Oktober 77“. Da war die KEWA mit Sicherheit überhaupt nicht mehr in diese Sache einbezogen gewesen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, aber es geht doch um den Berichtszeitraum. Es geht doch nicht um die Frage, wann das veröffentlicht worden ist,

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch, genau darum geht es!)

sondern es geht doch um den Berichtszeitraum.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Ich darf aber noch mal darauf hinweisen: Die KEWA ist verkauft worden an die DWK, an die EVUs, nicht nur mit den Leuten, auch mit allen Unterlagen. Das heißt, auch diese Unterlage war Bestandteil des Verkaufs. Die KEWA als solche ist übergegangen auf die Energieversorger, auch dieses Papier. Dieses Papier habe ich schon nicht mehr gekannt.

Wie das gelaufen ist, kann ich Ihnen nicht sagen. Ich bin selbst überrascht, hier ein Papier zu sehen, das ich nicht kenne. Und wenn ich da unten sehe „Oktober 77“ - das ist fast ein Jahr nach meinem Ausscheiden -, dann frage ich mich: Warum steht hier „Oktober 77“, wenn der Bericht das Jahr 76 abdecken soll? Warum brauchte man zehn Monate, um einen solchen Bericht zu veröffentlichen?

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr gute Frage!)

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wann sind denn sonst die Berichte veröffentlicht worden? Wie viel Zwischenzeit ist denn da gewesen?

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Das Ministerium -- Die Berichte sind ja für das Ministerium gemacht worden, und die Berichte sind im Anschluss an das abgelaufene Jahr gemacht worden. Ob sich das nun ein, zwei, drei Monate hingezogen hat, das kann ich Ihnen heute nicht sagen. Mich wundert --

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aber es ist doch naheliegend, wenn der Eigentümer oder sozusagen der Verantwortliche wechselt - das erklärt noch nicht die Frage, warum da „A. Schlitt“ steht; da haben Sie möglicherweise recht, aber das ist offen -, dass sich das verzögert. Entscheidend ist ja nicht das Datum, zu dem der Bericht erstellt worden ist, sondern, was Gegenstand des Berichtsjahres war, was in dem Berichtsjahr gemacht worden ist. Die können ja nicht Dinge reinschreiben, die 76 nicht gemacht worden sind. Wenn Sie aber sagen: „Da stehen Dinge drin, von denen ich gar nichts wusste“, dann ist ja wohl die naheliegende Konsequenz, dass Sie über alle operativen Dinge gar nicht mehr informiert waren, weil Sie mit den Verkaufsverhandlungen befasst waren.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Natürlich war ich informiert, aber ich bin nicht über jedes Detail informiert gewesen. Die ganzen Messungen, die vor Ort stattgefunden haben, die konnte ich ja nicht nachkontrollieren. Ich musste mich auf die Berichte des Teams verlassen, was sie an Messungen hier zusammengeschrieben haben.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Deshalb stelle ich --

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Was politisch oder sonst noch darin steht, hätte ich vielleicht das eine oder andere dann hinterfragt und gesagt: Kann das so stehen bleiben? Aber die Gelegenheit hatte ich nicht.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aber dementsprechend können Sie auch nicht ausschließen, dass zum Beispiel nach dem 11. August und vor dem 11. November, dem Ministergespräch in Hannover, es dann doch Kontakte gegeben hat, wo neue Einschätzungen zu möglichen alternativen Standorten vorgenommen worden sind.

Zeuge Dr. Adalbert Schlitt: Ich kann es mir im Moment nicht vorstellen; denn unser Team wurde eigentlich relativ schnell aufgelöst.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wann denn genau?